



Dennis Eversberg, Martin Fritz, Linda von Faber,
Matthias Schmelzer

DER NEUE SOZIAL-ÖKOLOGISCHE KLASSENKONFLIKT

*Mentalitäts- und Interessengegensätze
im Streit um Transformation*

campus

Der neue sozial-ökologische Klassenkonflikt

Dennis Eversberg ist Professor für Soziologie mit Schwerpunkt Umweltsoziologie an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main.

Martin Fritz ist Soziologe und leitet seit April 2024 die BMBF-Nachwuchsgruppe »Mentalitäten im Fluss (flumen)« am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Linda von Faber ist Industriedesignerin und Soziologin und studiert seit April 2023 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena Soziologie im Master.

Matthias Schmelzer ist Wirtschaftshistoriker und Transformationsforscher und leitet das Norbert Elias Center for Transformation Design & Research an der Europa-Universität Flensburg.

Dennis Eversberg, Martin Fritz, Linda von Faber,
Matthias Schmelzer

Der neue sozial- ökologische Klassenkonflikt

Mentalitäts- und Interessengegensätze
im Streit um Transformation

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Der Text dieser Publikation wird unter der Lizenz »Creative Commons Namensnennung 4.0 International« (CC BY 4.0) veröffentlicht.

Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>



Verwertung, die den Rahmen der CC BY 4.0 Lizenz überschreitet, ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig.

Die in diesem Werk enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Quellenangabe/Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen. Hierunter fällt insbesondere das Umschlagmotiv, welches ausdrücklich nicht der Creative Commons Lizenz unterliegt. Für die Weiterverwendung des im Umschlag verwendeten Bildes ist die Einwilligung des Rechteinhabers (© bluedesign, stock.adobe.com) einzuholen.

ISBN 978-3-593-51995-1 Print

ISBN 978-3-593-45973-8 E-Book (PDF)

DOI 10.12907/978-3-593-45973-8

Copyright © 2024 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main.

Einige Rechte vorbehalten.

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main.

Umschlagmotiv: © bluedesign – »Sozialer Brennpunkt«, AdobeStock: #203368375, stock.adobe.com;

Nachbearbeitung Linda von Faber

Satz: le-tex xerif

Gesetzt aus der Alegreya

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza

Beltz Grafische Betriebe ist ein klimaneutrales Unternehmen (ID 15985–2104-1001).

Printed in Germany

www.campus.de

Inhalt

Vorwort	7
1. Einleitung	11
1.1 Was meinen wir mit dem »sozial-ökologischem Klassenkonflikt«?	14
1.2 Kernbefunde: Drei gesellschaftliche Spektren und vier zentrale sozial-ökologische Konfliktdimensionen	18
2. Sozial-ökologische Transformation als Konfliktfeld	23
2.1 »Konflikt? Welcher Konflikt?« – Eine bestimmende Erzählung und ihre Risse	23
2.2 Soziologische Deutungen	32
2.3 Warum wir von einem neuen sozial-ökologischen Klassenkonflikt sprechen	54
2.4 Sozial-ökologische Mentalitäten	68
3. Die Umfrage <i>BioMentalitäten 2022</i>	75
4. Zur »Gesamtstimmung«: Die Deutschen und der Wandel	79
5. Sozial-ökologische Mentalitäten: Zehn Mentalitäten, drei Spektren	87
5.1 Methodisches Vorgehen	88
5.2 Die drei Spektren	90
5.3 Die zehn Mentalitätstypen im Einzelnen	91

6. Sozial-ökologische Mentalitäten im sozialen Raum: Eine Landkarte	113
6.1 Bezugssystem: Der soziale Raum	113
6.2 Die Dreiecksbeziehung der Mentalitätsspektren	120
6.3 Politische Präferenzen und Zugehörigkeiten	124
7. Konfliktdimensionen im Streit um die sozial-ökologische Transformation	127
7.1 Abstraktionskonflikt: Der Konflikt um abstrakte Vergesellschaftung	130
7.2 Lebensweisekonflikt: Der Verteilungskonflikt zwischen öffentlich-allgemeinen und privat-partikularen Interessen	138
7.3 Veränderungskonflikt: Der Streit um Notwendigkeit, Reichweite und Kosten von Transformation	148
7.4 Externalisierungskonflikt: Der latente Konflikt um Externalisierung und Internalisierung	153
8. Zusammenfassung und Interpretation der Befunde	161
8.1 Die Kernbefunde	161
8.2 Politische Schlussfolgerungen	170
9. Nachbetrachtung: Jüngere Entwicklungen und Ausblick	185
9.1 Mentalitäten in der Krise	185
9.2 Wiederholen sich historische Fehler?	190
Abbildungen	199
Literatur	201

Vorwort

Dieses Buch war eigentlich nicht geplant, aber die Umstände ließen es uns zu wichtig erscheinen, um es nicht zu schreiben. Es handelt sich um ein Nebenprodukt unserer Forschungsarbeit in der Nachwuchsgruppe »Mentalitäten im Fluss« (flumen) an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, das im Laufe des letzten Jahres ein Eigenleben entwickelt hat und nicht darauf warten konnte, vielleicht im nächsten Jahr als Teil unserer Projektergebnisse zu erscheinen. Zu dringlich erschien es uns, die Ergebnisse unserer Untersuchung zu den sozial-ökologischen Mentalitäten der Menschen in Deutschland und die Einsichten zu den Konfliktdimensionen der gegenwärtigen gesellschaftlichen Auseinandersetzung um die sozial-ökologische Transformation, die sich daraus ergeben, einem breiteren Publikum zugänglich zu machen. Denn seit wir Ende 2021 4000 Menschen über ihre Sichtweisen und Gefühlslagen im Hinblick auf den anstehenden Wandel, ihre Alltagsgewohnheiten, ihr gesellschaftliches und politisches Engagement und ihre soziale Lage befragt haben, hat sich vieles getan, das dazu beigetragen hat, die daraus gewonnenen Erkenntnisse umso aktueller und für das Nachdenken über den Umgang mit der gegenwärtigen gesellschaftlichen Konfliktlage wichtiger erscheinen zu lassen. Nach der damals noch das Bewusstsein vieler Menschen bestimmenden Corona-Pandemie haben der Krieg Russlands gegen die Ukraine, die daraus folgende Energiekrise, die Inflation, aber auch rapide zunehmende globale Wetter- und Temperaturextreme dazu beigetragen, dass sich das Bild eines enorm schnell voranschreitenden Verlusts bisher gefühlter Sicherheiten, der immer offensichtlicheren Bedrohtheit, Unhaltbarkeit oder Untragbarkeit bestehender sozialer Arrangements und Gewohnheiten in der Wahrnehmung von Bevölkerungsmehrheiten durchgesetzt hat. Hieran haben sich seither eine Vielzahl von Konflikten, Streitpunkten und Verteilungskämpfen entzündet

oder intensiviert, die sich allesamt auf das *Ob* und *Wie* des Umbaus jener Arrangements, des Abschieds von jenen Gewohnheiten richten, und in denen die ganz unterschiedlichen Grundhaltungen zum Ausdruck kommen, mit denen Menschen der – je nach Sichtweise: drohenden oder in Aussicht stehenden – Veränderung begegnen.

Die nicht enden wollenden Streitigkeiten der Ampelkoalition um Tempolimits, Verbrennerverbote, Sparswänge und -prioritäten, die durch Medien angefachte und von vielen dankbar angenommene Aufregung um Heizungsgesetze und Klebstoffverwendung auf Verkehrswegen, die Kriminalisierung von Klimaprotesten, die Verschiebung von Aufmerksamkeit und Problemwahrnehmung weg von der Klimakatastrophe und hin zum Thema Migration, die wütenden »Anspruchsdurchsetzungskämpfe« (Steffen Mau) von Landwirtschaft und Kleingewerbe, die steigende Intensität von Arbeitskämpfen, schließlich der über lange Zeit scheinbar unaufhaltsame Aufstieg der AfD in den Umfragen, die unklare Positionierung der konservativen Opposition dazu und das Taktieren Konservativer mit rechter Unterstützung gerade in Klima- und Umweltfragen – all das ist Teil dessen, was wir in diesem Buch als den *neuen sozial-ökologischen Klassenkonflikt* beschreiben und deuten möchten. Und all das erschrak uns vor dem Hintergrund der Befunde, an und mit denen wir arbeiteten – nicht, weil wir es *nicht*, sondern gerade weil wir es in unserer Analyse der Lage von Herbst 2021 *so klar* hatten kommen sehen können. Wir haben die hier zusammengefassten Einsichten in den letzten Monaten in ganz unterschiedlichen Zusammenhängen und mit einer ganzen Reihe gesellschaftlich-politischer Akteure diskutiert und dabei ein großes Interesse an dieser Forschung wahrgenommen, als einem Orientierungswissen, das helfen kann, die gegenwärtige komplexe Konfliktlage zu deuten, sich in ihr zurechtzufinden und es für die Suche nach möglichen tragfähigen Wegen der Konfliktbearbeitung zu nutzen. Um diese Suchbewegungen zu unterstützen, haben wir uns entschlossen, unsere zentralen Ergebnisse zu den sozial-ökologischen Mentalitäten, ihren Koalitions- oder Spektrenbildungen und den verschiedenen Dimensionen des Konflikts um die Transformation auf diese Weise »auszukoppeln« und so auch breiter zugänglich zu machen.

Da es uns also nicht um eine ausgearbeitete wissenschaftliche Abhandlung ging, sondern eben darum, wichtige Kernbefunde auf den Punkt gebracht möglichst zügig zur Diskussion zu stellen, sind das methodische Vorgehen bei unseren statistischen Auswertungen und viele empirische Details der Befunde hier nicht im Einzelnen dokumentiert. Sie werden

in unserem voraussichtlich 2025 erscheinenden Band *Mentalitäten in der postfossilen Transformation* genauer dargestellt werden. Dort werden auch der theoretische Hintergrund und unser Verständnis des Mentalitätsbegriffs näher ausgeführt, und es wird beschrieben werden, wie diese Befunde sich in den größeren Zusammenhang unserer Forschung zu Mentalitätswandel im Rahmen von Übergängen zu postfossilen, stärker bio-basierten Formen des Wirtschaftens einfügen. Wer sich für die wissenschaftlichen Einzelheiten interessiert, sei also auf diese spätere Veröffentlichung verwiesen – und einstweilen eingeladen, sich auf unserer Website www.flumen.uni-jena.de über unsere frei herunterladbaren Working Papers mit Zwischenergebnissen und unsere sonstigen Arbeiten zu informieren.

Die Entstehung des Buches wäre nicht möglich gewesen ohne die institutionelle Unterstützung, aber vor allem die inhaltlichen Diskussionen im Rahmen der Forschungsgruppe »flumen« und im Institut für Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena – dafür allen Beteiligten herzlicher Dank. Insbesondere danken wir Jana Holz und Philip Koch für wertvolles Feedback, Judith Kiss für die organisatorische, koordinatorische und redaktionelle Unterstützung und Jan-Ole Deitmer für schnelle und zuverlässige Recherchen und sehr hilfreiche Hinweise und Gedanken.

Jena, im März 2024

Dennis Eversberg, Martin Fritz, Linda von Faber, Matthias Schmelzer

1. Einleitung

Wie andere europäische Gesellschaften ist auch die deutsche Gesellschaft derzeit mit einer Vielzahl von eng miteinander verbundenen Krisen konfrontiert: in den letzten Monaten und Jahren kamen insbesondere mit der Corona-Pandemie und den bis heute anhaltenden Lieferkettenproblemen, dem Krieg in der Ukraine, steigenden Preisen und sozialer Ungleichheit, Schwierigkeiten bei der Unterbringung und Versorgung schutzsuchender Menschen, stark zunehmender Unterstützung für autoritäre und demokratiefeindliche politische Kräfte sowie mit den jüngsten geopolitischen Spannungen eine ganze Reihe großer Herausforderungen zusammen – die Liste ließe sich fortsetzen. Lange geübte Gewohnheiten und als selbstverständlich erlebte Arrangements einer Normalität, die »Wohlstand«, »Freiheit« und »Sicherheit« zu garantieren schien, stehen immer deutlicher zur Disposition. Verunsicherung und Verlustängste greifen um sich und scheinen Teil der gesellschaftlichen Grundstimmung geworden zu sein. Hinter all dem droht die Sicht auf die alles überwölbende, langfristig und weltweit gesehen noch ungleich gravierendere Dimension der Krise moderner Gesellschaften verloren zu gehen: Nämlich auf die von ihren eigenen inneren Steigerungszwängen verursachte planetare Katastrophe von Klimawandel, Artenverlust und Destabilisierung der Biosphäre und die damit einhergehende Zerstörung menschlicher Lebensgrundlagen. Und das, obwohl ihre Auswirkungen wie Hitzewellen, Flutkatastrophen, anhaltende Dürre und der Verlust erheblicher Teile der Wälder auch hier in Deutschland bereits deutlich zu spüren sind, ganz unabhängig von den immer dramatischer werdenden Medienberichten weltweit. Auch die globalen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten, auf denen das von den genannten Krisen in Frage gestellte Modell gesellschaftlicher »Normalität« beruht,

finden angesichts der Vielzahl der vordergründig drängenden, subjektiv »näheren« Gefahren nur noch wenig Beachtung.

Auch wenn in der Wissenschaft die Notwendigkeit einer weitreichenden sozial-ökologischen Transformation moderner Gesellschaften inzwischen weit mehrheitlich geteilt und zunehmend dringlicher angemahnt wird (IPCC 2023) – der UN Generalsekretär Antonio Guterres beschreibt den aktuellen politischen Pfad, trotz aller Klimapolitik, als »Autobahn in die Klimahölle« (Guterres 2022) – ist eben dieser akute Veränderungsbedarf in Politik und Bevölkerung in den letzten Jahren zunehmend zu einem zentralen Zankapfel geworden (Eversberg 2020a). Dabei haben sich die Konflikte umso stärker intensiviert, je mehr deutlich wurde, dass die notwendigen Veränderungen sich nicht in einer Energiewende und neuen Antriebstechnologien beim Auto erschöpfen, sondern die Grundpfeiler der gewohnten Lebensweise von Bevölkerungsmehrheiten hierzulande berühren, erhebliche Umstellungen und Umgewöhnungen erfordern und nicht ohne hohe gesellschaftliche und ökonomische Kosten zu haben sind (Brand/Wissen 2017; Neckel 2023a; Sommer u. a. 2022; Wiedmann u. a. 2020).

An immer mehr Stellen scheinen sich bei sozial-ökologischen Themen die Fronten zu verhärten: Die mit Blockaden des alltäglichen Verkehrs oder symbolischen Angriffen auf Kunstwerke in ihrer Form radikalisierten Klimaproteste der »Letzten Generation« sorgten monatelang für Aufregung in Medien und Politik und riefen sogar offene Gewalt durch Autofahrer:innen hervor. Dagegen wurden die in ihrer Wirkung ungleich disruptiveren und häufiger auch für Menschen gefährlichen Verkehrsblockaden während der Bauernproteste Anfang 2024 öffentlich deutlich weniger verdammt und ernteten in der Bevölkerung sogar breites Verständnis. Die Schwächen des Entwurfs des für die Wärmewende zentralen Gebäudeenergiegesetzes aus dem Wirtschafts- und Klimaschutzministerium wurden von Medien und Oppositionsparteien zum Anlass für eine aggressive Kampagne gegen den »Heizhammer«, grüne Politik und ökologische Anliegen generell genommen, auf die auch Kräfte der radikalen Rechten aufsprangen. Auch die Energiewende stockt seit längerem: Selbst wenn der Solarausbau sich zuletzt deutlich beschleunigt hat, kommt der Ausbau der Windkraft nur langsam wieder in Gang, nachdem ihn nicht nur langwierige Genehmigungsverfahren und restriktive Regelungen der Länder, sondern auch verbreitete lokale Widerstände und Klagen gegen Bauprojekte jahrelang ausgebremst hatten. Selbst Alltagsfragen wie klimaschädlicher Fleischkonsum, Fahrradstraßen, SUVs oder Flugreisen erscheinen immer häufiger als

Reizthemen und gesellschaftliche »Triggerpunkte« (Mau u. a. 2023). Und nicht nur in lokalen Auseinandersetzungen um die Verteilung knappen öffentlichen Raums in Städten, sondern auch in der Bundespolitik wird heftig um die künftige Rolle und den Stellenwert des Autos gestritten.

All das erweckt den Eindruck, dass nicht nur politisch, sondern auch überall im Alltag entlang sozial-ökologischer Transformationsfragen Konflikte aufbrechen, in denen sich verschiedene gesellschaftliche Gruppen mit ihren gegensätzlichen Sichtweisen teils unversöhnlich gegenüberstehen. Und anders als in der Zeit kurz vor der Corona-Pandemie, als die damals stark im Aufwind befindliche Klimabewegung mehrheitliche Unterstützung genoss und deutlichen politischen Druck in Richtung eines entschlosseneren Transformationskurses entfaltete, scheinen es nun vor dem Hintergrund der vielfachen Krisen immer häufiger Gegenkräfte und zunehmend verbreitete Bedenken zu sein, die das politische Handeln und die öffentlichen Debatten bestimmen (Engels u. a. 2023; Lamb u. a. 2020; Sommer u. a. 2022; Stoddard u. a. 2021). Statt um die Beschleunigung von Klimaschutz geht es in der gesellschaftlichen Wahrnehmung und Diskussion immer häufiger um Gründe, warum der Wandel zu schnell gehe und abgebremst werden müsse. Die Ansicht, dass die Kosten der sozial-ökologischen Transformation zu hoch seien und das Ganze zu schnell gehe, gewinnt in der öffentlichen Diskussion und in Bevölkerungsumfragen an Boden, während gleichzeitig wissenschaftliche Daten und Studien immer eindringlicher belegen, dass aufgrund zu langsamen und nicht effektiven politischen Handelns Ziele wie das 1,5-Grad-Limit kaum noch zu erreichen sind, und Schätzungen über die künftigen Folgekosten der ökologischen Krisen aufgrund von Kippunkten und neuen Krisendiagnosen alles bisher Vorstellbare sprengen (Lawrence u. a. 2024; Lenton u. a. 2023; Newman/Noy 2023).

Was aber lässt sich aus soziologischer Sicht über diese konflikthafte Gemengelage sagen, und halten die geschilderten verbreiteten Wahrnehmungen einer Überprüfung aus sozialwissenschaftlicher Perspektive stand? Ist die Bevölkerung wirklich so polarisiert, sind die Fronten so verhärtet, wie es sich zurzeit für viele »anfühlt« und wie auch das vielfach in den Medien gezeichnete Bild nahelegt? Und lässt sich der Grundkonflikt eigentlich auf eine so einfache Entgegensetzung wie die zwischen Befürwortung und Ablehnung eines sozial-ökologischen Umbaus herunterbrechen? Auf diese Fragen versuchen wir in diesem Buch einige Antworten zu geben.

Wir nutzen dabei die Daten unserer repräsentativen Bevölkerungsumfrage *BioMentalitäten 2022* (von Faber/Fritz 2023), um eine genauere soziologische Analyse der aktuellen gesellschaftlichen Konstellation des Konflikts um die sozial-ökologische Transformation zu entwickeln. Dazu blicken wir auf den Zusammenhang zwischen zwei Ebenen, auf denen sich dieser in seinen Dynamiken und Konfliktdimensionen untersuchen lässt: Erstens analysieren wir den Konflikt um die sozial-ökologische Transformation auf der Ebene der unterschiedlichen und gegensätzlichen *sozial-ökologischen Mentalitäten*, also der verinnerlichten Wahrnehmungs-, Denk- und Empfindungsgewohnheiten gegenüber Gesellschaft, anderen Menschen und Natur, mit denen Menschen laufenden und anstehenden Wandlungs- und Transformationsprozessen begegnen. Wie wir zeigen werden, lassen sich eine Reihe unterschiedlicher, ja gegensätzlicher Mentalitäten unterscheiden, die im Streit um Transformation entlang mehrerer Dimensionen konträre Positionen einnehmen. Um diese Konfliktdimensionen besser zu verstehen, analysieren wir diese Mentalitätsunterschiede zweitens in ihrem Verhältnis zu Unterschieden und Ungleichheiten der *sozio-ökonomischen Lagen* verschiedener sozialer Gruppen und der darin begründeten gegensätzlichen *Interessen* im Hinblick auf die Transformation. Der Konflikt wird in seiner Gesamtkonstellation erkennbar, wenn man beide Ebenen systematisch zueinander ins Verhältnis setzt und fragt, ob, wie und warum sich sozialstrukturelle Interessengegensätze in mentale Gegensätze, und damit in offene Konflikte, übersetzen – oder dies eben auch nicht tun.

1.1 Was meinen wir mit dem »sozial-ökologischem Klassenkonflikt«?

Wir gehen von der These aus, dass sich die Gesamtheit der Auseinandersetzungen um Transformation als ein *neuer sozial-ökologischer Klassenkonflikt* verstehen lässt. Warum *Klassenkonflikt*? In der Tat ist diese Begriffswahl erklärungsbedürftig. Unser Verständnis des Begriffs, das wir im zweiten Kapitel in Auseinandersetzung mit der jüngeren Forschung und Literatur näher erläutern, soll ausdrücklich nicht das Bild aufrufen, es stünden sich hier wie in früheren geschichtlichen Phasen zwei oder mehr Klassen im Sinne klar voneinander geschiedener, als einheitliche Akteure auftretende Gruppen gegenüber. Ebenso wenig geht es uns darum, das konflikthafte Gesche-

hen als einen bloßen Ausdruck von strukturell vorbestimmten Interessenunterschieden solcher Gruppen darzustellen. Gleichzeitig macht der Begriff aber deutlich, dass es bei den genannten Konflikten um die sozial-ökologische Transformation eben auch nicht einfach nur um unterschiedliche individuelle Einstellungen, Präferenzen, Lebensstile oder Konsumgewohnheiten geht. Indem wir von einem Klassenkonflikt sprechen, wollen wir vielmehr darauf hinweisen, dass die gesellschaftlichen Spannungen um sozial-ökologische Transformation nur als *gesellschaftlicher* Konflikt begriffen werden können, dass sie also auf der abstrakten Ebene jener gesellschaftlichen Prozesse untersucht werden müssen, die *Klassenverhältnisse* hervorbringen.

Im Streit um die sozial-ökologische Transformation werden Interessengegensätze verhandelt, die nicht einfach zufällig da sind, sondern ihren Ursprung in der inneren Logik kapitalistischer Wachstumsgesellschaften haben. Weil moderne Gesellschaften als »Expansionsgesellschaften« (Jochum 2022) auf ständige Ausdehnung und permanente Steigerung ihres Aktivitätsniveaus angewiesen sind (Dörre u. a. 2009), erzeugen sie in und durch eben diese Steigerung ständig Spannungen und Gegensätze in ihrem Inneren – zwischen Treiber:innen und Getriebenen, Gewinner:innen und Verlierer:innen der Steigerung – wie auch zwischen diesem Innen und dem Außen, in das hinein sie sich ausdehnen (Biesecker u. a. 2012; Dörre 2009; Lessenich 2016; Lutz 1984). Diese gesellschaftlich erzeugten, in der Dynamik der für die Moderne charakteristischen Vergesellschaftungsprozesse selbst angelegten Spannungen und Gegensätze meinen wir, wenn wir von *Klassenverhältnissen* sprechen, und sie sind es aus unserer Sicht, die gegenwärtig an der Frage der sozial-ökologischen Transformation in neuer Intensität aufbrechen. Denn den eingangs angesprochenen Krisen der Gegenwart ist ihre Ursache gemeinsam: sie erwachsen daraus, dass die Wachstums- und Steigerungsdynamik westlicher Gesellschaften an ihre Grenzen gekommen ist, weil sie ihre sozialen und ökologischen Voraussetzungen aufgezehrt hat: Dem von fossiler Energie angetriebenen, auf der immer weiter ausgedehnten und intensivierten Ausbeutung und Aneignung von menschlicher Arbeit und außermenschlicher Natur sowie der Erzeugung und Verstetigung hierarchischer Innen-Außen-Beziehungen beruhenden gesellschaftlichen Expansionsbetrieb ist im Zeichen von globaler Klimakatastrophe, Erschöpfung sozialer Reproduktionsfähigkeiten, reißender Lieferketten und bröckelnder geopolitischer Macht buchstäblich der Dampf ausgegangen (Club of Rome 2022; Fraser 2022; Ghosh 2021; Lawrence u. a. 2024; Schmelzer u. a. 2022). Angedeutet hatte sich das schon

seit Jahrzehnten – der Bericht des Club of Rome zu den *Grenzen des Wachstums* feierte unlängst das 50jährige Jubiläum seines Erscheinens –, das Ende konnte aber bislang durch eine Reihe von Tricks, die es erlaubten, »Zeit zu kaufen« (Streeck 2018; Lessenich 2022), immer noch einmal vertagt und aufgeschoben werden. Mit der Frage nach der Transformation stehen heute die so krisenträchtigen wie selbst kriselnden Steigerungszwänge – der Zwang zum Wachstum, zur immer weiteren Anhäufung von Kapital, zur ständigen Beschleunigung und Reichweitenerhöhung gesellschaftlicher Prozesse, und zur immer umfassenderen Indienstnahme von Natur und menschlicher Tätigkeit für all das – nun aber wohl ernsthafter denn je auf dem Prüfstand, denn es scheint fraglich, ob weitere Zeit käuflich zu haben ist. Nicht zuletzt hierum wird im Transformationskonflikt gerungen: Geht es vielleicht doch – auf dekarbonisierter, fairer und nachhaltiger Grundlage – noch einmal weiter mit dem Steigerungsspiel, ist ein »grünes Wachstum« auf Dauer möglich, oder führt nur ein grundlegender Paradigmenwechsel und die Neuerfindung von Gesellschaften ohne Steigerungszwang aus der sozial-ökologischen Krise?

Und auch dies ist eine Frage von Klassenverhältnissen, denn je nach der Position, in die sie der längerfristige Prozess des Wachstums und seine verschiedenen Krisen gebracht haben, verfolgen unterschiedliche Teile der Bevölkerung nun ganz unterschiedliche Interessen im Hinblick darauf, welche Richtung die Transformation nehmen soll. Wenn aktuell zum Beispiel einerseits um die Notwendigkeit, Höhe und Verteilung von Agrarsubventionen oder Förderungen für Wärmepumpen gestritten wird, andererseits aber auch um die grundsätzlichere Frage, ob und in welchem Tempo und Ausmaß dieser ganze Umbau überhaupt wirklich nötig sei, dann geht es hier nicht einfach um unterschiedliche Sichtweisen auf das Thema Transformation, sondern es werden auch diese Interessengegensätze zwischen Bevölkerungsteilen ausgetragen, die am Wachstum und den wachstumsbedingten Umbrüchen der letzten Jahrzehnte auf unterschiedliche Art und Weise mitwirkten, die von Wachstumskrisen und Versuchen der Wiederherstellung von Wachstumsdynamiken auf unterschiedliche Weise betroffen waren, daraus relative Vor- oder Nachteile zogen, dies als Auf- oder Abstieg erlebt haben und die nun von Krisenerscheinungen auf je unterschiedliche Weise betroffen sind – in diesem Sinne sind es *Klassenkonflikte*. Nur muss dies nicht automatisch auch bedeuten, dass es sich um eine Auseinandersetzung zwischen klar voneinander abgegrenzten »Klassen« im Sinne von mehr oder weniger einheitlichen, klar als Blöcke gegeneinander positionierten so-

zialen Großgruppen handle. Gesagt sein soll mit dem Begriff des Klassenkonflikts nicht mehr, aber auch nicht weniger, als dass die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Transformation entlang einer Reihe von Bruchlinien verlaufen, die durch *Klassenverhältnisse* bestimmt sind.

Diese gesellschaftliche Konfliktkonstellation wollen wir also nicht als reinen Ausdruck von strukturellen, sozioökonomischen Unterschieden, Macht- und Herrschaftsverhältnissen untersuchen (wie es ein traditionelles Klassenverständnis nahelegen würde), sondern wir nehmen sie in den Blick ausgehend von den *sozial-ökologischen Mentalitäten* der Bevölkerung als relativ unabhängiger Ebene, die ihre eigene Logik hat und auf der Strukturgegensätze erst zu Konflikten werden. Dies geschieht dann, wenn Menschen ihre geteilten Erfahrungen an ähnlichen Orten der Sozialstruktur durch die Ausbildung ebenso geteilter, Gemeinsamkeit stiftender Wahrnehmungs- und Empfindungsmuster (also eben von Mentalitäten) verarbeiten und sich darüber nicht nur zunehmend mit Menschen in ähnlichen Lagen identifizieren, sondern auch von anderen, mit gegensätzlichen sozialen Erfahrungen verbundenen Mentalitäten abgrenzen – wenn also sozioökonomische Gegensätze tendenziell von mentalen Gegensätzen überlagert werden. In diesem Sinn begreifen wir Mentalitäten in Anlehnung an den französischen Soziologen Pierre Bourdieu, an dem wir uns auch in anderer, methodischer Hinsicht orientieren, als »inkorporierte soziale Strukturen« (Bourdieu 1982: 730). Mentalitäten sind Produkt der körperlichen, physischen Ablagerung von Erfahrungen mit der sozialen und natürlichen Umwelt *in* den Menschen, in Form von Wahrnehmungs- und Empfindungsneigungen (*Dispositionen*), durch die ihre (früheren) gesellschaftlichen Existenzbedingungen ihre Positionierung im gesellschaftlichen Konfliktgeschehen prägen. Insofern haben Mentalitäten einen Klassencharakter: sie sind »geschichtlich ausgebildete Wahrnehmungs- und Bewertungsschemata, die, aus der objektiven Trennung von ›Klassen‹ hervorgegangen (Alters-, Geschlechts-, Gesellschaftsklassen), jenseits von Bewußtsein und diskursivem Denken arbeiten« (ebd.).

Wie sich zeigen wird, verteilen sich Mentalitäten sozialstrukturell nicht zufällig, sondern ähnliche Mentalitätsmuster weisen jeweils Verbreitungsschwerpunkte in bestimmten sozialen Lagen auf. Dabei sind sie aber nicht als kognitiv durchdachte, ideologische Weltbilder zu verstehen, sondern in ihrer meist vorreflexiven, intuitiv-praktischen Funktionsweise eher als Formen eines kollektiven *Unbewussten* (zum Unterschied zwischen Ideologie und Mentalität siehe Geiger 1972) aufzufassen. Allerdings ist der Zusam-

menhang zwischen Existenzbedingungen und Mentalitäten alles andere als mechanisch, und es kann keineswegs direkt von der sozialen Position von Menschen auf deren Mentalitäten geschlossen werden. Mentalitäten sind als Forschungsgegenstand eben deshalb interessant und wichtig, weil ähnliche Lagen dennoch ganz unterschiedlich verarbeitet werden können und es dabei nicht nur auf die Zufälligkeiten alltäglicher sozialer Erfahrung, sondern auch auf die im persönlichen Umfeld, in Medien und Politik vorhandenen Selbst- und Weltdeutungsschemata und Identifikationsangebote ankommt. Mentalitäten sind daher nie aus sich selbst heraus, aus der reinen Analyse der Einstellungsmuster, zu verstehen. Als gesellschaftlich bedingte Positionierungs*neigungen* in einem gesellschaftlichen Zusammenhang werden Mentalitäten erst verständlich unter Berücksichtigung der je aktuellen gesellschaftlich-politischen Situation, der Positionen innerhalb des Feldes sozio-ökonomischer Lagen und Interessen, der vorhandenen Deutungsangebote und der Gesamtlandschaft unterschiedlicher und gegensätzlicher Mentalitäten, in und zu der sie sich positionieren.

1.2 Kernbefunde: Drei gesellschaftliche Spektren und vier zentrale sozial-ökologische Konfliktdimensionen

Um aufzuzeigen, welche Rolle Mentalitäten im neuen sozial-ökologischen Klassenkonflikt spielen, soll in diesem Buch der gesellschaftliche Gesamt-raum der Klassenstruktur mit ihren Spannungen und Gegensätzen aufgezeigt und durch die relationale Verortung der verschiedenen Mentalitäten in diesem Raum die verschiedenen Dimensionen oder ›Fronten‹ des Konflikts darin nachgezeichnet werden. Auch wenn wir hierbei Klassenverhältnisse als komplex und mehrdimensional verstehen, sprechen wir aufgrund der gemeinsamen Bedingtheit der verhandelten Krisenphänomene durch die Zwänge expansiver Vergesellschaftung aber dennoch im Singular vom sozial-ökologischen Klassenkonflikt. Spannungen oder Gegensätze lassen sich dabei auf der Ebene sozioökonomischer Positionen und der mit ihnen verbundenen Interessen ausmachen. Von *Konfliktdimensionen* sprechen wir dann, wenn diese Gegensätze auch mit gegensätzlichen, in gegenseitiger Abgrenzung aufeinander bezogenen Mentalitäten einhergehen – denn erst dann lässt sich ja davon ausgehen, dass Interessengegensätze auch als solche wahrgenommen und zum Streitgegenstand werden. Einer der

zentralen Befunde unserer Analyse zeigt, dass das durchaus nicht immer der Fall sein muss und dass der sozial-ökologische Streit durchaus auch auf andere Ebenen »verschoben« stattfinden kann, so dass entscheidende Interessengegensätze weiterhin nicht thematisiert werden.

Wie auch in vielen anderen Repräsentativbefragungen der letzten Jahre gab eine große Mehrheit der Befragten unserer Studie an, sie sorgten sich stark um die Umwelt und um die Lebensbedingungen künftiger Generationen und unterstützten eine entschlossenere Klima- und Umweltpolitik. Zustimmungsraten von 70 bis 80 Prozent sind bei diesen Fragen keine Seltenheit (siehe Kapitel 4). Um hinter diesem Bild einer vordergründig großen Einigkeit den uns interessierenden Mentalitätsunterschieden auf die Spur zu kommen, haben wir ein mehrstufiges statistisches Analyseverfahren (siehe Kapitel 5.1) angewandt, das die Aufmerksamkeit auf das Gesamtbild vieler schwacher statt auf wenige starke statistische Zusammenhänge richtet, um auch subtilere Abgrenzungen und Gegensätze zu erfassen. Das Ergebnis ist die Typologie von zehn sozial-ökologischen Mentalitäten, die wir in Kapitel 5 zunächst einzeln beschreiben und durch Informationen zu damit typischerweise verbundenen sozial-ökologisch relevanten Alltagspraktiken und sozialstrukturellen Merkmalen näher konturieren. Dabei zeigt sich, dass je drei der zehn Typen entlang zentraler gemeinsamer Mentalitätszüge zu größeren *Spektren* gruppiert werden können, die gegenüber Fragen der sozial-ökologischen Transformation systematisch unterschiedliche, in vielerlei Hinsicht konträre Positionen einnehmen:

- Ein *ökosoziales Spektrum* plädiert für rasche und durchgreifende Transformation und argumentiert dabei nicht nur ökologisch und oft wachstumskritisch, sondern befürwortet auch aus egalitär-integrativen Grundhaltungen heraus soziale Ausgleichsmechanismen.
- Ein *konservativ-steigerungsorientiertes Spektrum* priorisiert zunehmend den Erhalt der eigenen Lebensweise gegenüber der verbal bekannten Bereitschaft zur Veränderung.
- Ein *defensiv-reaktives Spektrum* schließlich bewegt sich zwischen Resignation und Rückzug angesichts von als überfordernd erlebten Umbrüchen und Krisen und wütender Abwehr gegen »grüne« und transformative Initiativen.

Jedes dieser Spektren lässt sich in seinen jeweiligen Nähen und Abgrenzungen gegenüber den anderen Spektren als ein Pol der gesellschaftlichen Aus-

einandersetzung beschreiben, in seiner in sich pluralen Zusammensetzung aber auch auf seine inneren Differenzen und Selbstwidersprüche befragen.

Um sie ins Verhältnis zueinander zu setzen und die mit Mentalitätsdifferenzen verbundenen Unterschiede sozialer Lagen und Interessen sichtbar zu machen, verorten wir diese Typen und Spektren anschließend (Kapitel 6) im zweidimensionalen Modell des sozialen Raums nach Pierre Bourdieu, den wir aus den in der Befragung enthaltenen sozio-ökonomischen Daten konstruiert haben. So gewinnen wir eine ›Landkarte‹ des sozial-ökologischen Klassenkonflikts in der deutschen Bevölkerung, die sowohl vertikale (zwischen sozialem *Oben* und *Unten*) als auch horizontale Klassenunterschiede (zwischen materiell-eigentumsbasierten und »postmateriell«-bildungsbasierten Statuspositionen) abbildet.

Das dabei entstehende Bild unterscheidet sich deutlich von den in letzter Zeit vorwiegend vertretenen Deutungen des Konflikts, also von Diagnosen wie denen einer Polarisierung zwischen zwei unversöhnlichen pro- und antitransformativen Lagern (Herold u. a. 2023; Merkel/Zürn 2019; Schoen/Gavras 2019), eines letztlich rein ökonomisch abgeleiteten Gegensatzes zwischen einer »moralischen Ökologie« städtisch-gebildeter und einer »Arbeiterklassenökologie« proletarischer Schichten (Huber 2022; Mau u. a. 2023: 216, 225) oder einer im Selbstwiderspruch zwischen abstrakter Veränderungsbejahung und konkretem Festhalten am Gewohnten gefangenen großen Mehrheit (BMUV/UBA 2023; Wolf u. a. 2023). Entgegen solchen vereinfachenden Deutungen lassen sich unsere Befunde stilisiert in dem Bild der in mehrfacher Weise konflikthafter *Dreiecksbeziehung* zwischen den drei Mentalitätsspektren zusammenfassen, die zwar nur unscharf abgegrenzt, fließend ineinander übergehend und keineswegs zu Großgruppen verfestigt, aber dennoch im sozialen Raum jeweils deutlich für bestimmte Zonen charakteristisch sind. So hat das *ökosoziale* Spektrum seine primäre Verbreitungszone im von städtischen Wohnumfeldern, hoher Bildung und qualifizierter Wissensarbeit geprägten linken oberen Drittel des Raums, das *konservativ-steigerungsorientierte* Spektrum rechts und oben in den vor allem materiell privilegierten oder abgesicherten Lagen, und das *defensiv-reaktive* Spektrum in der benachteiligten und prekären unteren Mitte. Mit Blick auf diese Dreiecksbeziehung lassen sich die oft unklaren und verwirrenden »Fronten« im *mehrdimensionalen* sozial-ökologischen Klassenkonflikt nach unserer Überzeugung deutlich besser verstehen als mittels der eben genannten eher vereinfachenden Sichtweisen. Unser Deutungsvorschlag

hierzu, den wir in Kapitel 7 ausführlicher entwickeln, unterscheidet dabei vier Konfliktdimensionen (siehe auch Abbildung 19 in Kapitel 7):

- Einen *Abstraktionskonflikt*, der mit sich beschleunigenden gesellschaftlichen Wandlungs- und Steigerungsprozessen zusammenhängt, auf die Teile der Bevölkerung, vor allem solche im unteren sozialen Raum, mit Überforderung und Entfremdung reagieren, wohingegen weiter oben im Raum eine optimistische Befürwortung von Wandel vorherrscht – diese Konfliktdimension verläuft also vertikal;
- Einen *Lebensweisekonflikt* um vordergründig kulturelle und lebensstilbezogene Differenzen, hinter dem aber ein Verteilungskonflikt zwischen privat-partikularen Eigentums- und öffentlich-allgemeinen Gemeingutinteressen steht – im sozialen Raum demnach als horizontale Konfliktdimension darstellbar;
- Den derzeit stark im Vordergrund der gesellschaftlichen Wahrnehmung, der öffentlichen Debatten und auch der soziologischen Deutungen stehenden *Veränderungskonflikt* zwischen oben links und unten rechts im Raum, der sich vordergründig um die Kosten und Lasten der Transformation, zwischen den Zeilen aber auch um Notwendigkeit, Legitimität, Tempo und Reichweite der Transformation dreht;
- Sowie den von sozialen Bewegungen und kritischen Intellektuellen thematisierten, in der Breite der Bevölkerung aber kaum wahrgenommenen *Externalisierungskonflikt* um die Verteilung der Kosten des Normalbetriebs, den Rückbau nicht-nachhaltiger gesellschaftlicher Strukturen und den Abbau von hierarchischen Innen-Außen-Beziehungen.

In den Kapiteln des Buches umreißen wir zunächst einige Erkenntnisse der empirischen Forschung zum Klimabewusstsein und sozial-ökologischen Konfliktempfinden der deutschen Bevölkerung, gehen auf die in der Soziologie verbreiteten Deutungsmuster des Konflikts ein und begründen noch einmal etwas ausführlicher unsere eigene Perspektive (Kapitel 2). Anschließend beschreiben wir, wie wir unsere repräsentative Umfrage durchgeführt haben (Kapitel 3) und welches Bild der Gesamtstimmung in der Bevölkerung hinsichtlich der umstrittenen Transformationsfragen sie zeichnet (Kapitel 4). Danach erläutern wir im Detail die aus diesen Daten gewonnene Typologie von zehn unterschiedlichen sozial-ökologischen Mentalitäten und beschreiben ihre jeweils charakteristischen Einstellungsmuster sowie die damit verbundenen sozioökonomischen Profile und alltäglichen Lebensweisen (Kapitel 5). Diese Darstellung erfolgt gegliedert nach den drei größeren

Spektren, zu denen sich neun der zehn Typen zusammenfassen lassen. In Kapitel 6 nutzen wir dann das Konzept des sozialen Raums, um die Mentalitäten und Spektren in einer aus den Sozialdaten unserer Befragung gewonnenen zweidimensionalen Darstellung der gesellschaftlichen Sozial- oder Klassenstruktur zueinander ins Verhältnis zu setzen und so eine soziale »Landkarte« des Konflikts um sozial-ökologische Transformation zu gewinnen. Diese Analyse wird zusammengezogen in der Diskussion der vier zentralen Spannungs- und Konfliktdimensionen, die sich dabei abzeichnen (Kapitel 7). Anschließend fassen wir die Hauptbefunde zusammen und präsentieren einige Überlegungen zu politischen Strategien und Maßnahmen, die sich daraus ableiten lassen (Kapitel 8). In einer Nachbetrachtung (Kapitel 9) gehen wir schließlich noch auf das aktuelle Konfliktgeschehen im Zeitraum seit der Erhebung unserer Daten ein und fragen nach Perspektiven und Risiken für die nähere Zukunft.

2. Sozial-ökologische Transformation als Konfliktfeld

2.1 »Konflikt? Welcher Konflikt?« – Eine bestimmende Erzählung und ihre Risse

Trotz aller immer offensichtlicheren Konflikthaftigkeit in der Gesellschaft ist die bestimmende Geschichte, die sich die deutsche Öffentlichkeit über sich selbst erzählt, noch immer die eines willigen, aber leicht gehemmten Klimavorreiters: Die Menschen seien sich in ihrer großen Besorgnis um Natur und kommende Generationen sowie ihrer grundsätzlichen Unterstützung für Klimapolitik und post-fossile Transformation der Wirtschaft weit mehrheitlich einig, würden nur bei konkreten Fragen der Umsetzung von Anpassungsschwierigkeiten, Angewiesenheit auf nicht-nachhaltige Infrastrukturen, ungenügender Förderung durch die Politik und mitunter Unentschlossenheit geplagt. So wird in Umfragen immer wieder festgestellt, dass die generelle Befürwortung des Klimaschutzes und die abstrakte Einsicht in seine Notwendigkeit in Deutschland sehr verbreitet seien. Dies gilt auch noch in jüngster Zeit und unter dem Eindruck akuter Krisen wie Corona, Inflation und Krieg. In der Umweltbewusstseinsstudie des Umweltbundesamts von 2022 etwa gab eine klare Mehrheit von 91 Prozent der Befragten an, den umwelt- und klimafreundlichen Umbau der deutschen Wirtschaft grundsätzlich zu unterstützen (BMUV/UBA 2023: 8). Jeweils um die 90 Prozent gaben auch an, über menschengemachte Umweltprobleme, Verschwendung und die »Wegwerfgesellschaft« empört und über die Zerstörung von Natur traurig zu sein, schrieben jedem und jeder Einzelnen Verantwortung gegenüber kommenden Generationen zu, und befürworteten sogar die Suche nach Wegen, unabhängig von Wirtschaftswachstum gut zu leben. Mehr als drei Viertel sahen laut der Studie die Lebensgrundlagen in Deutschland durch den Klimawandel bedroht, ähnlich viele sorgten sich um die Überlebensbedin-

gungen kommender Generationen, sahen Umweltschutz als eine Chance für größere Lebensqualität und befanden, dass »natürliche Grenzen des Wachstums« bereits überschritten seien, zwei Drittel berichteten von Angst vor den Folgen des Klimawandels (BMUV/UBA 2023: 49–51). Auch das Soziale Nachhaltigkeitsbarometer der Energie- und Verkehrswende des Forschungsinstituts für Nachhaltigkeit in Potsdam stellte Mitte 2023 fest, dass 86 Prozent der rund 6500 Befragten mehr oder weniger besorgt über den Klimawandel seien. Auch sei trotz Energiekrise »die grundlegende Zustimmung zur Energiewende bei über drei Viertel der Bevölkerung nahezu konstant geblieben. Die Deutschen wollen die klimafreundliche Umgestaltung des Energie- und Verkehrssystems und unterstützen diese aktiv« (Wolf u. a. 2023: 2), eine Mehrheit wolle auch durch Anpassung des eigenen Handelns aktiv dazu beitragen. Demgegenüber seien Widerstände gegen Windkraftausbau oder Verkehrswendevorhaben eine Sache kleiner, übermäßig lauter Minderheiten, denen überproportional viel Beachtung zuteilwerde.

Solchen Positivbotschaften wird in diesen und ähnlichen Studien allerdings stets direkt hinzugefügt, dass die angestrebten Verhaltensänderungen den Menschen schwerfielen, ihnen oft die Mittel dazu fehlten und sie große Sorgen hätten, dass das Ganze ungerecht ablaufe. So gaben in der Umweltbewusstseinsstudie große Mehrheiten (jeweils ca. 75 Prozent) an, sich um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sorgen und zu befürchten, dass der ökologische Umbau der Wirtschaft mit sozialen Verwerfungen und größeren Ungleichheiten einhergehen werde. Noch mehr als eine entschlossenere Klimapolitik erwarteten die Menschen vom Staat sozialverträgliche Maßnahmen und eine Lenkung und Gestaltung ökologisch motivierter Umbaumaßnahmen, um steigende Preise und soziale Härten abzufedern und Betroffenen eine Anpassung an veränderte Bedingungen zu ermöglichen (BMUV/UBA 2023: 66 ff.). Die Bereitschaft, auch selbst im eigenen Leben Anpassungsleistungen zu erbringen und z. B. auf Flugreisen zu verzichten, den Stromanbieter zu wechseln, weniger zu heizen oder das Autofahren zu reduzieren wird zwar von den Autor:innen der Studie als erfreulich ausgeprägt beschrieben (»Die Mehrheit kann sich gut vorstellen, den eigenen Konsum zu reduzieren«, ebd.: 62), fällt aber weit hinter die Raten der Besorgten und der Klimapolitikbefürworter:innen zurück – je rund die Hälfte flog ohnehin nicht oder kaum oder bezog Ökostrom und wollte das beibehalten (zusätzlich konkret vorgenommen hatten sich dies aber nur sehr wenige), Abstriche bei Heizen und Autofahren waren nur für je rund ein Drittel ernsthaft ein Thema (BMUV/UBA 2023: 63). Im sozialen

Nachhaltigkeitsbarometer indes wird hervorgehoben, die grundsätzlich hohe Bereitschaft zur Verhaltensänderung werde dadurch gebremst, dass »viele aus strukturellen Gründen (etwa durch Mietverhältnisse) oder aus finanziellen Gründen (keine verfügbaren Geldmittel für Investitionen) wenig konkrete Möglichkeiten« sähen (Wolf u. a. 2023: 2) und dass große Mehrheiten die politische Steuerung und Umsetzung der Energie- und Verkehrswende als unentschlossen, zu langsam, undurchdacht und sozial ungerecht wahrnahmen (ebd.: 6–7).

Alles in allem entsteht in der Deutung der Befunde in solchen Studien einerseits das Bild, dass es deutlich mehr Unterstützung für schnelle und effektive Klimapolitik geben könnte, wenn diese wirklich sozial gerecht gestaltet wäre, auf nachhaltige Infrastrukturen abzielte und einem klar begründeten, konsequent umgesetzten Konzept folgte (Expertenrat für Klimafragen 2023). Daneben drängt sich aber auch der Eindruck eines grundsätzlicheren Widerspruchs zwischen der großen Einigkeit in der Bewertung abstrakter Grundsatzfragen einerseits und der deutlich niedriger ausfallenden konkreten Handlungsbereitschaft und Offenheit für direkt spürbare Veränderungen im eigenen Leben andererseits auf. Letztere wird allerdings in der Regel nicht als Ausdruck von Widerständen gedeutet, die auf einen Konflikt in der Bevölkerung hinweisen könnten, sondern ein solcher wird mit Verweis auf die großen unterstützenden Mehrheiten gerade verneint oder zu einem Randphänomen erklärt. Wenn es einen Konflikt gibt, so erscheint dieser eher als eine innere Zerrissenheit der »Durchschnittsdeutschen«, die eigentlich ja einsichtig sei und die Veränderung wolle, sich nur selbst noch nicht recht entschließen könne und zu wenig unterstützt werde. Nicht nur beim Blick auf die Einzelbefunde dieser Studien, sondern auch auf einige andere aktuelle Forschungen bekommt dieses Bild allerdings deutliche Risse, ja es lässt sich eigentlich gar nicht mehr halten.

2.1.1 Aushöhlung des Konsenses

Das betrifft zum einen Erkenntnisse dazu, wie Menschen mit dem aktuellen Krisengeschehen umgehen. Dass die Situation von sehr vielen als belastend und verunsichernd wahrgenommen wird, gehört dabei zu den eindeutigeren Befunden, die auch die oben zitierten Studien bestätigen. Was sie weniger hervorheben, aus den Daten aber ebenfalls deutlich erkennbar wird, ist, dass hierauf verbreitet mit dem Wunsch nach Vermeidung von Verände-

rungen und nach einer Rückkehr zu einer irgendwie gearteten »Normalität« reagiert wird. Im Widerspruch zur grundsätzlichen Befürwortung der Ziele sozial-ökologischer Transformation zeigt sich hier der Anspruch, die Gewohnheiten und Lebensumstände, die im Rahmen der durch fossile Brennstoffe ermöglichten Lebensweise zur wahrgenommenen Normalität geworden sind, zu verteidigen und Maßnahmen zur Umsetzung jener Ziele nur insoweit zu akzeptieren, als sie diese nicht gefährden.

Einiges spricht dafür, dass die erlebten konkreten Belastungen oder wahrgenommenen Bedrohungen des eigenen Lebensstandards in der jüngsten Zeit sogar die abstrakten Befürchtungen zunehmend überlagern und in den Hintergrund drängen. Soziale Schief lagen zu beklagen und die Hürden für praktische Veränderung im eigenen Umfeld zu betonen erscheint in dieser Hinsicht als eine Möglichkeit, auf Distanz zu unbequemen, eine verunsichernde Lage noch weiter verkomplizierenden Anpassungserwartungen zu gehen. So beschreibt eine auf qualitativen Interviews beruhende Studie des Rheingold-Marktforschungsinstituts vom Sommer 2023 eine verbreitete Strategie des Rückzugs ins Private, wo die Menschen das negative Geschehen in der Außenwelt auszublenden suchten, sich auf den heimeligen Innenraum konzentrierten und hofften, trotz aller Krisen ihre gewohnte Lebensweise beibehalten zu können. Statt von einer Zeitenwende sei eher von einer »gedehnt wirkenden Nachspielzeit« zu sprechen, in der etwas weitergelebt werde, was auf längere Sicht nicht zu halten sei, aber für den Moment Sicherheit gebe. Das Thema Klima sei in dieser Situation ganz besonders stark von Verdrängung betroffen, es werde wieder weniger als persönlich bedrohlich gesehen und »eher passiv hingenommen«, die Folgen für andere ignoriert (Rheingold-Institut 2023: 22). Die Umgangsweisen damit bewegten sich zwischen dem Schaffen von »Wohlfühloasen«, der Arbeit an einem krisenresistenten Selbst, »Erlösungshoffnungen« und »Ablasshandel« (ebd.: 26).

All das deutet nicht auf eine steigende, sondern eher auf eine krisenbedingt nachlassende Bereitschaft zum Sich-Einlassen auf Veränderung hin. Ähnliches legen auch Befunde von *More in Common* nahe, denen zufolge die Unterstützung für die Klimabewegung in den letzten beiden Jahren quer durch die Bevölkerung stark nachgelassen habe: nur mehr ein Drittel finde die Bewegung grundsätzlich gut. Die Autor:innen führen das auf die Blockadeaktionen der »Letzten Generation« zurück, welche viele Menschen in ihrem Alltag getroffen und durch diese Störung für viel Unmut gesorgt hätten (*More in Common* 2023). Wie der Kontrast zu den deutlich stärker

beeinträchtigenden, aber mit sehr viel größerem Verständnis aufgenommenen Landwirt:innenprotesten Anfang 2024 zeigt, scheint hier neben dem reinen Störeffekt aber vor allem eine Rolle zu spielen, dass die Aktionen der »Klimakleber:innen« auf die gern verdrängte Veränderungsnotwendigkeit hinweisen, während die Landwirt:innen vordergründig gerade das Festhalten am Gewohnten einklagten (Busse/Grefe 2024).

Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, für die im September 2023 2.500 Personen befragt wurden, kommt ebenfalls zu Schlüssen, die die vordergründige Einigkeit in Klimafragen weniger ausgeprägt erscheinen lassen (Hagemayer u. a. 2024): 30 Prozent gaben dort an, die Anstrengungen der Bundesregierung für den Klimaschutz seien zu groß, nur knapp die Hälfte hielt sie für zu gering (für ähnliche Ergebnisse siehe auch Abou-Chadi u. a. 2024). Die Ergebnisse geben auch einen Hinweis auf das Streitpotential der Frage, wie viel Veränderung den Einzelnen im Alltag zuzumuten sei: Während auch hier große Mehrheiten der Befragten künftig größere Anstrengungen der Politik, aber auch der Wirtschaft und wohlhabender Haushalte für den Klimaschutz erwarten, ist eine Mehrheit von 53 Prozent der Meinung, selbst bereits jetzt ausreichend zu tun, nur 37 Prozent halten größere eigene Anstrengungen für nötig. Auch wenn anerkannt wird, dass die Transformation noch große Anstrengungen erfordern wird, erwarten also mehr als die Hälfte der Menschen, dass dies bitte geräuschlos im Hintergrund geschehen solle, Anforderungen an eine/n selbst sollen sich nicht daraus ergeben. Man kann das als Ausdruck einer verbreiteten »Veränderungsmüdigkeit« (Mau u. a. 2023) deuten – mit nicht weniger Recht ließe sich darin aber auch eine Entschlossenheit zur Verteidigung der eigenen gewohnten Lebensweise erkennen. Und das umso mehr vor dem Hintergrund, dass die meisten bisherigen klimapolitischen Maßnahmen in den Bereichen von Energiewende und technischer Effizienzsteigerung stattgefunden haben, die den Alltag und die Lebensgewohnheiten der meisten Menschen nur peripher berühren, während das Erreichen von klimawissenschaftlich notwendigen Emissionsreduktionen laut einhelliger wissenschaftlicher Meinung ganz maßgeblich auch Maßnahmen beinhaltet, die mit Transformationen der Lebensweisen und Verhaltensänderungen einhergehen (Görg u. a. 2023; IPCC 2023).

Fritz Reusswig und Beate Küpper gehen in der Diskussion der Ergebnisse der jüngsten »Mitte-Studie« noch einen Schritt weiter und deuten auch den steilen Aufstieg der AfD in den Wahlumfragen im ersten Halbjahr 2023 in diesem Kontext. Sie stellen eine wachsende Offenheit weiter Teile der gut

situierten Bevölkerung für rechtspopulistische politische Angebote fest, die versprechen, ihnen die Veränderungsnotwendigkeiten vom Leib zu halten. »Steht die Mitte nur so lange zur Demokratie, wie diese den lieb gewordenen Lebensstandard und Lebensstil sichert?« fragen sie und resümieren: »Über Klimapolitik sind Personen bis weit in die Mitte offenkundig durch Populismus erreichbar und lassen sich über völkisch-autoritär-rebellische Angebote bis zum Rechtsextremismus und der Billigung von politischer Gewalt verführen« (Reusswig/Küpper 2023: 313). Dem entspricht auch der Mitte 2023 veröffentlichte Befund des für seine Milieuforschung bekannten Sinus-Instituts, dass in ganz bestimmten Segmenten der Sozialstruktur etwas ins Rutschen gekommen sei und die stark steigenden AfD-Umfragewerte vor allem auf zunehmende Unterstützung der Partei in bürgerlichen Milieus zurückgingen, vor allem in der »Adaptiv-Pragmatischen Mitte« und dem »Konservativ-Gehobenen« Milieu (SINUS 2023). »Populismus wird mehrheitsfähig«, so die Schlussfolgerung. Dass also Klimaschutz und Transformation gesellschaftlich im Grunde nicht umstritten seien und allenfalls kleine laute Minderheiten Gegenpositionen einnehmen, erscheint angesichts dieser Befunde kaum haltbar.

2.1.2 Internationaler Vergleich: Alles andere als eine Klima-Avantgarde

Relativiert werden muss die Erzählung von weit verbreiteter Problemeinsicht und Besorgnis bei »noch« zu geringer eigener Handlungsbereitschaft aber auch in einer zweiten Hinsicht, und zwar im internationalen Vergleich. Eine Ende 2023 als *Preprint* vorveröffentlichte Studie von Wissenschaftler:innen der Harvard University, die klimapolitische Handlungsbereitschaften und Haltungen zu klimapolitischen Maßnahmen in 20 Ländern vergleicht, weist methodisch transparent und belastbar ein weiteres Mal auf, dass der Klimawandel in Deutschland von einer großen Mehrheit von gut 80 Prozent als großes Problem wahrgenommen wird – und dass dieser Wert gemessen an anderen Ländern des globalen Nordens¹ keineswegs besonders hoch, sondern unterdurchschnittlich ist (Dechezlepretre u. a. 2023: 3). Auch

¹ Und auch den erfassten Ländern des globalen Südens, wo diese Werte noch deutlich höher ausfallen. Allerdings waren die Befragungen dort nur für jene Teile der Bevölkerung repräsentativ, die Zugang zum Internet hatten, wodurch insbesondere städtische und gebildete Gruppen stark überrepräsentiert waren.

die Bereitschaft der Deutschen zu Verhaltensänderungen liegt demnach verglichen mit anderen Hocheinkommensländern lediglich im Mittelfeld, bei besonders geringer Offenheit für den Umstieg auf Elektroautos (ebd.: 18). Besonders bemerkenswert ist jedoch, dass Deutsche gegenüber den drei in der Studie angesprochenen klimapolitischen Instrumenten – grünen Infrastrukturprogrammen, einer CO₂-Steuer mit Klimageld als Ausgleich und einem Verbot der Herstellung von Autos mit Verbrennungsmotor – die niedrigste Unterstützung unter allen 20 Nationen äußerten (ebd.: 21). Sie schätzten alle drei Politikvorschläge in praktisch jeder Hinsicht negativer ein und erwarteten für sich und andere Haushalte deutlich größere Nachteile als im Schnitt der Hocheinkommensnationen (ein Faktor dabei könnte die Verteidigung des Autostandorts und Exportmodells Deutschlands sein²). Lediglich höhere Steuern auf Flüge und Rindfleisch sowie Einschränkungen für die Rinderzucht wurden in Deutschland etwas häufiger als im Schnitt befürwortet. Verglichen mit anderen Nationen ist es also mit der immer wieder behaupteten großen Aufgeschlossenheit für Klimapolitik hierzulande gar nicht so weit her – ja, es scheint sogar eher angemessen, den Deutschen eine deutliche Distanz zu klimapolitischen Maßnahmen zu attestieren, sobald diese über Vorschriften für einzelne Wirtschaftsbranchen und bloße Preissignale an die Konsument:innen hinausgehen.

Ähnliches zeigt eine Anfang 2024 in *Nature Climate Change* erschienene Studie von Andre et al., die auf einer Befragung von 130 000 Personen in 125 Ländern weltweit beruht. Gefragt wurden die Menschen hier nach ihrer eigenen Bereitschaft, zur Bewältigung der Klimakatastrophe beizutragen, und ihrer Einschätzung dieser Bereitschaft bei anderen. Zwar fällt die Bejahung der sozialen Norm, dass Menschen etwas gegen den Klimawandel tun sollten, in Deutschland mit 90 Prozent etwas höher aus als im globalen Durchschnitt (86 Prozent). Der Anteil derer, die ihre Bereitschaft erklärten, für den Klimaschutz regelmäßig ein Prozent des eigenen Monatseinkommens beizutragen, lag jedoch mit 68 Prozent praktisch im weltweiten Mittel (68,5 Prozent), weit hinter Ländern wie z. B. der Mongolei (90 Prozent), Mali (86 Prozent), Bolivien (85 Prozent) oder dem Kosovo (84 Prozent). Für die letztgenannten Länder kann wohl zumindest die Annahme, viele verneinten dies, weil sie es sich nicht leisten könnten, deutlich weniger überzeugen als

2 Laut einer Befragung des Spiegels von 2023 meinten 72 Prozent der Befragten, eine Absage des von der EU vorgesehenen Verbrenner-Aus würde der deutschen Industrie im internationalen Wettbewerb helfen (Der Spiegel 2023).

hierzulande.³ Auch die Bereitschaft anderer in der eigenen Umgebung, einen solchen Beitrag zu leisten (die überall als geringer gesehen wird als die eigene), wird in Deutschland (39,5 Prozent) etwas negativer eingeschätzt als weltweit (43 Prozent), und die Einschätzung, dass eine Mehrheit dazu bereit sei, ist mit 23 Prozent sogar deutlich unterdurchschnittlich verbreitet (Mittelwert 30 Prozent) (Andre u. a. 2024: 6).⁴

Kurz: im internationalen Vergleich erscheinen die Deutschen keineswegs als eine Klima-Avantgarde, sondern lassen sich eher als bestenfalls durchschnittlich klimabewusst und überdurchschnittlich skeptisch gegenüber konkreten Reformvorschlägen charakterisieren. Wenn wir berücksichtigen, dass die Daten der beiden zuletzt zitierten vergleichenden Studien ein bis zwei Jahre früher erhoben wurden als die oben diskutierten Befunde, die die Aushöhlung des Konsenses dokumentieren, dass die Auswirkungen der Energiekrise hier also noch gar nicht mit erfasst sind, dann drängt sich der Gedanke auf, dass das lange bemühte Bild einer innerlich zwischen Kli-

3 Besonders geringe Handlungsbereitschaften werden neben Russland (41 Prozent) auch für Neuseeland (46 Prozent), Großbritannien (48 Prozent), die USA (48 Prozent), Kanada (49 Prozent), Japan (49 Prozent) und Frankreich (51 Prozent) festgestellt. Statt auf einen besonders hohen Anteil von wirtschaftlich Benachteiligten verweisen geringe Handlungsbereitschaftsquoten demnach mutmaßlich eher auf eine größere Prävalenz der Neigung, das Ganze als *Problem anderer Leute* zu sehen, also im Interesse der Sicherung des eigenen Wohlstands auszublenden. Auch die Annahme, dass Handeln gegen den Klimawandel in reichen Demokratien von Vielen eben stärker als Aufgabe des Staates statt der Einzelnen gesehen werde und diesem hier ja mehr zuzutrauen sei, bestätigt sich an den Daten nicht: Auch der Anteil derer, die entschlosseneres politisches Handeln von ihrer Regierung fordern, ist in Deutschland mit 86 Prozent geringer als im weltweiten Schnitt (89 Prozent), in den anderen genannten relativ wohlhabenden Ländern teils noch deutlich geringer, während in vielen materiell ärmeren Ländern weit stärker auf den Staat gesetzt wird.

4 Die Autor:innen deuten die Diskrepanz zwischen angegebener eigener und beobachteter fremder Handlungsbereitschaft übrigens als Ausdruck eines Zustands »pluralistischer Ignoranz, in dem Individuen rund um den Globus die Bereitschaft ihrer Mitbürger:innen zum Handeln systematisch unterschätzen« (Andre u. a. 2024: 1). Aus diesem Befund wird aktuell von vielen der Schluss gezogen, dass öffentlich viel stärker kommuniziert werden müsse, wie veränderungsbereit die große Mehrheit sei, um die verbreitete Fehlwahrnehmung zu korrigieren (Endt 2024; Science Media Center Germany 2024; s. auch Gagné/Krause 2021). Demgegenüber scheint uns gerade mit Blick auf die hiesige Situation eine alternative mögliche Interpretation deutlich tragfähiger: nämlich die, dass eine nüchtern-objektive Einschätzung von Handlungsbereitschaften mit Blick auf andere vielen deutlich leichter fällt, als wenn es um die eigene Person geht. Denn die von außen getroffene, auf Beobachtung und Erfahrung basierende skeptische Einschätzung der Motivationen und Handlungsrestriktionen anderer lässt sich aus guten Gründen als verlässlicher ansehen als der stark durch positiv eingefärbte Selbstbilder und soziale Erwünschtheitseffekte verzerrte Blick auf sich selbst.

mabewusstsein und Umsetzungshürden zerrissenen breiten Mitte immer schon den Blick verstellte auf die realen Gegensätze und die Konflikthaftigkeit, die sich dahinter verbirgt. Um aber diese Konflikthaftigkeit näher zu betrachten, ist es notwendig, über diesen Blick auf eine übergreifende, idealtypische Gemütslage »der Deutschen« hinauszugehen und sich zu fragen, in welche Fraktionen die derart charakterisierte Bevölkerung zerfällt und wie die Bruchlinien innerhalb derselben verlaufen. Könnte es nicht sein, dass etwa Teile der Bevölkerung besonders lautstark nach entschlossener Klimapolitik und Transformation rufen, andere dagegen vor allem darauf beharren, dass sich für sie nichts ändern soll?

Einen Hinweis in diese Richtung liefern beispielsweise Reusswig und Küpper, die im Sample der »Mitte-Studie« eine deutliche Segmentierung zwischen verschiedenen Abstufungen der Abwehr gegen ökologische Veränderungsanforderungen feststellen: »Dennoch vertritt fast die Hälfte der Befragten (auch) klimapolitisch regressive Positionen. So ist ein gutes Viertel der Bevölkerung klimapolitisch ambivalent, positioniert sich zwar in Bezug auf den Klimaschutz progressiv, stimmt aber gleichzeitig ausbremsenden Positionen zu, und fast ein Fünftel der Befragten hält uneingeschränkt an einer regressiven Haltung fest« (Reusswig/Küpper 2023: 311). Wo diese »ambivalenten« und »regressiven« Haltungen und ihre Gegenpole politisch und soziodemografisch zu verorten sind, deuten Ergebnisse der Studie »Planetary Health Action Survey« (PACE) der Universität Erfurt an, die große Unterschiede bei der berichteten persönlichen Handlungsbereitschaft gegen die Klimakrise feststellt. Diese verlaufen unter anderem entlang unterschiedlicher Parteipräferenzen: So wurden die in den Surveywellen bis Anfang 2024 befragten Grünen-Wähler:innen zu 83 Prozent als »handlungsbereit« eingestuft, die Anhänger:innen von SPD und Linkspartei zu zwei Dritteln, FDP-Wähler:innen hingegen nur zu 39 Prozent und die der AfD zu ganzen 20 Prozent (Betsch u. a. 2023). Dabei gingen diese festgestellten Differenzen kaum auf Unterschiede im berichteten, bereits zeitlich zurückliegenden Handeln zurück, sondern viel stärker auf die Bereitschaft, künftig Maßnahmen mit Konsequenzen für das eigene Leben zu akzeptieren oder sich für Klimaschutz zu engagieren. Relevante Unterschiede zeigen sich dort auch nach Geschlecht, Alter, Bildungsgrad und Wohnort, mit größeren Handlungsbereitschaften unter Frauen, Älteren, Personen mit höheren Bildungsabschlüssen und Bewohner:innen größerer Städte.

2.2 Soziologische Deutungen

Dass von einem Konflikt gesprochen werden muss und dass dieser nicht unabhängig ist von sozialstrukturellen Unterschieden und Ungleichheiten, darüber kann inzwischen also nicht mehr hinweggesehen werden. Weniger klar ist, wie genau der Zusammenhang zwischen Konflikt- und Sozialstruktur beschaffen ist. Der Blick auf das konkrete, in der Öffentlichkeit wahrgenommene Konfliktgeschehen lässt indes bestimmte Hypothesen zunächst einmal plausibel erscheinen. Auf der einen Seite ist gerade bei den Protesten *gegen* ökologische Politik die Verankerung der Motive in materiellen Eigeninteressen augenfällig, und diese werden auch durchaus offen thematisiert – so besonders bei den jüngsten Blockaden von Bäuer:innen, denen sich auch Handwerks- und Logistikunternehmer:innen anschlossen, ebenso wie beim Widerstand von Eigenheimbesitzer:innen gegen das Heizungsgesetz oder den Bau von Windparks in ihrer Wohnumgebung. Auf der anderen Seite wird auch für die nach schnellerem staatlichem Handeln rufende Klimabewegung immer wieder auf deren Verankerung in bestimmten sozialstrukturellen Segmenten hingewiesen (Stadt, jung, Wissensarbeit, hohe Bildung), doch scheint der Zusammenhang hier ein Stück weit vermittelter. Es sieht eher nach einem inversen Zusammenhang zwischen sozioökonomischen Interessen und transformationsbezogenen Forderungen aus: Lässt sich auf der ›protransformativen‹ Seite hinter den vordergründig uneigennützig-gemeinwohlorientierten Forderungen *auch* der Einfluss von Eigeninteressen erkennen, so ergeben sich auf der Gegenseite ein gemeinsames Gesellschaftsbild und (mehr oder weniger) verbindende Vorstellungen eher sekundär aus den auch bewusstseinsmäßig im Vordergrund stehenden Partikular- und Eigeninteressen (vgl. Reusswig u. a. 2020).

Allerdings greift eine solche Betrachtungsweise, die sich vor allem an den auch in den Medien als Teil des Transformationskonflikts ›gelesen‹ und von den Akteuren aktiv aus dieser Perspektive ausgetragenen Erscheinungen orientiert, eher zu kurz. Denn so werden etwa das zeitgleich ebenfalls stark intensivierete Arbeitskampfgeschehen und die durchaus unterschiedlichen Positionierungen von Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden unterschiedlicher Branchen faktisch aus dem Themenkreis »Transformationskonflikt« ausgeschlossen. Dabei gibt es kaum noch einen Arbeitskonflikt, in dem Fragen nach der Transformation und der künftigen Rolle der jeweiligen Branche sowie ihrer Veränderungsbedarfe nicht eine

zentrale Rolle spielen. Auch wenn sie zu großen Teilen in stark eingehegten, regulierten Formen stattfinden, weniger öffentliches Aufsehen erregen und diese Themen nicht immer im Mittelpunkt stehen, sind Arbeitskämpfe und Aushandlungen um den Umbau der Wirtschaft auf regionaler und sektoraler Ebene doch als Schauplatz des Transformationskonflikts nicht zu ignorieren – ob es nun um größeren Einfluss auf Investitionsentscheidungen in der Autoindustrie geht oder um Entlastung und höhere Bezahlung für Pflegekräfte. Gerade das deutliche »Querliegen« dieser Fragen zum meist gezeichneten Bild der Konfliktlage sollte Anlass geben, genauer hinzusehen und empirisch offen nach den verschiedenen Dimensionen zu fragen, entlang derer er ausgetragen wird.

Zu dieser Frage nach den zentralen Dimensionen und Akteuren des Transformationskonflikts kursieren eine Reihe sozialwissenschaftlicher Deutungen, die in den aktuellen Debatten in unterschiedlichem Maße eine Rolle gespielt haben. Hiervon sollen hier nur schlaglichtartig einige der wichtigsten und für unsere Fragen einschlägigsten angesprochen werden, um den Deutungsraum zu umreißen, in dem wir uns im Weiteren bewegen und in dem wir die eingangs angedeutete These des sozial-ökologischen Klassenkonflikts verorten.

2.2.1 Polarisierung: Eine neue Spaltung?

Ein erstes, sehr breit aufgenommenes Deutungsmuster ist das einer zunehmenden Polarisierung gesellschaftlicher Konflikte, und darunter auch des Konflikts um Klimapolitik und verwandte Themen. Sozialwissenschaftlich wird diese These insbesondere mit der sogenannten Konfliktlinien- oder *Cleavage*-Theorie⁵ begründet und in der deutschsprachigen Diskussion unter anderem durch Wolfgang Merkel und Michael Zürn pointiert vertreten. Der Streit um Transformation erscheint hier als Ausdruck einer umfassenderen »neuen Spaltung« entlang einer von kulturellen Identitäten bestimmten »kommunitaristisch-kosmopolitischen Konfliktlinie« (Merkel/Zürn 2019; Wilde u. a. 2019), die in den letzten Jahrzehnten als Ergebnis der Globalisierung und ihrer Folgeerscheinungen zum alten Rechts-Links-Kon-

⁵ Um den Unterschied unserer Perspektive zu diesem Ansatz auch sprachlich zum Ausdruck zu bringen, sprechen wir in unseren Analysen nicht von Konfliktlinien, sondern von Konfliktdimensionen.

flikt um Umverteilung und soziale Gerechtigkeit hinzugetreten sei, diesen zunehmend überlagere und die politische Landschaft nunmehr maßgeblich bestimme (Merkel 2021; siehe zum zweidimensionalen Schema von »old« und »new politics« auch z. B. Oesch/Rennwald 2018; Beramendi u. a. 2015).⁶ Mit Polarisierung ist in der *Cleavage*-Debatte eine Formierung und dauerhafte Stabilisierung gegensätzlicher gesellschaftlicher Lager gemeint, die nicht nur mit scharfer wechselseitiger ideologischer Abgrenzung, sondern auch mit zunehmend getrennten Lebenswelten einhergehe und sich auch im parteipolitischen Raum abbilde bzw. vom organisierten politischen Geschehen entscheidend mit geprägt werde (wie das idealtypisch in den USA besonders stark der Fall ist). Behauptet wird damit ein Zusammenhang zwischen einer zunehmend divergenten Sozial- und einer sich polarisierenden Konfliktstruktur, wobei als Merkmale der sich hier polarisierenden »Klassen« Gegensätzen zwischen Stadt und Land und Unterschieden im Bildungsgrad eine deutlich größere Rolle zugeschrieben wird als Einkommens- oder Vermögensdifferenzen. Dennoch stellen gerade Merkel und Zürn diese Unterschiede als eine neue Elite-Massen-Spaltung dar: »Die kosmopolitisch-kommunitaristische Konfliktlinie ist zu einem hohen Grad eine Trennlinie zwischen Eliten und erheblichen Teilen der breiten Öffentlichkeit. Während die Eliten überwiegend kosmopolitisch ausgerichtet sind, scheint die Öffentlichkeit eher gespalten zu sein. Dort gilt: je gebildeter umso eher kosmopolitisch« (Merkel/Zürn 2019: 74). Der Konflikt um die Klimapolitik ordnet sich aus Merkels Sicht klar auch der Logik dieser durch Kultur- und Identitätsfragen, Migrations- und Diskriminierungsthemen und durch die Spannung zwischen globaler Öffnung und nationaler Schließung bestimmten Konfliktlinie ein und wird von den Akteuren durch die entsprechende Brille bewertet (Merkel 2021: 2; siehe auch Weko 2022).⁷ Merkel sieht den Polarisierungstrend angetrieben und vertieft durch eine sich wechselseitig verstärkende Provokationsdynamik von »Moralisierung« auf der kosmopolitischen, »Nationalismus und Traditionalismus« auf der kommunitaristischen Seite: »Der Pluralismus der Werte und Weltansichten wird als Zumutung empfunden. Gegner werden zu politischen Feinden. [...]

6 Zur Unklarheit der Argumentation Merkels darum, wie diese »neue Spaltung« eigentlich genau einzuordnen sei, siehe Biskamp (2020).

7 Wie tragfähig diese Behauptung ist, ist allerdings die Frage, deuten doch Bevölkerungsbefragungen zu den »alten« und »neuen« Dimensionen von Politik darauf hin, dass die Positionierung zum Thema Umweltpolitik eher der Logik des »alten« ökonomischen Konflikts folgt (siehe z. B. Flemmen 2014).

Der Versuch beider Lager mit ihrer je partikulären Moral, pluralistische und multimoralische, also moderne, Gesellschaften zu majorisieren, erscheint seltsam vormodern und führt zur Polarisierung« (ebd.: 2 f.).

Als ausschlaggebendes Vorbild eines solchen Deutungsschemas können die USA oder das durch die Brexit-Frage gesplante Großbritannien gelten – beides Länder, in denen die Spaltungstendenz allerdings institutionell durch Zweiparteiensysteme stark gefördert wird. In Deutschland werden in der Regel Grüne und AfD mit ihren jeweiligen Anhänger:innen-schaften oder Träger:innenmilieus als Pole ausgemacht (Franz u. a. 2019; Otteni/Weisskircher 2022; Reitz/Jörke 2021), wobei in den entsprechenden Studien in der Regel betont wird, dass von einer gesamtgesellschaftlichen Spaltung hier viel weniger die Rede sein könne. So stellt der erste Zusammenhaltsbericht des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ), der sich explizit die empirische Klärung der Frage nach einem möglichen Auseinanderdriften sozialstruktureller Segmente in voneinander isolierte, polarisierte »Blasen« zur Aufgabe gemacht hat, eher nüchtern fest: »Die deutsche Gesellschaft ist weit davon entfernt, in vollständig polarisierte Lager gespalten zu sein. Gleichwohl finden wir Tendenzen gesellschaftlicher Spaltungen im Sinne einer lebensweltlichen Entkopplung bestimmter sozialer Gruppen. Eine wechselseitige Polarisierung in zwei sich gegenüberstehende Lager finden wir nur für homogen Grünen-nahe und AfD-nahe Netzwerke: Diese unterscheiden sich grundlegend in zusammenhaltsrelevanten Einstellungen, Erfahrungen und Emotionen« (Teichler u. a. 2023: 9). Die Rolle der Grünen als stark mit dem Klimathema verknüpfter Partei verweist darauf, dass gerade diese festgestellte Teiltendenz für den sozial-ökologischen Konflikt einige Bedeutung haben könnte. Wie auch die Ergebnisse der MIDEM-Studie zur affektiven Polarisierung nahelegen (Herold u. a. 2023: 99 ff.), haben wir aber wohl eher damit zu rechnen, dass es kleinere stark pro- oder antitransformative (und Grünen-bzw. AfD-nahe) Bevölkerungsteile gibt, die sich vor allem gegeneinander scharf abgrenzen, daneben aber auch eine eher nicht-polarisierte Mehrheit mit unterschiedlich starken Affinitäten in die eine oder andere Richtung. Gerade die Behauptung eines Elite-Massen-Gegensatzes scheint für den Themenkomplex der ökologischen Transformation einer kritischen Prüfung würdig.

2.2.2 Konsens, Veränderungsmüdigkeit und »Polarisierungsunternehmertum«

Eine auf über 500 Seiten mit einer Fülle empirischer Daten unterlegte Gegenthese zur Behauptung einer Polarisierung haben Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser (2023) vorgelegt. Sie stützen sich auf einen eher eklektischen Ansatz, der sich aus verschiedenen theoretischen Quellen, vor allem aber aus der sehr breiten Rezeption empirischer Forschungen der politischen Soziologie speist, und suchen mittels der Kombination einer repräsentativen Befragung und einer Reihe qualitativer Gruppendiskussionen mit sozioökonomisch unterschiedlich zusammengesetzten Gruppen das Gesamtbild der Konflikte um Ungleichheit in Deutschland zu erfassen. Ihre Argumentation richtet sich gegen die Annahme der (primär politikwissenschaftlichen) Polarisierungsliteratur, dass sich Differenzen entlang unterschiedlicher Streitthemen aufgrund politischer Eigendynamiken entlang einer übergeordneten Spaltungslinie sortieren, also zur Ausbildung von »Syndromen« progressiver Haltungen auf der einen und konservativer Einstellungen auf der anderen Seite bedingen würden. Im Unterschied dazu bestehen sie darauf, empirisch offen nach den Verbindungen zu fragen, die die Menschen selbst zwischen verschiedenen Konfliktthemen herstellen. Dazu unterscheiden Mau, Lux und Westheuser vier gegenwärtig wichtige »Konfliktarenen«, in denen »Oben-Unten-Ungleichheiten« um Verteilung und wirtschaftliche Macht, »Innen-Außen-Ungleichheiten« um Migration, Offenheit und Grenzen, »Wir-Sie-Ungleichheiten« um Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung unterschiedlicher Lebensformen sowie »Heute-Morgen-Ungleichheiten« um Klima- und Umweltfragen verhandelt werden. Sie kommen zu der Diagnose, dass in Klima- und Umweltfragen – wie auch parallel dazu in den Arenen zu den »Innen-Außen-« und »Wir-Sie-« Ungleichheiten – ein weitgehender gesellschaftlicher Konsens bestehe, von dem lediglich kleine Teilgruppen deutlich abwichen. Dass dennoch immer wieder ein gegenteiliger Eindruck entstehe, habe teils mit der emotionalen Aufgeladenheit einer Reihe von »Triggerpunkten« zu tun, an denen sich alltagsweltliche Wahrnehmungs- und Empfindungsdifferenzen affektiv entzündeten (wie Gendersternchen, Tempolimit oder Lastenfahrräder), und andererseits mit dem medialen und politischen Wirken von »Polarisierungsunternehmer:innen«, die eine verbreitete »Veränderungsmüdigkeit« relevanter Bevölkerungsteile mittels gezielter »Triggers« für ihre

machtpolitischen und teils systemoppositionellen Zwecke zu mobilisieren suchten.

Mau et al. verwenden explizit den Klassenbegriff und nehmen die Frage, ob es sich um Klassenkonflikte handelt, durchaus ernst. Ihr Klassenverständnis baut dabei in Teilen auf einer neo-bourdieuianischen Konzeption auf, die einer der Autoren zuvor sehr viel ausführlicher ausgearbeitet und angewandt hatte (Westheuser 2021) und die unserem eigenen Ansatz nicht unähnlich ist. Dabei wird auf die Konstruktion eines gesellschaftlichen »Konflikttraums« zurückgegriffen, dessen Achsen denen der auch im *Cleavage*-Ansatz diskutierten »old« und »new politics« entsprechen, die hier aber nicht als binäre Oppositionen, sondern als Kontinua verstanden werden. In diesem Raum werden sowohl Berufskategorien (Mau u. a. 2023: 314–319) als auch die Anhänger:innenschaften unterschiedlicher Parteien verortet (Mau u. a. 2023: 370), um die Zusammenhänge zwischen Klassenstruktur, politischer Landschaft und Positionierungen in den Konflikten aufzuzeigen.⁸ Mögliche Polarisierungstendenzen zwischen Klassen(fraktion)en in den einzelnen Arenen werden an den Kategorien des Erwerbssklassenschemas von Daniel Oesch (das tatsächlich weniger eine Klassen- als eine Berufsgruppentypologie ist) geprüft. Dabei finden die Autoren eher tendenzielle Zusammenhänge als scharfe Abgrenzungen, bei mehrheitlichem Grundkonsens über »progressive« Optionen quer zu den Berufsgruppen – nach dem Muster: Produktionsarbeiter:innen sind im Schnitt weniger stark für, damit aber noch lange nicht mehrheitlich gegen Klimapolitik, Zuwanderung oder Gleichberechtigung. Zwischen den Berufsgruppen seien zwar teils deutliche Unterschiede im »Modus« der Positionierung (ob stark oder moderat) erkennbar, weniger aber in der Substanz der eingenommenen

⁸ Westheuser hat das in seiner Dissertation ausführlicher und differenzierter ausgeführt und begründet. Dort werden auch die Hintergründe in der an Bourdieu orientierten Forschungsliteratur sehr viel deutlicher herausgearbeitet. Die von ihm skizzierte Grundperspektive und das damit verbundene Klassenverständnis haben viel gemeinsam mit dem, was wir im folgenden Abschnitt umreißen. Die Vorgehensweise beim wechselseitigen In-Beziehung-Setzen der Ebenen ist allerdings bei uns umgekehrt: Während Westheuser ausgehend von der Auseinandersetzung mit der *Cleavage*-Debatte den politischen Raum ins Zentrum stellt und dessen soziodemografische Koordinaten durch die Projektion von Sozialstrukturvariablen in diesen rekonstruiert, setzen wir unterschiedliche oder gegensätzliche, selbst eher als vorpolitisch zu charakterisierende Mentalitäten (eine Ebene, die Westheuser unter anderer Bezeichnung im zweiten Teil seiner Arbeit qualitativ untersucht) im aus den Sozialdaten konstruierten sozialen Raum zueinander in Bezug, um so auf die soziale (Klassen-)Struktur der gegensätzlichen Positionierungen zu schließen (Westheuser 2021).

Positionen: »Probleme wie Diskriminierung oder Ungleichheit werden von verschiedenen sozialen Werten aus oft unterschiedlich gesehen, dies muss aber nicht notwendigerweise heißen, dass man zu gegensätzlichen politischen Schlüssen kommt und sich zu verfeindeten Lagern formiert« (Mau u. a. 2023: 289). Daher argumentieren sie, es könne weder von Polarisierung noch im Gegenteil von einer Nivellierung die Rede sein. Quer zu den vier Konfliktarenen neigten zwar kulturelle Expert:innen generell stärker zu den progressivsten Positionen, Produktionsarbeiter:innen seien im Verhältnis zu ihnen in aller Regel konservativer, doch seien dies eben nur graduelle Unterschiede: »Die Meinungslandschaft ist von einer Klassenspezifität gekennzeichnet, aber nicht von einer Klassenpolarisierung« (290).

Dementsprechend kommen sie in ihrer Gesamterzählung zum Konfliktgeschehen in Deutschland letztlich zu der Schlussfolgerung, die Zusammenhänge zwischen Sozialstruktur und gegensätzlichen Positionierungen seien gegenüber der alles in allem viel stärkeren Übereinstimmung über »progressive« Grundpositionen quer zu den Arenen eher schwach und von untergeordneter Bedeutung. Das deutlich von dem Motiv der Abgrenzung gegenüber dramatisierender Polarisierungsrhetorik gekennzeichnete Fazit lautet: »Konflikte: vorhanden, Polarisierung: kaum, politisierte und radikalisierte Ränder: ja« (Mau u. a. 2023: 380). Diese Art von schwachen Zusammenhängen und vordergründig breiten Konsensen, die der Polarisierungsthese zuwiderlaufen, sehen wir in unseren Daten auch. Die Deutung scheint uns allerdings, um es zugespitzt zu formulieren, das Kind der Analyse der Klassenstruktur von Konflikten mit dem Bade der Polarisierung auszuschütten. Aus unserer Sicht hat die Verwendung des Klassenbegriffs gerade den Sinn, dass er es ermöglicht, sich durch die schwachen Einzelkorrelationen nicht von dem insgesamt doch plausiblen Gesamtbild mentaler und sozialstruktureller Unterschiede und Gegensätze ablenken zu lassen.

Interessanterweise lesen sich die Interpretationen im den »Heute-Morgen-Ungleichheiten« gewidmeten Kapitel, das auf den Gruppendiskussionen beruht, in dieser Hinsicht doch auch deutlich anders. Hier wird explizit über die »Klassenstruktur der ökologischen Frage« nachgedacht und anerkannt, dass es sich um eine »Klassenfrage im Werden« handle: »Unter der Oberfläche einer gesellschaftlich geteilten Sorge um die Erderwärmung liegen stark auseinanderlaufende Verantwortungen, Betroffenheiten und Interessen, welche die Basis für einen intensivierten Konflikt entlang von Klassenzugehörigkeiten darstellen können« (219). Von *Klassenzugehörigkeiten*, wohl gemerkt. Aber dass der Konflikt entlang von *Klassenverhältnissen*

bereits da als Realität zu untersuchen sein könnte, wo »Klasse« als eine Kategorie, der man sich identifikatorisch zugehörig fühlt, keine Rolle spielt, wird nicht in Erwägung gezogen. Damit solle auch nicht gesagt sein, dass es sich um einen einfachen, eindimensionalen Konflikt handle: »Die Klimaarena ist alles andere als eindimensional; Lebensweise und Standortnationalismus, Gerechtigkeit und Besitzstandswahrung evozieren ganz unterschiedlich gelagerte Konflikte, die im Großkomplex ökologische Transformation zusammenkommen« (216).

Diskutiert wird die mögliche Klassenhaltigkeit des Konflikts an vier möglichen Dimensionen oder »Aspekten« (220): Der (a) ungleichen Verantwortung für den Klimawandel und der (b) ungleichen Betroffenheit von seinen Folgen sowie den (c) ungleichen Belastungen durch die Kosten von Klimaschutz und den (d) symbolischen Kämpfen um dessen Stellenwert. Für die ersten beiden Aspekte wird (ähnlich wie an anderer Stelle auch für die eng damit verbundene ökonomische Ungleichheit) ein insgesamt geringer Politisierungsgrad bei den Diskussionsteilnehmenden festgestellt. Statt Ungleichheiten stünden eher die Verantwortung »jede:r Einzelnen« und die Betroffenheit aller im Vordergrund (221, 227 f.). Anders sei es lediglich hinsichtlich der Frage nach der globalen Verantwortung und Rolle Deutschlands: Vor allem gering verdienende Arbeiter:innen lehnten eine solche Verantwortung aus Angst vor Wohlstandsverlusten ab und sahen daraus abgeleitete Anforderungen als Zumutungen, während gerade Befragte aus den akademisch gebildeten Mittelklassen sie aus einer verinnerlichten »moralischen Ökologie« heraus bejahten und Klimapolitik über Wohlstandserhalt priorisierten (221 ff.). Noch deutlicher ins Zentrum rückt dieser Gegensatz beim dritten Aspekt: »Der zentrale Punkt, an dem die Verflechtungen von Klimapolitik und Ungleichheit intensiv und kontrovers verhandelt werden, ist die reale oder befürchtete ungleiche Verteilung der Transformationslasten« (228), hier bestehe ein enger Zusammenhang mit wirtschaftlichen Abstiegs- und Verlustängsten. Gerade bei dieser Frage hätten sich in den Gruppendiskussionen emotionale Gräben aufgetan: »Während bei einigen die Furcht vor den Klimafolgen alle anderen Aspekte übertrumpft, stehen für andere Verlustängste und die Furcht vor Einschränkungen aufgrund von Klimaschutzmaßnahmen im Vordergrund« (229). Während die einen die langfristige Bedrohung ins Zentrum stellten und zugleich betonten, dass es kurzfristig ja möglich sei, etwas zu tun, stünden für andere in der Kurzfristperspektive gerade die ihr Leben bestimmenden Handlungsrestriktionen und die Ängste vor wirtschaftlichen Verlusten im Vordergrund,

denen gegenüber die langen Zeiträume der Klimaschutzziele eher abgeschattet würden. Die Kosten von Klimapolitik seien konkret und direkt, ihr Nutzen abstrakt und weit weg – diese spezifische Konstellation von Zeitlichkeiten und Kausalitäten, »und nicht Klimaskepsis oder fehlendes Umweltbewusstsein an sich« (232), sei es, die bestimmte soziale Gruppen dazu bringe, den aus ihrer Sicht zu hohen oder überstürzten klimapolitischen Ambitionen zu widersprechen. Unter Verweis auf die auch hier deutlich mehrheitliche Klimabesorgnis und die polemische marxistische Klassenpolarisierungstheorie des amerikanischen Geographen Matthew Huber (2022) interpretieren die Autoren dies als Ausdruck einer »Ökologie der Arbeiterklasse« (Mau u. a. 2023: 232). Dieses unter Arbeiter:innen und sozial Benachteiligten verbreitete Einstellungsmuster sei aus strukturellen Gründen stark durch die erfahrenen materiellen Begrenzungen geprägt und stehe in scharfem Kontrast zur »moralischen Ökologie« der »professionellen Mittelklasse«, die durch Erfahrungen weitgehender Freiheit von wirtschaftlichem Mangel und »Distanz [...] zur Güterproduktion« geprägt seien (235). Dieses Argument setzt sich fort in der Diskussion des vierten Aspekts, der an denselben Gruppen beobachteten »ökologischen Distinktion«: Aus ihren individualistisch-moralisierten ökologischen Überzeugungen heraus überhöhten die Befragten aus Bildungsmilieus die Handlungsmöglichkeiten der Einzelnen, lüden das Alltagshandeln übermäßig ethisch auf und argumentierten mit ihrem von abstrakt-globalen Gesichtspunkten geleiteten Blick auf den konkreten Alltag an den »gänzlich anders gelagerten Ökologien der restlichen Bevölkerung« vorbei (238). Das werde als überheblich und besserwisserisch erlebt und rufe mitunter Reaktanz und dann auch konträre Abgrenzungen hervor. Dass hier – gerade mit dem Bezug auf die wenig differenzierte »Ökologien«-Unterscheidung von Huber – ein Bild des Streits um Transformation als Ausdruck eines faktischen Oben-Unten-Gegensatzes zwischen einer elitären, sich nach unten abgrenzenden »professionellen Mittelklasse« und der »arbeitenden Klasse« gezeichnet wird, das Hubers polemische Zuspitzungen allzu ungefragt übernimmt und damit in dieser Hinsicht in enger Nähe zur an anderer Stelle scharf kritisierten Diagnose einer »Kosmopolitismus-Kommunitarismus«-Spaltung herauskommt, irritiert (zur Kritik an Huber siehe z. B. Akbulut 2023; Levien 2022; Suzelis 2022). Hinterfragbar erscheint nicht nur die Huber etwas umstandslos abgenommene Deutung, dass es sich hier um vertikale

und nicht um horizontale soziale Grenzziehungen handle.⁹ Hinterfragbar ist auch die Begründung der behaupteten »Ökologie der Arbeiterklasse« selbst, stützt sich diese doch praktisch auf nichts anderes als darauf, dass auch die damit angesprochenen Gruppen den sehr breiten gesellschaftlichen Besorgtheitskonsens teilen (der im Übrigen, wie im gleichen Kapitel gezeigt, schon seit Jahrzehnten stabil ist, in den 1980er Jahren sogar noch um einige Prozentpunkte größer war). Welche Rolle hierfür aber die gerade in den hier herangezogenen Telefon- und Face-to-Face-Befragungen notorisch starken sozialen Erwünschtheitseffekte (Krause/Jetzkowitz 2023) und die praktisch weitgehend folgenlose Übernahme eines im öffentlichen und politischen Diskurs, in Bildungsinstitutionen und Medien bestimmenden gesellschaftlichen Selbst- und Weltbildes spielen, bleibt hier wie in der ganzen Studie unhinterfragt. Nicht zuletzt geraten so mögliche wichtige Differenzierungen *innerhalb* der derart über ihre »Ökologien« charakterisierten Klassen aus dem Blick, und im Ergebnis wird in diesem Kapitel – quer zu den vier Aspekten und konträr zu den eigentlichen Intentionen – das Bild der *Cleavage*-Theorie von einer hierarchischen Spaltung zwischen sozial indifferenten kosmopolitischen Eliten und pragmatisch-partikular orientierten »einfachen Leuten« eher bestätigt als näher ausdifferenziert.

Einen (kleinen) Kontrapunkt hierzu setzen die Autoren selbst an anderer Stelle mit der Feststellung, dass gerade die »Akademikerklasse« Umverteilung und soziale Absicherung klar befürworteten – entgegen dem z. B. in der *Cleavage*-Diskussion häufig behaupteten Zusammenhang zwischen liberaler »Weltoffenheit« und Umverteilungsskepsis. »Dies ist ein wichtiger Punkt, der in den öffentlichen Debatten um neue Konflikte bislang kaum berücksichtigt wurde. Das Bild des diversitätsberauschten Akademikers, der kein Ohr (und kein Herz) für die einfachen Klassen hat, mag nicht so recht zu diesem Befund passen« (Mau u. a. 2023: 310).

Der Eindruck eines eher beliebigen oder zufälligen Zusammenhangs von Gesamt- und Einzeldiagnosen mag auch damit zusammenhängen, dass Mau et al. in *Triggerpunkte* den Anspruch einer umfassenderen gesellschaftstheoretischen Einbettung ihrer Forschung nicht erheben und das Konfliktgeschehen in Abgrenzung von der primär theoretisch-deduktiven

⁹ So kommt eines der angeführten Belegzitate für ökologische Distinktion aus den Gruppendiskussionen von einer Buchhalterin (235 f.) – als in einem moderat qualifizierten Job mit organisationaler Arbeitslogik Beschäftigte nicht unbedingt idealtypisch für die »professionelle Mittelklasse«.

Globalperspektive etwa Merkels und Zürns bewusst aus der empirischen »Froschperspektive« der befragten Bürger:innen in den Blick zu nehmen suchen. Dem Vorteil, sich nicht von einer einmal aufgesetzten »Brille« leiten lassen zu müssen und für neue, überraschende Befunde offen zu sein, korrespondiert dabei der Nachteil, wegen des Verzichts auf einen die komplexe Wirklichkeit ordnenden Theorierahmen, relevante strukturierende Zusammenhänge zwischen scheinbar disparaten Einzelphänomenen leicht übersehen oder als irrelevant abtun zu können. Das ist gerade dann, wenn man eine gesellschaftstheoretisch aufgeladene Kategorie wie die der Klasse(nverhältnisse) verwendet, eine durchaus relevante Begrenzung.

2.2.3 Kulturkonflikt im »spätmodernen Paternoster«

Gewissermaßen spiegelbildlich dazu verhält es sich mit Andreas Reckwitz« (2019) kultursoziologischer Zeitdiagnose der »Spätmoderne«. Die Essays in seinem Buch »Das Ende der Illusionen« stellen ein weiteres öffentlich breit zur Kenntnis genommenes Deutungsmuster zum jüngeren Konfliktgeschehen bereit, wenn auch nicht explizit zum sozial-ökologischen Konflikt, und argumentieren auf ausdrücklich gesellschaftstheoretisch unterlegte Art und Weise in Klassenbegriffen. Wie Merkel und Zürn erklärt Reckwitz die Dynamik zeitgenössischer Konflikte theoretisch-deduktiv aus systemischen Wandlungsprozessen auf gesellschaftlichem, nationalem bis globalem Maßstab. Er führt dies aber anders als die beiden Politikwissenschaftler nicht auf Effekte der Globalisierung, der Transnationalisierung von Staatlichkeit und innerer Dynamiken des politischen Feldes eng, sondern bezieht als Soziologe auch eine Reihe weiterer Veränderungsprozesse als kausale Faktoren mit ein, wie beispielsweise ökonomische Strukturbrüche und demographische Verschiebungen. Abgesehen von wenigen Nebenbemerkungen geht Reckwitz zwar auf Klima- und Transformationsfragen nicht ein (zur Kritik hieran siehe Bröckling 2019), doch die ganze Anlage seiner Argumentation legt nahe, dass der Konflikt um Klima und Ökologie aus dieser Sicht als eine Dimension eines umfassenderen »Kulturkonflikts« zu deuten ist, der aus einer Dynamik der »Singularisierung« (Reckwitz 2017) – der symbolischen wie ökonomischen Aufwertung des Besonderen – hervorgehe. In diesem Kulturkonflikt komme zugleich ein Klassenkonflikt zum Ausdruck, der von den mit der Singularisierung verbundenen Prozessen der Globalisierung, der Postindustrialisierung (Aufwertung von

Wissensarbeit), der Bildungsexpansion und der Steigerung sozio-kultureller Diversität bedingt sei. Der »Hyperkultur« einer »neuen Mittelklasse« von hoch gebildeten und global vernetzten Wissensarbeiter:innen, die von den gesellschaftlichen Veränderungen der vergangenen Jahrzehnten profitiert habe und sich die Zukunft auf der Linie der Fortsetzung dieser Entwicklungen vorstelle, stehe zunehmend konflikthaft ein »Kulturessenzialismus« von Teilen der durch dieselben Prozesse kulturell entwerteten und ökonomisch unter Druck gesetzten »alten Mittelklasse« und der »prekären Klasse« gegenüber, die von den Veränderungen überfordert seien und sie abbremsen oder zurückdrehen wollten. In dieser Konstellation seien ökonomische Interessen und divergierende kulturelle Präferenzen miteinander vermittelt, ja stellvertretend füreinander umkämpft (Reckwitz 2019: 29–61).

Reckwitz unterscheidet diese drei Klassen (zu denen noch eine zahlenmäßig sehr kleine, unverändert dominant über allem stehende Oberklasse hinzutritt) dabei nicht in erster Linie anhand ihrer sozioökonomischen Merkmale, sondern nach kulturellen Kriterien – vor allem anhand gemeinsamer Grundmuster sozialer Praxen, Strategien im Umgang mit gesellschaftlicher Veränderung und ihrer daraus resultierenden Auf- und Abstiegserfahrungen sowie der daran gebildeten Weltsichten (Reckwitz 2019: 63–133). Diese dreigliedrige Klassenstruktur wird als Produkt eines »spätmodernen Paternosters« beschrieben, in dem die genannten gesellschaftlichen Umbrüche die eine Klasse systematisch nach oben befördert, die zweite von der etablierten Mitte zu einem absteigenden und überalterten Segment degradiert und die dritte nachhaltig an den prekären Rand gedrängt hätten. Damit hebt Reckwitz zu Recht die wechselseitige, gesellschaftlich bedingte Kausalität von Auf- und Abstiegsprozessen und ihre Relevanz für sozial spezifische Bewusstseinsformen und Vorlieben hervor. Er präsentiert so ein eingängiges Narrativ, das die verschiedenen Ebenen plausibel miteinander verwebt und in seinen Schlussfolgerungen mehr als nur ein fernes Echo der oben angesprochenen *Cleavage*-Theorien enthält. Wie in diesen ist die Plausibilität jedoch erkaufte durch ein recht umstandsloses Zur-Deckung-Bringen der Ebenen von sozioökonomischen Positionen, alltagspraktischen Grundorientierungen (»Milieus«) und politischen Ideologien. Das so gewonnene Bild taugt zwar als theoretisch-diagnostische Stilisierung, muss aber aus empirischer Perspektive deutlich stärker ausdifferenziert werden, weil es die tatsächlichen Eigenlogiken, schwachen Zusammenhänge und losen Kopplungen, die hier bestehen, abblendet und übergeht.

Das betrifft nicht nur das Herunterbrechen unterschiedlicher Tendenzen auf eine einzige Konfliktdimension, sondern auch das Klassenschema selbst. Die erstaunlich klare Abgrenzung dreier (oder genau genommen vierer) gesellschaftlicher Großgruppen, die auf allen drei Ebenen durch gemeinsame Merkmale charakterisiert seien, kann bei einem so stark mit einer Konzeption der Moderne als Komplex mehrerer eigenlogischer Prozesse argumentierenden Theoretiker durchaus verwundern. Dies scheint nicht zuletzt durch Reckwitz' Verwendung des Bourdieuschen Kapitalbegriffs als Instrument zur Analyse der sozialstrukturellen Verschiebungen bedingt zu sein: Indem er kulturelles wie ökonomisches Kapital verdinglicht als »Ressourcen« auffasst, mit denen die verschiedenen Gruppen differenziell ausgestattet sind, und Auf- und Abstiege mit dieser jeweiligen Ausstattung begründet, verdinglicht er im Ergebnis auch die so unterschiedenen »Klassen« zu angenommenen Realgruppen, statt hier zunächst einfach von strukturierenden Verhältnissen auszugehen.

Für unseren Zusammenhang vielleicht wichtiger ist freilich, dass sich die Auseinandersetzungen um die Frage der sozial-ökologischen Transformation auch nicht ganz bruchlos in die angenommene Konfliktkonstellation um widerstreitende Kulturverständnisse vor dem Hintergrund von Gewinn- oder Verlusterfahrungen einreihen. Denn anders als die in anderen »Konfliktarenen« (Mau u. a. 2023) verhandelten Fragen von Diversität und »Welt-offenheit« lässt sich der hier in Rede stehende Wandel aus der angenommenen »apertistisch-liberalen« Perspektive der neuen Mittelklassen nicht ohne weiteres als Quell fortgesetzter Erlebnisingewinne und symbolischer Aufwertungschancen verstehen. Vielmehr kann die ökologische Transformation für die entsprechenden Lebensmodelle zur Bedrohung werden, weil sie mit Globalisierung und »Postindustrialisierung« entscheidende Voraussetzungen dieser Lebensmodelle infrage stellt und auf die partielle Rücknahme wahrgenommener »Fortschritte« und die Einschränkung von Handlungs- und Selbstentfaltungsmöglichkeiten hinauszu laufen droht. Dies gilt umso mehr, je deutlicher das bisher bestimmende scheinbare *Win-win-win*-Modell des Subventionierens von selektiver Begrünung bestehender Lebensweisen durch Lastenradprämien oder mehr Biolandwirtschaft (zu dessen Beliebtheit: Hagemayer u. a. 2024) sich als nicht nur emissionsreduktiv unzureichend, sondern auch fiskalisch undurchsetzbar erweist, wie es sich seit dem Verfassungsgerichtsurteil zur »Schuldenbremse« Ende 2023 abzeichnet, und es notgedrungen »ans Eingemachte« geht (Endt 2024). Es wäre hier also zumindest eine stärkere Umkämpftheit der Transformationsfrage in-

nerhalb der »neuen Mittelklasse« in Rechnung zu stellen – etwa zwischen denen, die die zu erwartenden Verluste mit technologischen Fortschrittshoffnungen abzuwehren und denen, die sie aktiv in einen Gewinn umzudeuten suchen (angedeutet in Reckwitz 2022). Am anderen Ende der Konfliktachse indes stellt sich die Frage, warum, wenn hier auf der Linie von *Cleavage*-Ansätzen faktisch eine politisierte Sozialstruktur angenommen wird, der Gegenpol zur klar mit der neuen Mittelklasse verbundenen »Hyperkultur« (und vermutlich auch zum Pro-Transformismus) klassenstrukturell seinerseits gar nicht klar zugeordnet sein, sondern gerade im Schnittbereich der beiden anderen »Klassen« liegen soll. Beides wirft die Frage auf, ob hier nicht im Dienste einer eingängigen Erzählung mehrere Konfliktdimensionen und -dynamiken vermischt werden, die es im Interesse einer tragfähigen Analyse besser auseinanderzuhalten gälte.

2.2.4 Eine ökologische Klasse?

Eine weitere derzeit breit rezipierte und viel diskutierte These – allerdings auch wirklich nicht viel mehr als eine These – zum sozial-ökologischen Konflikt haben der Ende 2022 verstorbene Bruno Latour und sein Co-Autor Nikolaj Schultz mit ihrem Memorandum »Zur Entstehung einer ökologischen Klasse« vorgelegt. Die Ökologie, so die These, sei in der gegenwärtigen Weltlage eine in ähnlicher Weise bestimmende Idee, wie dies in früheren historischen Perioden Liberalismus oder Sozialismus waren, aber sie könne nur vollends zur historisch wirksamen Kraft werden, wenn es ihr – analog zum liberalen Bürgertum und der sozialistischen Arbeiter:innenklasse in der Vergangenheit – gelinge, zur mobilisierenden Idee einer potentiell geschichtsmächtigen gesellschaftlichen Klasse zu werden. Latour und Schultz behaupten also nicht, dass es diese Klasse bereits gebe, sondern dass man sie erfinden, formen und organisieren müsse. Statt einer Klassenanalyse versuchen sie eine Bestimmung der Bedingungen für die Herausbildung einer solchen. Dabei bekennen sie sich zu dem materialistischen Anspruch, Klassen nicht (wie vom idealistischen Sound ihrer These und weiter Strecken des Textes nahegelegt) als Manifestationen einer weltbewegenden Idee, sondern als Gruppen zu verstehen und zu analysieren, die in einem gesellschaftlichen »Reproduktionsprozess auf antagonistische Weise verortet sind« (Latour/Schultz 2022: 18), und auch die mögliche ökologische Klasse »im Ver-

hältnis zu den *materiellen Bedingungen* ihrer Existenz [zu] definieren« (18 f., Hervorhebung im Original).

Der Bruch, den sie gegenüber der marxschen Tradition, aber auch gegenüber Moderneanalysen wie der von Reckwitz zu markieren suchen, liegt in der Bestimmung dieser Bedingungen (»Nur handelt es sich nicht mehr um dieselbe Materialität«, S. 19): Durch seine beispiellose weltweite Expansion seit Mitte des 20. Jahrhunderts sei das System der gesellschaftlichen Produktion, innerhalb dessen sich die alten Klassen um die Verteilung der Gewinne weiteren Wachstums gestritten hätten, auf planetarer Ebene destruktiv geworden und habe den Übergang in ein »neues Klimaregime« provoziert. In diesem hätten sich die gesellschaftlich ausgelösten planetaren Prozesse auf eine Weise verselbständigt, dass die künftige »Bewohnbarkeit« der Erde grundsätzlich in Frage gestellt sei. Entscheidende Voraussetzung jeglicher gesellschaftlicher Reproduktion sei daher nunmehr die Sicherung der »Voraussetzungen zur Bewohnbarkeit der Erde« (21), und diese verlange – gegen beide Seiten des tradierten Klassenkonflikts – die Eindämmung, Rückführung, Reduktion der Produktion insgesamt (31). So komme »unter dem Klassenkampf ein anderer Klassenkampf« (29) zum Vorschein, es werde deutlich, dass sich zwei Konfliktdimensionen überlagern: Die »alte« innerhalb der Produktion und die »neue« zwischen dieser und ihren durch sie ausgehöhlten Voraussetzungen. In der Tradition des von Karl Polanyi (1978) beschriebenen »Widerstand[s] der Gesellschaft [...] gegen die Ökonomisierung« (Lamour/Schultz 2022: 22) müsse sich der Kampf der ökologischen Klasse damit gegen die Expansion der entbetteten Praktiken der Produktion und ihre destruktiven Konsequenzen richten. Statt um die »Entwicklung« der Produktion müsse es der ökologischen Klasse gerade um die Anerkennung der unhintergehbaren »Einwicklung« von Produktions- in »Erzeugungspraktiken« gehen. Ihr verbindendes Interesse sei es, »[d]ie Welt, in der man lebt, mit der zusammenzubringen, von der man lebt« (70), also die Vielfalt der im Dienste des Fortgangs der Produktion angeeigneten »Erzeugungspraktiken« als deren verdrängte Existenzbedingungen sichtbar zu machen und den Erhalt dieser Bedingungen gegen das Bestreben nach weiterer Expansion zu erkämpfen.

So wenig konkret diese Bestimmung des Klasseninteresses ist, so vage sind auch die Hinweise dazu, wie sich diese Klasse, die »potentiell in der Mehrheit« (51) sei, zusammensetzen könnte. Neben Verweisen auf die Rolle von »indigenen Völkern« (53) und religiösen Traditionen (56) für die Erneuerung von Erzeugungspraktiken sowie ein angenommenes Interesse »der Ju-

gendlichen« (53 f.) an einer langfristigen Bewohnbarkeitsperspektive stellen Latour und Schultz hier besonders die »Klassen der Intellektuellen« (54) in den Vordergrund: Erdsystemwissenschaftler:innen im Kampf gegen Klimaleugnung, durch Produktionszwänge in ihrer Kreativität ausgebremste Ingenieur:innen, Forscher:innen im Angesicht der Ökonomisierung des Wissenschaftssystems. Eher beschwörend heißt es:

»Zwischen Forschung, Engineering und den Erzeugungspraktiken bestanden eine Fülle von Verbindungen, die gekappt wurden und die neu zu knüpfen zahlreiche travailleurs de la preuve, ›Arbeiter des Beweises‹, bereit wären. Diese sich ständig vergrößernde Liste wäre durch all die Aktivistinnen, Protestler, Menschen guten Willens, gewöhnliche Bürger, Bäuerinnen, Gärtner, Industrielle, Investoren, Erforscher:innen dieser oder jener Art zu ergänzen, ohne all die zu vergessen, die mit eigenen Augen zuschauen mussten, wie ihr Territorium verschwand. [...] Wenn sie sich als Teil ein und derselben zivilisatorischen Bewegung fühlten, dann wäre schon viel gewonnen«

Latour/Schultz 2022: 55

Aus soziologischer Sicht macht das erst einmal mehr als stutzig, wird doch damit nicht nur äußerst voluntaristisch an abstrakt abgeleitete Gemeinsamkeiten von äußerst unterschiedlichen, ihren Erfahrungen und Interessen nach kaum je unter einen Hut zu bringenden Gruppen appelliert (vgl. auch Dörre u. a. 2024: 39), sondern gleichzeitig auch eine Führungsrolle für gerade jene Wissensarbeiter:innen reklamiert, die aus z. B. von Reckwitz oder Mau analysierten Gründen für andere Teile der erhofften Bündnisse oft eher ein rotes Tuch sind – nicht zuletzt wegen der Fortschrittsvorstellungen, denen viele von ihnen anhängen und die mit dem unterstellten gemeinsamen Interesse an Reduktion nur schlecht vereinbar sind. Latour und Schultz erkennen auch an, dass die von der Entstehung der neuen Klasse herbeigeführten Allianzen für die Beteiligten irritierend zu sein versprochen: »Menschen, die aus der Perspektive ihrer Klassenzugehörigkeit alles unterscheidet, finden sich Seite an Seite wieder mit ihren ›Klassenfeinden‹, sobald ökologische Themen einbrechen. Umgekehrt verwandeln sich Nahestehende in erbitterte Gegner« (85).¹⁰ Einwänden hinsichtlich der

10 Latour und Schultz ahnen den Vorwurf eines intellektualistischen Avantgardismus und entgegen diesem mit Verweis auf Polanyis Doppelbewegung: »Die ökologische Klasse ist alles andere als eine Angelegenheit ›gut ausgebildeter Wohlstandsbürger‹. Sie knüpft einfach nur an die uralte Kultur des Widerstands gegen die Ökonomisierung an [...]. In der alten Arrièregarde entdeckt sie diejenigen, die stärker als die ehemaligen führenden Klassen bereit und willens sind, die Fragen der Bewohnbarkeit zu lösen [...]. Dieses Umschwenken lässt die ökologische Klasse real und nicht nur potenziell zur Mehrheit werden. Die Ökologen ziehen nicht die anderen Klassen zu sich heran, im Gegenteil, sie schließen sich diesen endlich an« (Latour/Schultz 2022: 84).

Realität oder Möglichkeit einer solchen Klasse setzen sie aber entgegen, dass die Gefühlsstrukturen der Menschen gegenwärtig noch zu stark in den alten Klassen- und Konfliktstrukturen der Moderne gefangen seien und die sich formierende Klasse als erstes eine »Neuausrichtung der Affekte« (37 ff.) erreichen müsse, in deren Folge sich dann die Frontlinien des Konflikts sehr schnell verschieben könnten. In strategischer, am Realwerden der Klasse interessierter Perspektive sei es für diese Neuausrichtung zentral, eine »Beschreibung« der Lage und der eigenen Gemeinsamkeiten zu liefern, an der sich dann die kollektiven Affekte ausrichten könnten (80 f.).¹¹

Aus soziologischer Sicht, gerade aus unserer Perspektive auf Mentalitäten als verinnerlichte, verkörperlichte Erfahrung, fällt es allerdings schwer, darin mehr zu sehen als eine kaum realistische intellektualistische Wunschvorstellung. Trotz allem scheint das Gemeinsame der ökologischen Klasse letztlich mehr oder weniger auf jener abstrakten Ebene des grundsätzlichen Bewusstseins lokalisiert zu werden, auf der in den oben diskutierten Befragungen durch die Bank sehr breite Zustimmung zu entsprechenden Anliegen geäußert wird. Warum aber das besonders starke Bewusstsein der hier subsumierten Gruppen ausschlaggebend dafür sein soll, auch die eigenen Interessen nach anderen, »post-produktivistischen« Kategorien zu bewerten und auch ganz praktisch entsprechend zu handeln, das erschließt sich erst einmal nicht.

Die These einer von der Ökologie konstituierten zweiten Achse von Klassenauseinandersetzungen ist von vielen als instruktiv, als hilfreicher neuer Blickwinkel, aufgenommen worden (siehe z. B. Frings 2022; Nutt 2022). Die Art und Weise aber, wie die Frage nach den Konstitutionsbedingungen einer solchen Klasse gestellt wird, wirkt intellektualistisch und voluntaristisch. Als verbindendes Element steht immer wieder die geteilte Einsicht in und das besonders ausgeprägte Verständnis für die gegenwärtige Situation im Vordergrund (»Die ökologische Klasse besteht aus denen, die erkannt haben, dass die Geschichte ihre Gestalt gewandelt hat«, Schultz 2024b). Zu sehr erscheint Ökologie so in erster Linie als eine Idee, ein Gedankengebäude, ein Wunsch aus den Hochzeiten von *Fridays for Future* und den diversen anderen *For-Future*-Gruppen, die 2019 und 2021 entstanden, dem aufgrund seiner gegenüber den alten produktivistischen Ideologien von Liberalismus und Sozialismus größeren Rationalität (Latour/Schultz 2022: 31) eine Art Anrecht

11 Als Versuch, hierzu beizutragen, ist wohl Schultz' in der Zwischenzeit erschienene philofiktionale Erzählung »Landkrank« (Schultz 2024a) zu lesen.

auf größere historische Wirkmacht zugeschrieben wird. Zu wenig wird indes danach gefragt, inwiefern, für wen und unter welchen Bedingungen sie aber tatsächlich zum handlungsleitenden Interesse, zum Motiv einer »wirklichen Bewegung« zur Aufhebung des »jetzigen Zustand[s]« (Marx/Engels 1973: 35) werden kann, wie das der in Anspruch genommene materialistische Klassenbegriff verlangen würde. Damit bleibt hiervon am Ende auch für unsere Analysen vor allem die Frage: Kann das mehr sein als ein Gedanken-spiel? Ist es tatsächlich denkbar, dass es entlang der hier aufgemachten Linien zu tatsächlichen Klassenbildungs- und Mobilisierungsprozessen kommt? Und welche Allianzen für ökologisch transformative Politik könnten auf Basis empirisch vorfindbarer Interessen und Mentalitäten materielle Macht erlangen?

2.2.5 Wirtschaftsdemokratie als unabdingbare Voraussetzung

In mehrfacher Hinsicht aus diametraler Gegenrichtung zu Latour und Schultz nähern sich dem Thema Klaus Dörre und sein Team (Dörre u. a. 2024, 2020). Aus empirisch arbeitssoziologischem Interesse heraus setzen sie der abstrakt-theoretischen Frage nach den Konstitutionsbedingungen einer möglichen »ökologischen Klasse« die alltägliche Realität von Klassenverhältnissen in den von ihnen untersuchten Auseinandersetzungen um Transformationen auf betrieblicher und regionaler Ebene entgegen. Aus dieser schon aus Gründen des Gegenstands zunächst auf den sozialen Konflikt zentrierten Perspektive werfen sie Ansätzen, die den Komplex primär aus ökologischer Sicht in den Blick nehmen (und konkret Latour/Schultz, siehe Dörre u. a. 2024: 38 f.), eine »Klassenvergessenheit« vor, mit der sie selbst zur Verschärfung des sozialen Konflikts und damit zur Gefährdung ihrer eigenen Ziele beitragen. Angesichts dieser scharfen Kritik an Latour und Schultz könnte leicht übersehen werden, dass sich Dörre u. a. gleichzeitig einer Konzeption zweier Achsen des »sozial-ökologischen Transformationskonflikts« (Dörre 2020) bedienen, die jener der beiden recht ähnlich ist: Die gegenwärtige Konfliktkonstellation sei Ergebnis des Zusammenfließens zweier historisch unterschiedlicher, aus unterschiedlichen Traditionen, Bewegungen und Kämpfen hervorgegangener Konfliktachsen: der sozialen Klassenachse und der ökologischen Achse. Sie lasse sich nur angemessen verstehen, wenn man diese analytisch auseinanderhalten und die fortwir-

kenden Eigendynamiken beider Achsen in den empirisch untersuchten Auseinandersetzungen zur Kenntnis nehmen.

Begründet ist auch diese Position mit einem gesellschaftstheoretisch gefüllten Klassenbegriff, hier allerdings nicht wie bei Reckwitz bourdieuisch-kulturalistisch, sondern in Marxscher Tradition primär ökonomisch. Die Autor:innen halten in letzter Instanz fest am analytischen Primat von Klassenverhältnissen als Stellung innerhalb der gesellschaftlichen Produktion: Klassen werden als »Interessengruppierungen« verstanden, die in kapitalistischen Gesellschaften grundsätzlich in einem »Kampf um das gesellschaftlich erzeugte Mehrprodukt« stünden (Dörre u. a. 2024: 13). Dabei wird zwar Reduktionismen, die Klassenverhältnisse auf die Binarität von Kapitalbesitz vs. Lohnarbeit zu reduzieren suchen, ein differenziertes Sechs-Klassen-Schema entgegengehalten, das in Anlehnung an Erik Olin Wright soziale Distinktions- und Schließungsmechanismen mit einbezieht und so nicht nur Produktiveigentum und Gewinnaneignungschancen, sondern auch unterschiedliche Grade von Kontrollmacht über die Tätigkeit anderer berücksichtigt – nichtsdestoweniger bleibt der Klassenbegriff ausdrücklich für die Analyse von Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnissen in der Produktionssphäre reserviert. Die Zuordnung zu den Klassen bezieht zwar Auf- und Abstiegsdynamiken und damit implizit auch kulturelle Unterschiede ein, geschieht aber rein deduktiv auf der alleinigen Grundlage von Merkmalen des Berufs und Beschäftigungsstatus: Unterhalb einer kleinen »herrschenden Klasse« (dem viel beschworenen »einen Prozent«) ordnen sie eine »selbständige« und eine »lohnabhängige Mittelklasse«, eine »neue« und eine »konventionelle Arbeiterklasse« sowie eine »Untere Klasse« nebst einem Block »ausschließlich geringfügig Beschäftigter« an (Dörre u. a. 2024: 14). Diese Klassen lassen sich damit entlang der von ihrer Hierarchie bestimmten sozialen oder »Klassenachse« des Konflikts ordnen, wobei durch die Unterscheidung »neuer« und »alter« Fraktionen der Mittel- und »Arbeiterklassen« auch horizontale Intraklassenunterschiede mit hineinspielen. Zudem kann nur teilweise von einem hierarchischen Kontinuum ausgegangen werden, wird das entscheidende Machtdifferenzial doch zwischen der sehr kleinen »Oberschicht innerhalb der herrschenden Klasse« (Dörre u. a. 2024: 15) der großbetrieblichen Entscheidungseliten und dem ganzen großen Rest lokalisiert. Ob und in welcher Weise sich an den anhand dieser Merkmale gebildeten Kategorien auch Gemeinsamkeiten des Bewusstseins oder Bewusstseinsbildungsprozesse festmachen, wird jedoch (bislang) nicht näher diskutiert. Die Frage stellt sich aber für Dörre u. a.,

die ja empirisch nicht auf die Gesamtgesellschaft, sondern auf Auseinandersetzungen in (Groß-)Betrieben blicken, nicht ganz so dringlich. Denn auf ihrer Untersuchungsebene kann aufgrund von alltagsrelevanten Segmentierungen innerhalb der Belegschaften und aktiven Bemühungen um »Klassenbildung« (Dörre u. a. 2024: 12), vor allem durch Gewerkschaften, eine gewisse, wenn auch für das betriebliche Feld spezifische, Bewusstseinsrelevanz durchaus angenommen werden, wie für die Automobilindustrie gezeigt.

Auf der ökologischen Konfliktachse gehe es wie auf der sozialen zwar auch um die Auswirkungen des kapitalistischen Steigerungszwangs (der ökologische Konflikt hat also dieselbe Letztursache wie der soziale), jedoch hier eben um die Aneignung und Zerstörung, die sie für die außermenschliche Natur bedeute. An der Verursachung dieser Schäden sei zwar dieselbe kleine »herrschende Klasse«, die auch die entscheidende Macht über die Produktion innehave, weit überproportional beteiligt (und zwar nicht nur durch ihren Luxuskonsum, sondern auch durch ihre Investitionen, über die sie unter Ausschluss der anderen Klassen entscheide), doch sei der Konflikt gegenüber der Klassenfrage dennoch eigenlogisch, weil auf der anderen Seite die arbeitenden Klassen kein einendes Interesse an einem Ende der Zerstörung hätten. Es gibt in dieser Perspektive also zwar gewissermaßen eine »anti-ökologische Klasse«, doch grundlegende Spaltungslinien verlaufen durch den Rest der Gesellschaft, in dem Latour und Schultze die Entstehungsbedingungen der »ökologischen Klasse« verorten. »Hervorzuheben ist zudem, dass die ökologische Konfliktachse auch innerhalb sozialer Klassen spaltet. Sie trennt die Gewinner der sozial-ökologischen Transformation von den Verlierern« (Dörre u. a. 2024: 18). Diese querliegenden Konflikte würden auch innerhalb der Betriebe, wo Naturaneignung und -verbrauch konkret organisiert werden, ausgetragen, und sie intensivierten sich im Zeichen der notwendigen Dekarbonisierung. Wegen des Entscheidungsmonopols »winzige[r] Minderheiten« über Investitionen und Produkte folgt daraus für Dörre u. a. aber eben nicht analog zu den anderen Diagnosen die Betonung eines kulturalisierten Gegensatzes zwischen teilweise profitierenden Fraktionen von Wissensarbeiter:innen und auf der Verlierer:innenseite stehenden Handarbeiter:innen, sondern eine klare Verortung primärer Verantwortung bei jenen Entscheidungseliten (Dörre u. a. 2024: 18, 40 f.).

Die Frage nach der Transformation richtet sich damit aus dieser Sicht auch weniger auf Lebensstiländerungen, politische Versuche zur Ver-

änderung von Lebensweisen oder die von Latour und Schultz anvisierte Infragestellung des Status der Produktion als solcher, sondern darauf, wer eigentlich das Interesse und die Macht hat oder haben kann, einen ebenso schnellen wie sozial gerechten Umbau der – als solcher als gesellschaftlich unverzichtbar betrachteten – industriellen Produktion hin zu nachhaltigen und gemeinwohldienlichen Strukturen zu erzwingen. Und in dieser Hinsicht führe die unangefochtene Hoheit der Kapitaleseite über die Produkt- und Investitionsentscheidungen ohne jede Mitsprache der Belegschaften, also der Ausschluss der arbeitenden Klasse von ökonomischer Macht, entscheidend dazu, dass Arbeiter:innen den ökologischen Umbau jenes Zusammenhangs, in dem sie derart entfremdet tätig seien, nicht als eigenen Auftrag und Gestaltungschance, sondern als eine weitere durch das Kapital an sie herangetragene Zumutung wahrnahmen. Dies rufe nicht selten Reaktanz bei ihnen hervor, die sich auch und gerade gegen die Klimabewegung und andere pro-ökologisch Engagierte richte. Denn diese würden als Agent:innen dieser Zumutung wahrgenommen und seien zudem, anders als das Management, dem betrieblichen Abhängigkeitszusammenhang extern, ggf. auch mit einigen seiner »inneren Gewinner:innen« verbunden (Dörre u. a. 2024; vgl. auch Tullius/Wolf 2022). Gegenwärtig werde versucht, Beschäftigte und Gewerkschaften über einen »Transformationskorporatismus« in das Management betrieblicher, regionaler und branchenbezogener Umstellungskrisen einzubeziehen – solange dies aber nicht mit einer realen Demokratisierung von Produkt- und Investitionsentscheidungen einhergehe, die es den Arbeitenden tatsächlich ermögliche, aktiv Verantwortung für die sozial-ökologischen Konsequenzen ihrer Arbeit zu übernehmen, werde es Entfremdung und Frustration eher verstärken (Dörre u. a. 2024: 38 ff.). Eben dies – die Demokratisierung der Wirtschaft, die nur im Klassenkonflikt gegen die Kapitaleliten und ihre Interessen zu erreichen sei – sei deshalb der entscheidende Dreh- und Angelpunkt jeder Transformationsstrategie, die auf Erfolg hoffen dürfe (vgl. auch Dörre 2021). Und damit komme gerade Gewerkschaften und Betriebsräten und der Revitalisierung eines »demokratischen Klassenkampfes« eine zentrale, bislang unterschätzte Rolle zu. Einen gewissen blinden Fleck der Argumentation stellt allerdings auch hier das einmal mehr mit Verweis auf Ergebnisse einer quantitativen Befragung in den Untersuchungsbetrieben festgestellte hohe Bewusstsein für die Klimakrise (77 Prozent) und die verbreitete Bereitschaft, für einen nachhaltigen Lebensstil auch mehr Geld auszugeben (58 Prozent), dar. Mögliche soziale Erwünschtheitseffekte werden zwar anerkannt (Dörre

u. a. 2024: 40), näher untersucht oder hinterfragt werden diese Befunde jedoch nicht. Gerade wenn die Annahme die ist, dass nur eine Demokratisierung zu nachhaltigeren Investitionsentscheidungen führen könne, wäre es aber wichtig, ernsthaft zu fragen, inwieweit die Mehrheiten hierfür in den Belegschaften gegeben wären und welche Gründe neben dem zu Recht problematisierten Demokratiedefizit dem noch entgegenstehen könnten.

2.2.6 Normalitätsillusionen und Denormalisierungsbewegungen

Interessant ist, dass die meisten der besprochenen Deutungen (mit Ausnahme von Dörre und Latour/Schultz) trotz ihrer teils stark betonten Differenzen eigentlich die gleiche tendenzielle Reduktion auf *eine* stark betonte Konfliktdimension vornehmen: Den Konflikt um die »Kosten und Lasten von Transformation« und die vordergründige Entgegensetzung von zwei Gruppen, nämlich den »städtisch-akademischen Milieus« mit hohen transformativen Ambitionen und unterstellter geringer sozialer Sensibilität auf der einen Seite und den überforderten »einfachen Leuten« mit gutem Willen, aber auch alltäglichen materiellen Sorgen und berechtigten Vorbehalten gegen allzu schnellen Wandel auf der anderen Seite. Konflikthaft, so immer wieder die Diagnose, wird es dann, wenn anstehende und von bestimmten Gruppen geforderte oder begrüßte Veränderungen konkret werden und die alltagspraktischen Gewohnheiten, gefühlten Normalitäten und Selbstverständlichkeitserwartungen anderer Bevölkerungsteile in Frage stellen. Und hier setzt ein kritischer Einwand an, der in den bisherigen empirischen Befunden und ihrer Deutung noch kaum reflektiert ist. Denn gerade diese Allgegenwart des »vom-Gewohnten-nicht-lassen-Könnens« lässt sich hinter der Fassade des protransformativen Gestus und der ostentativ nachhaltigen Lebensstile in verdeckter Form durchaus auch bei den »städtisch-akademischen Milieus« mit hohem transformativem Impetus aufspüren, auch dort bedingt sie unterschwellige Resistenzen und persistent nicht-nachhaltige Gewohnheiten (Blühdorn u. a. 2020). Gerade deren faktische Allgegenwart, so die daran ansetzende kritische Perspektive, macht den Kern des gegenwärtigen Zustandes einer Gesellschaft »am Rande des Nervenzusammenbruchs« (Lessenich 2022) aus, die mit ihren Krisenbewältigungsstrategien längst »am Limit« (Brand/Wissen 2024) ist, aber es nicht fertig bringt, sich ihrer eigenen »Unhaltbarkeit« (Blühdorn 2024) zu stellen. Diagnosen wie die der »imperialen Lebensweise« (Brand/

Wissen 2017) und der »Externalisierungsgesellschaft« (Lessenich 2016), die diesen Feststellungen zugrunde liegen, legen noch eine andere, womöglich ungleich beunruhigendere Lesart nahe. Demnach ist der »antidenormalisierende Affekt« (Lessenich 2022: 126), der in offen regressiv-autoritären Bewegungen besonders aggressiv zum Ausdruck kommt, nur die Spitze eines – als metaphorischem leider anders als sein physisches Pendant nicht abschmelzenden – Eisbergs von Veränderungsabwehr und Privilegienverteidigung *aus der Mitte der Gesellschaft*. Entsprechend dieser Deutungen verbirgt sich unter der Oberfläche des breit geteilten Problembewusstseins und der verbalen klimapolitischen Akzeptanzbereitschaft, die sich in den eingangs dieses Kapitels zitierten Studien andeutet, doch auch der Wunsch nach dem weitgehenden Fortbestand der als »normal« kennen- und liebgelernten Verhältnisse und der gewohnten, als Freiheit und Selbstverwirklichung erfahrenen Lebensweise. Die Konfliktlage wäre hier also eher gekennzeichnet von breiten, im Streit vereinten veränderungsaversen Mehrheiten mit variierenden Motivlagen und Gesellschaftsidealen (zwischen progressiv-neoliberal und regressiv-autoritär) (Eversberg 2018), die sich zumindest darin einig wären, sich der Bestrebungen von – zahlenmäßig eher randständigen – »Denormalisierungsbewegungen« (Lessenich) zu erwehren und die angestammte Lebensweise des gesellschaftlichen *Innen* und ihre Normalität gegen Einbrüche ihres *Außen* zu verteidigen. Die oben aufgezeigten Risse in den optimistischen Diagnosen zur Veränderungsbereitschaft, die weithin konsensfähige Empörung über die Aktionen der *Letzten Generation* oder die rasch zunehmende Bereitschaft, »in Zeiten knapper Kassen« die ohnehin geringen Mittel für Entwicklungshilfe zugunsten von Militärausgaben und »Entlastungen« für die Industrie zur Disposition zu stellen, lassen diese Lesart zumindest nicht direkt unplausibel erscheinen. Auch ihr soll also im Weiteren nachgegangen werden.

2.3 Warum wir von einem neuen sozial-ökologischen Klassenkonflikt sprechen

Der große, mehrdimensionale Konflikt um die sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft, den wir zurzeit erleben, ist – so unsere These in diesem Buch – nicht einfach ein Streit um unterschiedliche Werte oder Vorstellungen, sondern *ein neuer sozial-ökologischer Klassenkonflikt*.

Im diesem Abschnitt entfalten wir die Bestimmungen dieser kurzen Formel und begründen so unsere Argumentation. Wir sprechen von *einem* Konflikt, auf eine Art und Weise, wie es früher einmal üblich war, ebenso im Singular vom »sozialen Konflikt« oder »dem Klassenkonflikt« zu sprechen (siehe z. B. Hadler 2003; Nachtwey 2016b), weil es uns darum geht, die in der Forschung diskutierten Auseinandersetzungen um spezifische Aspekte sozial-ökologischer Transformation in den Kontext der übergeordneten Dynamiken krisenhaft gewordener globaler Vergesellschaftung einzuordnen. Denn der Konflikt um die Transformation prägt die gesellschaftliche Situation im 21. Jahrhundert auf ähnlich entscheidende Weise, wie im 19. und 20. Jahrhundert der ›alte‹ industrielle Klassenkonflikt zwischen Arbeit und Kapital (Dörre 2020) – und seine Bedeutung wird in Zukunft aller Voraussicht nach noch zunehmen. Er lässt sich jedoch nicht als ›einfacher‹ Gegensatz zwischen zwei großen Blöcken von relativ einheitlichen, einander an *einer* klar abgesteckten Frontlinie gegenüberstehenden Klassen begreifen, sondern ist ungleich komplexer: Der sozial-ökologische Klassenkonflikt ist *mehrdimensional*. Entlang jeder der vielen Achsen oder Konfliktdimensionen, die sich in seinem Gesamtbild verschränken, wird eine Spannung oder ein Gegensatz erkennbar, der in der Struktur und den dynamischen Entwicklungsprinzipien der zur Transformation anstehenden Gesellschaft selbst angelegt ist.

Das ist nicht so zu verstehen, als wollten wir die ökologische auf die soziale Problematik reduzieren oder umgekehrt – vielmehr wenden wir uns, indem wir die Mehrdimensionalität der Konfliktlage betonen, gerade gegen solche Vorstellungen, die unterstellen, es gebe einen Hauptkonflikt oder »Hauptwiderspruch«, dem sich die je andere Thematik bei- oder unterordnen ließe.

Mit der Rede von *einem* sozial-ökologischen Klassenkonflikt behaupten wir zugleich, dass es auch *eine* übergreifende Logik gibt, die für all diese Mehr-Achsen-Konflikte, für all diese vielfältigen gesellschaftlichen Prozesse prägend ist und die diese systematisch unterschiedlichen und gegensätzlichen Positioniertheiten, Praktiken und Erfahrungen hervorbringt: die in der inneren Logik moderner, kapitalistischer Gesellschaften angelegte Grundtendenz, ja der Zwang zur Expansion, Steigerung und Intensivierung (Dörre u. a. 2009). Der Konflikt um die sozial-ökologische Transformation dreht sich im Wesentlichen darum, ob und wie diese übergreifende Logik fortgesetzt, stillgestellt, umgekehrt oder neu bestimmt werden soll.

Neu ist an diesem gesellschaftlichen Konfliktkomplex nämlich, dass mit dem Zentralwerden der Frage der Transformation die *Notwendigkeit* nicht

nur eines Umbaus gesellschaftlicher Basisinstitutionen, sondern auch der grundlegenden Neubestimmung, ja Neuerfindung der inneren Bewegungskonzepte moderner kapitalistischer Gesellschaften nicht mehr ignoriert werden kann, sondern – wenn auch weiterhin teilweise als verleugnete, verdrängte, ausgeblendete Realität (Lessenich 2016) – den Einsatz der Auseinandersetzungen darstellt. Damit können die bisher unter »Soziale Gerechtigkeit« einerseits, Umweltschutz oder Ökologie andererseits gestellten Fragen nicht mehr getrennt gehalten werden, wenn nicht die Versuche ihrer Bearbeitung die Krisen immer weiter verschärfen sollen (Dörre 2019). Nicht nur sind ökologische Fragen, wie die oben angeführten Beispiele zeigen, immer zugleich soziale Fragen, sondern auch umgekehrt können soziale Konflikte, etwa um Tarifverträge, Rentenniveaus oder Kitaplätze, nicht mehr zukunftsorientiert ausgetragen werden, ohne dass sich die Beteiligten der Frage nach der ökologischen Tragfähigkeit und den ökologischen Konsequenzen der ausgehandelten oder erkämpften Arrangements stellen. Sicher: Bewegungen, die in den globalen Außenbezirken der kapitalistischen Welt – in afrikanischen Bergbaugebieten (Aldinger 2014; Özkaynak u. a. 2021; Rodríguez-Labajos/Özkaynak 2017), im amazonischen Regenwald (Robins/Fraser 2020) oder in mit Sondermülldeponien bedachten afro-amerikanischen Communities (Bullard 1990) – seit Jahrzehnten um Umweltgerechtigkeit (*Environmental Justice*) kämpfen, mögen über diese späte Einsicht europäischer Gesellschaften müde lächeln (Martinez-Alier u. a. 2016; Martínez-Alier 2024; Mohai u. a. 2009). Und dennoch, dass sich die Problemlage nunmehr zunehmend ernsthaft so stellt, ist neu, auch wenn zum jetzigen Zeitpunkt nicht einmal gesagt ist, dass der damit verbundene Erkenntnisfortschritt von Dauer sein wird.

Wir knüpfen mit unserem Verständnis an eine in den letzten rund zehn Jahren entstandene, inzwischen recht breite Forschung zu sozial-ökologischen Transformationskonflikten (Graf u. a. 2023; Sommer/Schad 2022; Klepp/Hein 2023; Dörre u. a. 2020) an, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die wechselseitigen Verschränkungen von ökologischen Gerechtigkeitsforderungen und sozialen Nachhaltigkeitsansprüchen zu untersuchen. Meist geschieht das in konkreten Fallstudien, welche die sich daran entzündenden Auseinandersetzungen in den Blick nehmen – sei es um Windenergie- (z. B. Eichenauer 2018; Lehmann 2019) oder Stromtrassenprojekte (Neukirch 2017, 2016; Schmitt u. a. 2016), Wohnungsbau (Arendt u. a. 2023), Ressourcenabbau im Dienste von Energiewende und E-Mobilität (Tittor 2023), aber auch um den notwendigen Ab- und Umbau von nicht-nachhaltig produzie-

renden Industriebranchen (Dörre u. a. 2020; Kaiser 2023; Pichler u. a. 2021). Auch vor diesem Hintergrund wurde vorgeschlagen, für die größere, gesellschaftliche Ebene von *einem* sozial-ökologischen Transformationskonflikt zu sprechen (Dörre 2020).

Weil soziale und ökologische Krisen- und Konfliktdynamiken die gleiche Ursache haben, ist Dörre (2020: 26) dabei zuzustimmen, dass hier nicht von »zwei getrennten Logiken« gesprochen werden kann und dass »klassenspezifischer Verteilungskonflikt und ökologischer Gesellschaftskonflikt [...] in hohem Maße miteinander verwoben« sind. Die Anerkennung dieser Verwobenheit aber letztlich herunterzubereiten in das Bild des ›Überkreuzens‹ einer sozialen und einer ökologischen Konfliktachse, oder von »Klassenachse und ökologischem Gesellschaftskonflikt« (Dörre u. a. 2024: 34), scheint der Einsicht in die Mehrdimensionalität ihr Erkenntnispotential gleich wieder in Teilen zu nehmen. Zwar lassen sich so die Spezifika der jeweiligen sozialen Dynamiken, Politisierungs- und Institutionalisierungsformen des industriellen Klassenkonflikts einerseits sowie der umwelt- und klimapolitischen Konfliktfelder andererseits in der Unterschiedlichkeit ihrer jeweiligen Geschichte, ihrer Konjunkturen und Akteursstrukturen sehr eingängig erzählen. Das aber läuft auf eine aus sozial-ökologischer Sicht wenig hilfreiche Vereinseitigung hinaus, wenn schon zuvor erklärt wird, der »für kapitalistische Gesellschaften strukturprägende industrielle Klassenkonflikt *verwandel[e] sich* [...] in einen sozial-ökologischen Transformationskonflikt« (Dörre u. a. 2020: 24, unsere Hervorhebung): Letzterer ist nicht lediglich eine Mutation des ersteren, sondern eine komplexere, mehrdimensionale Konstellation. Ihr kann zwar mit dem gesellschaftlichen Steigerungszwang die gleiche Letztursache zugeschrieben werden, aber dabei werden eine ungleich größere Zahl von Aspekten und Dimensionen von Herrschafts- und Naturverhältnissen krisen und konflikthaft. Wie u. a. von feministischer Seite immer wieder betont wird, müssen beispielsweise die Ausbeutung von Lohnarbeit und die Aneignung von unbezahlter Sorgetätigkeit sowie von Natur zusammen und als untrennbar miteinander verbundene Phänomene analysiert werden. Das wird durch die schon im Vorhinein gesetzte Trennung in »sozial« und »ökologisch« erschwert bis verunmöglicht (Aulenbacher u. a. 2014; Bauriedl u. a. 2021; Biesecker/Hofmeister 2006; Salleh 2017). Interessant wird es gerade dann, wenn Konfliktdimensionen in den Blick kommen, die nicht klar als das eine noch als das andere kategorisiert werden können, sondern in denen beides aufgehoben ist.

Um diese Komplexität der sich im sozial-ökologischen Transformationskonflikt verschränkenden Dynamiken und Gegensätze angemessener herauszuarbeiten, ist es aus unserer Sicht – und das mag manche überraschen – trotz allem hilfreich, ihn als *Klassenkonflikt* zu begreifen. Denn das Konzept von Klassenverhältnissen hat aus unserer Sicht den entscheidenden Vorteil, gerade die gesellschaftliche Strukturbedingtheit der Mentalitäts- und Interessengegensätze hervorzuheben, um die es uns in diesem Buch geht. Der Begriff soll betonen, dass diese Spannungen und Gegensätze – vom »Heizungshammer« bis zur Verzichtsdebatte – Ausdruck der inneren Widersprüche der Art und Weise sind, wie »Gesellschaft« selbst praktisch hervorgebracht und auf Dauer gestellt wird. Oder, soziologisch gesprochen: wie sich diese Konflikte aus den inneren *Widersprüchen des Vergesellschaftungsmodus* ergeben. Denn als gehaltvoller soziologischer Begriff meint »Klasse« eben nicht einfach unterschiedliche oder ungleiche, in der Regel durch ihre wirtschaftliche Lage definierte Gruppen, sondern sozial gegensätzliche, antagonistische Verhältnisse, die sich aus Vergesellschaftungsprozessen ergeben (siehe z. B. Wright 2009; Bourdieu 1982: 730 ff.). Oder anders gesagt: Der Begriff verweist auf gegensätzliche Stellungen innerhalb der Macht-, Herrschafts- und Naturverhältnisse, die in und durch die Praxis sozialer Akteure hervorgebracht und aufrechterhalten werden, diesen aber als eigenlogisch, verselbständigt und »fremd« gegenüberreten.

2.3.1 Expansive Vergesellschaftung

Zentrales Merkmal moderner Vergesellschaftungsprozesse ist, dass sie ohne ständige Steigerung und Ausdehnung nicht auskommen. Diese Steigerungszwänge sind am augenfälligsten und zerstörerischsten in der oft kritisierten Wachstumslogik des kapitalistischen Wirtschaftens (Dörre u. a. 2009; Pineault 2023; Schmelzer u. a. 2022; Welzer 2011), lassen sich auf diese aber nicht reduzieren. Vielmehr reichen sie zurück in die Tiefengeschichte der europäischen Gesellschaften, aus der nicht nur diese Produktionsweise, sondern auch die moderne Wissenschaft, moderne Formen von Staatlichkeit und die Gewalt des europäischen Kolonialismus hervorgegangen sind, ebenso wie Denktraditionen der Aufklärung und der Menschenrechte (Dale 2017; Federici 2004; Ghosh 2021; Merchant 1983). All das ist Ausdruck eines übergreifenden Zwangs zur immer weiteren Ausdehnung abstrakt-unpersönlicher, vermittelter Vorgänge und Strukturen des logischen und

praktischen Zugriffs auf immer weitere Bereiche des menschlichen und nichtmenschlichen Lebens. Diese Prozesse der Expansion abstrakter, *gesellschaftlicher* (statt und auf Kosten konkreter, *gemeinschaftlicher*) Verhältnisse in die physische und soziale Welt hinein sind darauf gerichtet, diese Welt kategorial erfass- und messbar, so der Kontrolle gesellschaftlicher Instanzen zugänglich zu machen und als Ergebnis davon beherrschen zu können. Darunter fällt historisch der Kolonialismus und die Entstehung und Ausdehnung kapitalistischer Märkte (Moore 2015; Polanyi 1978; Graeber 2012), aber auch die dem bereits vorangehende Herausbildung einer abstrakten wissenschaftlichen Rationalität (Jochum 2022; Merchant 1987), die auch von dieser mit getragene, dabei in sich widersprüchliche, hybride Aufklärung (Horkheimer/Adorno 1947; Graeber/Wengrow 2021) und die an sie anschließenden Emanzipationsbewegungen (Blühdorn 2021), Demokratisierung (Eversberg 2021a), Bürokratisierung (Graeber 2016; Peukert 1989; Weber 1965) und die Durchdringung des Lebens mit immer komplexeren Technologien basierend auf extraktiv gewonnenen Materialien und fossilen Energien (Daggett 2019; Ghosh 2021; Malm 2016; Schmelzer/Büttner 2024). Gemeinsam ist den Denk-, Berechnungs- und Handlungssystemen, die sich in diesen Prozessen herausbilden und weiterentwickeln, dass sie abstrakten, selbstbezüglichen, von konkreten materiellen Begrenzungen losgelösten Logiken folgen, die den Anschein unbegrenzter Steigerbarkeit erwecken und es erlauben, so zu handeln, als könne die Expansion (der Wirtschaft, des Wissens, der individuellen Freiheit, der Demokratie, der Kontrolle) immer weitergehen. Es ist also nicht nur die kapitalistische Ökonomie, die aufgrund ihrer immanenten Abstraktionslogik auf permanente Steigerung geeicht ist und permanent expandieren muss, sondern der Modus der *Vergesellschaftung* selbst in einem umfassenderen Sinn. Kurz: Der »Gesellschaft« im modernen europäischen Sinne ist die allen Belangen des Lebendigen gegenüber indifferente Fixierung auf Steigerung und Ausdehnung immer schon eingeschrieben (Adorno 1972; Breuer 1992; Offe 1986).

Durch genau diese Unendlichkeitsorientierung aber kann moderne, expansive Vergesellschaftung nicht anders, als immer wiederkehrende und sich vertiefende Krisen zu verursachen. Denn die materiellen Voraussetzungen jeder Vergesellschaftung – also sowohl die kognitiven, emotionalen und körperlichen Fähigkeiten realer, lebender Menschen als auch die außermenschlichen Voraussetzungen wie intakte Ökosysteme mit ihrer Erzeugungsfähigkeit und ihren Senkenfunktionen – werden durch diese Expansionsprozesse nicht nur gesellschaftlicher Kontrolle und gesellschaft-

lichen Zwecksetzungen dienlich gemacht, sondern durch den Zwang zur permanenten Steigerung über kurz oder lang unweigerlich auch überbelastet und zerstört (Hickel 2020; Jochum 2017; Patel/Moore 2017). So wie der ›alte‹ Klassenkonflikt Ausdruck des kapitalistischen Zwangs zur Profitsteigerung und der von ihm verursachten sozialen Ungleichheiten und Gegensätze war, um deren Vertiefung, Beseitigung oder Befriedung er sich zugleich drehte, so dreht sich auch der heutige, sozial-ökologische Konflikt in einem umfassenderen Sinne um den Umgang mit jener größeren Steigerungs- und Ausdehnungsbewegung und den sozialen und ökologischen Krisenerscheinungen, die sie aufwirft (vgl. Jochum 2020, 2022; Altwater 2006; Klein 2014).

2.3.2 Das flexibel-kapitalistische Wachstumsregime

Mit Klassenverhältnissen meinen wir also nicht nur Unterschiede oder Ungleichheiten sozialer Gruppen, sondern systematische und strukturelle Gegensätze von Positionen innerhalb der Herrschafts- und Naturverhältnisse einer Wachstumsgesellschaft, deren Expansionszwang krisenhaft geworden ist. Diese sehr abstrakte Bestimmung reicht freilich nicht hin. Denn die Steigerungszwänge treten den Menschen selbstverständlich nie in dieser Abstraktheit als ›reine‹ Imperative entgegen, sondern immer als konkrete Normen, Anforderungen, Aufforderungen oder Erwartungen, bestimmte Leistungen anderen, der Gesellschaft oder sich selbst gegenüber zu erbringen, ob als Produzierende, als Konsumierende oder als Bürger:innen. Diese nehmen konkrete Form an in einer Reihe geschichtlich aufeinander folgender »Wachstumsregimes« (Eversberg 2014a), die jeweils aus vorübergehenden Krisen hervorgehen und in denen sich Kompromisse zwischen Bemühungen um die Wiederbelebung der Steigerungsdynamik und den Kämpfen sozialer Bewegungen gegen deren erlebte negative Auswirkungen herausbilden (vgl. dazu auch Hall 2022; Schmelzer 2016). Das in den letzten rund 45 Jahren entstandene Wachstumsregime, das mit seinen Anforderungen die Erfahrungen der meisten Menschen in Deutschland heute prägt, lässt sich aus unserer Sicht am besten als das eines *flexiblen Kapitalismus* (Eversberg 2021a, 2014a) beschreiben. Es ist derzeit zwar in der Krise, hat sich damit als Logik alltäglicher Zwänge aber noch keineswegs überlebt (Mirowski 2013; Nachtwey 2016a; Streeck 2014). In seiner meist unter dem Begriff des Neoliberalismus diskutierten politischen Di-

mension setzte sich dieses Regime in den Ländern des globalen Nordens zwischen den 1970er und 1990er Jahren durch und kann in seiner weitgehend auf Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung sowie auf das Zurückdrängen sozialstaatlicher Leistungen zielenden Stoßrichtung als erfolgreicher Klassenkampf von oben beschrieben werden, der mit einer systematischen Schwächung kollektiver gesellschaftlicher Akteure, besonders der Gewerkschaften, einherging und zu einer Beschränkung demokratischer Spielräume durch globalisierte Marktzwänge beitrug (Brown 2015; Harvey 2007; Slobodian 2018; Ther 2014). Zentral für das soziologische Verständnis ist neben dieser politischen Ebene aber auch der Blick auf die gleichzeitigen Umstrukturierungsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft selbst, die mit dem Schlagwort »flexibel« angesprochen sind. Die flexibelkapitalistische Umstrukturierung reagierte auf sinkende Profitraten infolge der Erschöpfung der Standardisierungs- und Normierungslogik, die das vorherige Regime, den organisierten Kapitalismus der Nachkriegszeit, gekennzeichnet hatte, und nahm zugleich auch die Impulse der antiautoritären Protestbewegungen und Individualisierungsprozesse der späten 1960er Jahre auf (Boltanski/Chiapello 2006). Getrieben von zunehmend entstandenen Konsum- und Selbstverwirklichungswünschen, die es zur Wiederbelebung der schwächelnden Nachfrage gezielter zu bedienen galt, setzte sie sich zunächst in Unternehmensstrategien der Flexibilisierung um: Um sich der Ausdifferenzierung und den schnelleren Schwankungen der Nachfrage nach Konsumgütern besser anpassen zu können, zielten diese in ihrer Grundlogik auf einen möglichst kleinteiligen, kurzfristigen und mit möglichst wenig Verpflichtungen verbundenen Zuschnitt aller Produktionsinputs und -prozesse. Nur das, was dieser Logik folgte oder sie weiter voranzutreiben half, konnte im wirtschaftlichen Wettbewerb noch als wertvoll und profitabel gelten. Das führte nicht nur zur Auslagerung von nicht oder schlechter flexibilisierbaren industriellen Produktionsprozessen in andere Weltgegenden, sondern auch zu einer zunehmenden Konzentration der verbleibenden Wirtschaft auf höherwertige, auf über immer komplexere Lieferketten bezogenen Vorleistungen beruhende Produkte sowie auf die für das ständige schnelle Reagieren und die aufwendige Koordination und Vernetzung der immer komplexeren Prozesse notwendige Wissensarbeit. Die Folge waren die Prozesse von »Postindustrialisierung« und Bildungsexpansion, die z. B. Reckwitz (2019) als Kernbestandteile des Übergangs zur »Spätmoderne« beschreibt. Die als Kehrseite damit verbundenen Prozesse des Outsourcings und Offshorings, der Prekarisierung und der durch den

kleinteilig-kurzfristigen Neuzuschnitt bedingten Abwertung aller von den Unternehmen eingekauften ›Inputs‹ führten zugleich zur Ausbildung und Ausdehnung globaler wie innernationaler Peripherien – über ihre Randständigkeit integrierte, von Unsicherheit, aufgezwungener Unstetigkeit und geringer Wertschätzung geprägte geografische und soziale Zonen, die in überproportionalem Maß die Lasten des so erwirtschafteten steigenden Wohlstands zu tragen hatten. Gleichzeitig bildete sich in den produktiven und konsumtiven Zentren, befreit von diesen Lasten, eine von wachstumsförderlichen Genuss- und Selbstverwirklichungspraktiken gekennzeichnete Lebensweise heraus, in der die gleichen Entstandardisierungsprozesse nicht als Zwang, sondern als Befreiung erlebt werden und die diese gleichzeitig aktiv vorantreibt. Diese Herausbildung eines hierarchisch durch den Gegensatz von Zentren und Peripherien strukturierten sozialen und physischen Raums, in dem sozial-ökologische Lagen und Praktiken über vielfache Vermittlungsschritte zum Vorteil der einen und Nachteil der anderen miteinander verbunden sind, ist angesprochen, wenn von »imperialer Lebensweise« (Brand/Wissen 2017) oder »Externalisierungsgesellschaft« (Lessenich 2016) die Rede ist. Mit der intensivierten globalen Vernetzung gingen neben den wirtschaftlichen auch soziale Globalisierungsprozesse einher; Migration, kultureller Austausch, mediale Kommunikationsmöglichkeiten und Diversität nahmen zu. Diese Veränderungen stellten ihrerseits – neben den steigenden Partizipationsansprüchen von zunehmend höher gebildeten Bürger:innen – auch Öffnungs-, Pluralisierungs- und Reflexivitätsanforderungen an die demokratischen Institutionen (Eversberg 2021a; Reckwitz 2017).

Die so nur äußerst grob skizzierten wirtschaftlichen, politischen und subjektiven Umstrukturierungsprozesse mündeten in eine umfassende kulturelle Verwandlung moderner Gesellschaften, aus der heraus sich auch die innere Struktur des idealtypischen modernen Individuums veränderte. Damit unter flexibel-kapitalistischen Bedingungen die Steigerungsmaschine nicht ins Stottern gerät, müssen die Einzelnen sich nicht nur permanent proaktiv unter Einsatz ihrer diversifizierten Kompetenzen und Skills mit ständig in Veränderung begriffenen Arbeitsanforderungen auseinandersetzen und in der Unsicherheit flexibler Arbeitsmärkte navigieren (Eversberg 2014b). Sie sind auch aufgefordert, ihre ganz persönlichen Konsum- und Selbstverwirklichungsvorlieben zu kultivieren und so aktiv wie irgend möglich auszuleben, um nicht nur im (heute weitgehend digitalisierten) sozialen Wettbewerb mitzuhalten, sondern, gesellschaftlich wichtiger, auch

die Volkswirtschaft am Laufen zu halten und Wachstumseinbrüchen entgegenzuwirken (Reckwitz 2019; Rosa 2016b, 2016a; Trentmann 2017). Zu dieser Doppelbelastung aus Arbeits- und Freizeitstress tritt außerdem die Anrufung an dieselben Individuen hinzu, als Bürger:innen Verantwortung zu übernehmen, sich zu engagieren und durch aktive Partizipation zum Ausbau – bzw. derzeit eher zur Verteidigung – der Freiheitsgewinne einer offenen, global vernetzten, liberalen Demokratie beizutragen (Lessenich 2008; Lorey 2022).

Quer dazu führte die flexibilistische Wachstumsstrategie über die für ihre Durchsetzung erforderlichen Marktöffnungs-, Angebots- und Wettbewerbsfähigkeitspolitiken aber auch zu einer gesellschaftlichen Aufmerksamkeits-, Prioritäten- und Mittelverschiebung weg vom öffentlichen und hin zum privaten Wohlstand. Die marktliberale Anforderung, unternehmerische Investitions- und private Konsumlaune als hauptsächliche Wachstumsmotoren zu betrachten und um jeden Preis hochzuhalten, verlangte nach Steuersenkungen – und damit als durchaus nicht unbeabsichtigte Nebenfolge auch Sparzwänge für die öffentlichen Haushalte. Einschränkungen sozialer Absicherungen und der graduelle Verfall öffentlicher Infrastrukturen, die gerade für die alltäglichen Bedürfnisse des zeitgleich wachsenden Heers von weniger hoch qualifizierten Dienstleistungsbeschäftigten zentral sind, waren und sind die Folge, und dies trug neben dem gerade für diese Beschäftigten stark steigenden Druck zu einer Krise der sozialen Reproduktion bei, die sich gegenwärtig ebenfalls verschärft (Cooper 2019; Dowling 2022; Haubner 2019; Piketty 2014). Während die über Beschäftigung in den Kernbranchen des deutschen Wirtschaftsmodells Integrierten zu großen Teilen weiterhin Zuwächse an privatem Wohlstand erlebten, sich verstärkt Eigenheime, SUVs und private Pools leisten konnten, kam es im wachsenden Dienstleistungssektor zu einer Scherenbewegung. Einerseits führte diese zu einer Aufwertung hoch qualifizierter wissensbasierter Dienstleistungen, die an diesen Zuwächsen partizipierten. Andererseits aber auch zur Prekarisierung einfacher, untergeordneter Dienstleister:innen auf den unteren Rängen der Liefer- und Dienstleistungsketten sowie interpersonaler (Sorge-, Erziehungs-, Sozial-) Arbeit im öffentlichen und gemeinnützigen Bereich, und der noch weiteren Abwertung unbezahlter und informeller Sorgearbeit. Zur Vertiefung von Ungleichheiten durch die Verteilung von Flexibilisierungschancen und -zwängen trat so auch ein wachsendes Ungleichgewicht zwischen politisch privilegiertem privatem und zunehmend

beschnittenem öffentlichem Wohlstand hinzu (Butterwegge 2020, 2018; Piketty 2022).

Diese Veränderungsprozesse lassen sich in ihren verschiedenen Aspekten so oder ähnlich in verschiedenen soziologischen Zeitdiagnosen nachlesen (siehe z. B. Reckwitz 2019; Lessenich 2008, 2016). Aus umweltsoziologischer Sicht sind jedoch auch ihre weniger breit diskutierten Implikationen auf der Ebene der gesellschaftlichen Naturverhältnisse von Bedeutung. So waren die Spezialisierung auf wissensbasierte Tätigkeiten und die Bedeutungszunahme von Bildung, Medien und Informationstechnologie Teil einer Abstraktionsdynamik, deren Kehrseite die Abwertung und Unterordnung von Praktiken des direkten Umgangs mit dem belebten Außermenschlichen wie mit menschlicher Körperlichkeit und ihre Verdrängung an innere wie äußere Peripherien außerhalb des Sichtfeldes der Wachstumszentren war. Gegenüber den Vorstellungswelten und Subjektfiguren der Industriegesellschaft, die sich um körperliche Arbeit herum gebildet hatten, gewannen jene der Dienstleistungsgesellschaft Kontur als entkörperlichte, als solche von *Personen*, für die es wenig später nur folgerichtig war, sich als Avatare in (scheinbar) vollends von der Materialität des Lebens abgelöste Digitalwelten zurückzuziehen (Thadden 2018). Damit einher ging die selbstverständliche Erfahrung der permanenten garantierten Verfügbarkeit vergesellschafteter, warenförmig zur Bedienung der eigenen Wünsche und Bedürfnisse bereitgestellter Natur, deren Erzeugungs- und Bestandsvoraussetzungen immer weniger zur Kenntnis genommen werden mussten, ja aktiv unsichtbar gemacht wurden. Billiges Kerosin erlaubte die subjektive Schrumpfung räumlicher Distanzen, Erdbeeren im Dezember ließen die zeitlichen Rhythmen und Begrenzungen des Lebens vergessen. Unmittelbar sinnliche Naturerfahrungen waren immer seltener mit Arbeit und Existenzsicherung verbunden. Stattdessen wurde »die Natur« verstärkt zu einem, den eigenen ästhetischen oder sportlichen Bedürfnissen zur Verfügung stehenden Erlebnisraum, zu Gegenstand und Umgebung von Selbstverwirklichung, Erholung und Abenteuer. Diejenigen dagegen, die ihr Auskommen noch immer dem direkten Umgang mit menschlicher wie außermenschlicher Natur verdankten – Landwirt:innen, Förster:innen, Pflegekräfte, Erzieher:innen –, erlebten diese Abstraktionsbewegung als Entwertung und Degradierung; in kultureller Hinsicht, aber auch ganz ökonomisch durch marktöffnungsbedingt sinkende Marktpreise (die für die Landwirtschaft durch immer höhere Subventionen teilweise aufgefangen wurden) und Unterfinanzierung sozialer Infrastrukturen.

Die immer genauere Erfassung, Kontrolle und Steuerung physischer Umwelten setzte sich indes – auch dies eine Dimension der flexibel-kapitalistischen Expansionsdynamik – auf der Ebene der basalen Bausteine des Lebens und der Verarbeitung und Inwertsetzung genetischer Information fort (Wullweber 2004; Görg 2004); an die gezielte Produktion und Verwertung maßgeschneiderten Lebens für eine post-fossile Bioökonomie knüpften sich eine Zeit lang große Hoffnungen (Enriquez/Goldberg 2000; OECD 2009; kritisch Eversberg u. a. 2023). Zudem konnte die technisch-regulatorische Entwicklung über lange Zeit so erlebt werden, dass ökologische Krisen nicht mehr als ernsthafte Bedrohung und als prinzipiell technologisch lösbar erschienen. In den 1980er Jahren, zu Beginn der flexibel-kapitalistischen Konjunktur, stand zwar noch die Wahrnehmung steigender Risiken und Gefahren durch Verschmutzung von Luft und Gewässern, sauren Regen, Waldsterben, Ozonloch usw. im Vordergrund; aus der dadurch motivierten Umweltbewegung gingen die Grünen als neue parlamentarische Kraft hervor, und der Konflikt um die Atomenergie spaltete die Gesellschaft. Umweltpolitische Erfolge wie das erfolgreiche Eindämmen von Umweltverschmutzung durch staatliche Regulierungen, die folgende Erholung der Wälder, sichtbar zurückgehende lokale Belastungen oder die internationale Einigung auf ein FCKW-Verbot zum Schutz der Ozonschicht statteten allerdings in der Folgezeit die Strategie einer ökologischen Modernisierung (Huber 2011; Jänicke 2008) mit einer trügerischen Legitimität aus: Wenn diese vormals so bedrohlich scheinenden Gefahren durch einfache regulatorische Eingriffe und technologische Lösungen bewältigt worden waren, so schien es vielen, dann werde das für künftige Herausforderungen schon auch gelingen. Nach einem Höhepunkt in den frühen 1980er Jahren sank demnach die Besorgnis um den Erhalt der Natur im Langzeittrend immer weiter ab, lediglich das Konfliktthema Atomkraft blieb noch bis zum Ausstiegsbeschluss 2011 im breiteren Bewusstsein. Erst seit wenigen Jahren steigt die Besorgnis im Zeichen der Klimakatastrophe wieder an (Schipperges 2020).

2.3.3 Klassenkonflikte in einer Klassengesellschaft ohne Klassen?

Unter Wachstumsbedingungen wurde das beschriebene gesellschaftliche Steigerungsmodell von großen Teilen der sozialen Mitte als vielleicht mitunter stressig, alles in allem mit den erlebten Wohlstands-, Möglichkeits-

und Sicherheitszuwächsen aber eben doch attraktiv erlebt, und es entfaltet, wie unsere empirischen Ergebnisse zeigen werden, in Teilen auch weiterhin einige Bindekraft. Je mehr es aber in jüngster Zeit in die Krise geraten ist, desto vehementer werden die Tugenden von Aktivität, Eigeninitiative und Engagement eingefordert, und desto mehr werden sie von wachsenden Teilen der Bevölkerung als Zwänge statt als Versprechen erlebt. Die Unwucht zwischen dem materiellen privaten Wohlstand von Teilen der Bevölkerung und dem manifest fortschreitenden Verfall der öffentlichen Infrastruktur, auf die andere angewiesen sind, erzeugt ihrerseits Unmut und Verteilungskämpfe. Welche Spannungen und vielleicht auch Spaltungen in genau dieser Situation aufbrechen, wenn zugleich zunehmend deutlich wird, dass die ökologische Katastrophe und die Notwendigkeit der für ihre Bewältigung unausweichlichen globalen Umverteilung von Wohlstand und Wachstumschancen nicht nur ein Zurück zu diesem, sondern auch die Aussicht auf ein irgendwie geartetes neues *Wachstums*regime effektiv verbauen – genau darum geht es uns, wenn wir all dies als *Klassenkonflikt* verstehen.

Es geht damit also nicht um den Rückgriff auf vereinfachende und verdinglichende Schemata wie denen von »Kapital vs. Proletariat« oder Bürgertum, Mittel- und Arbeiter:innenklasse, ebenso wenig aber auch darum, ihn als bloße Sammelkategorie für unterschiedliche Berufsgruppen zu verwenden, und auch nicht um die diesen beiden Verständnissen gemeinsame Tendenz, Klassenverhältnisse auf ihre ökonomische Dimension und »Klasse« damit auf die Stellung im gesellschaftlichen Produktionsprozess zu reduzieren. Es geht uns um *Klassenverhältnisse* als ein von Gegensätzen – wechselseitigen, kausal verbundenen Beziehungen der Abstoßung oder des Auseinanderdriftens zwischen sozialen Positionen – gekennzeichnetes gesellschaftliches Kraftfeld, und um die Veränderungen dieses Kraftfelds, die wir gegenwärtig beobachten. Die Gegensätze ergeben sich also nicht einfach aus wirtschaftlichen Unterschieden, sondern umfassender aus dem Umstand, dass Menschen auf unterschiedliche Art und Weise in die oben umrissenen Veränderungs- und Krisenprozesse eingebunden sind, davon profitieren oder darunter leiden, sich davon er- oder entmündigt und ihre Möglichkeiten erweitert oder beschnitten sehen, mit ihrer Arbeit auf- oder abgewertet werden und so weiter. Und zwar unabhängig davon, ob sich festgefügte, in irgendeiner Form einheitliche oder sich selbst als Gruppen mit gemeinsamen Interessen begreifende Klassen herausbilden. Das heißt, dass eine »Klassengesellschaft ohne Klassen« (Vester 1998) oder eine »demobilisierte Klassengesellschaft« (Dörre, im Erscheinen) nicht nur denkbar ist,

sondern wir es aktuell auch mit einer solchen zu tun haben. Also mit einem gesellschaftlichen Gefüge, das von Klassenverhältnissen geprägt ist und in dem Konflikte zwischen gegensätzlichen Klasseninteressen ausgetragen werden, ohne dass solche einheitlichen und sich ihrer selbst bewussten Gruppen erkennbar oder gar kollektiv handlungsfähig wären.

Statt auf solche Gruppen gilt es also auf die gesellschaftlichen Gegensätze zu blicken, entlang derer sich auch in einer solchen Situation Konflikte manifestieren. Es gibt immer mehrere solche Konfliktdimensionen, und welche davon tatsächlich zum Gegenstand von Politisierung oder gar Polarisierung werden, ist nicht allein durch Strukturgegebenheiten vorbestimmt, sondern selbst maßgeblich auch Ergebnis sozio-politischer Auseinandersetzungen, die von Akteuren strategisch geführt werden.

Die Frage nach diesen Konfliktdimensionen empirisch zu stellen, setzt eine Vorstellung des Sozialen als eines *Raums* voraus, der von den gesellschaftlichen Gegensätzen ›aufgespannt‹ wird und an dem sie sich untersuchen lassen. Hierfür knüpfen wir bei der Soziologie Pierre Bourdieus und relational-klassenanalytischen Ansätzen in seiner Tradition (Vester u. a. 2001; Flemmen 2013; Bennett u. a. 2009; Atkinson/Schmitz 2022) an. Mit den Mitteln dieser Forschungstradition lassen sich neben vertikalen Machtverhältnissen zwischen ›Oben‹, ›Mitte‹ und ›Unten‹ auch horizontale Ungleichheiten zwischen Klassenfraktionen mit unterschiedlicher Stellung in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung analytisch erfassen. In Bourdieus (1982) Konzeption des sozialen Raums tritt diese horizontale Dimension durch die Unterscheidung verschiedener Formen von »Kapital« hervor, das als Ergebnis von zuvor verausgabter »akkumulierter Arbeit« verstanden wird, das in unterschiedlicher Weise (als materieller Besitz, als erlernte Fähigkeiten, als soziales Ansehen und Vertrauen...) erworben, besessen, als Machtressource genutzt, weitergegeben oder eingetauscht werden kann. Die Verteilung dieser Formen erlaubt es, zwischen »ökonomischen« Fraktionen mit einem materiellen und »kulturellen« Fraktionen mit einem Bildungsschwerpunkt in ihrer Kapitalausstattung zu differenzieren. In der bekanntesten Anwendung dieses Ansatzes auf Deutschland untersuchten Vester u. a. (2001) die Mutationen des sozialen Konflikts unter Bedingungen von Globalisierung, Tertiärisierung und Bildungsexpansion und die daraus resultierenden Verschiebungen der Landschaft sozialer Milieus und Mentalitäten in den 1990er Jahren. Das oben umrissene Gesellschaftsverständnis verlangt für unser Anliegen jedoch, hier breiter anzusetzen und insbesondere den Bourdieuschen Kapitalbegriff anders auszudeuten: Wenn die Struktur der Positionen und

Gegensätze im sozialen Raum als Ausdruck der relativen Stellung der Akteure nicht »nur« innerhalb der Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu verstehen ist, sondern innerhalb der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, die diese umfassen, dann ist ihre jeweilige »Kapitalausstattung« zu übersetzen als ihre *Stellung zu den Mitteln der abstrakten Vergesellschaftung* von Arbeit und Natur.

Hinter dem Bourdieuschen Verständnis von »Kapital« als einer zum äußeren Ding oder zur verkörperlichten Eigenschaft von Personen verfestigten »Ressource« wird so erneut das soziale Verhältnis sichtbar, auf das diese verweist: Hinter dem »kulturellen Kapital« ist das die handlungsermächtigende kognitive Beherrschung komplexer Zusammenhänge, die von der Verfügung über wissenschaftliches Wissen und der Fähigkeit zum Umgang damit eröffnet wird; hinter dem »ökonomischen Kapital« ist es die Handlungs- und Verfügungsmacht gegenüber Menschen und Natur, die materieller Besitz und erlernte Dispositionen des instrumentellen Kalkulierens mit abstrakten Werten eröffnen. Die vertikale Raumdimension beschreibt dann, in welchem Ausmaß die Akteure aktiv in abstrakt-expansive Vergesellschaftungsprozesse involviert sind, aktiv zu ihrer Fortsetzung und Vertiefung beitragen und/oder davon profitieren – oder, am unteren Pol, dass sie passiv und erzwungen daran beteiligt oder ausgeschlossen sind und dadurch Nachteile und Beherrschung erfahren. Die horizontale Dimension dagegen unterscheidet zwischen solchen Positionen, in denen diese Stellung in erster Linie über den Umgang mit Wissen und die Abhängigkeit von einem intakten Gemeinwesen vermittelt ist (links), und solchen, die eher durch die Verfügung über materielles Eigentum und die Abhängigkeit von einer gut laufenden Privatwirtschaft gekennzeichnet sind (rechts).

2.4 Sozial-ökologische Mentalitäten

In dieser sozial-ökologischen Lesart erlaubt es das Konzept des Sozialraums, strukturell divergente und gegensätzliche (also ermächtigte oder entmächtigte, beherrschende oder beherrschte, kognitiv *begreifende* oder ökonomisch *ergreifende*, externalisierende oder internalisierende) Positionen innerhalb von Herrschafts- und Naturverhältnissen systematisch zu erfassen und zueinander in Beziehung zu setzen. Sichtbar werden so zunächst einmal strukturelle Gegensätze – über *Konflikt*dynamiken sagt dies allerdings noch nicht viel aus. Um diese zu erfassen, braucht es unsere zweite

Untersuchungsebene: Die der sozial-ökologischen Mentalitäten. Denn von einem Konflikt kann ja erst dann die Rede sein, wenn eine größere Anzahl sozialer Akteure einen solchen Gegensatz wahrnimmt und dies auch zum Ausdruck bringt, wenn also unterschiedliche und ungleiche Existenzbedingungen von den Akteuren auch in Form divergierender, gegensätzlicher Wahrnehmungs- und Deutungsschemata verinnerlicht worden sind. Ähnliche Positionen im sozial-ökologischen Gefüge strukturieren sozial geteilte Erfahrungen in und mit den gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Und diese Erfahrungen schreiben sich als für die jeweiligen Positionen *typische* – also nicht einheitliche und aus Strukturbedingungen ableitbare, sondern lediglich ähnliche, einer gemeinsamen grundlegenden Grammatik folgende – Mentalitäten in die Köpfe und Körper ein (Geiger 1972; Vester u. a. 2001; Eversberg u. a. 2021), als Muster oder »Syndrome« (Adorno 1973: 303 ff.) gemeinsamer Sicht-, Denk- und Empfindungsweisen. Deshalb kann auch von ›der‹ Mentalität einer Nation, Region oder Generation im Singular ebenso wenig die Rede sein wie von Mentalität als temporärer psychischer Verfasstheit, wie der Begriff häufig in der Alltagssprache verstanden wird. Vielmehr existieren Mentalitäten im soziologisch relevanten Sinne nur in der Mehrzahl, weil sie sich gerade in ihrer wechselseitigen Abgrenzung definieren und daher auch nur in ihrer wechselseitigen Bezogenheit aufeinander zu verstehen sind.

Mentalitäten, wie wir sie verstehen und empirisch zu erfassen suchen, liegen damit gewissermaßen zwischen zwei in der soziologischen Literatur (Hradil 1987; Vester u. a. 2001) üblicherweise voneinander unterschiedenen Ebenen: Sie sind nicht so verfestigt wie die durch enge alltagsweltliche Bindungen vermittelten Strukturen von »Milieus«, aber auch nicht so volatil wie die politischen Meinungen, die auf der Ebene des beispielsweise von Westheuser (2021; siehe auch Flemmen 2014; Flemmen u. a. 2022; Jarness u. a. 2019) konstruierten politischen Raums zu beobachten sind. In Bourdieus Begriffen gesprochen und mit Blick auf das Individuum, ist mit Mentalität die verinnerlichte, verkörperlichte gesellschaftliche Erfahrung angesprochen, die er »Habitus« nennt: Die Wahrnehmungs- und Bewertungsschemata, die wir mit unseren Methoden erfassen und in ihrer Verbindung zu Mentalitätssyndromen analysieren können, sind durch lebenslange Erfahrung an einem spezifischen gesellschaftlichen Ort physisch-neuronal abgelagerte Dispositionen, sie verändern sich also nicht von heute auf morgen grundlegend, sondern allenfalls schrittweise und über längere Zeiträume oder durch tiefe persönliche Krisen. Das schließt jedoch nicht

aus, dass die *Typen*, die wir auf aggregierter Ebene identifizieren können, dennoch eine höhere Dynamik aufweisen und sich in Abhängigkeit von gesellschaftlichen Entwicklungen, diskursiven Konjunkturen oder Krisen auch innerhalb weniger Jahre deutlich verschieben, ihre Kontur ändern können. Solche Verschiebungen wird auch die hier folgende Analyse gegenüber unseren früheren Arbeiten mit den Daten der UBA-Umweltbewusstseinsstudien (Eversberg 2020b, 2020a) aufzeigen. Denn dass Menschen eine Reihe konkreter Dispositionen einmal verinnerlicht haben, sagt zunächst einmal nur etwas über den Raum der ihnen auf nahe Sicht möglichen, für sie denkbaren und emotional tragbaren Positionierungen und Identifikationen aus. Für das, was sie auf die in einer Befragung gestellten spezifischen Fragen antworten, ist zugleich aber auch relevant, an welche sozial geteilten Erfahrungen und Dispositionen Ereignisse und politische Diskurse der jüngeren Zeit angeknüpft und für welche Identifikationen sie diese mobilisiert haben. Dies ist stark zeitgebunden und relativ raschem Wandel unterworfen – was sich aber auf diese Weise herausbildet, entlang welcher Gemeinsamkeiten sich Identifikationen so verknüpfen, dass sich eine gemeinsame mentale Orientierung aufzeigen lässt, das ist nicht beliebig, sondern abhängig davon, ob die dafür vorausgesetzten Dispositionen von ausreichend vielen Menschen verinnerlicht worden sind.

Es handelt sich mithin nicht um »Klassenmentalitäten«, die sich mehr oder weniger deterministisch von der Zugehörigkeit zu abgrenzbaren Großgruppen ableiten ließen, sondern eher um in einem lockereren, probabilistischen Sinne von Klassenverhältnissen geprägte »classed mentalities«, analog zu den in der jüngeren bourdieuanischen Literatur diskutierten »class politics« (Jarness u. a. 2019; Westheuser 2021). Mentalitätsformationen sind also nicht unbedingt homolog, geschweige denn deckungsgleich mit Sozialformationen, die sich (etwa in einem Reckwitz'schen Verständnis) als »Klassen« würden beschreiben lassen. Sie können auf so etwas wie Milieus oder auf laufende Klassenbildungsprozesse verweisen, in denen sich solche herausbilden – ebenso gut können sie aber auch lediglich vage, im sozialen Raum verstreute Gemeinsamkeiten zwischen Menschen ohne größere alltagsweltliche Berührungspunkte anzeigen. Ein Vorteil unseres methodischen Herangehens ist hierbei, dass es uns zu unterscheiden erlaubt, ob das eine oder das andere der Fall ist: Die Kombination von typenbildender Mentalitätsanalyse und sozialräumlicher Verortung erlaubt es, die mentale Textur des von Umbrüchen und Krisen gezeichneten sozialen Raums mit ihren Zonen von Konvergenz wie von Dispersion zu kartieren.

Wenn wir von *sozial-ökologischen* Mentalitäten sprechen, dann geht es uns darum, das Interesse für Klassenverhältnisse auch auf dieser Untersuchungsebene nicht auf die Beziehungen zwischen sozialen Gruppen einzugrenzen, sondern auch die ebenfalls in diesem Sinne klassenspezifischen (oder präziser: von Klassenverhältnissen geprägten) sozialen Naturbeziehungen (Eversberg 2021b; Eversberg u. a. 2022) mit in den Blick zu nehmen. Sozial-ökologische Mentalitäten sind damit zwar sozial typisch und lassen sich auf die sozialen Identifikationen und Distinktionen entlang von Klassenunterschieden befragen, die Bourdieu (1982) an kulturellen Vorlieben untersuchte (siehe auch Neckel 2020, 2018). Sie sind aber eben nur typisch in dem probabilistischen Sinne, das eine bestimmte Klassenlage bestimmte Mentalitäten *wahrscheinlicher* macht als andere, sie lassen sich in der Regel nicht als Ausdruck verbindender Gemütslagen eines sozial eng geknüpften »Milieus« verstehen, und die Unterschiede in den Naturbeziehungen sollten daher auch nicht allzu stark auf diese Funktionen der Herstellung von Nähen und Distanzen hin interpretiert werden, sondern interessant ist gerade, wo sie über diese immanente Ebene der zwischenmenschlichen Sozialität hinausweisen.

Unser Forschungsansatz der relationalen sozial-ökologischen Mentalitätsforschung scheint uns für die Untersuchung des sozial-ökologischen Klassenkonflikts gegenüber anderen verbreiteten Herangehensweisen aus verschiedenen Gründen besonders geeignet. *Erstens* erlaubt es die empirische Konstruktion von Mentalitätstypen¹² und ein *lebendigeres Bild der Konfliktlagen* zu gewinnen als andere statistische Methoden, weil es uns statt abstrakter Messwerte oder Ein- und Abstufungen eine dichte Beschreibung konkreter Muster von Einstellungen in ihrer Gebundenheit an menschliche Körper, die von diesen verinnerlichten Erfahrungen und die von ihnen bewohnten Alltagsumgebungen erlaubt.

Zweitens ermöglicht es diese Herangehensweise damit auch, ein zerklüftetes und unübersichtliches soziales Feld »lesbarer« zu machen, ohne entweder auf vereinfachende Bilder wie das einer Polarisierung in ein grünbildungsbürgerlich-städtisches protransformatives und ein populistisch-arbeiterlich-ländliches transformationsskeptisches Lager zu verfallen oder bei analytisch sauberen, aber abstrakten, wenig plastischen Konstruktionen eines politischen Raums (Mau u. a. 2023: Kap. 8 und 10; Westheuser 2021: Kap. 4) zu verbleiben. Das typologische Verfahren eröffnet hier einen Mit-

¹² Für näheres zur Methode siehe Kapitel 5.1.

telweg, der es erlaubt, die komplexen Verhältnisse durch die Linse von aus Realdaten gewonnenen, aber dennoch gleichsam idealtypischen »Portraits« gegensätzlicher Syndrome auch in ihren feineren Differenzierungen und »lokalen«, partiellen Abstufungen interpretierbar zu machen. Entgegen jüngst geäußelter Kritik an der Annahme mehrdimensionaler »Syndrome« von Positionierungen in gesellschaftlichen Konflikten (Mau u. a. 2023: 13) halten wir es für unsere Analyse für sehr nützlich, Mentalitäten (etwas anders akzentuiert) als Syndrome, also gemäß einer erkennbaren Gesamtlogik regelhaft verknüpfte Bündel von Einstellungen zu begreifen, die als umfassendes Muster weitaus mehr vermitteln als nur »pro-« oder »contra«-Haltungen zu einigen Konfliktfragen. Das verlangt aber – wie wir es hier im Folgenden tun –, eine feinkörnigere Auflösung zu wählen und eine größere Zahl von Syndromen zu unterscheiden und zu beschreiben. Deren Unterschiedlichkeit erlaubt dann die inneren Brüche und Spaltungen jener »Lager« oder, wie wir sie hier nennen, *Spektren* zu erfassen, nach denen sich die Positionierungen im Konflikt grob ordnen lassen.

Drittens erlaubt uns das Verfahren, die beiden Ebenen von Mentalitäten und Sozialstruktur in der Form einer Verräumlichung als »Landkarte« zueinander in Bezug zu setzen und dadurch den Blick auf den gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang zu behalten. Denn dass unterschiedliche Mentalitäten nicht bloß zufällig, sondern systematisch gegensätzlich sind, lässt sich nur dann erkennen, wenn sie als Teil einer sozialen »Landschaft« betrachtet werden, die in ihrer Gesamtheit den Wachstums- und Steigerungszwängen der vorherrschenden Produktions- und Lebensweise unterliegt und durch diese Zwänge und die von ihnen verursachten Krisen in ungleiche und gegensätzliche Lagen zergliedert ist. Mentalitäten werden so – nicht im Blick auf das einzelne Individuum, aber doch auf die statistisch erfassbare große Zahl – erkennbar als *sozial typische* Formen des Umgangs mit der eigenen sozialen Lage und dem gesellschaftlichen Geschehen. Sie stellen unterschiedliche Arten und Weisen dar, wie sich Menschen aus sozialen (Klassen-)Positionen und spezifischen Erfahrungshintergründen heraus auf je unterschiedliche Weise an den Zwängen und Krisen abarbeiten. Entscheidend ist dabei, dass die so beschriebenen Typen mit ihren Haltungen und Einstellungen nie aus sich selbst heraus, sondern immer nur in ihren Beziehungen zu verstehen sind, also durch die Art, wie sie sich gegenüber anderen und damit innerhalb des Ganzen einer Konfliktkonstellation wie auch der gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnisse positionieren. Es geht also weder darum, Mentalitätsunterschiede in verkürzt materialistischer Manier

aus sozialen Ungleichheiten abzuleiten, noch umgekehrt gesellschaftliche Missstände wie Nichtnachhaltigkeit und Ungerechtigkeiten auf moralisch unzulängliche Mentalitäten zurückzuführen, sondern es gilt die Wechselwirkungen dieser beiden Ebenen zu erfassen¹³. Mentalitäten ernst zu nehmen und in ihrem Wechselspiel mit materiellen Interessen (statt als deren bloßen Ausdruck) zu betrachten, schützt zudem davor, aus gegensätzlichen Interessenlagen umstandslos auf Konflikte zu schließen, und hilft Konflikte auch da aufzuzeigen, wo sie nicht mit offensichtlichen Interessengegensätzen verbunden sind.

Viertens betonen wir deshalb bewusst die subtilen Differenzen und Abgrenzungen, die auch dort deutlich werden, wo vordergründiger Konsens besteht. Ohne überdramatisieren oder Konflikte herbeireden zu wollen, geht es uns darum, die weitreichende Übereinstimmung großer Teile der Bevölkerung über grundsätzliche Fragen gesellschaftlichen Wandels, die auch unsere Befragung erneut belegt, nicht einfach als Tatsache hinzunehmen, sondern etwas näher zu betrachten und auf das zu befragen, was sie möglicherweise in Teilen verbirgt. So können Abweichung und Gegenpositionen nicht nur bei offen gegen diesen Konsens opponierenden Minderheiten, sondern auch innerhalb der Masse derer aufgezeigt werden, die ihn vordergründig teilen. Denn unterschätzt wird allzu oft die Relevanz von sozialen Erwünschtheitseffekten (siehe z. B. Krause/Jetzkowitz 2023) für das Zustandekommen dieses Standardbefunds: Alle wissen, was die ›korrekte‹, von einer vernünftigen und verantwortlichen Mitbürgerin erwartete Antwort ist, wenn sie in einer Befragung nach ihrer grundsätzlichen Meinung zu Klimapolitik oder globaler Gerechtigkeit gefragt werden. Entscheidend für den uns interessierenden Konflikt ist aber nicht, dass diese abstrakt wünschenswerte Antwort von der großen Mehrheit auf die entsprechenden abstrakten Fragen auch gegeben wird. Vielmehr macht es die offenkundig dennoch gegebene hohe Konflikthaftigkeit des Themas trotz des vordergründig breiten Konsenses erforderlich, Spannungen und Differenzen auch hinter dessen Fassade ausmachen zu können. Eben dies erlaubt unser Ansatz, weil er sich weniger für den ›absoluten‹ Inhalt der bejahten oder verneinten Aussagen interessiert als vielmehr dafür, wie sich diese Bejahung oder Verneinung *relativ* zu den Positionierungen anderer

13 Soziale Praktiken oder Lebensweisen bilden eine dritte Ebene unserer Analyse, die wir ebenfalls mit einer Reihe von Fragen erfasst haben. Sie wird hier nur am Rande gestreift und in einer späteren Veröffentlichung näher behandelt.

und zur wahrgenommenen gesellschaftlichen Norm verhält. Eine moderate Befürwortung von Positionen, die von großen Mehrheiten *stark* befürwortet werden, kann unter diesem Blickwinkel durchaus als Abgrenzung von diesen Mehrheiten begriffen werden. Hierdurch erschließen sich für uns Konfliktdimensionen und Gegensätze, die andere Forschungszugänge unbeachtet lassen – oder gegenüber dem festgestellten breiten Konsens als zweitrangig betrachten (Mau u. a. 2023; Westheuser 2021: 121 ff.).

Fünftens zeigen die Zusammenhänge zwischen Mentalitäten und sozio-ökonomischen Lagen schließlich auch auf, dass hinter den in der öffentlichen Wahrnehmung oft im Vordergrund stehenden kulturell-identitären Differenzen immer auch materielle Interessenkonflikte stehen, und umgekehrt. Materielle und symbolische Ungleichheiten und Konflikte, Verteilungs- und Anerkennungsfragen lassen sich aus unserer Sicht nicht sauber analytisch trennen, sondern sind immer miteinander verquickt (Fraser/Honneth 2003). Die hier verfolgte Perspektive hat damit auch grundsätzliche Konsequenzen für Handlungs- und Veränderungsmöglichkeiten. Denn anzuerkennen, dass und wie beide Ebenen miteinander zusammenhängen, schützt vor der irrigen Schlussfolgerung, wenn Mentalitäten Teil des Problems seien, liege der Weg zur Lösung von Blockaden sozial-ökologischer Transformationsprozesse in erster Linie in »Aufklärung« oder pädagogischen Maßnahmen (also Versuchen der Beeinflussung von Mentalitäten), in Appellen an individuelle Verhaltensänderung oder in veränderten wirtschaftlichen Anreizen durch Steuern oder Preise (also der Belohnung bestimmter Mentalitäten auf Kosten anderer). So wie wir es verstehen, soll das soziologische Interesse an Mentalitäten nicht davon ablenken, sondern gerade in den Vordergrund rücken, dass verteilungs- und infrastrukturpolitische Maßnahmen zur *Veränderung der Rahmenbedingungen* und Möglichkeitsstrukturen sozialen Handelns ein notwendiger Bestandteil jeder tragfähigen Vorstellung von sozial-ökologischer Transformation sein müssen. Nur so lässt sich den Herausforderungen des neuen sozial-ökologischen Klassenkonflikts angemessen begegnen.

3. Die Umfrage *BioMentalitäten 2022*

Unsere für die deutsche Bevölkerung repräsentative Befragung *BioMentalitäten 2022* wurde im Herbst und Winter 2021/22 erhoben. Befragt wurden 4000 Personen ab 18 Jahren in ganz Deutschland, davon 2000 telefonisch und 2000 online¹. Die Telefonbefragung wurde durch das Telefonumfragelabor an der Friedrich-Schiller-Universität Jena durchgeführt, die Onlineumfrage durch das Befragungsinstitut NORSTAT. Die Kombination von zwei Befragungswegen (*multi-mode survey*) haben wir gewählt, um Verzerrungen, die bei nur einer Befragungsmethode häufig auftreten, ausgleichen zu können.

In der Vorbereitung der Umfrage haben wir Erkenntnisse unserer bisherigen Forschung (qualitative und historische Fallstudien, Auswertung bestehender Befragungsdatensätze) herangezogen, um geeignete Themen und Fragestellungen zu identifizieren. Ausgehend davon haben wir einen Fragebogen entwickelt, der Fragen und zu bewertende Aussagen in drei etwa gleich großen Blöcken enthielt.

Der erste Block umfasste 30 Aussagen zu allgemeinen *Haltungen* und *Einstellungen* zu sozialen Beziehungen, dem eigenen Leben, ökologischen Fragen, gesellschaftlichem Wandel und dem Blick auf Natur, ergänzt um 16 weitere Aussagen zum Schwerpunktthema bio-basiertes Wirtschaften. Als Antwortmöglichkeiten waren für alle Aussagen dieses Blocks Fünfer-Skalen von »stimme voll und ganz zu« bis »stimme überhaupt nicht zu« mit neutraler Mittelkategorie (»teils/teils«) vorgegeben. Die Befragten konnten so Zustimmung, Ablehnung oder eine neutrale Haltung gegenüber den Aussagen angeben. Aus diesen Antworten haben wir mittels statistischer Verfahren die

¹ Für weitere Informationen über die Befragung und das Erhebungsverfahren siehe von Faber/Fritz (2023)

weiter unten vorgestellten sozial-ökologischen Mentalitäten herausgearbeitet.

Ein zweiter Block beinhaltete Fragen zu sozial-ökologisch relevanten *Alltagspraktiken*. Die Befragten sollten hier Auskunft über ihre Aktivitäten in verschiedenen Bereichen des alltäglichen Lebens wie beispielsweise Ernährung und Mobilität geben, aber auch über ihr politisch-gesellschaftliches Engagement (z. B. »an einer Unterschriftenaktion teilgenommen«). Diese Informationen wurden unter anderem dafür genutzt, einen annährungsweisen CO₂-Fußabdruck für alle Befragten zu ermitteln.

Der dritte Block war den soziodemografischen Angaben vorbehalten, also den Daten über *die soziale, ökonomische und berufliche Situation* der Befragten. Die hier getätigten Auskünfte unter anderem über Einkommen, Bildung, Wohnsituation und -eigentum sowie über Alter, Geschlecht, Beruf und die Branchen, in denen die Befragten arbeiten, dienten uns dazu, den *Raum der sozialen Positionen* (Bourdieu 1982) als zweidimensionales Modell der gesellschaftlichen Sozial- und Klassenstruktur zu konstruieren, der uns als Grundlage für die unten entwickelte »Landkarte« der sozial-ökologischen Mentalitäten und der Konfliktdimensionen zwischen ihnen dient (siehe Kapitel 6).

Die Telefon- wie auch die Online-Befragung orientierten sich an Quoten für Alter, Geschlecht und Bundesland, um hinsichtlich dieser drei Merkmale eine Stichprobe zu erhalten, welche die tatsächlichen Verhältnisse in Deutschland abbildet und somit repräsentativ ist. Die Prüfung gängiger Qualitätskriterien hat auch gezeigt, dass sowohl die Qualität der so gewonnenen Daten als auch ihre Repräsentativität für die Gesamtbevölkerung Deutschlands als hoch eingeschätzt werden können (Näheres in von Faber/Fritz 2023).

Was die Frage nach der Gültigkeit der Befunde betrifft, so unterliegt die Studie – wie jede andere auch – gewissen Grenzen und Einschränkungen. Hier ist insbesondere zu erwähnen, dass bisher keine anderen Untersuchungen mit diesem Konzept durchgeführt wurden und somit direkte Vergleichsdaten fehlen². Eine direkte Vergleichbarkeit war jedoch auch nicht das Ziel, denn unsere Analysen sind nicht kausalanalytisch, sondern relational-explorativ: Das heißt, wir versuchen nicht die Effekte möglicher Ursachen auf eine

2 Allerdings haben wir im Vorfeld Analysen mit den ähnlich strukturierten Daten der Umweltbewusstseinsbefragung des Umweltbundesamts von 2018 durchgeführt (Eversberg 2020a), die zu durchaus vergleichbaren Befunden geführt haben.

beobachtete Wirkung zu berechnen, sondern lediglich im Material vorhandene Strukturen und übergreifende Zusammenhänge mit »strukturentdeckenden Verfahren« (siehe z. B. Blasius/Baur 2019: 1396 ff.) analytisch herauszuarbeiten und zu veranschaulichen, was uns für unser Anliegen als ein passendes Vorgehen erscheint. Und wie in jeder Umfrage gibt es auch in unserer Studie Antwortverzerrungen und Effekte der sozialen Erwünschtheit. Obwohl beides durch die angewandten statistischen Verfahren transparent gemacht wird und in unsere Ergebnisse einfließt (siehe die Beschreibung des *akquieszenten* Mentalitätstyps unter 5.3.4), verbleibt ein Rest Unsicherheit, dass die in der Befragung getätigten Angaben nicht vollständig der gesellschaftlichen Realität entsprechen. Abschließend soll noch betont werden, dass alle Ergebnisse und Interpretationen auf statistischen Durchschnittswerten beruhen und somit immer Einzelfälle auftreten können, die der vorgenommenen Deutung widersprechen. Den Schlussfolgerungen für die gefundenen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge und Tendenzen steht all dies jedoch aus unserer Sicht nicht entgegen.

4. Zur »Gesamtstimmung«: Die Deutschen und der Wandel

Bevor wir die Mentalitäten in der Bevölkerung Deutschlands differenziert betrachten, ist es sinnvoll, einen Blick auf das zu werfen, was man die »Gesamtstimmung« in Deutschland nennen könnte, also auf das Gesamtmuster der mittleren Antworten *aller* Befragten auf die gestellten Fragen. Zwar gibt es nicht die »typische Deutsche«, deren Einstellungen und Weltsicht mit den in der Umfrage am häufigsten gegebenen Antworten angemessen beschrieben wären, sondern ein breites Meinungsspektrum, das es näher auf Unterschiede und Gegensätze zwischen verschiedenen Positionen sowie auf spezifische Muster zu untersuchen gilt. Dennoch ist es wichtig zu wissen, wie eigentlich jener Bevölkerungsdurchschnitt aussieht, von dem die einen Mentalitäten in die eine, die anderen in die entgegengesetzte Richtung abweichen. Denn zu vielen Themen stellt der Durchschnitt keine neutrale Position dar, sondern eine starke Zustimmung oder vehemente Ablehnung. In der Regel ist den Befragten auch bewusst, welche Haltung zu einer Frage als gesellschaftlich konsensual, akzeptabel, allgemein anerkannt, kurz: sozial erwünscht gelten kann. Dieses Wissen fließt auch in ihre Antworten ein, sei es durch aktive Bestätigung des sozial Erwünschten, seine zähneknirschende moderate Bejahung, oder auch durch seine trotzig zurückweisende Ablehnung. Um eben dies für die einzelnen Mentalitäten richtig interpretieren zu können, ist es also nötig, sich zunächst zu vergegenwärtigen, was bestätigt oder wovon sich abgegrenzt wird.

Unsere Befragung bestätigt die auch oben in Kapitel 2.1 diskutierten Befunde anderer Umfragen, dass sich die meisten Menschen in Deutschland um die Natur sorgen und mehr ökologische Nachhaltigkeit im Grundsatz befürworten. Dies zeigt sich beispielsweise in weit verbreiteter Sorge um den Zustand deutscher Wälder (76 Prozent), mehrheitlicher Befürwortung von mehr Tierrechten (65 Prozent) und verbreiteter Ablehnung eines Rechts

des Menschen auf Umgestaltung der Natur nach seinen Bedürfnissen (siehe *Abbildung 1*). Allerdings gibt es auch relevante Minderheiten, die sich genteilig positionieren: So hält immerhin fast jede:r vierte Befragte die Bedenken von Naturschutzorganisationen für oft stark übertrieben. Das deutet bereits darauf hin, dass die mehrheitlich geteilte Sorge um die Natur mit unterschiedlichen Vorstellungen darüber einhergeht, wie weitreichend ein fürsorglicherer, schonenderer Umgang mit der Natur sein sollte oder was überhaupt darunter zu verstehen ist. Allgemeinen Vorschlägen wird erst einmal eher zugestimmt, sofern sie nicht unmittelbar erkennbar das eigene Leben betreffen: Große Mehrheiten sind zum Beispiel der Meinung, Landwirte sollten den Erhalt der Artenvielfalt gegenüber der Ertragssteigerung priorisieren (66 Prozent), eine Lösung der Umweltprobleme sei nur durch strenge politische Vorgaben für die Wirtschaft möglich (60 Prozent) und insgesamt müsse der Energie- und Ressourcenverbrauch stark gesenkt werden (77 Prozent). Halten wir fest: Tendenziell befürwortet der Großteil der deutschen Bevölkerung auch weitreichende, strukturelle Veränderungen und Maßnahmen zum Umbau der Wirtschaft im Interesse des Umwelt- und Klimaschutzes, sofern danach auf so abstrakter Ebene gefragt wird, dass Auswirkungen auf das eigene Leben nicht in den Blick kommen. So wird, um den Klimawandel zu bewältigen, sogar ein Verzicht auf weiteres Wirtschaftswachstum von 45 Prozent der Befragten befürwortet.

Diese vordergründige und abstrakte Sorge und Einsicht gehen allerdings *nicht* mit einer ebenso ausgeprägten Bereitschaft einher, auch konkrete Veränderungen im eigenen Alltagsleben zu akzeptieren, die daraus folgen. So offenbart die Umfrage durchaus verbreitete Ängste vor oder sogar Abwehr gegen gesellschaftlichen Wandel, sofern dieser die eigene Lebensweise bedroht (siehe *Abbildung 2*). Konkrete Maßnahmen wie ein Verbot von Inlandsflügen zum Klimaschutz, eine Verteuerung von Benzin und Plastik, um Alternativen konkurrenzfähig zu machen, sowie die Hinnahme von Arbeitsplatzverlusten im Zuge des Ausstiegs aus fossilen Industrien finden deutlich geringere Zustimmung, und je rund ein Drittel lehnt sie ausdrücklich ab. Das Bild wird also deutlich gespaltener, sobald es »ernst zu werden« droht und Auswirkungen einer ambitionierten Klima- und Umweltpolitik auf das eigene Lebensumfeld befürchtet werden. Noch stärker kommt eine verbreitete Skepsis oder gar Aversion gegen Veränderungen im eigenen Leben bei einigen anderen Themen zum Tragen: Eine Mehrheit (55 Prozent) äußert zum Beispiel die allgemeine Sorge, dass sich das Leben in Deutschland zu sehr verändere, und fast zwei Drittel (64 Prozent) fühlen sich

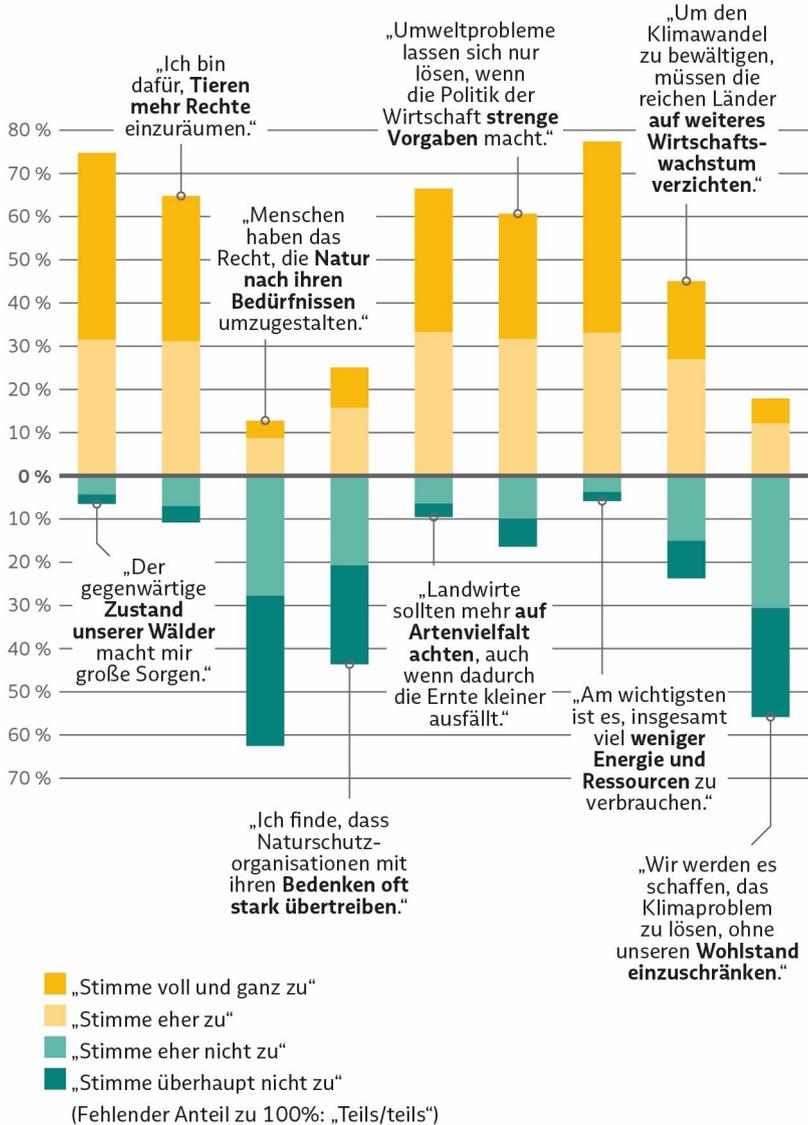


Abbildung 1: Mehrheiten äußern Sorgen um die Natur und stimmen weitreichenden Maßnahmen auf abstrakter Ebene zu.

Quelle: eigene Darstellung

genervt von Diskussionen um geschlechtergerechte Sprache. Gewiss: nicht jede Sorge vor dem Brüchigwerden eigener Lebensarrangements ist gleich Besitzstands- oder Privilegienwahrung, viele haben völlig zu Recht Angst vor Preissteigerungen oder Arbeitslosigkeit. Doch das Ausmaß dieser Phänomene ist durch direkt erfahrene materielle Unsicherheit nicht zu erklären – wir werden im weiteren Verlauf die ganz unterschiedlichen materiellen und motivationalen Lagen erkunden, aus denen sie sich speisen.

Hinter der Scheu vor Auswirkungen auf das eigene Leben steht nicht nur eine allgemeine Veränderungsmüdigkeit (Mau u. a. 2023), sondern teilweise auch ein schleichender Rückzug aus der und Verlust von Vertrauen in die Gesellschaft und ihre Institutionen überhaupt. Dies deutet sich etwa darin an, dass signifikante Minderheiten meinen, die Medien würden wichtige Tatsachen verschweigen (rund ein Drittel), oder dass Gefühle und Glaube gegenüber der Wissenschaft mehr Gewicht haben sollten (ca. ein Viertel). Das lässt sich so verstehen, dass gesellschaftlich bedingte Veränderungsanforderungen von einem Teil der Menschen mit einer grundsätzlichen Abkehr von jenen gesellschaftlichen Instanzen beantwortet werden, die diese Anforderungen vermitteln. Verschiedene aktuelle Studien legen nahe, dass sich gerade diese Tendenz in den zwei Jahren seit der Erhebung unserer Daten verstärkt hat und zunehmend größere Teile der Bevölkerung erfasst (Krause/Kagné 2023; SINUS 2023).

Auf abstrakter Ebene positioniert sich die Bevölkerung in Deutschland also mehrheitlich pro-ökologisch und einsichtig hinsichtlich der Notwendigkeit transformativen Wandels. Im Konkreten und wenn das eigene Leben betroffen ist, nehmen aber Ablehnung und gegensätzliche Ansichten zu. Diese ambivalente, spannungsreiche Situation birgt zahlreiche Konfliktpotenziale. Eine Möglichkeit, mit diesen Konflikten umzugehen und die Auseinandersetzung mit den Konsequenzen für das eigene Leben zu vermeiden, ist es, Hoffnung in technologische Lösungen zu setzen. Dies könnte ein Grund sein für einen weiteren Befund, nämlich die starke Verbreitung technikoptimistischer Einstellungen unter den Befragten (siehe *Abbildung 3*): Für 63 Prozent muss die Digitalisierung »unbedingt viel schneller vorangetrieben werden«, knapp zwei Drittel sehen den Erfolg neuartiger Corona-Impfstoffe als Beleg für die Nützlichkeit von Gentechnologie, und auch biotechnologische Pflanzenzüchtmethoden zur Ernährung der Weltbevölkerung (56 Prozent) sowie digitale Technik in der Landwirtschaft (59 Prozent) werden deutlich mehrheitlich positiv gesehen. All dies sehen nur recht kleine Minderheiten kritisch.

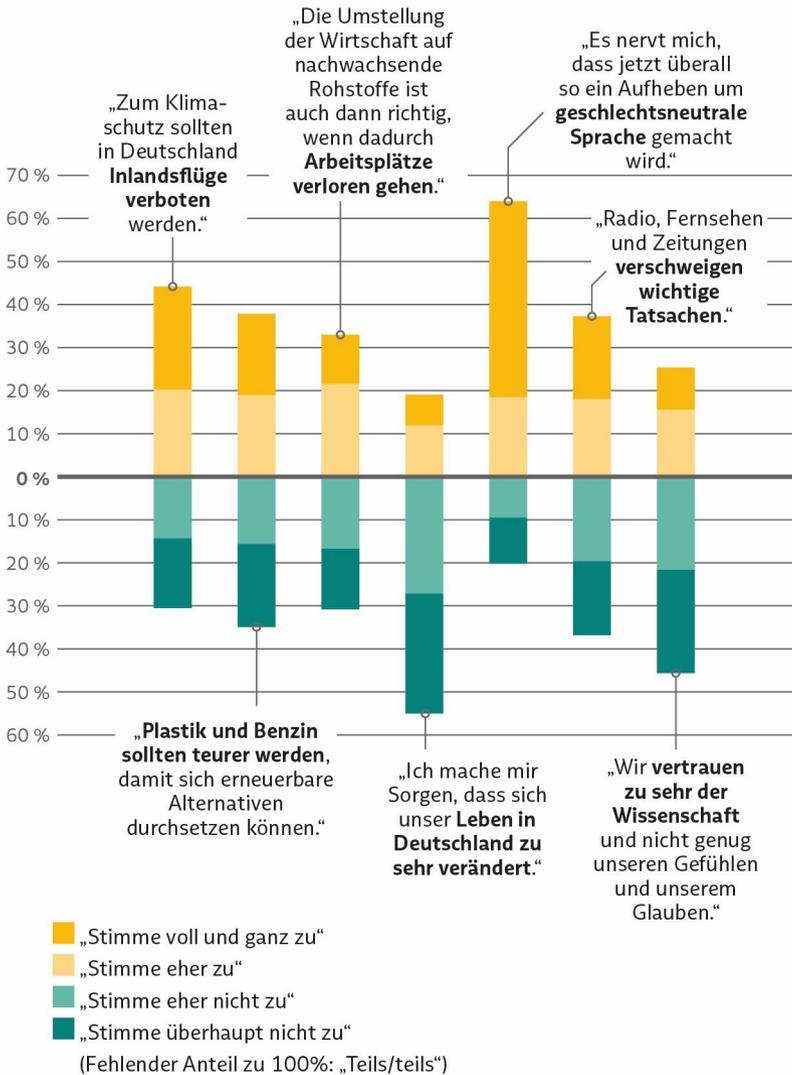


Abbildung 2: Maßnahmen mit potentiellen Auswirkungen auf das eigene Leben werden deutlich kritischer bewertet, Veränderung insgesamt eher skeptisch gesehen, Vertrauen in gesellschaftliche Instanzen wie Wissenschaft und Medien ist teils erodiert.

Quelle: eigene Darstellung.

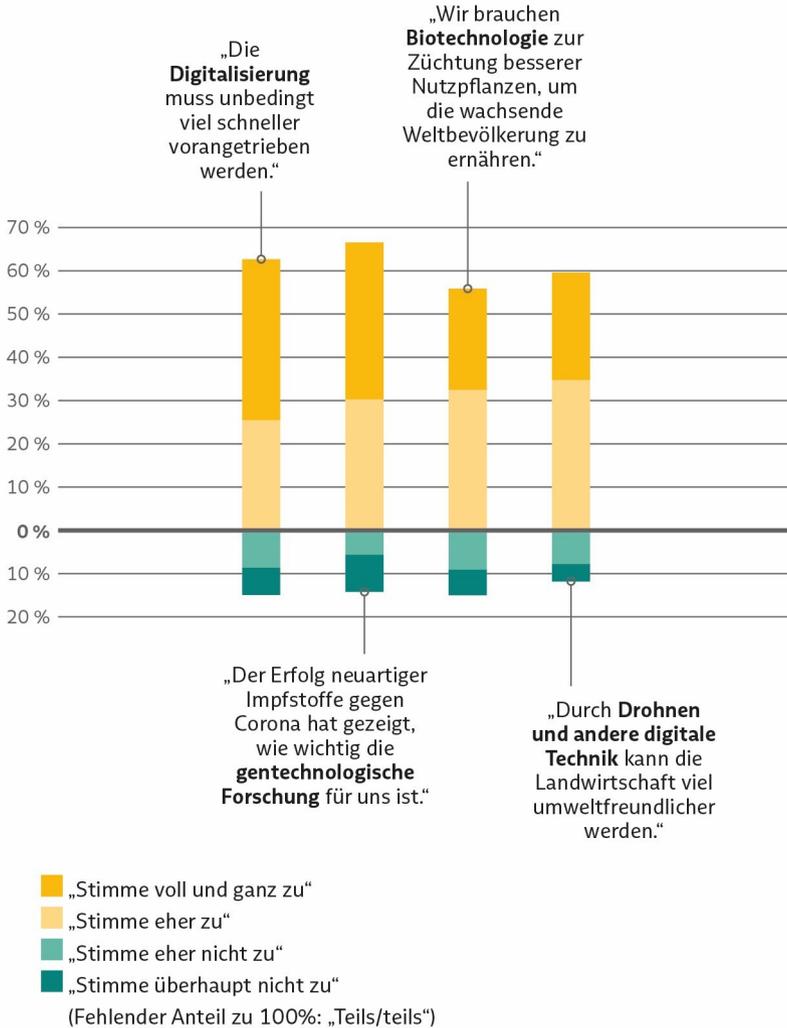


Abbildung 3: Bei den Befragten lässt sich ein relativ großer Technologieoptimismus feststellen.
Quelle: eigene Darstellung

Insgesamt entsteht also das Bild einer von Sorge um den Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen und der Anerkennung der Notwendigkeit transformativen Wandels geprägten Stimmung, der aber gleichzeitig auch verbreitet Scheu vor Veränderungen im eigenen Lebensumfeld und Hoffnung auf Auswege durch technologische Lösungen, welche die eigene Lebensweise unangetastet lassen, gegenüberstehen. So krisenhaft der Zustand der Welt und so klar der Bedarf an einem radikalen Pfadwechsel gesehen und anerkannt werden: eindeutig befürwortet wird Wandel nur, solange er die Selbstverständlichkeiten der eigenen Lebensweise und der Stabilität und Sicherheit gebenden Alltagsgewohnheiten nicht infrage stellt. Wäre dies die gültige Beschreibung einer kollektiven Gemütsverfassung (statt eines bloßen künstlichen Durchschnitts ganz unterschiedlicher Einstellungsmuster), so ließe sich darin ein Ausdruck des Unwillens oder der Unfähigkeit der ›typischen Deutschen‹ erblicken, den eigenen Einsichten zu folgen. Diese fiktive Durchschnittsperson wäre durch »kognitive Dissonanz« geprägt: Sie will zwar mehr Klima- und Umweltschutz, kann aber nicht Abschied nehmen von den in Jahrzehnten gewachsenen und lieb gewonnenen Selbstverständlichkeiten und Normalitäten der immer weiteren Steigerung materiellen Wohlstands und der fortgesetzten Ausweitung individueller Handlungsspielräume, von denen sie zugleich weiß, dass sie durch wachsenden Naturverbrauch und globale Ungleichheiten erkaufte sind. Auch wenn an dieser Deutung gegenwartsdiagnostisch durchaus etwas dran ist (Lessenich 2022; Blühdorn u. a. 2020), gilt es für uns als empirische Sozialforscher:innen doch genauer hinzusehen und die Uneinheitlichkeiten und Konflikte hinter dem Bild einer im Grundsatz einsichtigen, aber veränderungsunwilligen Bevölkerung aufzuschlüsseln. Das fängt damit an, die hohen Zustimmungswerte zu ökologischen Glaubenssätzen kritisch zu hinterfragen, um die dahinter offenkundig eben doch vorhandenen Widerstände und Gegenkräfte sichtbar zu machen. Dabei hilft uns die relationale sozial-ökologische Mentalitätsforschung, die es erlaubt, diese Widerstände, aber auch die Triebkräfte von Transformation in Form unterschiedlicher Mentalitätstypen in ihren Varianten genauer voneinander abzugrenzen und jene konflikthafte Konstellation zu beschreiben, aus der sich das beschriebene Stimmungsbild ergibt.

5. Sozial-ökologische Mentalitäten: Zehn Mentalitäten, drei Spektren

Wir stellen in diesem Kapitel die zehn unterschiedlichen Mentalitätstypen vor, die wir auf der Grundlage unserer Umfragedaten in der deutschen Bevölkerung unterscheiden konnten. Bevor wir das tun, scheint es notwendig, noch einmal darauf hinzuweisen, was diese Typologie leisten kann – und was nicht. Wir wollen ausdrücklich *nicht* behaupten, dass es unter den Menschen hierzulande tatsächlich genau zehn unterschiedliche Formen von Haltung oder Einstellung zu sozial-ökologischen Fragen gebe, und noch weniger, dass es sich dabei um klar umrissene, sauber voneinander abgrenzbare *Gruppen* handle – im Sinne eines Schubladensystems, in dem jeder Mensch eindeutig in eine Lade mit gleichdenkenden und -fühlenden Personen eingeordnet werden könnte. Vielmehr zeigen die Typen, die wir mit statistischen Verfahren unterscheiden, zunächst einmal nur an, wo Teile der Befragten gewisse mehr oder weniger ausgeprägte Ähnlichkeiten in den Gesamtmustern ihrer von uns erfragten Haltungen und Einstellungen zu sozial-ökologischen Fragen aufweisen. So stellen sie eine Art Ordnungsraster bereit, um in dem auf den ersten Blick unübersichtlichen, von fließenden Übergängen statt klaren Segmentierungen geprägten Raum der Mentalitäten gewisse Regelmäßigkeiten und strukturierende Unterschiede zu erkennen. Dafür ist die genaue Zahl der Typen nicht entscheidend – aus statistischer Sicht hätten wir mit ähnlich großem Recht auch sieben, neun oder zwölf Typen bilden können. Entscheidend ist der Blick auf die Gemeinsamkeiten und Abgrenzungen unter den Befragten, den dieses Verfahren erlaubt. Denn soziologisch sind die Typen weniger in ihrer »Substanz«, das heißt im Inhalt ihrer Glaubenssätze, Überzeugungen und Affekte, von Interesse, sondern darin, wie sie sich damit voneinander unterscheiden, also vor allem in ihren wechselseitigen Beziehungen.

5.1 Methodisches Vorgehen

In einem ersten Schritt haben wir durch das Verfahren der Hauptkomponentenanalyse sechs Dimensionen grundlegender ›Charakterzüge‹ ermittelt, die sich in den Antworten der Befragten auf 32 Einstellungsfragen¹ zu sozial-ökologischen Themen ausdrücken. Jede dieser Dimensionen bildet ein Spannungsfeld zwischen zwei gegensätzlichen Polen ab, und aus den Antworten jeder Befragten errechnet sich deren Position darin, also Ausprägung und Stärke des jeweiligen ›Charakterzugs‹ – oder, wie wir es nennen, der jeweiligen *Disposition*. Die sechs Dimensionen² beschreiben Gegensätze zwischen:

1. einer pro-ökologisch–wachstumskritischen, auf politisch-gesellschaftlichen Wandel pochenden Disposition der *politischen Suffizienz* und einem individualistischen und ökologiekritischen *wachstumsorientierten Laissez-Faire*;
2. einer gesellschaftlichen Institutionen und Prozessen gegenüber skeptischen bis ablehnenden, eng auf den eigenen direkten Erfahrungshorizont und »gesunden Menschenverstand« fixierten *regressiven Veränderungsabwehr* und einem gesellschaftspolitisch liberalen, Weltoffenheit, Technologie und sozialen Wandel als Fortschritt begrüßenden *optimistischen Progressismus*;
3. einer auf Macht und Kontrolle über Natur und andere Menschen gerichteten, Konkurrenz und Ungleichheit behandelnden Disposition von *Leistung und Dominanz* und einem an sozialem Ausgleich, Konfliktvermeidung und Anerkennung des Eigenwerts von Natur orientierten *harmonistischen Egalitarismus*;
4. einem gegen Veränderungen im eigenen Alltag und auf Verteidigung eigener Bequemlichkeiten und Vorteile, gegen Kritik und abweichendes Verhalten gerichteten *konformistischen Konservatismus* und einem solche Rigiditäten und strikte Sozialnormen zurückweisenden, individualistischen *Antikonformismus*;

1 Neben den 30 »Mentalitätsfragen« des Fragebogens haben wir hier auch zwei Statements aus dem Fragenblock zur Bioökonomie mit einbezogen, die allgemeiner formuliert waren und helfen konnten, das Mentalitätsspektrum besser zu erfassen.

2 Für eine nähere Beschreibung des Vorgehens bei der Analyse und der sechs Dimensionen siehe von Faber/Fritz (2023: 20 ff.)

5. einer am Hier und Jetzt und an der Nutzung günstiger Gelegenheiten orientierten, von Erfahrungen der Macht- und Einflusslosigkeit geprägten Disposition der *Machtlosigkeit* und einer an methodische Lebens- und Karriereplanung und Erfahrungen von Handlungsmacht und Selbstwirksamkeit gewöhnten *Aktivbürgerlichkeit*; sowie
6. einer Orientierung auf *Selbstverwirklichung* durch Spaß, Konsum und Kreativität und einem eher von Notwendigkeiten und Zwängen geprägten *Antihedonismus*.

Diese sechs Dimensionen sind keine im Vorhinein durch uns gesetzten Konstrukte, sondern tatsächlich ›Fundstücke‹: Wir haben den Fragebogen nicht zur Prüfung und ›Messung‹ dieser Gegensätze konstruiert, sondern versucht, mit den Fragen das Feld möglicher Unterschiede und Konflikte so breit wie möglich abzudecken, um dann *explorativ*, also strukturentdeckend, Regelmäßigkeiten darin zu finden.

Mit den sechs entdeckten Dimensionen haben wir dann weitergearbeitet, um in einem weiteren statistischen Analyseverfahren – nämlich durch Clusteranalysen – Teilmengen (*Cluster*) der Befragten mit möglichst ähnlichen Einstellungsmustern zu bilden. Auch in diesem Schritt gingen wir explorativ und induktiv vor: Wir haben uns die Mentalitätstypen also nicht im Vorhinein ausgedacht, aus Theorien oder anderen Forschungen hergeleitet und dann an den Daten ihre Existenz überprüft, sondern sie sind aus den Daten selbst gewonnen und wurden von uns ›nur‹ interpretiert. Jeder Typ bestimmt sich durch eine charakteristische Kombination von Ausprägungen der sechs Grundorientierungen, ein typisches Muster oder Syndrom, in dem sich die jeweiligen Befragten untereinander relativ ähnlich sind und zugleich von denen der anderen Typen unterscheiden. Diese Muster sind unter den Befragten eines Typs keineswegs völlig einheitlich, wohl aber für ihre Gesamtheit *typisch*, das heißt sie charakterisieren einen bestimmten Bereich des Gesamttraums der sozial-ökologischen Mentalitäten. Jedes clustertypische Muster muss in seiner Gesamtheit, seiner übergreifenden, es zusammenhaltenden Logik verstanden werden, und es gewinnt seinen Sinn erst aus seinen Beziehungen, seinen Ähnlichkeiten und Abgrenzungen gegenüber den anderen Typen wie auch gegenüber dem gesellschaftlichen Durchschnitt. Ein Mentalitätstyp kann z. B. nicht allein deshalb als stark pro-ökologisch betrachtet werden, weil die Befragten zu entsprechenden Aussagen deutlich häufiger ja als nein sagen, sondern es kommt darauf an, ob die Bejahung *stärker ausfällt als im Mittel*. Ist sie merklich schwächer, so

bedeutet das, dass die entsprechende Mentalität sich vom pro-ökologischen Konsens der Gesamtheit der Befragten tatsächlich eher abgrenzt und sich dahinter unterschwellig skeptische oder kritische Haltungen verbergen können. Richten wir den Blick auf diese relativen Unterschiede und gegenseitigen Abgrenzungen, ergibt sich anstelle der Erzählung von einer weitgehenden Einigkeit großer Bevölkerungsteile über die Transformationsnotwendigkeit (siehe Kapitel 2.1) ein facettenreicheres und realistischeres Bild der Unterstützungs- und Widerstandspotentiale sozial-ökologischer Transformation. Dieses differenzierte Bild wollen wir im Folgenden näher ausmalen.

5.2 Die drei Spektren

Neun der zehn Mentalitätstypen lassen sich entlang grundlegender Gemeinsamkeiten in ihren Haltungen zu Fragen sozial-ökologischer Transformation zu drei größeren Spektren ordnen: einem *ökosozialen*, einem *konservativ-steigerungsorientierten* und einem *defensiv-reaktiven* Spektrum. Gemeinsame Kennzeichen der drei Typen des *ökosozialen Spektrums* (zusammen ca. 26 Prozent der Befragten) sind pro-ökologische, eher wachstumskritische Haltungen, eine anti-konformistische Abgrenzung von starren sozialen Normen, die Befürwortung transformativer Anliegen und alternativer Lebensmodelle sowie grundsätzlich auf Gleichheit und Inklusion gerichtete Einstellungen. Die ebenfalls drei Mentalitäten des *konservativ-steigerungsorientierten Spektrums* (etwa 36 Prozent) dagegen teilen vor allem konservative und konformistische Einstellungen, insbesondere was Alltagsgewohnheiten der eigenen Lebensweise angeht. Der Erhalt dieser Lebensweise ist für sie Voraussetzung gesellschaftlicher Transformation, wobei sie sich teils klar pro Wachstum auch auf Kosten ökologischer Ziele, teils aber auch vordergründig pro-ökologisch positionieren. Das *defensiv-reaktive Spektrum* (ebenfalls ca. 26 Prozent) schließlich ist sich einig in der Abgrenzung von ökologischen und wachstumskritischen Haltungen, in skeptischen bis aggressiv abwehrenden Einstellungen zu gesellschaftlichem Wandel und in der Wahrnehmung der eigenen sozialen Position als (materiell oder kulturell-symbolisch) unsicher oder bedroht.

Die folgende Vorstellung der Mentalitätstypen ist nach ihrer Zuordnung zu diesen drei Spektren gegliedert, zum Schluss folgt die Beschreibung des keinem Spektrum klar zuzuordnenden *akquieszenten* Typs (siehe Abbildung 4). Wie die einzelnen Typen dürfen auch diese Spektren nicht als klar abge-

grenzte »Gruppen« verstanden werden, die Übergänge sind fließend. Auch die angegebenen Prozentwerte sind lediglich eine Momentaufnahme und geben nicht mehr als eine grobe Orientierung über die Zahlenverhältnisse.

Ökosoziales Spektrum (26 %)		
<i>Progressive Selbstverwirklichung (11 %)</i>	<i>Ökosoziale Aktivbürgerlichkeit (7 %)</i>	<i>Ökosoziale Reduktion (9 %)</i>
Konservativ-steigerungsorientiertes Spektrum (36 %)		
<i>Liberaler Wachstums-optimismus (11 %)</i>	<i>Öko-Konservatismus (12 %)</i>	<i>Harmonistischer Konformismus (13 %)</i>
Defensiv-reaktives Spektrum (26 %)		
<i>Instrumenteller Wachstums-individualismus (7 %)</i>	<i>Regressive Veränderungsaversion (7 %)</i>	<i>Zurückgezogene Notwendigkeit (12 %)</i>
Nicht klar zuzuordnen		
	<i>Akquieszenz (7 %)</i>	

Abbildung 4: Sozial-ökologische Mentalitäten – zehn Typen, drei Spektren

Quelle: eigene Darstellung

5.3 Die zehn Mentalitätstypen im Einzelnen

5.3.1 Die Mentalitäten des Ökosozialen Spektrums

Progressive Selbstverwirklichung (10,8 Prozent der Befragten)

Dieser Mentalitätstyp ist gekennzeichnet durch eine optimistische Befürwortung gesellschaftlicher Öffnung und gleicher Freiheiten für alle sowie ausgeprägte Bedürfnisse nach Selbstverwirklichung und individualistischer Abgrenzung von Konformismus und Konkurrenzorientierungen. Zentral für das Selbstverständnis ist weniger materieller Besitz als vielmehr die Möglichkeit immer neuer Erlebnisse und Erfahrungen. Aus einem auf Zwanglosigkeit und Spontanität orientierten Lebensgefühl wird prinzipiell allen das Recht auf die gleichen Erfahrungs- und Erlebnismöglichkeiten

durch Reisen, Freizeitaktivitäten und Konsum zugestanden, die man selbst genießt und implizit als Selbstverständlichkeit und Anrecht empfindet. Mit dem grundsätzlichen Wunsch nach Gleichheit und Harmonie geht auch eine (schwach) überdurchschnittliche Neigung zu Wachstumskritik und Ökologie einher, doch scheint diese unter dem Vorbehalt des Schutzes eigener Freiheitsspielräume zu stehen. Folglich werden pro-ökologische Maßnahmen auch im Konkreten stärker befürwortet, wo sie zum Beispiel Auto- und Hausbesitzer:innen belasten oder Industriearbeitsplätze kosten – ein Verbot von Inlandsflügen aber findet kaum mehr Unterstützung als im Schnitt. Stärkere Befürwortung findet es, die Möglichkeiten für viele nicht durch harte Regeln, sondern vermittelt durch Preissteigerungen und Jobverluste zu beschneiden, auch in technologische Lösungen wird Hoffnung gesetzt, während Wachstumskritik und globale Gerechtigkeitserwägungen (Wachstumsverzicht für reiche Länder) bei aller Diskriminierungskritik in anderen Fragen keine erhöhte Zustimmung erfahren. Gesellschaftlicher Wandel wird als durch eigenes Handeln gestaltbar gesehen, und bestimmte Formen politischen Engagements, nämlich vorrangig solche, die der Selbstverwirklichung dienlich sind (Klimaaktivismus, Social Media, Mitgliedschaft in Umweltorganisationen), kommen überdurchschnittlich häufig vor. Politisch entsprechen dem starke Präferenzen für die Grünen (53 Prozent³) sowie eine Selbstverortung deutlich links der Mitte.

Gemäß der Neigung zur Selbstverwirklichung und -darstellung sind hier insbesondere solche ökologisch-nachhaltigen Praktiken verbreitet, die sich auch zum Darstellen von Nachhaltigkeitsprinzipien nach außen eignen und gut in die meist urban-jugendtypischen Lebens- und Erlebniswelten passen: häufiger Biolebensmittel- und seltener Fleischkonsum, häufiger Verzicht auf ein eigenes Auto sowie verbreiteter Kauf von Second-hand-Kleidung. Diese performativen Nachhaltigkeitspraktiken werden aber in ihrer realen ökologischen Wirkung teils durch andere, vom Streben nach Selbstverwirklichung angeleitete Praktiken konterkariert, etwa durch häufigere Flugreisen und das Wohnen in durchschnittlich großen, aber energieineffizienten (Altbau-)Wohnungen. Die Treibhausgasemissionen,

³ Prozentangaben zu Präferenzen für einzelne Parteien beziehen sich jeweils auf die Anteile derjenigen Befragten eines Typs, die angaben, dass sie überhaupt eine Partei wählen würden. Alle konkreten Zahlenangaben in diesem Kapitel sind mindestens auf Fünf-Prozent-Niveau signifikant, sofern dies nicht anders angegeben oder auf geringe Abweichungen vom Durchschnitt hingewiesen wird.

die den Befragten dieses Mentalitätstyps aufgrund ihrer Lebensweise im Durchschnitt zugerechnet werden können, entsprechen soweit für uns berechenbar⁴ mit 6,2 Tonnen CO₂-Äquivalenten pro Kopf und Jahr fast genau dem Samedurchschnitt (6,3 Tonnen). In mancher Hinsicht entspricht die Lebensführung dieses Typs damit dem oft bemühten Bild der »ökologischen Distinktion« (Neckel 2018) gebildeter und materiell privilegierter Gruppen – wobei die damit oft verbundenen Unterstellungen von ganz besonders hohen Emissionen oder SUV-Fahrten zum Bioladen weitgehend haltlos scheinen und auch wenig dafür spricht, dass soziale Ausgleichs- und Umverteilungsmaßnahmen hier keine Unterstützung fänden.

Progressive Selbstverwirklichung



Abbildung 5: soziodemografische Merkmale des Typs »progressive Selbstverwirklichung«

Quelle: eigene Darstellung

4 Um zumindest näherungsweise die mit den Lebensweisen der Befragten verbundenen Emissionsniveaus und damit indirekt auch deren sozial spezifische Naturverbräuche erfassen zu können, haben wir in unseren Fragebogen einen aus Fragen zu verschiedenen Alltagspraktiken (u. a. Mobilität, Ernährung, Wohnen) bestehenden Indikator eingebaut, der für die Umweltbewusstseinsstudien des Umweltbundesamts entwickelt wurde (Geiger/Holzhauser 2020). Dass die so näherungsweise berechneten Werte im Schnitt deutlich unter dem deutschen Pro-Kopf-Emissionschnitt von zehn Tonnen liegen, erklärt sich vor allem daraus, dass infrastrukturbedingte Emissionen sowie die mit dem persönlichen Konsum von Gütern und Dienstleistungen verbundenen Emissionen, die zu bestimmen in einer Umfrage deutlich komplexere Fragen erfordern würde (siehe für eine solche Erhebung Kleinhüchelkotten u. a. 2016), nicht mitefassen sind.

Ökosoziale Aktivbürgerlichkeit (6,6 Prozent der Befragten)

Der ökosozial-aktivbürgerliche Mentalitätstyp grenzt sich besonders vehement von konformistischen Haltungen und konservativen Beharrungstendenzen ab, neigt stark zu gesellschaftlicher Einmischung und Engagement und unterstützt sehr klar eine Politik gezielter Regulierung und Reduktion des Rohstoff- und Energieverbrauchs im Interesse sozial-ökologischer Ziele. Hier verortet sich der harte Kern der Befürworter:innen einer schnellen und umfassenden sozial-ökologischen Transformation: Die absehbaren Umbrüche werden nicht mit Sorge betrachtet, sondern mit dem Willen, sie in Politik, Arbeit und dem eigenen Lebensumfeld aktiv mitzugestalten, und zwar auch dann, wenn sie auf Einschränkungen des eigenen materiellen Wohlstands hinauslaufen. Ähnlich wie bei den progressiv-selbstverwirklichungsorientierten Mentalitäten werden politische und soziale Gleichheit aller als zentrales Prinzip befürwortet, doch ist dieser Gleichheitsanspruch hier nicht mit einem gleichzeitigen Primat der Maximierung von Selbstverwirklichungsansprüchen verbunden: Typisch ist eine methodisch-geplante Grundorientierung der Lebensführung mit Blick auf die Zukunft, die sich nicht eng an Eigeninteressen, sondern an der Realisierung oder aktiven Förderung der eigenen universalistischen Ansprüche ausrichtet. Die kapitalistischen Grundprinzipien von Markt und Wachstum werden dementsprechend kritisch gesehen oder aktiv abgelehnt. Maßnahmen für Klima- und Umweltschutz werden durchweg stark bejaht und auch dort eindeutig befürwortet, wo sie eigene Handlungsspielräume und den eigenen materiellen Wohlstand einschränken könnten, soziale Ausgleichs- und Umverteilungsmaßnahmen werden dieser Logik nach auch dann unterstützt, wenn sie für einen selbst mit Einbußen verbunden wären. Politisch zeigen sich diese Einstellungen in einer starken Präferenz für die Grünen (55 Prozent) und die Linke, im politischen Spektrum ordnen sich Personen dieses Mentalitätstyps im Schnitt am weitesten links von allen ein. Politische Aktivitäten zeigen sich – den Einstellungen entsprechend – in einer deutlich gehäuften aktiven Beteiligung an der Klimabewegung, auch z. B. Meinungsäußerungen auf Social Media und Mitgliedschaft in Natur- und Umweltschutzorganisationen sind verbreiteter als bei anderen Mentalitäten.

Die Alltagspraxis ist bei diesem Typ deutlich bestimmt von ökologisch motivierten Praktiken, beispielsweise dem Konsum von Biolebensmitteln, vegetarischer oder fleischarmer Ernährung, häufigen Secondhand-Käufen

und Nutzung von ÖPNV und Fahrrad. Viele Haushalte haben kein Auto, die Wohnflächen sind im Vergleich zum Durchschnitt klein, und es wird relativ häufig angegeben, aktiv auf die Einsparung von Strom und Heizenergie zu achten sowie Ökostrom zu beziehen. Sich Essen liefern zu lassen, ist weniger verbreitet, selber zu gärtnern hingegen schon. Flugreisen sind zwar nicht häufiger, allerdings auch nicht wesentlich seltener als im Schnitt. Dennoch ist der mittlere CO₂-Fußabdruck mit 5,5 Tonnen der zweitniedrigste aller Typen.

Ökosoziale Aktivbürgerlichkeit

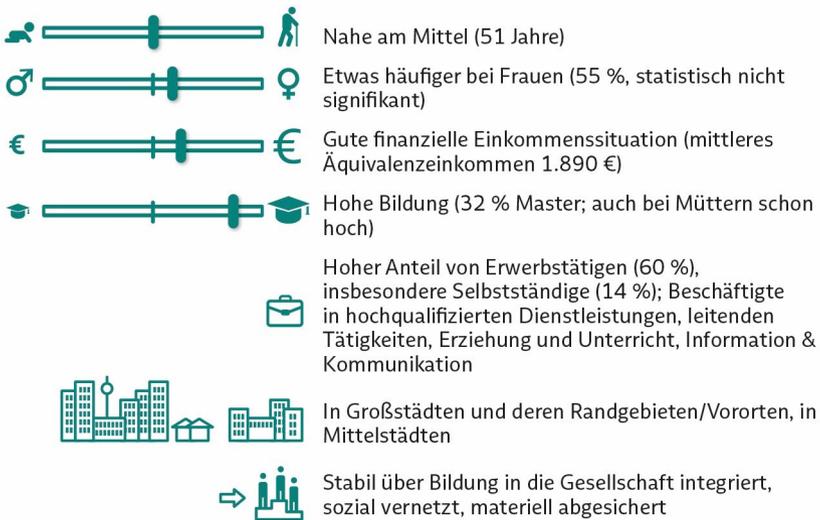


Abbildung 6: soziodemografische Merkmale des Typs ›ökosoziale Aktivbürgerlichkeit‹

Quelle: eigene Darstellung

Ökosoziale Reduktion (9,0 Prozent der Befragten)

Die dritte Mentalitätsvariante des ökosozialen Spektrums, die wir ökosozial-reduktiv nennen, ist weniger klar konturiert als die beiden anderen. Das Einstellungsmuster ist geprägt von Abgrenzung gegen Selbstverwirklichung und hedonistische Neigungen, zugunsten einer Ethik des Verzichts oder der Besinnung auf das Notwendige, verbunden mit einer gleichzeitigen Distanz zu Konformismus und konservativer Beharrung sowie etwas über-

durchschnittlichen wachstumskritischen und pro-ökologischen Haltungen. Die reduktive Ethik drückt sich beispielsweise darin aus, dass relativ wenig Wert auf Spaß und Reisen gelegt wird und dass auch solche Maßnahmen befürwortet werden, die zur Einschränkung persönlicher Handlungsspielräume führen würden (Verbot von Inlandsflügen, Verteuerung von Plastik und Benzin). Die ebenfalls geringere Ausprägung des Wunsches, Ideen ins gesellschaftliche Umfeld einzubringen, zeigt allerdings, dass es nicht unbedingt um Engagement für diese Haltung geht – denn das wäre ja eine Form von Selbstdarstellung, gegen die man sich gerade abgrenzt. Dennoch ist diese Mentalität nicht als konservativ zu verstehen, denn konformistisches Festhalten am Gewohnten wird ebenfalls abgelehnt. Ebenso wenig ist die Orientierung an Verzicht und einem »Weniger« als ein Ergebnis reiner Gewöhnung an materiellen Mangel, also als aus Armut geborene Sparsamkeit, zu verstehen. Eher liegt ihr eine gewohnheitsmäßig ökosoziale, gerechtigkeitsorientierte Perspektive zugrunde, die offenbar von Menschen sehr unterschiedlicher sozialer Hintergründe geteilt wird. Die ökosozial-reduktiven Mentalitäten gehen politisch mit Neigungen zur Linkspartei und zu den Grünen (zu letzteren jedoch deutlich weniger stark ausgeprägt als bei beiden anderen ökosozialen Typen) sowie einer deutlichen Abneigung gegen die AfD einher. Die Selbstverortung im politischen Spektrum ist auch hier deutlich links vom Durchschnitt. Coronaproteste werden überaus kritisch gesehen, die Mehrheit sympathisiert mit der Klimabewegung. Abgesehen davon, dass sich an deren Aktionen auch ein leicht erhöhter Anteil aktiv beteiligt, ist politisches Engagement nicht stärker ausgeprägt als im Durchschnitt aller Befragten.

Damit verbinden sich Alltagspraktiken, die im Großen und Ganzen dem Verzichtsethos entsprechen: Die durchschnittliche Anzahl der Autos pro Kopf ist gering (und vorhandene Autos werden vergleichsweise wenig gefahren), stattdessen wird häufiger das Fahrrad genutzt. Die große Mehrheit hatte 2019 keine Flugreise unternommen, Wohnflächen liegen im Schnitt und werden tendenziell sparsam beheizt, Fleisch kommt weniger häufig auf den Tisch als im Schnitt. Selbst zu gärtnern ist hingegen weniger verbreitet, eine knappe Mehrheit trägt nie Secondhand-Kleidung, und relativ viele nutzen oft die Dienste einer Haushaltshilfe. Der durchschnittliche errechnete CO₂-Ausstoß ist mit 5,3 Tonnen pro Kopf und Jahr der niedrigste aller zehn Typen.

Ökosoziale Reduktion



Abbildung 7: soziodemografische Merkmale des Typs »ökosoziale Reduktion«

Quelle: eigene Darstellung

5.3.2 Die Mentalitäten des konservativ-steigerungsorientierten Spektrums

Liberaler Wachstumsoptimismus (10,9 Prozent der Befragten)

Beim liberal-wachstumsoptimistischen Typ verbindet sich hohes Vertrauen auf die eigene Handlungsfähigkeit und die Wirkmacht eigenen Tuns mit dem Willen, sich im Wettbewerb durchzusetzen und Machtpositionen einzunehmen, zu einem Selbstbewusstsein als soziale Elite, die ihre privilegierte Rolle verteidigen möchte – ebenso wie die gesellschaftlichen Verhältnisse, die ihr diese gewähren. Diese Verhältnisse werden als Ausdruck von Fortschritt gesehen, der klar bejaht wird – im gesellschaftspolitischen Sinn von Gleichberechtigung und Diversität, noch stärker aber im wirtschaftlichen Sinn als Befürwortung von Wachstum und technologischer Entwicklung. Auf persönlicher Ebene entspricht dem die Verbindung von Leistungswillen und Wünschen nach Reisen und vielfältigen Erlebnissen. In gesellschaftlich-politischer Hinsicht indes gehen positive Haltungen zu Globalisierung und Markt und die häufigere Befürwortung großer Eigentumsunterschiede als Leistungsanreiz nicht mit besonderer Zustimmung zu Öffnungs- und Nichtdiskriminierungsanliegen (Aufnahme Geflüchteter,

gendergerechte Sprache), teils sogar mit deren Ablehnung einher. Sozial-ökologische Forderungen wie die nach Wachstumsverzicht reicher Länder und stärkerer Regulierung der Wirtschaft werden aus dieser Grundhaltung heraus abgelehnt, Kritik von Naturschutzorganisationen öfter als übertrieben zurückgewiesen. Ein ökologischer Wandel wird nicht grundsätzlich bejaht, sondern nur insoweit toleriert, als er den eigenen Interessen und dem Privilegienerhalt zuträglich oder zumindest damit vereinbar ist.

Politisch drückt sich dies in ausgeprägten Präferenzen besonders für die FDP (28 Prozent) und CDU/CSU (31 Prozent) und einem sehr niedrigen Grad von Wahlenthaltung aus. Im politischen Spektrum verorten sich diese Befragten im Schnitt exakt in der Mitte der Skala, damit aber etwas rechts vom Durchschnitt aller Befragten. Die Coronaproteste werden weit überwiegend kritisch gesehen, zugleich bestehen auch der Klimabewegung gegenüber überdurchschnittlich häufig Vorbehalte. Verbreitete politische Aktivitäten sind die Teilnahme an Kundgebungen sowie Meinungsäußerungen auf Social Media, die Mitgliedschaft in Umweltschutzorganisationen hingegen ist besonders selten.

Liberaler Wachstumsoptimismus



Abbildung 8: soziodemografische Merkmale des Typs »liberaler Wachstumsoptimismus«

Quelle: eigene Darstellung

Die Selbstwahrnehmung und -darstellung als soziale Elite prägt auch die Praxismuster des Alltags, die von intensiver Automobilität, häufigem Fleischkonsum, Leben auf überdurchschnittlich großen Wohnflächen und besonders vielen Flugreisen gekennzeichnet sind. Zwar werden auch manche als ökologisch nachhaltig geltende Praxen überdurchschnittlich häufig ausgeübt, allerdings nur solche, die vielleicht mehr kosten, aber keine Änderung eigener Routinen und Gewohnheiten verlangen und sich am besten auch zur Darstellung sozialen Status' eignen (Kauf von Bioprodukten, Ökostrombezug, Entscheidung für Niedrigenergiehäuser). Der Anspruch auf Komfort, dem Genüge getan werden muss, zeigt sich auch in der häufigen Auslagerung der Bedienung eigener Bedürfnisse auf Bringdienste und Haushaltshilfen. Angesichts dieser Praxismuster überrascht es nicht, dass dieser Typ mit errechneten 7,7 Tonnen pro Kopf und Jahr den im Durchschnitt größten CO₂-Fußabdruck aufweist.

Öko-Konservatismus (12,1 Prozent der Befragten)

Typisch für öko-konservative Mentalitäten ist die starke Bejahung pro-ökologischer Anliegen bei gleichzeitiger deutlicher Skepsis gegenüber gesellschaftlichem Wandel. Die Anerkennung der ökologischen Krise und eine kritische Sicht auf Wachstumszwänge als deren Treiber verbindet sich auf teils widersprüchliche Art und Weise mit dem Anliegen, den eigenen als bedroht wahrgenommenen Status zu erhalten und mit etablierten Wohlstands- und Respektabilitätsstandards mitzuhalten. Verbreitet sind starke Sorgen vor Veränderung und Gefühle der Bedrohung durch Globalisierung und gesellschaftliche Liberalisierungsprozesse (zum Beispiel geschlechtsneutrale Sprache), zugleich besteht aber auch eine leicht erhöhte Neigung zur Selbstwahrnehmung als gesellschaftlich handlungsfähiger Akteur. Wahrgenommene gesellschaftliche Normen werden stark bejaht (Arbeitsethos, Gerechtigkeitsvorstellungen), abweichendes Verhalten scharf verurteilt. Ökologische Sorgen bereiten vor allem unmittelbar sicht- und spürbare Umweltprobleme, wie beispielsweise der Zustand der Wälder. Sie werden als Folge davon gesehen, dass Gesellschaften insgesamt über ihre Verhältnisse lebten – wie überhaupt der Blick auf die Gegenwart von Verfalls- und Untergangsvorstellungen und Gefühlen von Kontrollverlust geprägt zu sein scheint. In Reaktion darauf werden auch Verbote und strenge Regeln befürwortet, um umweltschädlichem Verhalten von Individuen wie Firmen Einhaltung zu gebieten (z. B. Inlandsflugverbot, Regulierung der

Wirtschaft). Politische Loyalitäten verteilen sich hier fast durchschnittlich – etwas häufiger gelten sie den traditionellen »Volksparteien« SPD und CDU/CSU, etwas seltener den Grünen. Auch die Klimabewegung wird ungeachtet der pro-ökologischen Glaubenssätze häufiger kritisch gesehen und kaum aktiv unterstützt. Engagementformen wie Besuch von Kundgebungen, Meinungsäußerungen auf Social Media oder Spenden werden aber relativ oft berichtet.

Öko-Konservatismus



Abbildung 9: soziodemografische Merkmale des Typs »Öko-Konservatismus«

Quelle: eigene Darstellung

Den erklärten pro-ökologischen Haltungen dieses Typs entsprechen zudem nur teilweise auch ökologisch nachhaltige Praxismuster. In einigen Bereichen (sparsames Heizen, Gärtnern, Verzicht auf Flugreisen) ergeben sich diese zwar aus traditionellen Sparsamkeitsroutinen. Dem entgegen steht der zentrale Stellenwert, der gleichzeitig dem eigenen Auto und Haus für Respektabilität und Komfort zukommt, und die Wahrnehmung dieser Güter als eigenes Anrecht. Ökologisch-nachhaltige Praktiken werden also dort umgesetzt, wo sie zu konservativen Vorstellungen von Normalität und Anstand passen, aber da abgelehnt, wo diese Vorstellungen selbst Teil des Problems sind. Moderate Konsumanpassungen (häufiger Kauf von Biolebensmitteln) und alltägliches Sparverhalten werden aktiv vollzogen, die

Zurschaustellung von Überzeugungen im Handeln aber ebenso abgelehnt wie alles, was als exzessiv oder extravagant auffallen könnte. So sind etwa auch Vegetarier:innen in diesem Typ vergleichsweise selten. Der Wunsch nach Erhalt des eigenen Lebensmodells und der Sicherheit gebenden Normalität überwiegt insgesamt die Einsicht in Veränderungsnotwendigkeiten. Der mittlere CO₂-Fußabdruck der berichteten Praktiken liegt mit 6 Tonnen pro Kopf und Jahr leicht unter dem Durchschnitt.

Harmonistischer Konformismus (13,3 Prozent der Befragten)

Ähnlich wie der Öko-Konservatismus sind auch die harmonistisch-konformistischen Mentalitäten durch eine bejahende Orientierung an wahrgenommenen gesellschaftlichen Normen und Respektabilitätsvorstellungen gekennzeichnet, die hier mit ausgeprägten Wünschen nach Gemeinschaftlichkeit und Konfliktvermeidung einhergeht. Weil diese Grundorientierungen zugleich eine Bevorzugung moderater und unauffälliger Antworten mit sich bringen, wurde dieses Muster erst in vertiefenden statistischen Detailanalysen deutlicher erkennbar. Diese zeigen auffällige Antwortmuster dort auf, wo es um die Bestätigung des Alltagsverstandes einer wahrgenommenen großen Mehrheit geht (Ablehnung geschlechtsneutraler Sprache, Ärger über Maskenverweigerung). Daneben lassen sie, schwächer ausgeprägt, auch eine Orientierung an Spaß und Konsum als Ausgleich zur Arbeit erkennen (wobei auffällige Selbstverwirklichung aber abgelehnt wird), ebenso wie eine Selbstwahrnehmung als machtlos oder prekär. Digitalisierung und Globalisierungen werden als begrüßenswerter Fortschritt gesehen, aggressive Konkurrenzorientierungen und die Verschärfung von Ungleichheiten jedoch abgelehnt. Der Wunsch nach Harmonie bezieht sich zwar grundsätzlich auch auf den gesellschaftlichen Umgang mit Natur (Sorge um Wälder und vor zu großen Eingriffen), wird hier aber von den Wünschen nach Vermeidung sozialer Konflikte und Erhalt eigener Handlungs- und Erlebnismöglichkeiten gewissermaßen ausgestochen: Zwar wird Klimaschutz ohne Wohlstandsverlust eher nicht als möglich gesehen, dennoch werden Wachstumsverzicht reicher Länder und ein Verbot von Inlandsflügen zugleich abgelehnt. Harmonie soll also in allererster Linie im eigenen direkten Lebensumfeld und in sozialer Hinsicht herrschen. Hiervon gefühlt weiter entfernte Konfliktdimensionen (Umweltprobleme, Klimakrise, globale Ungleichheiten) werden demgegenüber eher ausgeblendet oder hingenommen, um die Infragestellung eigener Handlungs- und

Erlebnismöglichkeiten zu vermeiden und den Schutzraum des privaten, unbeschwerten Genusses zu erhalten, der die eigenen Verunsicherungs- und Machtlosigkeitsgefühle zu kompensieren erlaubt.

Der Politik steht dieser Typ eher distanziert, aber nicht völlig desinteressiert gegenüber. Stärker als im Schnitt werden die FDP (16 Prozent) sowie die »anderen Parteien« (11 Prozent) bevorzugt, Grüne (18 Prozent) und AfD (6,5 Prozent) dafür eher unterdurchschnittlich, die Selbstverortung im politischen Spektrum entspricht fast dem Durchschnitt aller Befragten. Sowohl Corona- als auch Klimaproteste werden häufiger als im Schnitt kritisch gesehen, aktives politisches Engagement deutlich gemieden.

Harmonistischer Konformismus

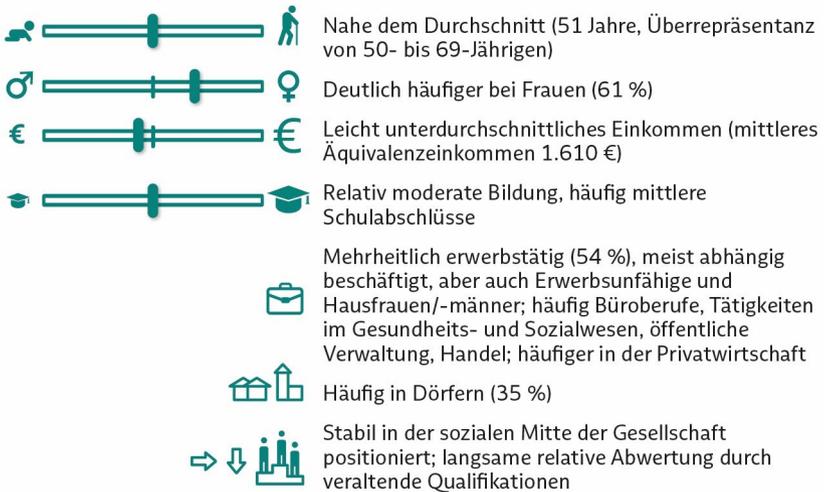


Abbildung 10: soziodemografische Merkmale des Typs »harmonistischer Konformismus«

Quelle: eigene Darstellung

An den insgesamt recht durchschnittlichen alltäglichen Praxismustern fällt am ehesten die autozentrierte Mobilität auf (85 Prozent fahren täglich oder mehrfach pro Woche Auto, große Mehrheiten nutzen nie oder nur sehr selten ÖPNV und Fahrrad). Fleischverzicht und gewohnheitsmäßiger Kauf von Biolebensmitteln sind selten, der Heizenergieverbrauch in durchschnittlich großen, meist energieeffizienten Wohnungen dagegen relativ sparsam. Alles in allem richten sich die Praxismuster deutlich an

den eigenen Bedürfnissen im privaten Lebensumfeld aus und werden von sozial-ökologischen Gesichtspunkten weder in positiver Identifikation noch in negativer Abgrenzung beeinflusst. Dem entspricht ein mittlerer CO₂-Fußabdruck, der mit 6,4 Tonnen pro Kopf und Jahr fast genau im Schnitt aller Befragten liegt.

5.3.3 Die Mentalitäten des defensiv-reaktiven Spektrums

Die dritte übergreifende Gruppierung von Mentalitätstypen bildet eigentlich eher eine Art Archipel, eine ›Inselgruppe‹ als ein Spektrum: Zwei der drei Typen, die wir hier finden, erweisen sich in den Analysen als ungewöhnlich stabil, treten also auch bei verschiedenen Analyseverfahren immer wieder ganz ähnlich auf, und die Übergänge sind deutlich weniger fließend und unscharf als innerhalb der beiden anderen Spektren. Damit wirkt es tatsächlich ein Stück weit so, als würde hier eine relevante Minderheit sich vom Rest der Bevölkerung mentalitätsmäßig loslösen oder ›wegdriften‹ – allerdings nicht in eine, sondern in mehrere, auch gegeneinander anscheinend eher abgeschottete ›Parallelwelten‹.

Instrumenteller Wachstumsindividualismus (7,0 Prozent der Befragten)

Die Befragten in der ersten dieser Welten verbindet eine sehr deutliche Abgrenzung gegen pro-ökologisch-wachstumskritische Vorstellungen und eine entschlossene Befürwortung von Wachstum und Markt, verknüpft mit einem anti-konformistischen Individualismus. Zugleich wird die eigene Situation als sehr prekär und das Leben als ständiger Kampf wahrgenommen, in dem man sich gegen andere durchsetzen will, Selbstdarstellung und Hedonismus werden abgelehnt. Daraus ergibt sich das Bild eines »Einzelkämpfer«-Typs, der niemandem außer sich selbst vertraut und sich in einer Welt, die als feindlich und von Konkurrenz geprägt wahrgenommen wird, durch Rücksichtslosigkeit und Härte zu behaupten sucht. Harmonie mit Mitmenschen oder Natur und Vorstellungen eines suffizienten Lebens und Wirtschaftens erscheinen aus dieser Sicht als Zeichen von Schwäche.

Geprägt ist diese Mentalität dementsprechend von Skepsis, Misstrauen und dem Wunsch, auf Distanz zu bleiben und sich abzugrenzen⁵.

Was sich dahinter abzeichnet, ist nicht, wie zunächst vermutet werden könnte, eine überhöhte Leistungsorientierung oder eine prinzipielle Ablehnung von gesellschaftlichem Wandel als solchem, sondern eher ein stark instrumenteller Liberalismus oder Libertarismus, der sich konsequent gegen jede Beschränkung persönlicher wie wirtschaftlicher Handlungsspielräume wendet – und zwar im Hinblick darauf, was ganz materiell möglich und erreichbar, nicht was symbolisch zulässig oder akzeptiert ist. Diese Ablehnung von Beschränkungen zeigt sich auf vielfältige Weise: beispielsweise in einer Naturbeziehung, in der Natur lediglich als Mittel zum Zweck angesehen wird (Menschen wird häufiger ein Recht auf Umgestaltung der Natur zugeschrieben); aber auch in klarer Ablehnung eines Inlandsflugverbots oder strenger politischer Vorgaben für Unternehmen. Diese Freiheiten und das Wachstum, das sie ermöglichen sollen, stehen aus dieser Sicht aber nicht für einen allgemeinen Fortschritt, von dem irgendwie alle profitieren würden, sondern werden befürwortet als wahrgenommene Voraussetzung des eigenen persönlichen Interesses am Erhalt und Ausbau von Dominanz über Natur und andere Menschen: Es geht nicht um eigene Bequemlichkeit (die mit Schwäche assoziiert wird), sondern um individuelles wie national-kollektives Sich-Durchsetzen im Wettbewerb um knappe Ressourcen, für das auch Opfer gebracht werden müssen.

Parteipolitisch spiegeln sich diese Einstellungen in einer starken Neigung zur AfD (25 Prozent) und wenig Affinitäten zu den Grünen (12 Prozent) wider, sowie in einer durchschnittlichen politischen Selbstverortung leicht rechts vom Durchschnitt (fast 30 Prozent ordnen sich explizit rechts ein). Auch Sympathie mit oder aktive Beteiligung an den Coronaprotesten sind häufig mit diesem Mentalitätstyp verbunden (was zum Beharren auf individuelle Freiheit passt), Teilnahme an Demonstrationen oder Meinungsäußerungen auf Social Media aber deutlich unterdurchschnittlich verbreitet (was dem Eindruck genereller Distanziertheit allem Gesellschaftlichen gegenüber entspricht).

⁵ Das zeigt sich auch im Antwortverhalten, das praktisch einen Negativbias aufweist: Weil sehr viel häufiger als im Schnitt neutrale und moderat ablehnende Antworten gegeben werden, findet keine einzige Aussage im Schnitt die Zustimmung dieses Typs – als seien die Befragten darauf bedacht, einen ›coolen‹, leidenschafts- und identifikationslosen Eindruck zu vermitteln.

Instrumenteller Wachstumsindividualismus

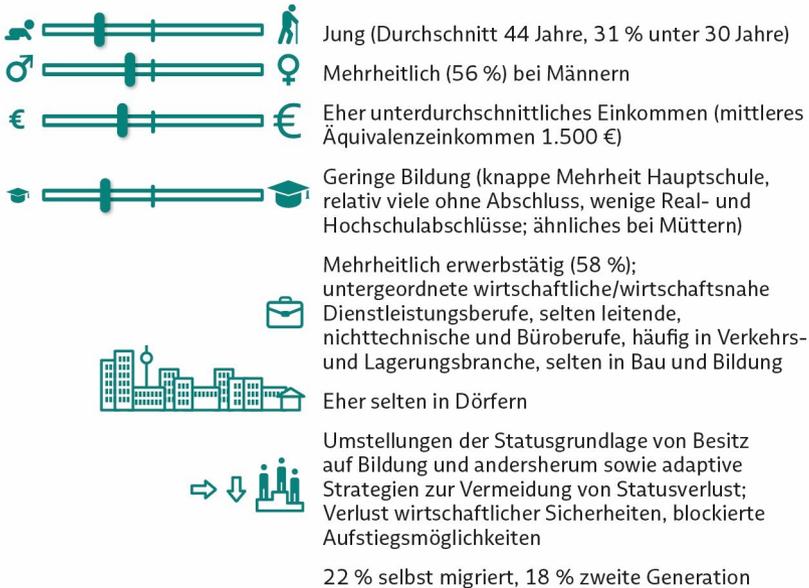


Abbildung 11: soziodemografische Merkmale des Typs »instrumenteller Wachstumsindividualismus«
 Quelle: eigene Darstellung

Desinteresse oder sogar Ablehnung gegenüber ökologischen Anliegen kommt auch in den Alltagspraktiken zum Ausdruck, in einer Art ökologischer Gegendistinktion: Biolebensmittel werden oft prinzipiell nicht gekauft, Ökostrom selten bezogen, der Fleischkonsum ist hoch, ebenso wie Zahl und Nutzungsintensität der Autos pro Kopf und die Häufigkeit von Flugreisen. Zugleich werden häufig Dienstleistungen in Anspruch genommen, um gerade als weiblich wahrgenommene Reproduktionstätigkeiten (Kochen, Reinigung) auf andere abzuwälzen. Dass jedoch ein Viertel der Haushalte dennoch kein Auto hat, Secondhand-Kleidung etwas häufiger getragen wird und relativ viele täglich den ÖPNV nutzen, deutet auf die Verbreitung solcher Mentalitäten auch in sozial deutlich benachteiligten Lagen hin. Im Mittel resultieren diese Praktiken allerdings im mit 7,1 Tonnen pro Kopf und Jahr zweitgrößten mentalitätsspezifischen CO₂-Fußabdruck, also einem deutlich überdurchschnittlichen Naturverbrauch.

Regressive Veränderungsaversion (6,9 Prozent der Befragten)

Der regressiv-veränderungsaverse Mentalitätstyp zeichnet sich vor allem durch eine extrem starke Abwehrhaltung gegenüber gesellschaftlichen Veränderungen aus. Diese ist verbunden mit einer deutlichen Befürwortung von Wachstum und relativen Gleichgültigkeit gegenüber ökologischen Aspekten. Im Gegensatz zum instrumentell-wachstumsindividualistischen Typ geht die Wachstumsbejahung aber nicht mit Leistungs- und Dominanzorientierungen, sondern eher mit Sehnsüchten nach Gemeinschaft und Harmonie einher. Obwohl auch dieser Typ in den Clusteranalysen eine bemerkenswert hohe Stabilität aufweist, zeigt sein Profil dennoch eine hohe interne Varianz; die ihm zugeordneten Befragten sind sich also über viele Einzelfragen stark uneinig. Gemeinsam ist ihnen vor allem ihre Ablehnung laufenden und möglichen zukünftigen gesellschaftlichen Wandels, was darauf hinweist, dass es sich um eine Art Sammelbecken von Unzufriedenen handelt, zusammengehalten von Gefühlen der Frustration und Wut. Insbesondere die Politik, die etablierten Medien, Digitalisierung und Wissenschaft werden mit Argwohn bis hin zu wütender Ablehnung betrachtet, die Aufnahme von Geflüchteten, Globalisierung und geschlechtssensible Sprache ziehen starken Ärger auf sich, Veränderung ganz allgemein wird stark als bedrohlich empfunden. Hinsichtlich der Beziehungen zu Natur sind hingegen kaum Gemeinsamkeiten erkennbar, lediglich das Recht von Menschen, Natur umzugestalten, wird besonders stark infrage gestellt – ein Hinweis darauf, dass mit der Veränderungsabwehr auch Vorstellungen einer ›natürlichen‹ Ordnung der Dinge verbunden sind, von der sich die Gesellschaft zu weit entfernt habe.

Damit einher geht ein starkes Misstrauen gegenüber der etablierten Politik. Verbreitet wird nicht gewählt oder keine Präferenz genannt (42 Prozent), unter den Wähler:innen dieses Typs wäre die AfD mit 41 Prozent die bei weitem stärkste Partei gewesen. Zwölf Prozent hätten zudem eine der »anderen Parteien« gewählt. Grüne, aber auch SPD und Union erhielten sehr wenig Zuspruch, die mittlere Selbstverortung im politischen Spektrum liegt mit 5,2 so weit rechts wie bei keinem anderen Typ. Die Coronaproteste werden sehr viel häufiger als im Schnitt (63 Prozent) mit Sympathie oder aktiver Beteiligung bedacht, die Klimabewegung dagegen mehrheitlich kritisch gesehen. Politisches Engagement ist trotz der Neigung zum Coronaprotest insgesamt selten, lediglich Petitionen wurden relativ häufig unterstützt.

Die Alltagspraktiken dieses Typs sind erkennbar von der Begrenztheit ökonomischer Ressourcen geprägt. Die Haushalte haben typischerweise relativ wenige Autos, ein Viertel gar keines, dafür werden vorhandene Pkw viel gefahren, öffentliche Verkehrsmittel sowie das Fahrrad wenig genutzt. Biolebensmittel werden selten gekauft, Haushaltshilfen selten in Anspruch genommen. Der resultierende errechnete CO₂-Fußabdruck ist dennoch durchschnittlich.

Regressive Veränderungsaversion

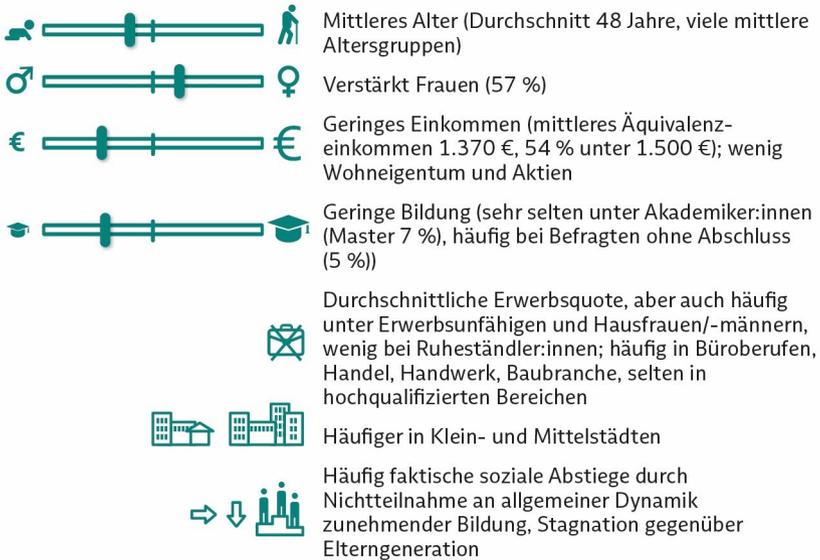


Abbildung 12: soziodemografische Merkmale des Typs ›regressive Veränderungsaversion‹
 Quelle: eigene Darstellung

Zurückgezogene Notwendigkeit (12,2 Prozent der Befragten)

Diese Mentalität ist gekennzeichnet von einer Selbstwahrnehmung als machtlos, benachteiligt und unsicher. Auf als überfordernd erlebte gesellschaftliche Umstände wird mit Selbstbeschränkung, sozialem Rückzug und einer Orientierung am Notwendigen reagiert. Damit geht oft eine leichte Neigung zum Konformismus einher – man will nicht auffallen – und eine eher distanzierte Haltung gegenüber pro-ökologischen und wachstums-kritischen Vorstellungen, von denen eine weitere Verschlechterung der

eigenen Lage befürchtet wird. All dies erinnert stark an jenen »Habitus der Notwendigkeit«, den Pierre Bourdieu (1982) als typisch für die Unterklassen in der Industriegesellschaft der Nachkriegszeit beschrieb.

Die Clusterungsergebnisse weisen darauf hin, dass es sich um eine vergleichsweise einheitliche Weltsicht bestimmter sozialer Gruppen handelt (wenig interne Uneinigkeiten), die sich aber eben nicht in extremen, sondern in recht unauffälligen Positionierungen zu den Einzelfragen äußert (nur bei wenigen Statements auffällig starke Bejahungen oder Verneinungen). Deutliche Abweichungen vom Mittel aller Befragten gibt es vor allem da, wo der Wahrnehmung eigener Machtlosigkeit und der Überforderung durch gesellschaftlichen Wandel Ausdruck verliehen wird (Migrationssektis, Genervtheit vom Gendern) oder Grundorientierungen von Sparsamkeit betont werden (achte immer auf günstige Angebote, Reisen unwichtig). Machtlosigkeit und Rückzug aus dem gesellschaftlichen Raum zeigen sich unter anderem darin, dass besonders oft kein Interesse geäußert wird, eigene Ideen einzubringen oder in der Freizeit zu arbeiten. Eine langfristige Lebensplanung wird zugunsten eines (allerdings nicht unbekümmerten) Lebens im Hier und Jetzt verworfen. Politik wird häufig als für das eigene Leben bedeutungslos gesehen, und ein eigener Einsatz für den Klimaschutz wird eher als sinnlos betrachtet, solange andere nicht ebenfalls etwas beitragen. Trotz des Rückzugs ist die Wahlenthaltung bei diesem Typ nicht häufiger als im Mittel, fast 80 Prozent geben eine bevorzugte Partei an. Etwas häufiger als im Schnitt ist dies einerseits die AfD (15 Prozent), andererseits aber auch die SPD (26 Prozent), während die Grünen mit zwölf Prozent relativ, aber nicht extrem selten genannt werden. Entsteht bei den beiden anderen defensiv-reaktiven Typen der Eindruck einer weit verbreiteten Hinwendung zur AfD, so scheint das hier nur einen Teil der Befragten zu betreffen, während andere an demokratischen Überzeugungen festhalten. Die mittlere politische Selbstverortung liegt minimal links der Skalenmitte, aber signifikant rechts vom Durchschnitt aller Befragten. Während die Bindung an das repräsentativ-parlamentarische Verfahren wenigstens in Form der Wahlbeteiligung weitgehend intakt scheint, ist die Distanz gegenüber informellerem politischem Engagement (Demonstrationen, Spenden, Mitgliedschaften in Organisationen, Corona- oder Klimaproteste) deutlich stärker ausgeprägt.

Für die Alltagspraktiken spielen ökologische oder ethische Aspekte gegenüber dem alles bestimmenden materiellen Mangel, wie erwartbar, keine relevante Rolle. So werden etwa Biolebensmittel sehr selten gekauft,

Putzkräfte und Bringdienste weniger in Anspruch genommen, Flugreisen werden kaum unternommen und nur selten Ökostrom bezogen. Gleichzeitig spielt das Auto für die alltägliche Mobilität eine zentrale Rolle (der Rückzug aus dem Öffentlichen äußert sich auch darin, dass ÖPNV und Fahrrad sehr selten genutzt werden), häufiger Fleischkonsum ist verbreitet, Secondhand-Kleidung wird wenig getragen, Heizungen eher selten zum Energiesparen heruntergedreht. Als Kehrseite des gesellschaftlichen Rückzugs drückt sich hierin auch der Wunsch nach Erhalt eines behaglichen privaten Schutzraums gegen das überfordernde Außen und nach Vermittlung eines respektablen Bildes anderen und sich selbst gegenüber aus. Der aus den Angaben errechnete mittlere CO₂-Fußabdruck liegt mit 6 Tonnen pro Kopf und Jahr leicht unter dem Mittel.

Zurückgezogene Notwendigkeit

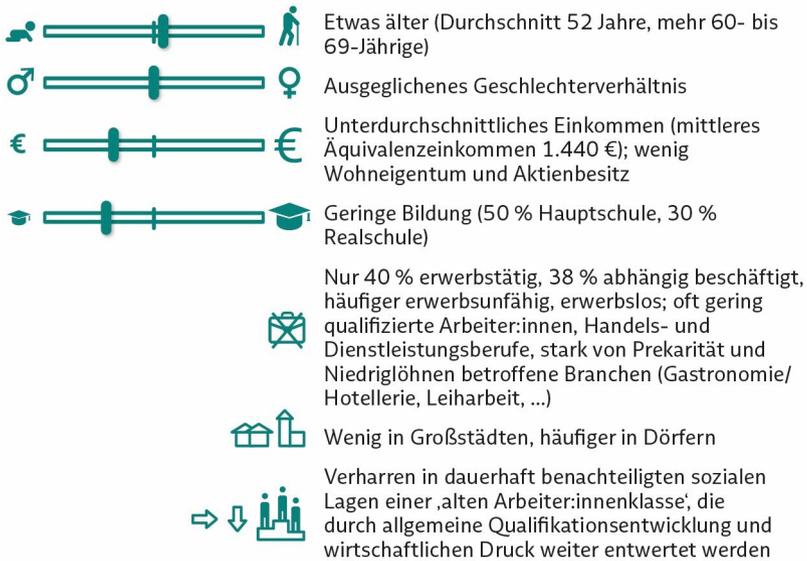


Abbildung 13: soziodemografische Merkmale des Typs ›zurückgezogene Notwendigkeit‹

Quelle: eigene Darstellung

5.3.4 Weiterer, keinem Spektrum klar zuzuordnender Typ: Akquieszenz (6,5 Prozent der Befragten)

Als Akquieszenz wird in der Sozialforschung die Neigung bezeichnet, bei Befragungen allen vorgelegten Aussagen unabhängig von ihrem Inhalt zuzustimmen. Unter diesem zehnten Typ konzentrieren sich Befragte, deren Antworten ein solches pauschales Zustimmungsmuster aufweisen. Solche Fälle kommen in jeder Befragung vor, werden jedoch häufig in der Auswertung der Daten ausgeschlossen. Dies halten wir jedoch für unangebracht, da es, wie die soziale Verortung dieses Typs zeigt, tendenziell gerade die Positionierungen bestimmter benachteiligter Gruppen ausschließt: Das Akquieszenzmuster ist bei den jüngsten und ältesten Befragten sowie bei Frauen und insbesondere bei Befragten mit eigener oder elterlicher Migrationserfahrung verbreiteter als im Schnitt und geht mit niedrigen Bildungsabschlüssen sowie den unter allen Mentalitäten geringsten Einkommen einher. Auch bei noch in der Ausbildung befindlichen sowie bei erwerbsunfähigen Personen kommt es häufiger vor. Seine Interpretation ist zwar wegen der starken Verzerrung der Antworten besonders schwierig, wir halten diesen zusätzlichen Aufwand aber für notwendig, um ein vollständiges Bild der im Datensatz dokumentierten Mentalitäten zu gewinnen. Um eine sinnvolle Deutung zu ermöglichen, wurden die mittleren Antworten der diesem Typ zugeordneten Befragten Personen um die Effekte des Bias bereinigt.⁶

Nach der Bereinigung zeigt sich, ähnlich wie beim wachstumsindividualistisch-instrumentellen Typ, eine Haltung zur Natur, die diese auf ein Mittel zu menschlichen Zwecken reduziert, sowie ein relatives Desinteresse an ökologischen Problemen und Fragen (Menschen wird stärker das Recht zugeschrieben, Natur umzugestalten; das Klimaproblem sei auch ohne Wohlstandseinbußen zu lösen). Im Kontrast dazu werden jedoch Wachstumsverzicht reicher Länder und strenge politische Vorgaben für die Wirtschaft überdurchschnittlich befürwortet. Verbunden ist dies mit Wahrnehmungen eigener Benachteiligung, Unsicherheit und fehlender Handlungsmacht, die aber anders als bei der Zurückgezogenen Notwendigkeit nicht durch Selbstbeschränkung, sondern durch eine relativ ausgeprägte kompensative Neigung zu Selbstverwirklichung, Hedonismus und dem Beharren auf Nicht-Einschränkung eigener Spielräume verarbeitet werden

⁶ Zum Vorgehen hierbei siehe Eversberg (2020a: 64).

(Reisen und Spaß haben ist wichtig; kein Verbot von Inlandsflügen). Damit einher geht ein selektives liberales Fortschrittsdenken in bestimmten Bereichen: Digitalisierung soll schneller vorangetrieben werden, Gendern wird eher nicht als nervig wahrgenommen. Gleichzeitig besteht eine Neigung, eher Gefühlen und Glauben (und weniger der Wissenschaft) zuzuneigen.

Bei der Frage nach der Wahlabsicht äußern sich die hinter der übersteigerten Zustimmungstendenz stehenden Dispositionen in einer überdurchschnittlichen Neigung zu den alten »Volksparteien« CDU/CSU (25 Prozent) und SPD (32 Prozent) sowie geringer Unterstützung für die Grünen (13 Prozent). Die Selbstverortung im politischen Spektrum liegt im Durchschnitt fast genau in der Mitte der Skala – nicht zuletzt, weil die Hälfte genau den Mittelpunkt wählte. Sowohl Coronaproteste als auch Klimabewegung werden überdurchschnittlich häufig kritisch gesehen, von der Teilnahme an Unterschriftensammlungen und Demonstrationen sowie von Geldspenden werden überdurchschnittlich häufig berichtet (allerdings ist hier aufgrund der Zustimmungstendenz bei der Interpretation Vorsicht geboten).

Auch bei den berichteten sozialen und ökologischen Praktiken kommen offenbar die Verzerrungseffekte zum Vorschein, da durchweg eine Tendenz zu »immer«-Antworten besteht – außer bei der Frage nach dem Fleischkonsum, bei der überdurchschnittlich häufig angegeben wurde, vegetarisch zu leben. Niedrig hingegen ist der Anteil der Ökostrombezieher:innen sowie der Hobby-Gärtner:innen. Insgesamt beläuft sich der CO₂-Fußabdruck der berichteten Praktiken auf einen überdurchschnittlichen Wert von 6,8 Tonnen pro Kopf und Jahr – was aber aufgrund des Akquieszenzbias mit Vorsicht betrachtet werden sollte.

Die Deutung des Gesamtmusters der Antworten unter Berücksichtigung der verfügbaren Informationen über die sozialen Hintergründe der Befragten legt nahe, dass die Zustimmungstendenz als Teil einer vielen von ihnen gemeinsamen Selbstbehauptungs- oder Überlebensstrategie sein könnte, in der die eigene Unsicherheit und Überforderung durch die »Flucht nach vorn« (in diesem Fall die selbstbewusste Bejahung aller Fragen) überspielt wird: Die von pädagogischen Instanzen und Autoritäten wie z. B. der ehemaligen ARGE immer wieder wiederholten Aufforderungen, eigeninitiativ zu sein, sich als aktiv und positiv darzustellen und Chancen zu nutzen, haben zur Verinnerlichung einer *performance* eines solchen Auftretens geführt, die sich unter anderem eben in dem hier beobachteten positiv verzerrten Antwortverhalten niederschlägt. In Abgrenzung von Bourdieus Notwen-

digkeitshabitus scheint hier der von Bittlingmayer (2002) vorgeschlagene Begriff der »prekären Habitusformen« durchaus angemessen.

Akquieszenz

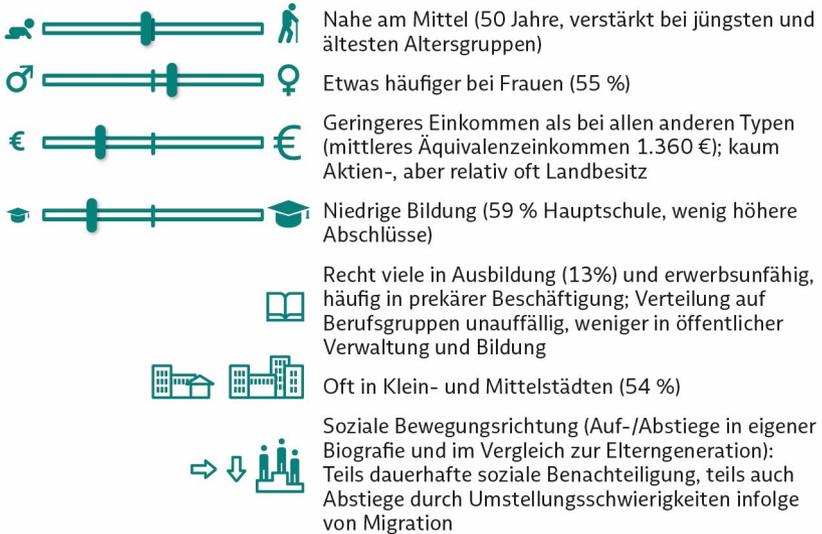


Abbildung 14: soziodemografische Merkmale des Typs »Akquieszenz«

Quelle: eigene Darstellung

6. Sozial-ökologische Mentalitäten im sozialen Raum: Eine Landkarte

6.1 Bezugssystem: Der soziale Raum

Um die Verortung der zehn beschriebenen Mentalitätstypen in der deutschen Gesellschaft und ihre spannungs- und konfliktreichen gegenseitigen Beziehungen im Gesamtzusammenhang aufzuzeigen, ist das Konzept des *sozialen Raums* hilfreich, das der französische Soziologe Pierre Bourdieu eingeführt hat. Dieser Raum kann aus den Daten zur sozialen Zusammensetzung der Befragten in unserer Umfrage konstruiert werden: Berufe und Bildung der Befragten und ihrer Eltern, Einkommen, Wohneigentum und -ort, Wohnflächen, Auto-, Aktien- und Landbesitz, Einschätzung der eigenen Wirtschaftslage, Geschlecht, Migrationserfahrung, Tätigkeit im öffentlichen, privaten oder gemeinnützigen Sektor.¹ Der soziale Raum stellt eine zweidimensionale Darstellung der Sozialstruktur bereit, in der sich die Beziehungen zwischen sozialen Gruppen oder Klassen grafisch darstellen und in ihrem Gesamtzusammenhang analysieren lassen. Die senkrechte »Oben-Unten«-Achse bildet den Gegensatz zwischen Reichen, Mächtigen, Einflussreichen auf der einen Seite und Armen, Benachteiligten, Machtlosen auf der anderen Seite ab, den die meisten Menschen intuitiv im Kopf haben, wenn sie an die Sozialstruktur oder an soziale Ungleichheit denken. Gleichzeitig gibt es in diesem Modell aber auch ein sozialstrukturelles »Rechts« und »Links«, das mit der politischen Rechts-Links-Einteilung allerdings nicht ohne weiteres deckungsgleich ist. Auf dieser waagerechten Achse lassen sich Unterschiede ablesen, die davon herrühren, auf welche

¹ Diese Daten wurden als Inputvariablen einer Multiplen Korrespondenzanalyse (MCA) genutzt, einer statistischen Methode, die die Hauptgegensätze innerhalb eines von kategorialen Variablen bestimmten Datenraums identifiziert und grafisch darstellbar macht (Hjellbrekke 2019; Roux/Rouanet 2010). Siehe auch den unten folgenden Infokasten.

Grundlagen und Formen von sozialer Einbindung sich die jeweilige Position stützt: rechts im Raum verorten sich soziale Gruppen, deren Status in erster Linie auf materiellem Eigentum beruht und/oder von Marktbeziehungen und einer gut laufenden privaten Wirtschaft abhängt, links solche, deren Status sich vor allem auf Bildung bzw. soziale Beziehungen und Strukturen des Gemeinwesens stützt und von einer gut organisierten und finanzierten öffentlichen Infrastruktur abhängt. Die Ausstattung mit materiellem Wohlstand oder, nach Bourdieu, »ökonomischem Kapital«, steigt demnach von unten links nach oben rechts im Raum an, die mit Bildung (»kulturellem Kapital«) von unten rechts nach oben links. Dieser horizontale Gegensatz ist für die uns hier interessierenden Fragen rund um Transformationskonflikte aus unserer Sicht nicht minder relevant als der vertikale. Denn soziale Akteur:innen in eigentumsbasierten Positionen haben häufig ein starkes Interesse daran, dass ihr Eigentum durch sozial-ökologische Transformationen nicht infrage gestellt oder geschmälert wird; Akteur:innen in bildungsbasierten Positionen hingegen haben aufgrund ihrer sozialen Lage eher Grund dazu, Veränderung als Chance oder als Notwendigkeit anzusehen, da sie materiell weniger festgelegt sind und dadurch flexibler reagieren und sich schneller an veränderte Rahmenbedingungen anpassen können.

Der soziale Raum: Grundstruktur

Durch eine multiple Korrespondenzanalyse, in die 14 Variablen (sozio-ökonomische Merkmale der Befragten) mit insgesamt 71 aktiven Kategorien (Antwortoptionen) einbezogen wurden, haben wir den sozialen Raum aus den in der Befragung enthaltenen Sozialdaten konstruiert. Sieben dieser Variablen (32 Kategorien) enthalten Informationen zur ökonomischen Ressourcenausstattung (Einkommen, Haus-, Auto-, Land- und Aktienbesitz, Wohnfläche, Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage), vier (31 Kategorien) zur Bildung (Beruf, Beruf des Vaters, Bildungsabschluss, Abschluss der Mutter), und drei sind wichtige weitere Strukturvariablen (Geschlecht, Migrationserfahrung, Tätigkeit im öffentlichen oder privaten Sektor). Die beiden Achsen des im Weiteren dargestellten Raums sind nicht im Vorhinein durch uns festgelegt, sondern Ergebnis der Analyse, entsprechen aber der Struktur des Raums in vergleichbaren einschlägigen Analysen (siehe z. B. Atkinson/

Schmitz 2022; Atkinson 2021; Blasius u. a. 2019; Flemmen u. a. 2017) sowie bei Bourdieu selbst (Bourdieu 1982). Die erste (vertikale) Achse erklärt 57 Prozent der Heterogenität in den einbezogenen 14 Variablen und beschreibt das Gesamtvolumen an Ressourcen, über das Akteur:innen verfügen (oben materieller Wohlstand und hohe Bildung, unten Fehlen von beidem). Die zweite, horizontale Achse fängt weitere 17 Prozent der Heterogenität ein (berechnet nach Hjellbrekke 2019) und gibt den Gegensatz zwischen vor allem durch Bildung (oder materiellen Mangel) und durch Eigentum (oder geringe Bildung) gekennzeichneten Lagen wieder.

In Abbildung 15 ist die Verteilung der in die Analyse einbezogenen Kategorien in diesem Raum zu sehen. Bei Kategorien mit Dreieck zeigt die Pfeilrichtung an, mit welcher Achse die Kategorie jeweils assoziiert ist. Mit einem Quadrat abgebildete Kategorien sind stark mit beiden Achsen assoziiert. Je größer die geometrische Form, desto höher der Beitrag der Kategorie zur entsprechenden Achse bzw. desto höher die erklärte Varianz der Kategorie für die Achse. Die grauen Kategorien tragen nur wenig zur Konstruktion des sozialen Raumes bei und werden lediglich nachrichtlich mit dargestellt. Lesebeispiel: Weniger als 0,5 Autos pro Haushalt zu besitzen, ist mit der horizontalen Achse assoziiert und hier mit einer Position in der Nähe des linken Pols verbunden. Demgegenüber finden sich Haushalte mit mehr als einem Auto pro Kopf am rechten Pol der horizontalen Achse, wobei die »Erklärkraft« dieser Kategorie größer ist als das Merkmal »weniger als 0,5 Autos pro Kopf im Haushalt« – angezeigt durch die größeren Abmessungen des Dreiecks.

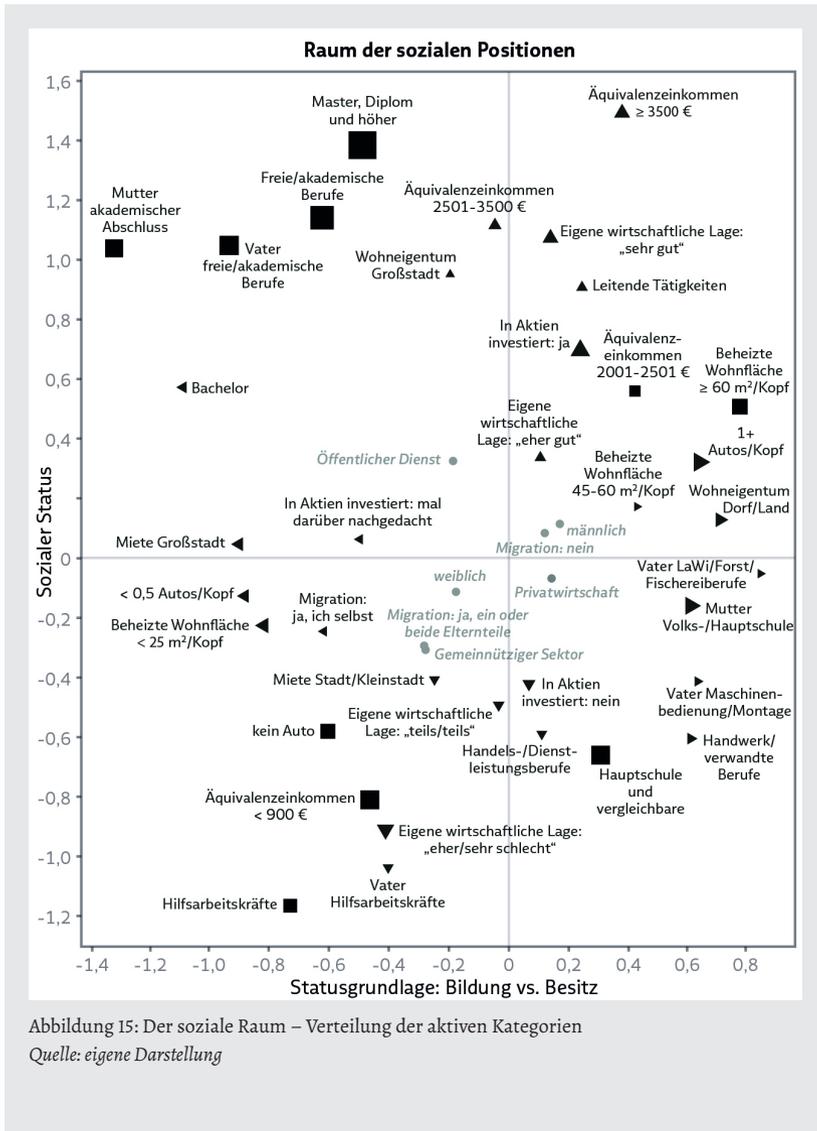
Typisch für Positionen rechts im Raum sind demnach also z. B. Eigenheimbesitz auf dem Land, Herkunft aus Familien von Landwirten, handwerkliche und technische Berufe, links dagegen hohe Bildungsabschlüsse und akademische Berufe, aber auch Wohnen zur Miete und in der Stadt, Migrationserfahrung und keine oder wenige Autos im Haushalt.

Erkennbar ist sowohl oben als auch unten im Raum eine Aufteilung in »kulturelle« (links) und »ökonomische« (rechts) Klassenfraktionen: Oben links bündeln sich Befragte, die in hochqualifizierten wissenschaftlichen, kulturellen und teils technischen Dienstleistungen, im Bildungswesen und Teilen des öffentlichen Dienstes tätig sind und deren

Eltern ebenfalls schon hohe Bildung erworben hatten (kulturelle Fraktionen der oberen Klassen). Dem stehen oben rechts Führungskräfte in Privatwirtschaft und staatlicher Verwaltung, Management- sowie wirtschaftlich organisierende und koordinierende Tätigkeiten etwa in den Finanz-, Versicherungs- und Immobilienbranchen mit hohem Einkommen und großen Vermögen gegenüber (ökonomische Fraktionen der oberen Klassen).

Im unteren Raum sind beide Seiten mindestens ebenso stark durch das Fehlen der mit der je anderen Seite verbundenen Ressourcen verbunden wie mit der Grundlage des eigenen (niedrigen) Status. Unten rechts sind Beschäftigte zu finden, die in Industrie, Baugewerbe und Handwerk arbeiten, Tätigkeiten mit technischer Arbeitslogik ausüben, über einfache schulische und ggf. berufliche Bildung verfügen und oft aus traditionellen ländlichen und Arbeitermilieus stammen, für sich nach Kontinuität streben, aber angesichts steigender Bildungsanforderungen mit schwindenden Zukunftsperspektiven konfrontiert sind (ökonomische Fraktion der unteren Klassen). Unten links dagegen sind insbesondere Personen anzutreffen, die in abgewerteten und teils informellen Primär- und Reproduktionstätigkeiten arbeiten (Gesundheits- und Sozialwesen, geringqualifizierte Arbeit in Land- und Forstwirtschaft, Hilfsarbeitskräfte, Hausfrauen/-männer), hohe Migrations- und Frauenanteile aufweisen und unter Bedingungen materieller Knappheit leben: keine oder wenige Autos, Angewiesenheit auf ÖPNV, kleine Wohnflächen, Miete, städtisch (kulturelle Fraktion der unteren Klassen).

Dazwischen, in der unteren Mitte, liegen jene Positionen, die durch Mangel an Bildung und materiellen Gütern gleichermaßen gekennzeichnet sind. Hier finden sich u. a. Beschäftigte in stark prekarierten und zwangsflexibilisierten unternehmens- und personenbezogenen Dienstleistungen (Handel, Reparatur, Logistik, Gastronomie und Hotellerie, sog. »sonstige Dienstleistungen« wie Leiharbeit), in deren Lagen sich gering qualifizierte Tätigkeit, dauerhafte materielle Knappheit und schlechte Zukunftsperspektiven miteinander verbinden.



In dem so mit dem statistischen Verfahren der multiplen Korrespondenzanalyse (MCA) aus unseren Daten aufgespannten Raum ist jede einzelne der 4000 befragten Personen als ein Punkt verortet, diese bilden also eine aus 4000 Punkten bestehende, relativ gleichmäßig im Raum verteilte Wolke. Da

jeder und jedem Befragten als Ergebnis der Clusteranalysen ein Mentalitätstyp zugeordnet ist, kann im nächsten Schritt betrachtet werden, wie sich die zehn sozial-ökologischen Mentalitäten in der Punktwolke verteilen. Dabei wird deutlich, dass die Mentalitätstypen nicht zufällig im Sozialraum verstreut sind, sondern sich in jeweils bestimmten Zonen verdichten. Abbildung 16 zeigt die *Mittelpunkte* dieser Verdichtungen von Mentalitäten im Sozialraum und verdeutlicht ihre wechselseitigen Nähen und Distanzen zueinander.² Betont werden muss jedoch, dass jeder der Mentalitätstypen auch stark im Raum streut, die jeweiligen Zonen überlappen sich ganz erheblich. Die Grafik zeigt also lediglich tendenzielle Zusammenhänge zwischen Mentalitäten und bestimmten sozialen Positionen auf, keinesfalls mechanische oder »schicksalhafte« Zwangsläufigkeiten.

Nichtsdestotrotz verdeutlicht die so gewonnene relationale »Landkarte« der Mentalitäten in der deutschen Bevölkerung, dass sozial-ökologische Mentalitäten keineswegs unabhängig sind von der sozialen Lage und den Erfahrungen, die Menschen im Laufe ihres Lebens gemacht haben. Vielmehr sind für gegensätzliche Lagen und Erfahrungen auch deutlich unterschiedliche Mentalitäten typisch, die in vielerlei Hinsicht Gegensätze aufweisen und miteinander in Konflikt stehen. So sind für die vor allem oben im Raum verbreiteten Mentalitätstypen insbesondere Neigungen zu aktivem Engagement und gesellschaftlich-politischem Interesse (Aktivbürgerlichkeit) und/oder liberal-fortschrittsoptimistische Dispositionen kennzeichnend, während für die unten im Raum konzentrierten Typen Wahrnehmungen eigener Machtlosigkeit und die Abwehr gesellschaftlichen Wandels bestimmend sind. Horizontal dagegen besteht der deutlichste Gegensatz darin, dass die rechts verorteten Mentalitäten konservative, auf Bewahrung der eigenen Lebensweise und Gewohnheiten gerichtete, die links dagegen individualistisch-antikonformistische Neigungen aufweisen.

2 Die auf den Achsen abgetragenen Zahlenwerte sind rein technische Größen und für die Deutung nicht weiter bedeutsam – wichtig sind hierfür nicht die absoluten Werte, sondern die an den Abständen der Punkte erkennbaren Beziehungen.

Mentalitäten im Raum der sozialen Positionen

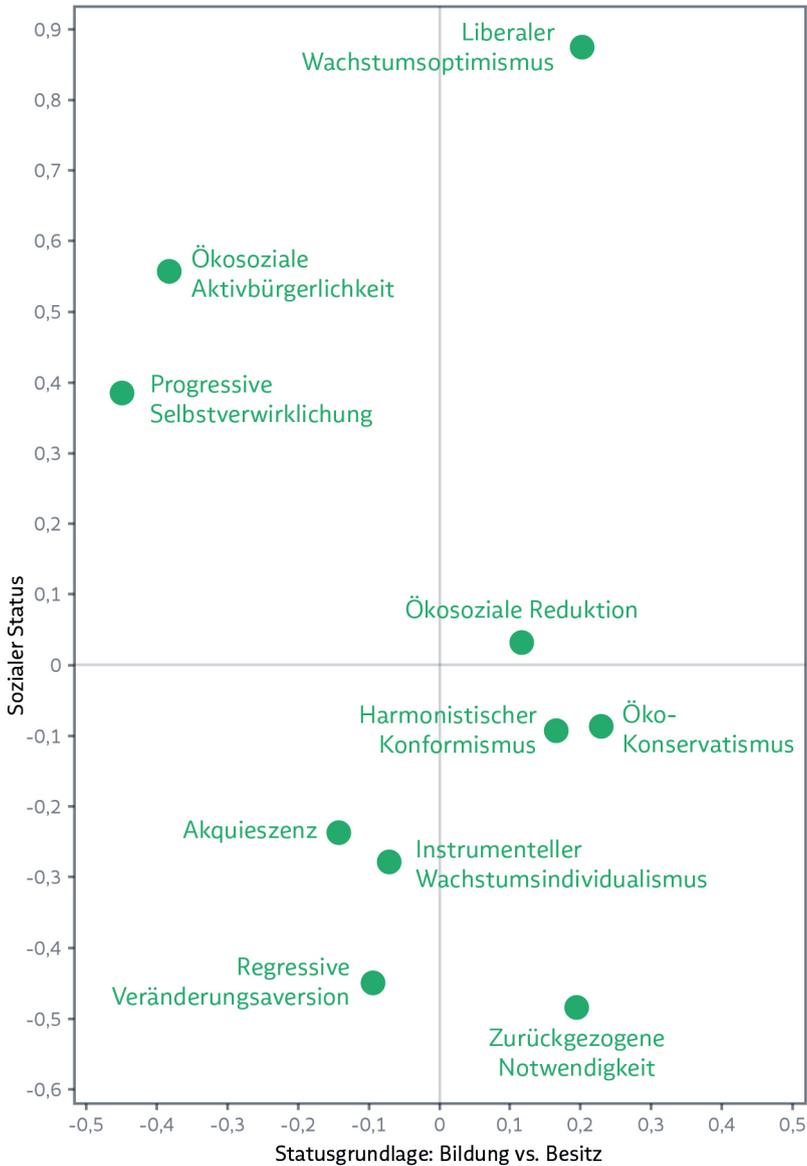


Abbildung 16: Verortung der zehn Mentalitätstypen im sozialen Raum der deutschen Gesellschaft (Mittelpunkte, Projektion als deskriptive Variable in den mittels einer multiplen Korrespondenzanalyse konstruierten Raum)

Quelle: eigene Darstellung

6.2 Die Dreiecksbeziehung der Mentalitätsspektren

Deutlicher erkennbar werden diese Unterschiede und Gegensätze in beiden Dimensionen, wenn wir die drei übergeordneten Spektren mit in das Raumbild einzeichnen (siehe Abbildung 17).

Hieran wird deutlich, dass die zu den drei Spektren jeweils zusammengefassten Mentalitätstypen sich sozialstrukturell nicht zufällig verteilen, sondern einander in je bestimmten Regionen des gesellschaftlichen Raums benachbart sind. Das liegt daran, dass die gemeinsamen Grundorientierungen, anhand derer die Typen zu Spektren zusammengefasst wurden, selbst bestimmten Lagen und den in ihnen gemachten Erfahrungen eher entsprechen als anderen, oder anders gesagt: Dass Gemeinsamkeiten von Neigungen, Sichtweisen, Haltungen oder Ansprüchen hinsichtlich sozial-ökologischer Themen mit den Gemeinsamkeiten der sozialen Lagen zusammenhängen, in denen Menschen Erfahrungen machen und verinnerlichen.

In Abbildung 17 lassen sich die Spektren nun also als drei große ›Zonen‹ solcher grundlegend geteilter Erfahrungen und daraus gewachsener Haltungen unterscheiden – wobei die Übergänge stets fließend sind und dies alles nicht bedeutet, dass für einzelne Personen direkt von ihrer Soziallage auf ihre Mentalität geschlossen werden könnte oder umgekehrt. Es zeigt sich:

- Mentalitäten des **ökosozialen Spektrums** sind vorrangig im linken oberen Drittel des Raums verbreitet, der gekennzeichnet ist von höherer Bildung, städtischen Lebenswelten und Tätigkeiten im Bildungs-, Kultur- und hochqualifizierten Dienstleistungsbereich. Das entspricht gängigen Annahmen über die soziale Verteilung solcher Haltungen. Es zeigt sich aber auch, dass das nur die halbe Wahrheit ist: In Form des Typs *ökosoziale Reduktion* reichen ökosoziale Mentalitäten auch weit in andere, statusniedrigere und eher durch ökonomisches Kapital geprägte Soziallagen hinein. Auch wenn dieser Mentalitätstyp sozialstrukturell näher am konservativ-steigerungsorientierten Spektrum liegt, gehört er aufgrund der geäußerten Haltungen und Grundorientierungen doch klar zum ökosozialen Spektrum.
- **Konservativ-steigerungsorientierte** Mentalitäten sind besonders im oberen und mittleren rechten Raum verbreitet, und zwar gerade in solchen Lagen, die von materiellem Wohlstand, technischen oder Ver-

Mentalitäten im Raum der sozialen Positionen

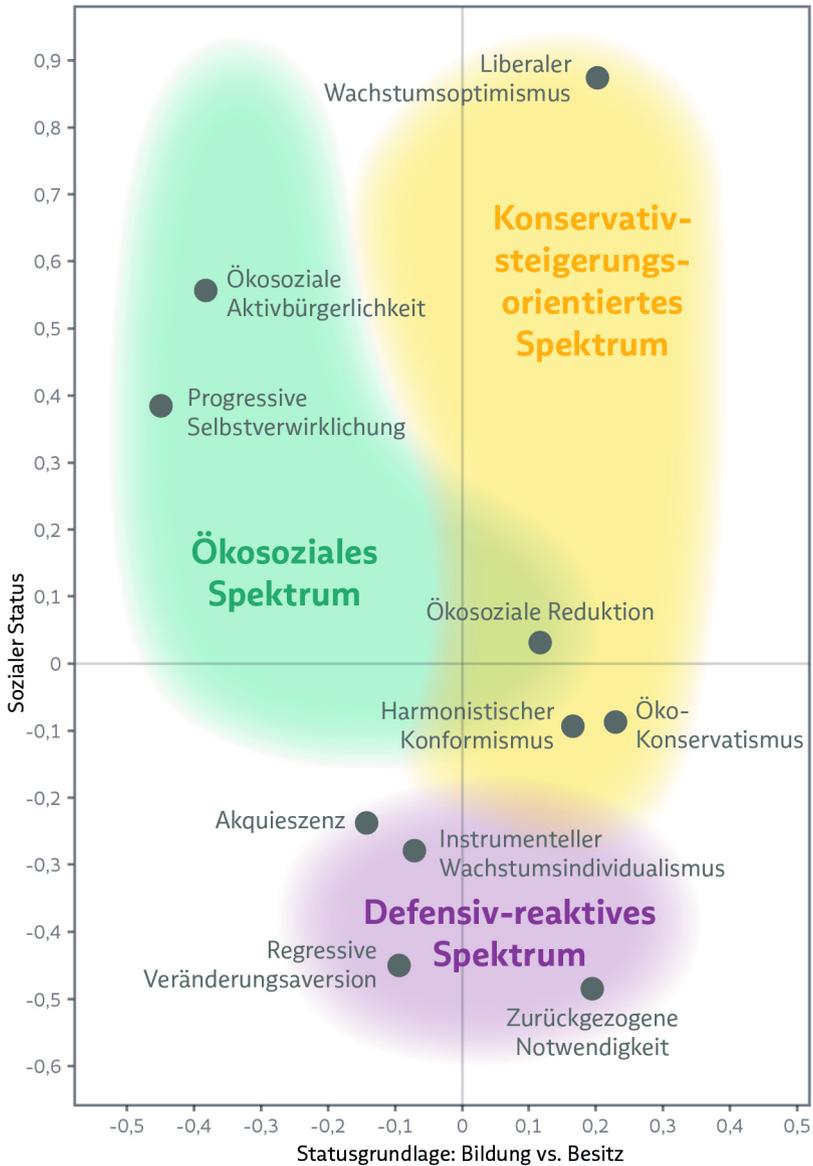


Abbildung 17: Verortung der drei übergeordneten Spektren sozial-ökologischer Mentalitäten im sozialen Raum

Quelle: eigene Darstellung

waltungs- und Organisationsberufen sowie Wohnorten im ländlichen Raum gekennzeichnet sind.

- Die Mentalitätstypen des **defensiv-reaktiven Spektrums** schließlich haben ihre Schwerpunkte in unsicheren und benachteiligten Lagen des unteren sozialen Raums. Gerade dieser räumliche Schwerpunkt sollte aber mit großer Vorsicht betrachtet werden und nicht zu voreiligen Schlüssen verleiten. Denn zum einen legen unsere eigenen Analysen mit ähnlichen Daten aus früheren Jahren (Eversberg 2020b, 2020a) nahe, dass autoritäre und veränderungsfeindliche Mentalitäten durchaus keine Eigenheit sozial benachteiligter Gruppen sind, und zum anderen muss mit Blick auf die jüngste Zeit damit gerechnet werden, dass (wie der starke Zulauf für die AfD in Umfragen seit 2022 anzeigt) solche Haltungen auch in besser gestellten Teilen der Bevölkerung, vor allem am rechten Rand des Raums, wieder stärker in den Vordergrund rücken.

Alles in allem sind *ökosoziale* Mentalitäten also in erster Linie (aber nicht ausschließlich) bei denjenigen anzutreffen, die durch hohe Bildung und die lebensweltliche Gewöhnung an das Umgehen mit wissenschaftlichem Wissen nicht nur einen privilegierten Zugang zu Erkenntnissen über komplexe ökologische und gesellschaftliche Zusammenhänge (etwa zu Befunden der Klimawissenschaft) haben, sondern sich durch kommende Veränderungen auch eher herausgefordert als bedroht sehen, mit ihrer Qualifikation gut dafür gewappnet sind und häufig in Bereichen arbeiten, die von diesen Veränderungen unberührt bleiben oder gar profitieren. *Konservativ-steigerungsorientierte* Mentalitäten sind dagegen typisch für soziale Lagen, die sich vor allem durch – wenn auch teils bescheidenen – materiellen Wohlstand und eine entsprechende Lebensweise bestimmen und von denen aus stärkere ökologische Regulierung und/oder sozialpolitische Umverteilung gerade in einer gesellschaftlichen Krisensituation verstärkt als mögliche Infragestellung oder Bedrohung dieses Status erscheinen können. *Defensiv-reaktive* Mentalitäten schließlich häufen sich insbesondere dort, wo die eigene Lage vergleichsweise prekär und durch gering qualifizierte, mit wenig Anerkennung verbundene, teils unsichere, oft schlecht bezahlte Tätigkeiten gekennzeichnet ist. Sie sind häufiger bei Befragten mit einfachen Bildungsabschlüssen und einer insgesamt geringeren Ausstattung mit persönlichen Ressourcen, die helfen können, gesellschaftlichen und technologischen Wandel zu verarbeiten.

Innerhalb dieser ›Landkarte‹ lassen sich nun die verschiedenen Spannungen und Konflikte rund um das Thema sozial-ökologische Transformation als Gegensätze zwischen diesen drei Spektren und den von ihnen repräsentierten grundlegenden Haltungen und Weltansichten nachzeichnen und in ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang deuten. Dabei wird deutlich, dass Konflikte zwischen unterschiedlichen Mentalitäten um sozial-ökologische Fragen immer auf tieferliegende soziale Konflikte verweisen, in denen nicht nur die in verschiedenen Soziallagen gemachten Erfahrungen, sondern auch die mit ihnen verbundenen Interessen eine wichtige Rolle spielen. Diese Interessen selbst sind aber oft alles andere als eindeutig oder frei von Widersprüchen. So mag es sein, dass praktisch alle Menschen – sei es als (künftige) Eltern oder Großeltern, als junge Menschen mit noch viel Lebenszeit vor sich oder auch einfach als Bewohner:innen des Planeten – ein *Überlebensinteresse* am Erhalt der ökologischen Lebensbedingungen haben. Doch steht dieses abstrakt-langfristige Interesse eben häufig im Widerspruch zu ihren konkreteren und kurzfristigen Interessen, etwa *Beschäftigungsinteressen* (z. B. als Arbeiter:innen in der Autoindustrie), *Besitzinteressen* (z. B. als Eigentümer:innen eines Hauses oder eines Aktiendepots) oder eben auch *Konsuminteressen* am Erhalt einer Lebensweise, die mit hohem Ressourcenverbrauch und hohen Emissionen einhergeht (z. B. als leidenschaftliche Fleischesser:innen, Reiselustige oder passionierte Autofahrer:innen). Jeder Mentalitätstyp steht damit auch für eine bestimmte Art, mit mehr oder weniger widersprüchlichen eigenen Interessen umzugehen und das eigene Selbst- und Weltbild am einen oder anderen Interesse auszurichten. Dabei ist aber eben nicht ausgemacht, dass sich immer die ›direktesten‹ oder ›handfestesten‹ Interessen auf die an den Tag gelegten Haltungen und Einstellungen durchschlagen, sondern es kommt auf die Erfahrungen an, die Menschen im Laufe ihres Lebens machen. Viel hängt an gemeinsamen Lern- und Meinungsbildungsprozessen zusammen mit Menschen in ähnlichen Lebenslagen, aus denen gemeinsame Wahrnehmungs- und Deutungsmuster hervorgehen – keinesfalls zu vernachlässigen und mutmaßlich oft noch weit stärker prägend ist aber auch die Rolle von Medien und die Art und Weise, welche Interessen sie wie thematisieren und welche Selbstdeutungen sie anbieten.

6.3 Politische Präferenzen und Zugehörigkeiten

Abbildung 18 zeigt, dass sich zwischen den Mentalitätstypen und -spektren einerseits und den Parteipräferenzen und Organisationsmitgliedschaften der Befragten andererseits ebenfalls deutliche Verbindungen herstellen lassen. Da beide Variablen nicht an der Konstruktion des Raums selbst beteiligt waren, sondern lediglich als sogenannte passive Variablen in ihn hineinprojiziert wurden, kann von den hier erkennbaren wechselseitigen Nähen nicht direkt auf Überschneidungen zwischen Mentalitätstypen und Parteipräferenzen geschlossen werden (sondern nur auf ähnliche sozialstrukturelle Profile). Dennoch deuten diese Nähen auf teils erwartbare, teils aber auch überraschende Parallelitäten zwischen dem Raum der Mentalitäten und dem politischen Feld hin. Insbesondere die Grünen erscheinen zum Befragungszeitpunkt deutlich als Partei des *ökosozialen Spektrums*, was sich auch in sehr hohen Anteilen an Grünen-Wähler:innen gerade bei *progressiver Selbstverwirklichung* und *ökosozialer Aktivbürgerlichkeit* (je über 40 Prozent) niederschlägt. Die Linke findet den Schwerpunkt ihrer (verbliebenen) Unterstützungsbasis unten links, gewissermaßen im »Niemandland« zwischen dem *ökosozialen* und *defensiv-reaktiven* Spektrum. FDP und Union waren indes deutlich mit dem *konservativ-steigerungsorientiertem Lager* verbunden, erstere fand besonders beim *liberalen Wachstumsoptimismus* sehr starke Unterstützung. Auch die SPD – dies ein eher überraschender Befund – hatte ihren sozioökonomischen Mittelpunkt in der Nähe der konservativ-steigerungsorientierten Mentalitätstypen, wies aber (jedenfalls zum Befragungszeitpunkt) auch bedeutsame Anteile in den beiden anderen Spektren auf. Dies korrespondiert mit Analysen zum »politischen Raum« z. B. von Westheuser (2021: 128), die die SPD entlang der politischen Links-Rechts-Achse deutlich weiter links verorten – offenbar sind also SPD-Anhänger:innen politisch linker als sie es wären, wenn ihre Haltungen eine bloße Widerspiegelung ihrer sozioökonomischen Interessenlage darstellten.

Die AfD schließlich bündelte im Befragungszeitraum – für sie eine Phase relativer elektoraler Schwäche – mit ihrer radikalisierten, antisystemischen Rhetorik Unzufriedenheit, Entfremdung und Wut vor allem im unteren sozialen Raum und wies damit eine Bindung an das *defensiv-reaktive Spektrum* auf, die ähnlich eng war wie die der Grünen ans *ökosoziale Spektrum*. Umgekehrt darf das defensiv-reaktive Spektrum jedoch nicht umstandslos als »AfD-Spektrum« angesehen werden – gerade in Teilen des Typs *Zurückgezogene Notwendigkeit* existieren auch langfristige Bindungen insbesondere an die

SPD, deren Unterstützung hier zum Zeitpunkt der Befragung mit 26 Prozent noch deutlich größer war als die der AfD. Interessant ist auch, dass die AfD sozio-strukturell unten in der Mitte lokalisiert ist, während ihre Wähler:innen sich politisch klar rechts positionieren – quasi spiegelbildlich zu denen der SPD.

Die Mitglieder von Umwelt- und Naturschutzorganisationen setzen sich sozial ähnlich zusammen wie die Unterstützer:innen der Grünen, während Gewerkschaftsmitglieder – vielleicht auf den ersten Blick überraschend – in der oberen Hälfte des Raums häufiger sind als in der unteren und ihren Status zudem im Schnitt ebenso stark auf materiellen Besitz stützen wie die Wähler:innen von Union, SPD und FDP.³

Diese Verteilung politischer Loyalitäten und Zugehörigkeiten zeigt, dass es zwischen dem Raum der sozial-ökologischen Mentalitäten mit seinen prägenden Gegensätzen und Spannungslinien einerseits und dem Feld der politischen Auseinandersetzung um diese Themen andererseits ein grundlegendes Entsprechungsverhältnis (eine Homologie) gibt – allerdings mit bedeutsamen und erklärungsbedürftigen Abweichungen (Heterologien) im Einzelnen, wie an den SPD- und AfD-Wähler:innen gezeigt. Die konkreten Verortungen der verschiedenen Mentalitäten wie der Parteien und ihre wechselseitigen Nähen und Distanzen sind dabei teils erwartbar, teils aber auch überraschend. Deutlich wird daran, dass die in politischen Diskussionen verhandelten Streitpunkte und Konfliktdimensionen sich auf unterschiedliche Weise auch in Spannungen und Konflikten zwischen Mentalitäten abbilden, und dass die Ebene der Mentalitäten mit ihren Auseinandersetzungen und Bewusstseinsbildungsprozessen durchaus eine Eigendynamik aufweist. Sowohl die politischen als auch die mentalitätsbezogenen Konfliktdimensionen können dabei als Ausdruck struktureller, gesellschaftlicher Gegensätze verstanden werden. Auf vier solche Konfliktdimensionen gehen wir im folgenden Kapitel näher ein.

³ Eine genauere Analyse zeigt allerdings, dass diese ›Rechtsverschiebung‹ vor allem auf die Ressourcenstruktur der nicht (mehr) erwerbstätigen, also vor allem verrenteten, Gewerkschaftsmitglieder zurückgeht. Betrachtet man nur die erwerbsaktiven Gewerkschaftsmitglieder, so sind diese im Mittel nur knapp rechts der Mitte des Raums verortet, die horizontale Distanz zu den unorganisierten Erwerbspersonen, deren Schwerpunkt leicht nach links verschoben ist, fällt nur wenig ins Gewicht.

Mentalitäten im Raum der sozialen Positionen

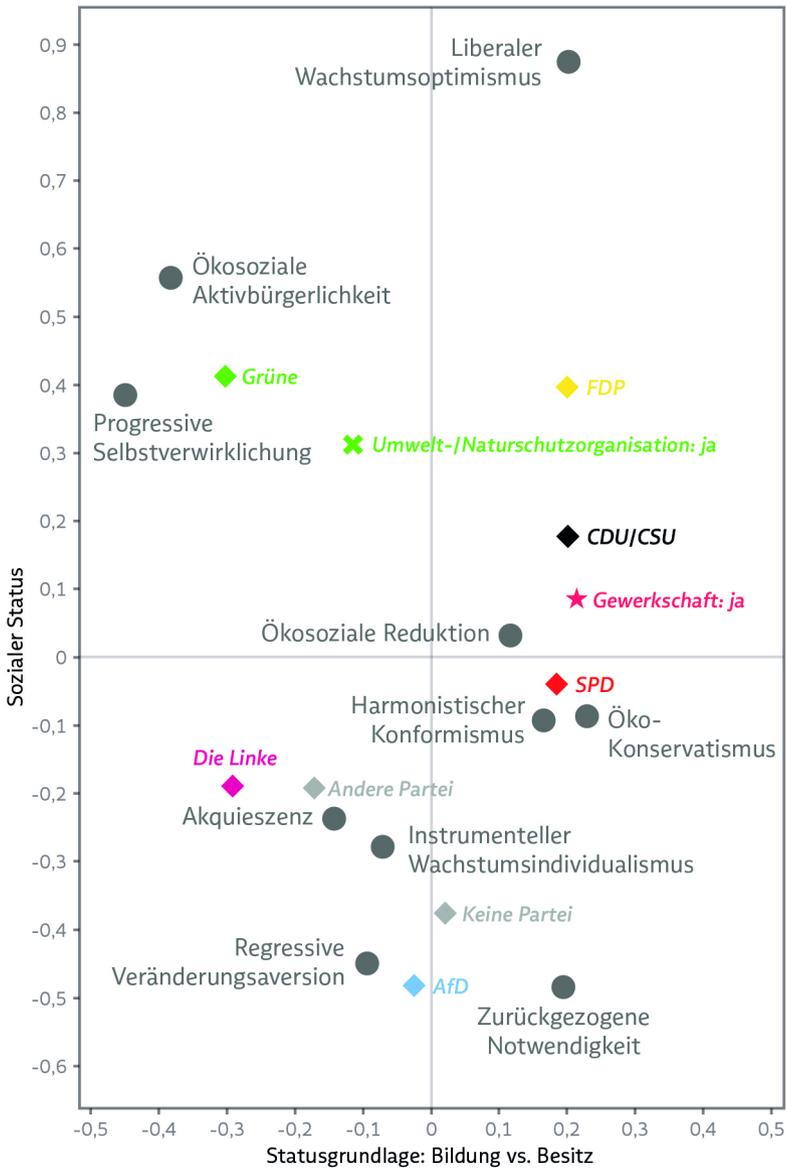


Abbildung 18: Mittlere Verortungen der Anhänger:innen verschiedener Parteien und der Mitglieder von Gewerkschaften und Umweltverbänden im sozialen Raum, im Verhältnis zu den Mentalitätstypen
Quelle: eigene Darstellung

7. Konfliktdimensionen im Streit um die sozial-ökologische Transformation

Wie wir in den vorangegangenen Kapiteln bereits argumentiert haben, kann der Konflikt um Transformation nicht auf einen eindimensionalen Gegensatz »Dafür oder Dagegen« reduziert werden, vielmehr verläuft er entlang mehrerer Konfliktdimensionen. Keine dieser Dimensionen ist in dem, was an ihr entlang umkämpft ist, als »rein sozial« oder »rein ökologisch« zu verstehen, sondern diese beiden Seiten der umstrittenen krisenhaften gesellschaftlichen Dynamik sind in jeder von ihnen auf spezifische Weise miteinander verschränkt. Jede Dimension spannt sich auf zwischen den gegensätzlichen Positionierungen unterschiedlicher Mentalitätstypen zu sozial-ökologischen, transformationsbezogenen Streitfragen und entspricht dabei gleichzeitig einem Gegensatz auf der Ebene sozioökonomischer Interessen. An jeder dieser Dimensionen stehen sich also, zugespitzt gesagt, unterschiedliche Teile der Bevölkerung mit ihren jeweiligen Interessen und Mentalitäten gegenüber und tragen Differenzen um verschiedene Aspekte der Notwendigkeit, Form, Reichweite und Richtung von sozial-ökologischem Wandel aus.

Auf die Spur dieser Konfliktdimensionen kommen wir, indem wir uns für die Einzelaussagen aus der Befragung die Verteilung der unterschiedlichen Bewertungen durch die Befragten im Sozialraum ansehen. Bei einer Reihe der abgefragten Statements zeigt sich so, dass Unterschiede in den Sichtweisen auf das angesprochene Thema keinen besonderen Zusammenhang mit sozioökonomischen Unterschieden aufweisen – die Mittelpunkte der Befragten, die die verschiedenen Antwortoptionen wählten, liegen dann eher zufällig und meist eng um den Mittelpunkt des Koordinatensystems verteilt. Bei anderen, umstritteneren Fragen jedoch zeigen sich deutliche Muster; Zustimmungen und Ablehnungen ordnen sich entlang einer Achse zwischen gegenüberliegenden Seiten oder Ecken des Raums an. Je weiter

dabei die starken positiven und negativen Ausprägungen (»stimme voll und ganz zu«/»stimme überhaupt nicht zu«) voneinander entfernt liegen, desto ausgeprägter korrespondieren die Sichtweisen auf die Frage mit den sozialen Positionen der Befragten, oder anders gesagt: desto stärker polarisiert die Frage zwischen sozialen Gruppen.

Vier solche Konfliktdimensionen (Abbildung 19), die sich im sozialen Raum abzeichnen, werden in diesem Kapitel vorgestellt und näher untersucht. Aus ihrem Zusammenspiel ergibt sich ein erstes Gesamtbild des neuen sozial-ökologischen Klassenkonflikts im Wechselspiel der Ebenen von Mentalitäten und Sozialstruktur.

Die ersten beiden Dimensionen verlaufen entlang der beiden Achsen des Sozialraums und sind Ausdruck der strukturellen sozial-ökologischen Klassen- und Interessengegensätze, die diese beiden Achsen beschreiben. Diese Strukturgegensätze sind jedoch in den ausgetragenen Konflikten nur in jeweils verschobener, vermittelter Form präsent, sie werden gewissermaßen indirekt zum Streitgegenstand gemacht. So verschiebt sich der vertikale Verteilungskonflikt um den gesellschaftlichen Reichtum in einen *Abstraktionskonflikt* (7.1) um Überforderung und Frustration durch Steigerungszwänge und Krisen und die Zuschreibung von Verantwortung dafür. Der horizontale Konflikt zwischen öffentlich-allgemeinen und privat-partikularen Interessen wird als *Lebensweisekonflikt* um die Legitimität alltagspraktischer Gewohnheiten und Anforderungen wie Autofahren, Ernährungsweisen oder geschlechtsneutrale Sprache ausgetragen (7.2). Die öffentliche Thematisierung und Politisierung der Transformationsfrage in den vergangenen Jahren knüpfte an diese beiden Grunddimensionen immer wieder an und verknüpfte beide entlang der Diagonalen des sozialen Raums: Von oben links nach unten rechts verläuft der derzeit stark die öffentliche Wahrnehmung und den Diskurs bestimmende *Veränderungskonflikt* um Notwendigkeit, Reichweite und Verteilung der Kosten sozial-ökologischer Transformation (7.3). Quer dazu, zwischen unten links und oben rechts, fände der derzeit weitgehend latente *Externalisierungskonflikt* um die Verteilung der sozialen und ökologischen Kosten von Nicht-Transformation und die Unhaltbarkeit des *business as usual* statt, den Teile der Klimabewegung und kritische Intellektuelle seit einiger Zeit zu politisieren versuchten (7.4).

Mentalitäten im Raum der sozialen Positionen

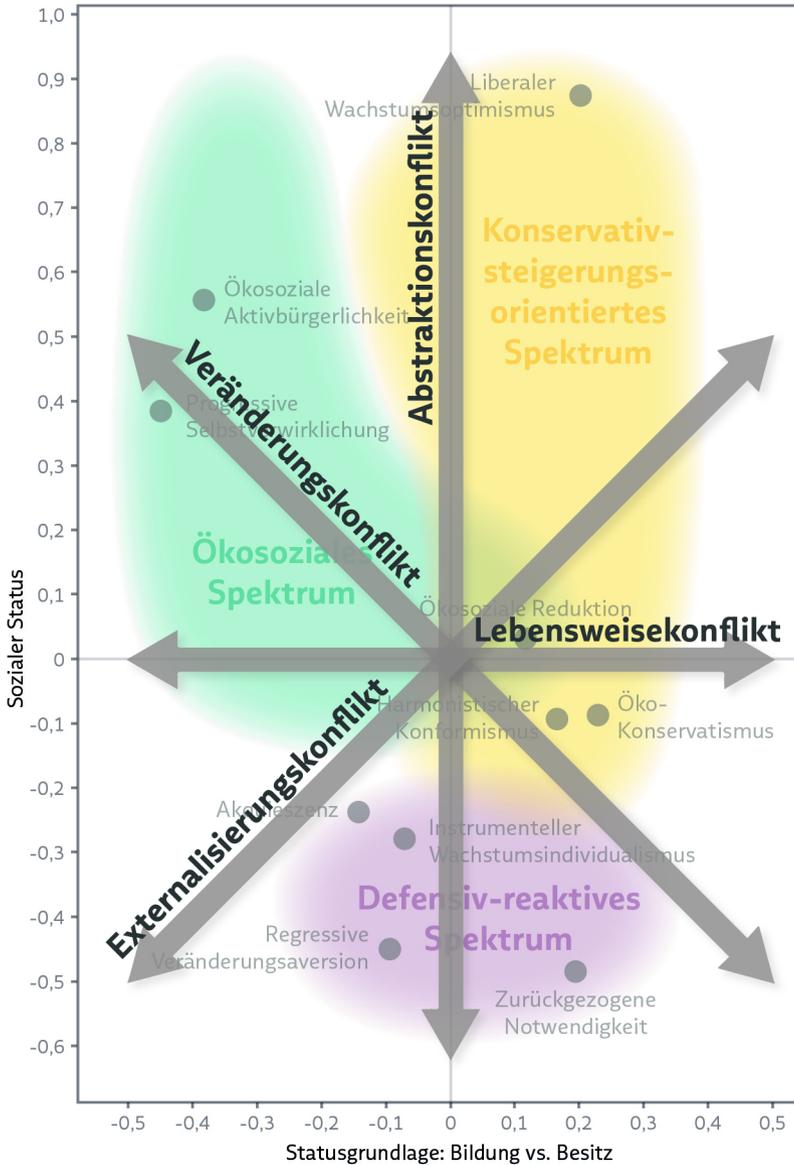


Abbildung 19: Konfliktdimensionen um Transformation

Quelle: eigene Darstellung

7.1 Abstraktionskonflikt: Der Konflikt um abstrakte Vergesellschaftung

Die aus unserer Sicht wahrscheinlich bedeutsamste, in ihrer Dynamik immer noch am wenigsten verstandene und in ihren möglichen Konsequenzen gesellschaftlich bedrohlichste Dimension des Konflikts um sozial-ökologische Transformation entspricht der *senkrechten* Macht- und Herrschaftsachse des Sozialraums. Es versteht sich zwar von selbst, dass es einen Interessengegensatz zwischen sozial mächtigen, auf das gesellschaftliche Geschehen stark einflussnehmenden und von diesem Geschehen profitierenden Gruppen einerseits und Abhängigen, Machtlosen und Benachteiligten andererseits gibt. Doch die Bedeutung dieses Klassengegensatzes für den sozial-ökologischen Konflikt ist damit noch nicht unmittelbar klar. Vor allem drohen Missverständnisse und Fehleinschätzungen, wenn er umstandslos auf einen ökonomischen Klassenkampf zwischen Reich und Arm oder zwischen Kapitalbesitzenden und Lohnabhängigen reduziert wird.

So gibt es zwar fraglos einen Verteilungskonflikt, der sich gerade mit Blick auf die kleinen Minderheiten von »Verschmutzereliten« und die von ihnen verursachten extrem hohen Emissionen sehr deutlich auch in seiner ökologischen Dimension offenbart (Chancel u. a. 2023; Neckel 2023b). Das begründet die dringende Notwendigkeit einer Umverteilung von Reichtum und damit verbundenen Naturverbrauchschanzen nicht einfach von oben nach unten, sondern vor allem *weg von »ganz oben«*. Denn solange bei vielen der Eindruck vorherrscht, dass gerade den weniger Privilegierten zunehmend Verzicht oder Anpassungsleistungen abverlangt werden, während die am Emissionsgeschehen bei weitem am stärksten beteiligten Reichen und Mächtigen ungehindert weitermachen wie zuvor, werden auch klimapolitisch unbedingt notwendige Veränderungen, die sich auf das Leben großer Teile der Bevölkerung auswirken würden, als ungerecht wahrgenommen und schon deshalb scharf abgelehnt werden. Beispielhaft für einen solchen Protest war die Bewegung der Gelbwesten in Frankreich (*Gilets Jaunes*). Diese richtete sich unter anderem gegen eine geplante höhere Besteuerung fossiler Kraftstoffe, welche besonders gering verdienende Teile der Bevölkerung belastet hätte, nicht jedoch die erheblich emissionsintensiveren Mobilitätsmuster der Eliten (Carpenter/Perrier 2023; Driscoll 2023; Schaupp 2021). Auch wenn unsere Daten die Rolle der angesprochenen »Superreichen« nicht sinnvoll erfassen können, stimmen wir den anderswo gezogenen Schlussfolgerungen voll zu: Die wahrgenommene Schonung

der Mächtigsten und am stärksten für die Krise Verantwortlichen ist ein Transformationshindernis, das durch eine Politik der vordringlichen Reduzierung von »Luxusemissionen« und der Umverteilung bearbeitet werden muss (Hickel u. a. 2022; Otto u. a. 2019; Wiedmann u. a. 2020).

Doch auch wenn eine solche Umverteilungspolitik unbedingt notwendig und geboten ist, wird sie mit dem Verteilungskonflikt zwischen Reich und Arm doch nur einen Teil dessen bearbeiten können, was sich in dieser vertikalen Dimension abspielt. Denn unsere Befragungsergebnisse weisen nicht nur wie andere jüngere Befunde (Mau u. a. 2023: 70 ff.) darauf hin, dass dieser Verteilungskonflikt bei aller Aufregung über soziale Ungleichheit im Bewusstsein der Bevölkerung derzeit keine vorrangige Rolle spielt, sondern zeigen auch auf, wohin er sich verschoben hat. Auf einer noch grundsätzlicheren Ebene als der des verletzten Gerechtigkeitsempfindens verweisen sie nämlich auf eine weit verbreitete und gegenwärtig schnell um sich greifende *Entfremdung gegenüber gesellschaftlichen Institutionen, der Politik und auch »der Gesellschaft« insgesamt*¹ und damit auf eine Abkehr von Instanzen eines abstrakt-vermittelten sozialen Zusammenhangs, dessen Teil man zwar selbst ist, der in seiner Komplexität und Eigenlogik aber immer weniger verstanden und zunehmend als verselbständigte, fremde, unberechenbare äußere Quelle von immer neuen Zwängen und Zumutungen erlebt wird. Das zeigt sich an der Verteilung der sozialen »Schwerpunkte« der von den Befragten ge-

1 Entfremdung ist ein soziologischer Grundbegriff, der viele Facetten beinhaltet und von vielen Autor:innen aufgegriffen wird. Meist ist damit ein problematisches Verhältnis von Individuen und bestimmten sozialen Gruppen zur Gesellschaft (und sich selbst) gemeint, das durch soziale, technologische oder politische Veränderungen im Zuge der Ausweitung kapitalistischer Dynamik verursacht wurde. So bspw. die von Marx thematisierte Entfremdung arbeitender Menschen im Kapitalismus von ihrer Arbeit und deren Produkten, die von Günther Anders (Anders 1956: 199 ff.) beobachtete »doppelte Entfremdung« nicht nur von der entäußerten eigenen, sondern auch von der in den selbst erworbenen Konsumgütern enthaltenen, durch die Warenform unsichtbar gemachten Arbeit, oder die bei Durkheim unter dem Begriff der »Anomie« beschriebene Überforderung durch einen zu schnellen gesellschaftlichen Wandel, der den Verlust von Traditionen und sozialen Bindungen mit sich bringt. Wir verwenden den Begriff in einem breiten und eher assoziativen, nicht auf eine bestimmte theoretische Tradition verpflichteten Sinne, um die Erfahrung der Überforderung, Machtlosigkeit und Handlungsunfähigkeit gegenüber einem zwar durch eigenes Handeln mit geschaffenen, aber als verselbständigt, eigenlogisch, nicht-responsiv und kognitiv undurchdringlich erlebten gesellschaftlichen Zusammenhang zu beschreiben. Einen Überblick zu verschiedenen Theorien der Entfremdung bietet Henning (Henning 2020). Für theoretische und sozialphilosophische Auseinandersetzungen mit dem Phänomen siehe Jaeggi (2005) und Rosa (2016a).

gebenen Antworten auf eine Reihe der abgefragten Statements im sozialen Raum, die in 1 20 an einigen Beispielen dargestellt ist.

So wird die Vorstellung, mit eigenem Handeln etwas gegen ökologische Krisen bewirken zu können, von oben nach unten immer mehr verneint, den Medien wird weniger vertraut, Wissenschaft skeptisch oder kritisch gesehen, Politik wird vor allem unten im Raum als für das eigene Leben bedeutungslos wahrgenommen, Globalisierung als letztlich schädlich für die Menschen gesehen. Auch technologische Entwicklungen wie die Digitalisierung und ganz besonders die Gentechnologie sowie auch gesellschaftliche Veränderung ganz allgemein stoßen ebenfalls vor allem dort auf Ablehnung oder werden mit Sorge betrachtet. Während oben im Raum alle diese Institutionen, Technologien und Prozesse weit überwiegend Vertrauen und Zustimmung genießen. Zusammengefasst steigen Wahrnehmungen eigener Machtlosigkeit, und damit verbunden auch Neigungen zur Abwehr von Veränderungen, senkrecht nach unten hin an, während spiegelbildlich eine optimistische Befürwortung gesellschaftlichen »Fortschritts« und ein Selbstbild als handlungsmächtig und gestaltungsfähig nach oben hin zunehmen. Einen weiteren Hinweis gibt auch die Verteilung der Haltungen zu den Coronaprotesten: Zwar positionierte sich diesen gegenüber insgesamt eine große Mehrheit kritisch, doch konzentrierten sich Sympathie mit und Teilnahme an den Protesten deutlich in der unteren Mitte.

Was in diesen Befunden übergreifend zum Ausdruck kommt, sind Erfahrungen erheblicher Überforderung in relevanten Teilen der Bevölkerung – aber nicht unbedingt Überforderung mit gesellschaftlichem Wandel, ökologischer Politik oder sozial-ökologischer Transformation per se, sondern mit etwas anderem: mit der sich immer weiter steigernden, gesellschaftlichen Komplexität, den ebenso stetig zunehmenden Anforderungen technologischer Neuerungen, dem Druck zu immer größeren produktiven und konsumtiven Leistungen zur Aufrechterhaltung der Wachstumsdynamik und der zunehmenden Fremdbestimmung durch abstrakte Wissensformen und Technologien. Die dahinter stehende Erfahrung ließe sich vielleicht so zusammenfassen: *Alle möglichen Aktivitäten müssen ständig immer weiter*

2 Verteilung der Antworten zu den Statements »Es ist zwecklos, meinen Beitrag für die Umwelt zu leisten, solange andere sich nicht genauso verhalten«, »Radio, Fernsehen und Zeitungen verschweigen wichtige Tatsachen«, »Wir vertrauen zu sehr der Wissenschaft und nicht genug unseren Gefühlen und dem Glauben« und »Ich mache mir Sorgen, dass sich unser Leben in Deutschland zu sehr verändert«.

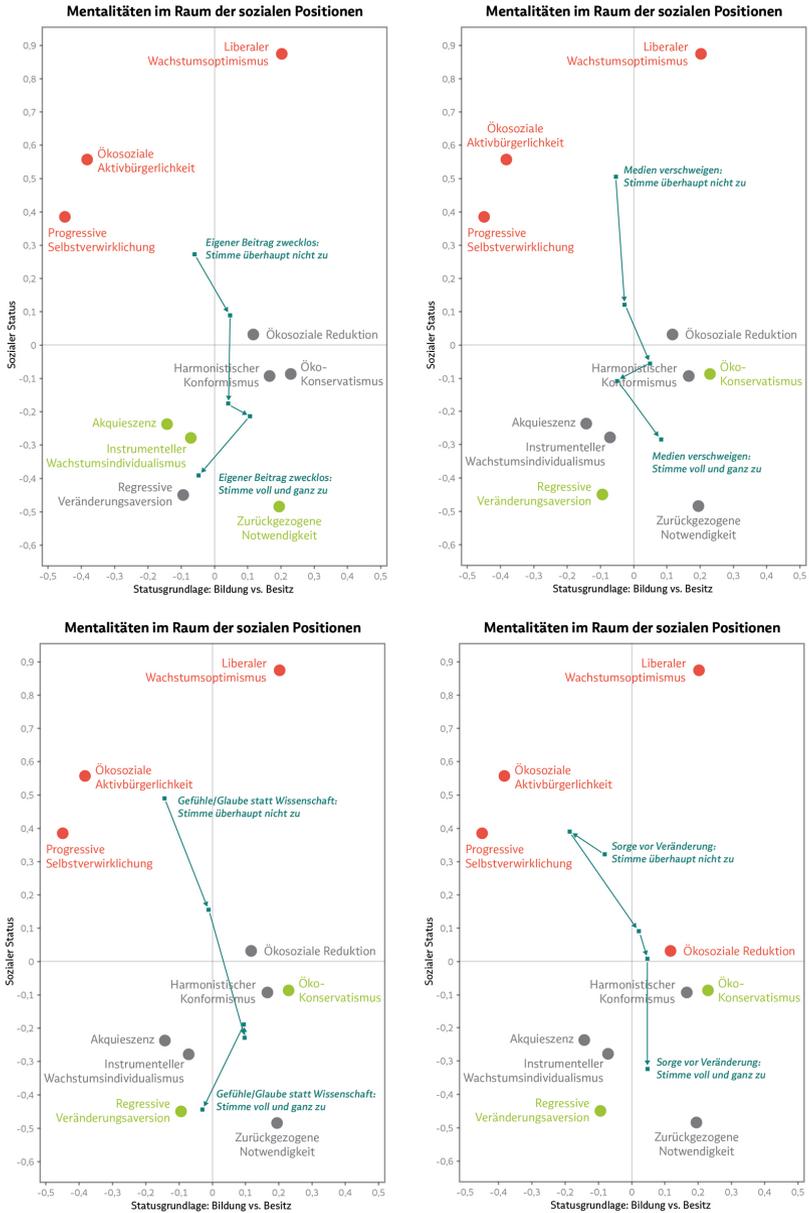


Abbildung 20: Vertikaler Konflikt um abstrakte Vergesellschaftung²
 Hier wie bei den folgenden Abbildungen gilt: Grün eingefärbte Mentalitätstypen bestätigen die jeweilige Aussage besonders stark, rot eingefärbte lehnen sie besonders stark ab.

Quelle: eigene Darstellung

*ausgeweitet werden, alle möglichen Technologien unbedingt überall eingesetzt, alle Lebensäußerungen und sozialen Prozesse immer lückenloser erfasst, kontrolliert und für unterschiedlichste Zwecke nutzbar gemacht werden, und aus diesen abstrakten Steigerungszwängen ergeben sich für uns immer mehr unentrinnbare Zumutungen und Zwänge, denen wir machtlos ausgeliefert sind.*³ Aus ihrem Verhaftetsein in ihrer konkreten, alltäglichen Lebenswelt in einer halbwegs überschaubaren, vertrauten Umgebung heraus, erleben viele genau diejenigen Prozesse, die anderen als »Fortschritt« erscheinen, als sich vertiefende Beherrschung durch ein abstraktes »System«. Und zwar durch ein abstraktes System, das den eigenen Bedürfnissen gegenüber indifferent ist und dessen Triebkräfte und Logik sich dem eigenen Verständnis verschließen. In der relativen Stabilitäts- und Prosperitätsphase, die Deutschland in den 2010er Jahren erlebte, wurde dies zwar von vielen bereits als Quelle steigenden Drucks und wachsender Belastungen erfahren, angesichts der gleichzeitig erlebten und für die Zukunft in Aussicht stehenden Wohlstandszuwächse aber als notwendiger Preis akzeptiert. In der akuten Krisensituation der jüngsten Zeit, so unsere Deutung, ist dieser implizite Kontrakt jedoch hinfällig geworden, das Versprechen gilt nicht mehr, und Überforderung und Unzufriedenheit schlagen voll durch. Gerade Botschaften, die auf noch größere Komplexität und zusätzliche Anforderungen an das eigene Leben hinauslaufen, werden in dieser Situation mit besonderer Aggressivität zurückgewiesen. Als Ausdruck abstrakter Beherrschung erscheinen dann nicht so sehr Appelle zur Sparsamkeit und harten Arbeit, die ja immerhin die Wiederherstellung des früheren Deals in Aussicht stellen, sondern auch und gerade Forderungen nach sozial-ökologischer Transformation und politische Maßnahmen zu ihrer Umsetzung, stützen sich diese mit den Erkenntnissen der Klimaforschung doch auf ein geradezu idealtypisches abstraktes Wissen, das

³ Gegen diese Deutung ließe sich einwenden, dass die »gesellschaftsskeptischen« Antworten auf einige dieser Aussagen nur von relativ kleinen Teilen der Befragten gewählt wurden – dies stimmt zwar, doch hat die durch viele andere Befragungen belegte Entwicklung der vergangenen Monate gezeigt, dass gerade Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen und Regelwerke sehr schnell erodieren kann. Unsere Daten zeigen nicht nur, wo dies bereits Ende 2021/Anfang 2022 der Fall war, sondern weisen auch die Stellen auf, an denen auch aufgrund der Erkenntnisse jüngerer Studien (SINUS 2023) erwartet werden kann oder muss, dass sich dieser Erosionsprozess zwischenzeitlich in deutlich erhöhtem Tempo fortgesetzt hat. Hiervon ist nicht nur bei den Mentalitäten des *defensiv-reaktiven Spektrums*, sondern besonders auch bei den zum *konservativ-steigerungsorientierten Spektrum* gerechneten *öko-konservativen* und *harmonistisch-konformistischen* Typen auszugehen.

nur mittels komplexer gesellschaftlicher Einrichtungen und Verfahren zu gewinnen ist und dem nur das Vertrauen in diese Einrichtungen und Verfahren einen Wert zuschreiben kann.

Ausdruck eines *Klassenkonflikts* ist dies insofern, als die senkrechte Raumachse im hier angewandten erweiterten soziologischen Verständnis eben nicht einfach die Ungleichheit in der Verteilung von Reichtum oder Macht beschreibt, sondern die Unterschiede des Ausmaßes und der Art und Weise, wie verschiedene Bevölkerungsteile in die umkämpften Prozesse abstrakter Vergesellschaftung und der Steigerung von Komplexität eingebunden sind und sich eingebunden fühlen. Diejenigen, die aktiv mitwirken an den verschiedenen miteinander verschränkten Prozessen (in Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Medien, Technologieentwicklung usw.), von dieser Mitwirkung materiell und/oder symbolisch profitieren und daher ein Interesse an ihrer Fortsetzung haben, stehen hierbei jenen gegenüber, die in diese Prozesse abhängig eingebunden sind, sich ihnen nicht entziehen können, und vor allem Belastungen durch ihre Haupt- und Nebenfolgen erfahren.

Die in Abbildung 18 dargestellte Konstellation legt vor diesem Hintergrund nahe, die jüngsten Erfolge der extrem rechten AfD damit zu erklären, dass sie es vermag, diese Abwehrreaktionen politisch aufzugreifen und für sich zu nutzen. Die AfD und andere rechte Kräfte, wie auch die im Befragungszeitraum noch relevanten Proteste gegen die Corona-Maßnahmen, wenden den Affekt gegen die abstrakten gesellschaftlichen Steigerungszwänge in Ressentiments, die (entsprechend einer Logik, die nicht nur zufällig Parallelen zu der des historischen Antisemitismus aufweist) die Verantwortung für die erlebten Zwänge und Zumutungen angeblichen geheimen Verschwörungen mächtiger Kreise zuschreiben und das aktuelle politische, mediale und wissenschaftliche Personal als deren willfähige Handlanger:innen darstellen (Lamberty/Rees 2021; Decker u. a. 2022; Best u. a. 2023). Dies verfängt durchaus nicht bei allen, die solche Erfahrungen machen, aber angesichts des Abschneidens der Rechtspartei in den jüngsten Umfragen offenbar doch bei einer steigenden Zahl.

Die um sich greifenden Entfremdungs- und Entmündigungserfahrungen und die anti-gesellschaftlichen Affekte betreffen dabei nicht nur die für autoritäre und radikal rechte Politikangebote besonders anfälligen *regressiv-veränderungsaversen* und *wachstumsindividualistisch-instrumentellen* Mentalitäten, sondern strahlen vor allem in der unteren Hälfte des Raums breit aus. Schon zum Befragungszeitpunkt Ende 2021/Anfang 2022 waren

sie nicht begrenzt auf das *defensiv-reaktive* Spektrum, sondern sehr deutlich auch beim *Öko-Konservatismus* erkennbar, der damit eine Art Einfallstor für die Ablehnung von zentralen Logiken und Institutionen der modernen Gesellschaft ins *konservativ-steigerungsorientierte* Spektrum und damit auch in die soziale Mitte darstellte. Auch wenn hier bis zum Befragungszeitpunkt überwiegend an etablierten Autoritäten festgehalten wurde und die habitualisierte Ablehnung alles Radikalen weiterhin auch die AfD traf, deutet sich in der Positionierung des Typs auf dieser Konfliktdimension doch an, dass ein Rechtsschwenk der etablierten Parteien (vor allem der CDU/CSU) in diesem Teil von deren Wähler:innenbasis mit Unterstützung rechnen könnte. Der ebenfalls zum *konservativ-steigerungsorientierten* Spektrum gehörende *harmonistische Konformismus* stellt sich in diesen Daten zwar (noch) nicht manifest als Teil des Phänomens dar, jedoch geben detaillierte Auswertungen Hinweise darauf, dass entsprechende Neigungen in latenter Form auch hier vorhanden waren – in Form einer eher unterschwelligten Nähe zu »Querdenker«-Gedankengut, die zum Befragungszeitpunkt jedoch wegen ihrer breiten sozialen Ächtung durch den besonders ausgeprägten Konformismus dieses Typs latent gehalten wurden. Anders scheint es sich mit dem Mentalitätstyp der *zurückgezogenen Notwendigkeit* des defensiv-reaktiven Spektrums zu verhalten: Dieser schien den von den Statements angesprochenen Prozessen eher konsequent indifferent gegenüberzustehen, so als wären diese Befragten vom gesellschaftlichen Geschehen so völlig entkoppelt, dass sie sich nicht einmal veranlasst sahen, es abzulehnen.

Manches spricht dafür, dass die Enteignung erlernten Wissens über den eigenen Lebenszusammenhang und der Verlust von Gestaltungsfähigkeit über denselben, als die diese Prozesse erlebt werden, nicht nur zu einer bloßen *Spannung* führt, die sich analog zu alten Vorstellungen vom Klassenkonflikt durch Umverteilung oder auch durch Demokratisierung der Kontrolle über Produktivkapital (Dörre u. a. 2024; Dörre 2023) auflösen ließe. Vielmehr scheint es für uns denkbar, dass sich hier eine gesellschaftliche *Spaltung* zwischen unvereinbaren – einerseits konkret-erfahrungsbasierenden, andererseits abstrakt-wissenschaftlich-technologisch vermittelten – Weltzugängen und Wissensweisen herausbildet.

An den Prozessen, die hierzu geführt haben und den Riss an der Transformationsfrage weiter zu vertiefen drohen, sind freilich nicht allein die technik- und wachstumsoptimistischen Eliten im oberen rechten Raum beteiligt. Vielmehr tragen dazu auch die ökosozialen Reformier:innen oben links aktiv bei, insoweit sie an technokratischen Konzepten von »Trans-

formation« als eines durch Expert:innen gesteuerten, von oben herab durchgesetzten Prozesses mit vorher ›objektiv‹ festgelegtem Ziel und Ausgang mitwirken. Dies betrifft auch sozial-ökologische Bewegungen, wenn diese ihre Forderungen nicht politisch mit Kriterien eines guten Lebens für alle begründen, sondern durch den Verweis auf die wissenschaftlich festgestellte Notwendigkeit bestimmter Maßnahmen als alternativlos (›listen to the science‹) und letztlich keiner demokratischen Aushandlung bedürftig darstellen.

Sollte die Diagnose einer (drohenden) Spaltung richtig sein, dann wäre dem allerdings nicht mehr durch pädagogische Bemühungen und durch Versuche beizukommen, die von der Veränderungsdynamik Überforderten auf einem als richtig und alternativlos gesetzten Pfad der Problemlösung mit technischen und wirtschaftlichen Mitteln »mitzunehmen«. Zu stoppen wäre der fortschreitende Vertrauensverlust und die zunehmende Entfremdung nur dadurch, dass die Koordinaten der anstehenden Veränderung eben nicht weiter als gesetzt betrachtet, sondern ernsthaft und offen zum Gegenstand einer gemeinsamen Neubestimmung gemacht würden. Erforderlich wäre eine demokratisch, inklusiv und ergebnisoffen ausgehandelte Verständigung darüber, wie die zum Erreichen von Klimaneutralität und anderen Nachhaltigkeitszielen notwendige Verkleinerung des ökologischen Fußabdrucks gesellschaftlicher Aktivitäten erreicht werden kann – und zwar auf eine Art und Weise, die gerade die Benachteiligten nicht überfordert und sich stattdessen an der Befriedigung der Bedürfnisse aller orientiert. Das allerdings würde nicht nur ›oben‹ verlangen, sehr mächtige Interessen und kaum weniger mächtige eigene Glaubenssätze von Wachstum und/oder Fortschritt zur Disposition zu stellen, sondern eine Verständigung setzte ja auch auf der anderen Seite eine Situationsdefinition voraus, die eine Verständigung über den Graben hinweg überhaupt sinnvoll erscheinen ließe. Verschwörungsideologische Vorstellungen und falsch personalisierende Schuldzuweisungen für abstrakte gesellschaftliche Prozesse bieten hierfür keine Basis. Eine alternative, dieser falschen Personalisierung entgegengesetzte Deutung, die den Entfremdungserfahrungen einen anderen Sinn verleihen und sie für eine solche Kommunikation anschlussfähig machen könnte, scheint zwar grundsätzlich möglich, wird jedoch aktuell nicht gesellschaftlich artikuliert. Diese alternative Deutung würde gerade den abstrakt-unpersönlichen Charakter der erlebten Herrschaft betonen und versuchen, diesen in Bemühungen um eine Rückgewinnung von Handlungsmacht gegen die Steigerungszwänge zu wenden, um zu

einem solidarischen und ökologisch verträglichen Ausgang aus der Krise beizutragen. Eine solche Perspektive ist jedoch nicht in Sicht und kann wohl weder von der sozial isolierten Linken noch von der selbst zu stark in die kritisierten Prozesse verstrickten Klimabewegung erwartet werden. Sie wäre derzeit wohl auch bei keinem der von dem Entfremdungsphänomen betroffenen Mentalitätstypen ohne weiteres anschlussfähig.

7.2 Lebensweisekonflikt: Der Verteilungskonflikt zwischen öffentlich-allgemeinen und privat-partikularen Interessen

Entlang der horizontalen Raumachse verläuft die zweite Dimension des sozial-ökologischen Klassenkonflikts: Der Verteilungskonflikt zwischen öffentlich-allgemeinen und privat-partikularen Interessen, der in der Alltagswahrnehmung und der öffentlich-medialen Debatte als *Lebensweisekonflikt* ausgetragen wird. Die horizontale Achse des Sozialraums beschreibt in sozialstruktureller Hinsicht Unterschiede in der Ressourcenausstattung, mit denen auf der Ebene der Mentalitäten gegensätzliche Grundlogiken sozialer Beziehungen korrespondieren: Positionen links im sozialen Raum kennzeichnet eine hohe relative Bedeutung von Bildung gegenüber materiellen Ressourcen sowie interpersonale Tätigkeiten in vorwiegend öffentlich finanzierten Bereichen wie Wissenschaft, Erziehung und Unterricht, Kunst und Kultur, dem Gesundheits- und Sozialwesen, aber auch in Hilfsarbeiten und Nicht-Erwerbstätigkeit (Schüler:innen und Studierende, Erwerbslose, Haus- und Familienarbeit). Diese gesellschaftlichen Positionen befördern typischerweise Orientierungen an egalitären, auf die Herstellung von *Gleichheit* gerichteten Beziehungen, an der Schaffung von (eigenen und fremden) *Erfahrungsmöglichkeiten* durch das eigene Handeln und an der Gestaltung oder Veränderung gegebener sozialer Verhältnisse im Interesse dieser Ziele. Die ihnen entsprechenden Orientierungen sind also tendenziell *transformativ* und auf die dynamische Entfaltung der Möglichkeiten des *Lebens* gerichtet. Dem gegenüber stehen rechts im Raum die eher auf materiellen Wohlstand gestützten Positionen vieler Beschäftigter in leitenden, technischen und organisatorischen Tätigkeiten in der Privatwirtschaft (Industrie, Bau, Handwerk, Finanz- und Versicherungsbranche, Logistik, Handel), aber auch vieler Menschen im Ruhestand. Diesen gesellschaftlichen Positionen entsprechen eher *hierarchische* Grundhaltungen und Gesellschaftsvorstel-

lungen, ein auf Eigentum und auf die *Aneignung* der »toten« Produkte von Arbeit und Natur gerichtetes (*possessives*) Verhältnis zur äußeren Welt, sowie der *konservative* Wunsch, die den eigenen Wohlstand sichernden Verhältnisse zu bewahren.

Im Hinblick auf Fragen gesellschaftlicher Transformation hängen diese Unterschiede der sozialen Lagen mit ihrerseits gegensätzlichen Verhältnissen zum gesellschaftlichen Ganzen, Haltungen zum Umbau desselben und damit verbundenen Erwartungen und Ansprüchen an die Politik zusammen. Rechts ist das Interesse am Erhalt und möglichst Ausbau des eigenen privaten Eigentums und der damit verbundenen Lebensweise ausschlaggebend. Das bedingt den Wunsch nach Schutz vor Ansprüchen »der Gesellschaft« bzw. des Staates und nach einer Politik der Begünstigung und »Entlastung« von Eigenheimbesitzer:innen, Autofahrer:innen und Unternehmen sowie möglichst wenig Besteuerung und Einmischung in die eigenen »privaten« Angelegenheiten. Dem steht auf der linken Seite des Raums ein Interesse an der Bereitstellung allgemein zugänglicher, öffentlicher (Infra-)Strukturen und am möglichst günstigen und garantierten Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen entgegen: Eine Prioritätensetzung, die gerade mehr Regulierung, Besteuerung und ein stärkeres In-Verantwortung-Nehmen von Eigentümer:innen seitens des Staates verlangen würde.⁴

Die in der Einleitung erwähnten Streitpunkte und Konfliktgegenstände der jüngsten Zeit kreisen oft gerade um diesen horizontalen Gegensatz: So lässt sich etwa der Konflikt um das Gebäudeenergiegesetz in Teilen durchaus so verstehen, dass sehr erfolgreich die Interessen von Hausbesitzer:innen mobilisiert wurden, um politischen Kontrahent:innen zu schaden und zu verhindern, dass frühzeitig verbindliche Rahmenbedingungen für die Senkung der Emissionen des Gebäudebestands gesetzt werden. Auch der Widerstand gegen Tempolimit, Verbrenner-Aus und einen auf mehr klimafreundliche und platzeffiziente Mobilitätsformen gerichteten Umbau der

4 Allerdings kann sich mit diesem Interesse am Allgemeinen auch ein Sich-Verlassen und eine selbstverständliche Erwartung der Verfügbarkeit von Infrastrukturen und (Dienst-)Leistungen verbinden, um auf ihrer Basis eigene Konsum- oder Selbstverwirklichungswünsche zu verfolgen. So steigt zum Beispiel die Häufigkeit und Selbstverständlichkeit der Nutzung von Bringdiensten nach links hin an. Die Orientierung an Erfahrungsmöglichkeiten muss also (gerade links oben) nicht unbedingt mit Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse anderer einhergehen, sondern kann auch als Externalisierungschance erfahren und genutzt werden. Es geht uns also durchaus nicht darum, die im linken Teil des Raums bestimmenden Interessen ganz grundsätzlich für unproblematisch oder sozial-ökologisch unbedenklich zu erklären.

Städte setzt an den Interessen von Autobesitzer:innen an und spielt sie aus gegen das allgemeine Überlebensinteresse wie auch gegen die Interessen nicht-besitzender Bevölkerungsteile an guten öffentlichen Infrastrukturen, lebenswerten Städten, der Begrenzung von durch die Allgemeinheit zu tragenden Umwelt- und Gesundheitsschäden, usw. Umgekehrt argumentiert die Klimabewegung sehr stark aus dem Interesse am Allgemeinen heraus, wenn sie entschlosseneres politisches Handeln, allgemein verbindliche Regeln wie eben ein Tempolimit oder ein SUV-Verbot in Städten, Vorgaben für Unternehmen oder die Abschaffung von Inlandsflügen anmahnt sowie den Ausbau öffentlicher Infrastrukturen und Leistungen (besserer Nahverkehr, 9-Euro-Ticket, Grünräume in Städten) fordert. Mit diesen Forderungen gerät sie, wie auch mit einigen ihrer Aktionsformen selbst, unvermeidlich in Konflikt mit jenen partikularen Eigentumsinteressen.

Obwohl viele der Konflikte um Klimapolitik und Transformation sich also um diesen horizontalen Gegensatz zwischen öffentlich-allgemeinen und privat-partikularen Interessen drehen, scheint dieser dennoch nicht nur in der öffentlichen Debatte, sondern auch im Bewusstsein der Befragten kaum eine Rolle zu spielen. Wie in der vertikalen Dimension ist der Verteilungskonflikt auch in seiner horizontalen Ausprägung, als Streit über das Missverhältnis zwischen privatem und öffentlichem Wohlstand (siehe z. B. Bothfeld 2023), effektiv dethematisiert. Statt als *Interessenkonflikte* erscheinen auch diese Auseinandersetzungen meist verschoben und verkürzt als »kulturelle« Konflikte zwischen Stadt und Land (Haffert 2022), Jung und Alt (z. B. Meade 2020; kritisch dazu Rucht 2019) oder männlich-autoverliebten und weiblich-ökologischen Lebensstilen. So entsteht der Eindruck, es seien letztlich »nur« die alltagskulturellen Prägungen, also die Mentalitäten, unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen, die miteinander in Konflikt geraten. Dass bei Berücksichtigung der mit den jeweiligen sozialen Lagen verbundenen Interessen aber einiges an den gegenwärtigen Konflikten verständlicher wird, lässt sich auch an unseren Daten zeigen.

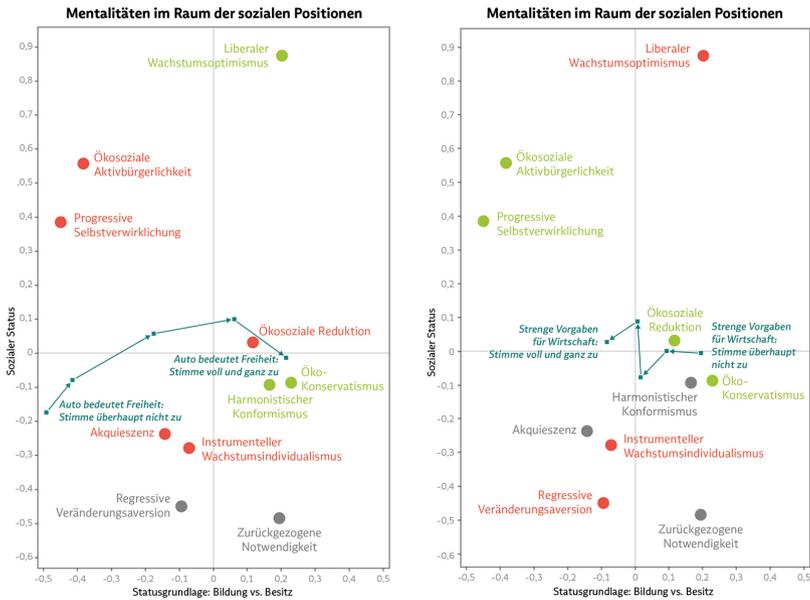


Abbildung 21: Konfliktdimension partikulare Besitzinteressen vs. Interesse am Allgemeinen⁵

Quelle: eigene Darstellung

So weist die in Abbildung 21 links zu sehende räumliche Verteilung der Antworten zur Aussage »Ein eigenes Auto zu besitzen, bedeutet Freiheit« den zunächst einmal vielleicht erwartbaren Gegensatz zwischen dem (ablehnenden) ökosozialen und dem (bejahenden) konservativ-steigerungsorientierten Spektrum auf. Hier zeigt sich gerade an der Zustimmung beim *öko-konservativen* Mentalitätstyp, wie das konkrete Interesse am Erhalt einer auf das private Eigentum an Eigenheim und Auto zugeschnittenen Lebensweise und der entsprechenden Infrastrukturen gegenüber den abstrakt geäußerten Überzeugungen die Oberhand behält. Zugleich wird aber auch deutlich, dass die Benachteiligten im unteren sozialen Raum, deren angebliche (und teilweise auch reale) Angewiesenheit auf das Auto immer wieder herangezogen wird, um die Bevorzugung des Privaten gegen das Öffentliche zu legitimieren, die positive Besetzung dieses Besitzes keineswegs

⁵ Verteilung der Antworten zu den Statements »Ein eigenes Auto zu besitzen, bedeutet Freiheit« und »Umweltprobleme lassen sich nur lösen, wenn die Politik der Wirtschaft strenge Vorgaben macht«.

unbedingt teilen. Vielmehr scheint die Angewiesenheit auf das Auto hier oft eher als Zwang erlebt zu werden, was nahelegt, dass gerade hier viele der Schaffung von Alternativen durchaus Positives abgewinnen könnten. Die Blockade von Transformationsschritten im Verkehrssektor liegt hier also weniger darin, dass Benachteiligte, die aktuell keine Alternative zu einer bestimmten nicht-nachhaltigen Infrastruktur haben, sich auf deren weitere Nutzung angewiesen sehen, als in einer Kombination von Besitzinteressen und darauf gestützten Freiheitsvorstellungen bei eher mittelständischen Fraktionen des *konservativ-steigerungsorientierten* Spektrums.

Etwas anders stellt es sich dar, wenn es um eine stärkere umweltpolitische Regulierung der Tätigkeit von Unternehmen geht. Zwar ist auch hier bei der Verteilung der Antwortoptionen ein horizontaler Gegensatz deutlich erkennbar. Dieser verweist jedoch nicht auf einen Konflikt zwischen ökosozialem und konservativ-steigerungsorientiertem Spektrum. Vielmehr stimmen in diesem Fall die grundsätzlich pro-ökologischen Mentalitätstypen in der Mitte in ihrer Befürwortung stärkerer Regulierung überein, während der Widerspruch von den *liberal-wachstumsoptimistischen* Eliten einerseits und zwei der drei *defensiv-reaktiven* Typen andererseits kommt – also von rechts oben *und* der unteren Mitte. Hier finden also die ökonomisch wohlhabenden Eliten in ihrer Abneigung gegen verbindliche Regeln für die Verwendung ihres Produktiveigentums Unterstützung durch Teile der unteren Klassen, die sich entweder von Wachstum und Wettbewerb persönliche Chancen erhoffen (*instrumenteller Wachstumsindividualismus*) oder starke Abneigungen gegen Politik im Allgemeinen und Umweltpolitik im Besonderen hegen (*regressive Veränderungsaversion*).

Am deutlich größeren Abstand zwischen den Mittelpunkten der positiv und negativ antwortenden Befragten bei der Frage zum Auto im Vergleich mit der zur Regulierung zeigt sich zudem eine Eigenheit dieser horizontalen Konflikte auf, nämlich ihre enge Bindung an den Alltag. Denn die Gegensätze hängen an Unterschieden des Eigentums und der Ausstattung mit Bildung, die ganz direkt unterschiedliche alltägliche Umgebungen und Erfahrungen mit sich bringen und darüber auch unterschiedliche Arten und Weisen der alltäglichen Lebensführung bedingen. Deshalb sind es hier stärker diese sozial spezifischen *Lebensweisen*, an und in denen die politisch aufgegriffenen und konflikthaft zugespitzten Gegensätze zum Ausdruck kommen. So zeigen sich in den Angaben zu z. B. Ernährung, Wohnen, Mobilität, Sorgepraktiken oder Engagement oftmals stärkere Gegensätze als an den dargestellten inhaltlichen Fragen. Typisch für den linken Bereich des sozia-

len Raums sind dabei Versuche, die eigene Lebenspraxis nach Kriterien von Nachhaltigkeit und Fairness auszurichten, die aus eigener Reflexion heraus als allgemein sinnvoll und wünschbar erkannt worden sind. Diese Reflexion selbst, das dafür nötige gedankliche »Heraustreten« aus der eigenen Situation mit ihren alltäglichen Zwängen und Notwendigkeiten, wird freilich durch den von Bildung ermöglichten souveränen Umgang mit abstraktem Wissen und durch z. B. Lehr- oder Sorgetätigkeiten, die das regelmäßige Sich-Hineinversetzen in andere voraussetzen, stark begünstigt. Rechts dagegen bedingt die Abhängigkeit vom Eigentum, dass dessen Bedeutung für den eigenen Lebensentwurf und die gewohnte, »schon immer so gewesene« Lebensweise als unhinterfragbar berechtigt wahrgenommen und gegen »moralisch« oder »ideologisch« begründete Veränderungsanforderungen abgeschirmt werden. Der hier ausgetragene »Streit um die Lebensführung« (Neckel 2020) hat also durchaus eine kulturelle Dimension, doch verdeckt deren Hervorhebung in der öffentlichen Diskussion, dass dahinter im Kern Unterschiede sozialer Positionen und damit verbundener Interessen an unterschiedlichen *Lebensweisen* verhandelt werden.

Eine Sonderstellung nimmt hier der *liberal-wachstumsoptimistische* Mentalitätstyp ein, bei dem angesichts des ebenfalls besonders hohen Bildungsgrads der Befragten durchaus auch von hohen reflexiven Kapazitäten ausgegangen werden kann. Hier überwiegt jedoch das Interesse am Erhalt der eigenen materiell privilegierten Positionen und der Geschäftsgrundlage der eigenen beruflichen Stellungen, und die Reflexionsfähigkeit wird entsprechend *diesem* Interesse eingesetzt – das Beharren auf der gegebenen Ordnung ist hier also nicht Ausdruck einer Verweigerung von Reflexion, sondern es ist gerade deren Erhalt, der strategisch-reflektiert verfolgt wird.

Im Interesse dieser Strategie der Abwehr transformativer Herausforderungen können auch Allianzen mit sozial weit entfernten Gruppen eingegangen werden, die in vieler Hinsicht ganz andere Interessen vertreten. Das deutet sich in den in Abbildung 22 dargestellten Haltungen zur Klimabewegung an. Während die Klimabewegung ihre aktivistische und sympathisierende Basis wenig überraschend im linken sozialen Raum hat, bündeln sich rechts die ablehnenden Haltungen. Hinsichtlich der einzelnen Mentalitätstypen ist die Distanz zur Bewegung neben dem *Harmonistischen Konformismus* aus dem *konservativ-steigerungsorientierten* aber insbesondere bei allen drei Typen des *defensiv-reaktiven* Spektrums ausgeprägt.

Der Gegensatz der Mentalitäten zwischen links und rechts im Raum ist also keiner zwischen den Polen radikaler Befürwortung ökosozialer Anlie-

Mentalitäten im Raum der sozialen Positionen

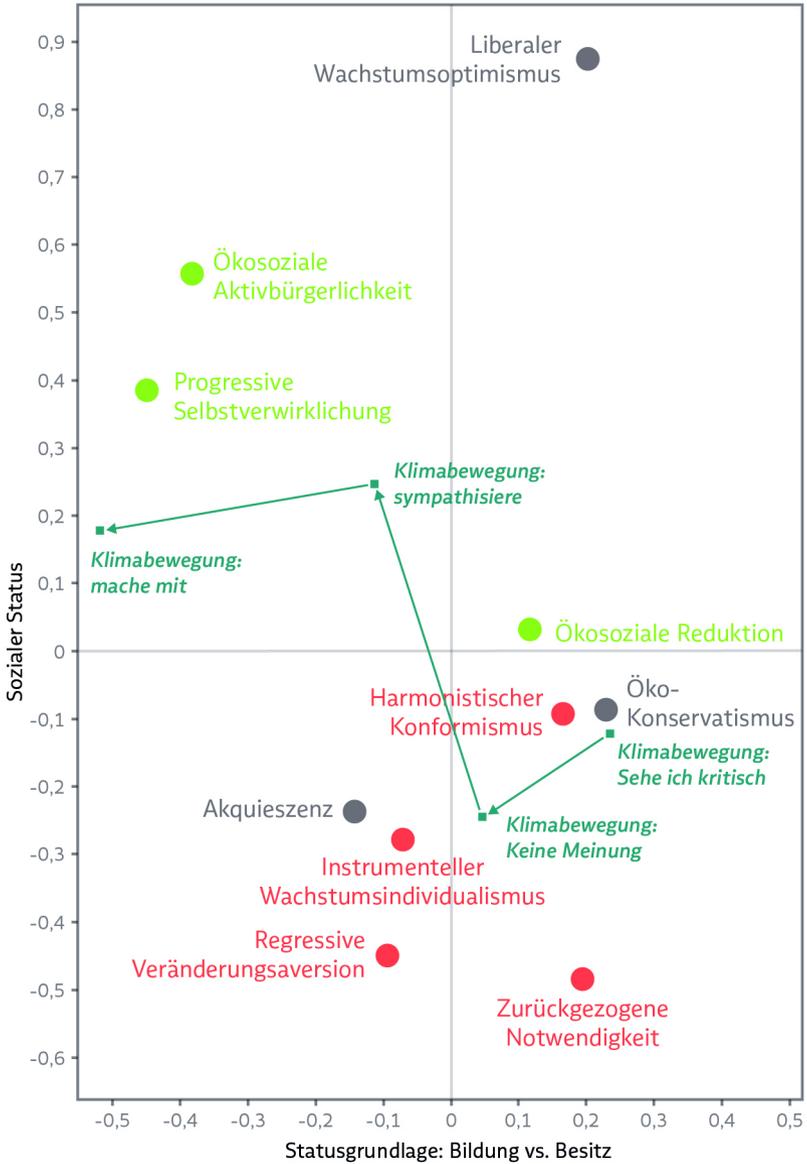


Abbildung 22: Haltung zu und Aktivität in der Klimabewegung, Verteilung der Mittelpunkte der Antwortoptionen im Raum

Quelle: eigene Darstellung

gen einerseits und ihrer radikalen Ablehnung andererseits, sondern er bezieht sich auf das grundsätzliche Verhältnis zu diesen Fragen, die Richtung, aus der sie in den Blick genommen werden: Den linken Pol bildet die bewusste Orientierung an allgemeinen Nachhaltigkeits- und Gerechtigkeitsnormen als Richtschnur persönlichen wie politischen Handelns, den rechten dagegen das gewohnheitsmäßige Festhalten am als »normal« Verinnerlichten und die Ablehnung schnellen und tiefgreifenden Wandels. Letzteres ist typisch für das über lange Zeit und ungebrochen an die Logik der Wachstumsgesellschaft gewöhnte und auf deren Fortsetzung hoffende *konservativsteigerungsorientierte* Spektrum, nicht aber für die *defensiv-reaktiven* Mentalitäten, die aus erlebten Brüchen und Destabilisierungserfahrungen heraus eher grundsätzlichere, politisch-ideologisch aufgeladene Abwehrhaltungen einnehmen. Deutlich wird das zum Beispiel an der Identifizierung des Autos mit Freiheit (Abbildung 21) oder daran, dass regelmäßiger oder häufiger Fleischkonsum am rechten Rand, das betonte Beharren darauf, *immer* Fleisch zu essen, aber in der unteren Mitte verortet sind. So erklärt sich auch die eher überraschende politische Verortung dieser Konfliktdimension: Der Verteilungskonflikt zwischen öffentlich und privat findet seine gegensätzlichen Pole nämlich nicht in den meist wahrgenommenen Antipoden Grünen und AfD, sondern in sozialstruktureller Hinsicht ist hier ein regelrechter Lagergegensatz zwischen Grünen und Linken (sowie der Klimabewegung) einerseits und den altbundesrepublikanischen Parteien Union, SPD und FDP (sowie den Gewerkschaftsmitgliedern) andererseits erkennbar. Die AfD indes, die mit ihren extremen Positionen jedenfalls zum Befragungszeitpunkt nicht (mehr) vorrangig von besitzenden sozialen Gruppen gewählt wurde und deren Anhänger:innenschaft sich zum Befragungszeitpunkt in der unteren Mitte bündelte (siehe z. B. Buchmayr 2023), schien in diesem Gegensatz nicht klar verortet. Berücksichtigt man jedoch die in Kapitel 6 diskutierten Strukturabweichungen (Heterologien) zwischen sozialem und politischem Raum, so kann einerseits die SPD mit ihren politisch im Verhältnis zur sozioökonomischen Position systematisch linkeren Unterstützer:innen nicht ohne weiteres dem ›Lager‹ der Partikularinteressen zugeordnet werden. Andererseits kann die AfD mit ihrer politisch nach rechts verschobenen Wähler:innenschaft doch an dieses heranrücken.

Mau, Lux und Westheuser sehen, wie in Kapitel 2 diskutiert, wegen des immer noch breiten Konsenses über allgemeine ökologische und menschenrechtliche Normen, keine Polarisierung der Bevölkerung, sondern lediglich eine Abspaltung eher kleiner, aber lauter regressiv-autoritärer Minderhei-

ten – also mehr oder weniger derer, die sich demonstrativ von ökosozialen Handlungsmotivationen distanzieren und die radikale Gegenposition einnehmen (Mau u. a. 2023). Richtig ist daran, dass von einer Polarisierung im Sinne einer Aufspaltung in zwei gegensätzliche bis feindliche Lager und dem Verschwinden von Zwischenpositionen nicht die Rede sein kann – gibt es doch, wenn man denn ein solches eindimensionales Kontinuum aufmachen will, mit dem *konservativ-steigerungsorientierten Spektrum* eine sehr breite, von solcher ideologisierten Gegner:innenschaft scheinbar nicht erfasste »Mitte«. Mit Blick auf die Dreieckskonstellation der Spektren zeigen die mentalen Gegensätze auf der horizontalen Achse aber eine andere Seite dieses Bildes auf, die beim Blick allein auf die ideologische Ebene in den Hintergrund gerät: Entlang der horizontalen Achse erscheint nämlich das *konservativ-steigerungsorientierte Spektrum* gerade in seiner Ablehnung von (ökosozialer) »Ideologie« und von »moralistischen« normorientierten Praktiken, die gegen eigene vopolitische Normalitätsvorstellungen verstoßen, als der eigentliche Gegenpol ökosozialer Transformationsanliegen. In dieser Abwehr allerdings ist es durchaus mit dem *defensiv-reaktiven Spektrum* vereint. Damit erscheint zumindest in dieser Dimension eher das *ökosoziale Spektrum* als die in eine Richtung radikal abweichende Minderheit.

Dass der gesellschaftliche Transformationskonflikt primär als polarisierender kultureller Konflikt wahrgenommen wird, ist vor diesem Hintergrund vor allem für eine Position sehr vorteilhaft, die an der Abwehr von Forderungen nach horizontaler Umverteilung von privat zu öffentlich interessiert ist. Denn diese Wahrnehmung lenkt vom materiellen Verteilungsaspekt dieser Konfliktdimension sehr effektiv ab und verschiebt die Gegensätze auf ein für die zu verteidigenden Eigentumsinteressen ungefährliches Terrain. Politisch ist dieses Terrain jedoch umso gefährlicher, werden so doch gerade die Gemeinsamkeiten zwischen *konservativ-steigerungsorientierten* und *defensiv-reaktiven* Mentalitäten ins Zentrum gestellt, was die verbale Abgrenzung gegenüber der radikalen politischen Rechten zunehmend weniger überzeugend macht.

Vor diesem Hintergrund wäre es fehlgeleitet, aus der auf beiden Seiten des horizontalen »Lebensweiskonflikts« gegebenen groben Entsprechung von Interessen und Mentalitäten zu schließen, die entsprechenden Haltungen und Praktiken seien hier wie dort gleichermaßen legitim oder illegitim, weil gleichermaßen interessengeleitet: Auch wenn je auf beiden Seiten erkennbare Interessen bestehen, sagt das noch nichts über die Verallgemeinerbarkeit dieser Interessen und über die allgemeine Wünschbarkeit der jewei-

ligen Ziele aus. Entgegen dem verbreiteten Impuls, »unparteiisch« zu bleiben und unterschiedlichen Sichtweisen zunächst einmal die gleiche Berechtigung zuzugestehen, deutet aus wissenschaftlicher Sicht sehr viel darauf hin, dass die für die linke Hälfte bestimmenden Interessen am Allgemeinen und die dort erkennbaren (wie auch immer unzulänglichen) Bemühungen um Änderungen der Lebensweise strukturell besser mit dem von allen geteilten Überlebensinteresse vereinbar sind als partikulare Besitzinteressen und das Beharren auf offenkundig nicht-nachhaltige Gewohnheiten, wie sie in der rechten Hälfte bestimmend sind (Görg u. a. 2023; Gough 2019; Koch u. a. 2023; Van Dyk/Kip 2023; Vogel u. a. 2021).

Es gibt keine sozialen Gruppen, deren gesellschaftliche Interessen unmittelbar mit dem langfristigen Interesse aller am Überleben identisch wären, mit diesem in eins fielen oder sich ohne weiteres mit den Interessen von Menschen in anderen Teilen der Welt an sozialer und ökologischer Gerechtigkeit decken würden, und die sich daher aus bloßem Eigeninteresse für eine an diesen Zielen orientierte Transformation einsetzen könnten. Dies haben Untersuchungen zu imperialer Lebensweise, Externalisierung und nachhaltiger Nicht-Nachhaltigkeit deutlich gezeigt (Blühdorn u. a. 2020; Brand/Wissen 2017; Lessenich 2020). Schwer vorstellbar ist aber auch, dass ein entsprechendes transformatives Projekt mehrheitsfähig werden könnte, solange es sich (jenseits des abstrakten Überlebensinteresses) ausschließlich auf altruistische Überzeugungen stützt. Es gibt aber immerhin solche Teile der Bevölkerung, die durch ihre Positionen in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung ein *Interesse am Allgemeinen* haben und aus diesem Interesse heraus auch weitreichende Umbauten hin zu gemeinwohl- und bedürfnisorientierten Strukturen für ein klimafreundliches Leben (Görg u. a. 2023) mittragen könnten. Und dies sind durchaus nicht nur oder vorrangig die wohl-situieren, städtisch-bildungsaffinen und Grünen-nahen Gruppen, an die viele dabei zuerst denken. Dies allerdings würde eine politisch-gesellschaftliche Thematisierung des Verteilungskonflikts zwischen Privat-Partikularem und Öffentlich-Gemeinsamem voraussetzen, die dies als gemeinsames Interesse und gemeinsamen Identifikationspunkt herausstellte. Hiervon kann gegenwärtig nicht die Rede sein, denn im Zentrum des Redens über die Transformationsfrage steht nicht nur politisch, sondern auch in sozialwissenschaftlichen Analysen immer wieder die folgende, dritte Konfliktdimension.

7.3 Veränderungskonflikt: Der Streit um Notwendigkeit, Reichweite und Kosten von Transformation

Wann immer über die soziale Konflikthaftigkeit der sozial-ökologischen Transformation geredet oder gestritten wird, richtete sich die Aufmerksamkeit in den letzten Jahren weit überwiegend auf die Frage nach den Kosten und Lasten des Wandels. Wenn auch in soziologischen Deutungen von »Nachhaltigkeit als sozialem Konflikt« (Neckel 2020) oder vom »ökologischen Gesellschaftskonflikt als Gleichheits- und Gerechtigkeitsproblem« (Dörre 2020) die Rede ist, dann ist damit im Kern diese Spannung angesprochen: Wenn sich an der Wirtschafts- oder gar Lebensweise etwas ändern soll, wer trägt dann die Lasten dieser Veränderung, und wie können sie gerecht verteilt werden? Hierum geht es zum Beispiel bei gewerkschaftlichen Debatten um »Just Transitions« (siehe z. B. Morena u. a. 2019; Heffron/McCauley 2018) oder den Gelbwestenprotesten in Frankreich (Carpenter/Perrier 2023; Driscoll 2023; Schaupp 2021) – wie wir hier zeigen wollen, wird entlang dieser Dimension aber auch noch mehr und anderes ausgetragen als die in diesen Zusammenhängen zum Ausdruck gebrachten Gerechtigkeitsforderungen.

Besonders deutlich zeigt sich diese Konfliktdimension in unseren Daten in der in Abbildung 23 dargestellten Verteilung der Antworten zur Befürwortung oder Akzeptanz von Preissteigerungen und Jobverlusten infolge ökologischer Krisenbewältigungsmaßnahmen. Wie das recht ähnliche Muster der Antworten zu der Aussage, man solle es mit dem Ersetzen fossiler durch biobasierte Rohstoffe auch nicht übertreiben, zeigt, verbindet sich dies aber auch mit Unterschieden in der wahrgenommenen Dringlichkeit und Priorität transformativer Maßnahmen. Es entsteht hier das Bild eines Gegensatzes zwischen den Mentalitäten des *ökosozialen Spektrums* oben links, die an Transformationszielen strikt festhalten und Preissteigerungen und Jobverluste billigend in Kauf nehmen, und den Mentalitätstypen des *defensiv-reaktiven Spektrums* unten rechts und in der Mitte, die Preissteigerungen und Jobverluste ablehnen und für ein langsames Transformationstempo und geringere Eingriffstiefe plädieren. Dieser fast schon polarisierte Gegensatz hat deutliche Entsprechungen auf der Ebene der Branchen, in denen die Befragten tätig sind: Bejahung und Akzeptanz negativer sozialer Folgewirkungen konzentrieren sich in den Bereichen Wissensarbeit und interpersonale Dienstleistungen (Wissenschaft, Bildung, Gesundheit und Soziales), während Skepsis und Vorbehalte stark in Niedriglohnbranchen verbreitet sind,

in denen Beschäftigte durch Strukturwandelprozesse stark unter Druck stehen (Logistik, Handel und Kfz-Gewerbe). Die größere Zustimmung ersterer zu Preissteigerungen und Jobverlusten hängt mit der geringeren Betroffenheit dieser Berufsgruppen von den in Rede stehenden Umbrüchen und ihren größeren Ressourcen zu ihrer Bewältigung zusammen, aber auch mit ihrem direkteren Zugang zu dem abstrakt-wissenschaftlichen Wissen, mit dem sich solche Forderungen begründen. Allerdings fällt auf, dass die Mittelpunkte der *stark* zustimmenden Befragten nicht ganz so weit oben liegen wie die der *eher* zustimmenden – gerade diejenigen mit der höchsten Bildung scheinen also weniger zu pauschalen oder dogmatischen Transformationsforderungen zu neigen, sondern die Notwendigkeit von Kompromissen und Ausgleichsmaßnahmen durchaus zu sehen. Die Ablehnung der Aussagen im unteren rechten Raum ist angesichts der bereits prekären Lagen und der erwartbaren starken Betroffenheit von negativen Folgen der vorgeschlagenen Maßnahmen alles andere als überraschend. Hier fällt bei der Aussage, die Ersetzung fossiler durch biobasierte Stoffe nicht übertreiben zu wollen, allerdings auf, dass die moderate Bejahung eher Sache der materiell Wohlhabenden im rechten oberen Raum ist. Das verweist weniger auf die eben genannten Ängste als auf ein grundsätzliches Interesse an langsamerer und »moderaterer« Veränderung.

Es ist grundsätzlich möglich, den Gegensatz zwischen oben links und unten rechts auch als Ausdruck eines dünnkelhaften Herabschauens städtisch-akademischer Gruppen, die selbst wenig zu befürchten haben, auf potentiell stärker Betroffene auf dem Land und in weniger qualifizierten Jobs erkennen zu wollen (siehe z. B. Huber 2022; Neckel 2018). Gegen solche Lesarten ist allerdings einzuwenden, dass in der linken oberen Mitte, insbesondere bei den *ökosozial-aktivbürgerlichen* Mentalitäten, steuer- und sozialpolitische Umverteilungsmaßnahmen zugunsten betroffener Beschäftigter und durch Preissteigerungen Überforderter deutlich mehrheitlich befürwortet werden (vgl. auch Mau u. a. 2023: 310). Tatsächlich scheitern derartige Maßnahmen weit weniger an einem solchen oft unterstellten Dünkel als vielmehr am Widerstand der wirtschaftlichen Eliten

6 Verteilung der Antworten zu den Statements »Plastik und Benzin sollten teurer werden, damit sich erneuerbare Alternativen durchsetzen können« und »Die Umstellung der Wirtschaft auf nachwachsende Rohstoffe ist auch dann richtig, wenn dadurch Arbeitsplätze verloren gehen« (links), »Wir sollten es nicht übertreiben damit, bewährte Rohstoffe wie Kohle, Öl und Beton immer und überall durch bio-basierte Alternativen ersetzen zu wollen« (rechts).

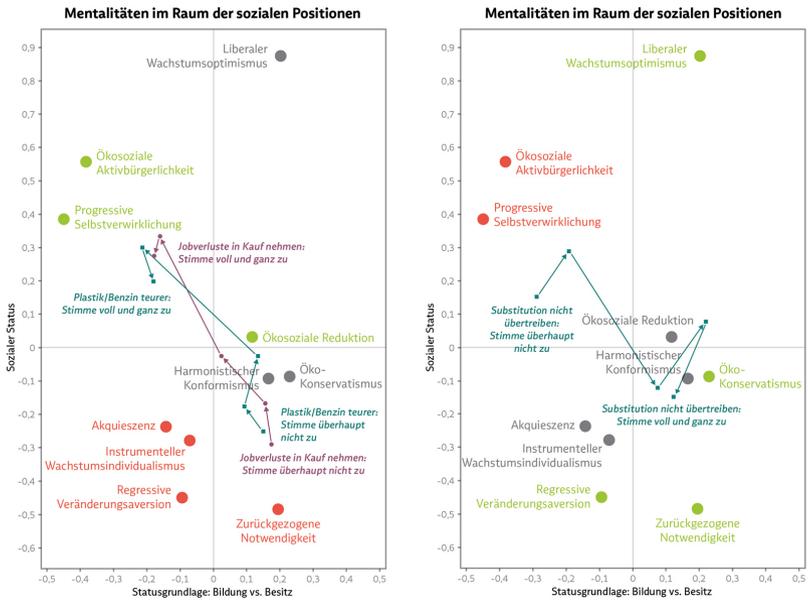


Abbildung 23: Konfliktdimension um die Kosten und Lasten der Transformation⁶

Quelle: eigene Darstellung

und der Bevölkerungsteile rechts im Raum, die auf der Schuldenbremse beharren und ihre Besitzinteressen gegen mögliche Steuererhöhungen zu verteidigen suchen.

Der vordergründige Gegensatz lässt sich aber auch deshalb so einfach in solche klischeehaften Bilder übersetzen, weil er auch auf der Mentalitätsebene mit grundlegend gegensätzlichen Wahrnehmungs- und Empfindungsweisen verbunden ist, die aus ebenso gegensätzlichen Erfahrungswelten hervorgehen und wechselseitige Abgrenzungen und Missverständnisse bewirken. So sind oben links im Raum neben wachstumskritischen und pro-transformativen Haltungen auch Orientierungen an *Selbstverwirklichung* verbreitet, die aus der Erfahrung von als selbstverständlich erlebten vielfältigen Erlebnissen, hoher Mobilität und großen persönlichen Handlungsspielräumen hervorgehen und aus denen heraus sich die Welt als Raum von Erfahrungs- und Genusschancen wie als Einladung zur ständigen Neuerfindung des eigenen Selbst darstellt. Dies bedingt nicht nur Selbstwidersprüche und Formen der praktischen Reproduktion von Nicht-Nachhaltigkeit (siehe Kapitel 5.3.1), sondern auch auf der Mentalitätsebene

einen starken Gegensatz zu den unten rechts verbreiteten *antihedonistischen* Haltungen. Diese aus der Erfahrung des Umgehens mit Mangel und geringen Handlungsspielräumen erwachsenen Dispositionen begreifen die Welt als eng begrenzten, durch äußere Notwendigkeiten und Zwänge gesetzten Rahmen, an den man sich durch Mäßigung und Selbstbeschränkung anpassen muss, was eine habituelle Abgrenzung von einem als egozentrisch und maßlos wahrgenommenen Selbstverwirklichungsstreben bedingt. Sie können für sich genommen durchaus anschlussfähig sein für Wachstumskritik und Vorstellungen einer suffizienzorientierten gesellschaftlichen Transformation – sofern Postwachstumskonzepte nicht als Selbstverwirklichungsprojekt von eher privilegierten Gruppen wahrgenommen werden. Wo diese gegensätzlichen Orientierungen in starker Ausprägung auftreten, da klafft zwischen ihnen in der Tat ein tiefer Graben, der auch Ausdruck von sozialen Ungleichheiten und Machtverhältnissen ist. Allein: die gängige politische Vereinfachung, einem vage bestimmten städtisch-akademischen, pro-ökologischen Spektrum soziale Insensibilität und Fixierung auf die eigene Selbstverwirklichung zu unterstellen, trifft das ökosoziale Spektrum in seiner Breite nicht. Nur der *progressiv-selbstverwirklichungsorientierte* Mentalitätstyp neigt tatsächlich in deutlicher Ausprägung in diese Richtung, der *ökosozial-aktivbürgerliche* aber nicht, und die *ökosozial-reduktiven* Mentalitäten zeichnen sich selbst durch den stärksten Antihedonismus unter allen zehn Typen aus (was auch eine innere Spannung des Spektrums selbst mit sich bringt).⁷

Um den Befund noch einmal zuzuspitzen: Darstellungen des sozial-ökologischen Transformationskonflikts, die diesen auf den Streit um die Verteilung von Transformationslasten engführen (oder, mit umgekehrtem Vorzeichen, auf den Kampf um »Aufklärung« und das »Mitnehmen« unzureichend informierter Bevölkerungsteile), beruhen auf klischeehaften

⁷ Ebenso fehlgeleitet sind umgekehrt Unterstellungen, anti-hedonistische und auf Selbstbeschränkung gerichtete Neigungen seien per se mit konservativen, veränderungsfeindlichen und antiökologischen Einstellungen verknüpft. Dies trifft nicht zu auf den *ökosozial-reduktiven* Typ, ebenso wenig auf den deutlich nonkonformistischen und nicht sonderlich veränderungsaversen (wohl aber stark antiökologischen) *instrumentellen Wachstumsindividualismus* sowie auf den konservativen und veränderungsskeptischen, aber zugleich wachstumskritischen und zudem nur sehr schwach antihedonistischen *Öko-Konservatismus*. Einzig für die *Zurückgezogene Notwendigkeit* könnte dem eine gewisse Realität zugeschrieben werden – doch sind hier wiederum (relative) Wachstumsbefürwortung und Veränderungsaversion viel zu schwach ausgeprägt, um ins Gewicht zu fallen.

Zerrbildern, die den realen Differenzierungen der Mentalitäten auf beiden Seiten nicht gerecht werden. Indem der Konflikt in seinen am stärksten präsenten Deutungen aber immer wieder auf diese Dimension eingeführt wird, wird diese zur sich selbst erfüllenden Prophezeiung, weil mit dieser klischeehaften Zuspitzung allen Beteiligten die Mittel genommen werden, sich entlang anderer Linien über gemeinsame Interessen zu verständigen. Dies gilt nicht nur für die öffentliche Debatte im Zeitraum seit unserer Erhebung, sondern auch für soziologische Pauschal Diagnosen wie die eines Widerspruchs zwischen einer immer nur durch den alltäglichen wirtschaftlichen Überlebenskampf hindurch zu verstehenden »Ökologie der Arbeiterklasse« auf der einen und einer »moralischen Ökologie« der gebildeten Mittelklasse auf der anderen Seite (Huber 2022; Mau u. a. 2023: 228 ff.). Wie der politische Diskurs, in den sie sich (teils wohl entgegen der Absichten der Autoren) einreihen, sind solche Darstellungen vor allem dazu geeignet, durch eine überzeichnete Entgegensetzung von »grünen städtischen Bildungseliten« und »einfachen Leuten« von der eigentlichen Veränderungsblockade abzulenken: von den im oberen und rechten Raum und ganz besonders in den wirtschaftlichen Machtzentren bestimmenden Interessen an der Verteidigung von Privateigentum und seiner gegenwärtigen Verteilung, der alleinigen und durch möglichst wenig Regulierung beeinträchtigten Hoheit über Investitions- und Produktionsentscheidungen sowie an einer Engführung von Klima- und Transformationspolitik auf wachstums- und technologiezentrierte Strategien. Zugleich ist diese plakative und verfälschende Zuspitzung geeignet, Tendenzen zu Entdemokratisierung, politischer Regression und anti-transformativer Verhärtung zu befördern. In der in Medien und Teilen der Politik immer wieder aufgerufenen Erzählung von »abgehobenen, sozial unsensiblen Bildungseliten« und »überforderten einfachen Leuten« wird die allgemeine Entfremdung und Wut gegenüber der abstrakten Gesellschaft von Menschen in benachteiligten Lagen (vertikale Konfliktdimension) benutzt, um die Eigentumsinteressen materiell wohlhabender Bevölkerungsteile zu verteidigen (horizontale Konfliktdimension). Während dadurch Entfremdung und Wut auf nur scheinbar Verantwortliche umgelenkt werden, liegt eine Gefahr in der Entstehung dauerhafter Allianzen oder sogar sich verfestigender Überschneidungen bis hin zum Verschmelzen zwischen den *konservativsteigerungsorientierten* und *defensiv-reaktiven* Mentalitätsspektren, die im politischen Raum auf eine Normalisierung der AfD und ein *Mainstreaming* ihrer autoritär-nationalistischen Positionen hinauslaufen.

So richtig es ist, in ökologischen Transformationsfragen stets die damit verbundenen sozialen Verteilungsprobleme hervorzuheben: wer so – und nur so – argumentiert, hält damit letztlich nur immer wieder die kurzsichtige Gegenüberstellung von Ökologischem und Sozialem, von Sorgen um das drohende Ende der Welt (»*Fin du Monde*«) und vor dem Mangel am Ende des Monats (»*Fin du Mois*«) als einander scheinbar entgegengesetzten Polen am Leben (Naselli 2023). Denn diese beruht auf der unhinterfragten Annahme, dass die heute schon Benachteiligten die für sie besonders einschneidenden Folgen des Wandels unter den gleichen gesellschaftlichen Bedingungen und den gleichen sozialen Verhältnissen zu tragen hätten, in denen sie sich heute befinden – in anderen Worten: Dass die Verhältnisse dieselben blieben und die technisch-wirtschaftliche Entwicklung bruchlos so weiter gehe wie bisher. Die Losung *Même combat!* – „gleicher Kampf!“ – die dem in der Folge der Gelbwesten-Proteste in Frankreich entgegengehalten wurde, verweist demgegenüber auf eine weitere, quer dazu verlaufende Konfliktdimension, die sich auf die Verteilung der Kosten und Lasten eines »Weiter so« bezieht (Mehleb u. a. 2021).

7.4 Externalisierungskonflikt: Der latente Konflikt um Externalisierung und Internalisierung

Nimmt man die Rede von der wechselseitigen Verwobenheit von Ökologischem und Sozialem ernst, stellt sich nicht nur die Bearbeitung der ökologischen Krise als ein sozialer Klassenkonflikt dar, sondern umgekehrt auch der soziale Konflikt – in seinen hergebrachten Formen als Verteilungskampf um Anteile am gesellschaftlichen Reichtum – als ein *ökologisches* Problem und als eine Gerechtigkeitsfrage in einem umfassenderen Sinne; und zwar entlang einer Dimension, die sich vielleicht am besten als Gegensatz zwischen den *Zentren* und *Peripherien* des vergesellschafteten Raums oder zwischen dem *Innen* und *Außen*⁸ expansiver Vergesellschaftung (Saave 2022) verstehen lässt.

8 Um unvermeidlichen Missverständnissen entgegenzuwirken: Wir meinen hiermit nicht lediglich die Fragen von Migration, Staatsbürgerschaft und nationaler Zugehörigkeit, die Mau u. a. (2023) als Gegenstand der Auseinandersetzungen in der Arena der »Innen-Außen-Ungleichheiten« im Blick haben und die, unter völlig anderen Vorzeichen, auch Björn Höcke anspricht, wenn er behauptet, »die neue deutsche soziale Frage des 21. Jahrhunderts ist die Frage nach der Verteilung des Volksvermögens von innen nach außen« (Rede in Schweinfurt, 28.04.2016). Es geht

Dieser Konflikt um die Kosten des Nicht-Wandels, also eines Weiter-So, lässt sich im sozialen Raum entlang der Diagonale zwischen rechts oben und links unten, oder zwischen den *produktiv-konsumtiven Zentren* und den *inneren Peripherien* der expansionistischen Produktions- und Lebensweise, verorten.

Damit geht es entlang dieser vierten Konfliktdimension um die Frage des gesellschaftlichen Wachstumszwangs und der damit verbundenen Abwälzung von Kosten der Lebensweise auf Natur, marginalisierte Arbeitende und andere Weltregionen – also um jene Fragen von Normalität und Denormalisierung, die die oben in Kapitel 2.2 zum Abschluss unserer Diskussion soziologischer Konfliktdeutungen angesprochenen kritischen Diagnosen zu Externalisierung, Nichtnachhaltigkeit und imperialer Lebensweise ins Zentrum der Analyse stellen. Konflikthaft wird hier, dass bestimmte Praktiken und Lebensweisen, die hierzulande als normal gelten und von großen Teilen der Bevölkerung als legitimer Anspruch betrachtet werden, soziale und ökologische Lasten hervorrufen, die an anderer Stelle, von anderen Menschen und von Ökosystemen getragen werden müssen (Biesecker/Winterfeld 2014; Wissen 2022).⁹ Zwar lassen sich die von diesen Diagnosen angesprochenen global wirkenden Ungleichheiten und Machtverhältnisse in unserer Umfra-

nicht um die Frage der Ungleichheiten oder Ungerechtigkeiten zwischen den Zugehörigen und Nicht-Zugehörigen einer als fixer Container gedachten, staatlich verfassten »Gesellschaft«, sondern um das Kontinuum zwischen aktiv-treibenden, aneignenden Zentrums- und passiv-getriebenen, enteigneten Randpositionen, das der Prozess expansiver Vergesellschaftung aus seiner inneren Logik heraus in immer neuen Formen hervorbringt. Anders als etwa von Friedrich (2017) behauptet ist das ein Unterschied ums Ganze.

⁹ Ein Beispiel für Externalisierung in ihren globalen Dynamik: Unternehmen in Deutschland, die importierte Turnschuhe anbieten und Menschen, die diese kaufen, haben Vorteile davon, dass die Schuhproduktion in beispielsweise Bangladesch mit erheblichen Nachteilen und Lasten für Beschäftigte und Umwelt dort einhergeht. Die sozialen Lasten bestehen in Niedrigstlöhnen, gesundheitlichen Gefahren am Arbeitsplatz, fehlenden Arbeitsrechten und vielem mehr für die Arbeitenden. Negative Umweltauswirkungen können ebenso vielfältig sein: die Herstellung des Sportschuhs benötigt in der Regel große Mengen an Wasser, Chemikalien und Energie und führt zu Wasserverknappung, -verschmutzung, Bodenbelastung, CO₂-Emissionen usw. Darüber hinaus erzeugt die Entsorgung nicht mehr getragener Schuhe erheblichen Abfall. Die sozialen und ökologischen Lasten und Kosten des Turnschuhkonsums hierzulande tragen also nicht Unternehmen und Konsument:innen in Deutschland, sondern sie werden auf die Arbeiter:innen in Bangladesch abgewälzt, oder ökonomisch gesagt: externalisiert. Gleichzeitig stabilisiert die durch Externalisierung und Wirtschaftswachstum ermöglichte Lebensweise auch die gesellschaftlichen (Klassen-)Verhältnisse in den Zentren des globalen Nordens, wo sich die Vorteile ungleichen Tauschs akkumulieren (Dorninger u. a. 2021; Jorgenson 2012; Kumar 2021; Spillsbury 2014) – denn es ermöglicht auch Teilen der im nationalen Rahmen Benachteiligten – die an anderer Stelle, etwa als prekäre Dienstleistungsbeschäftigte oder unbezahlt Sorgearbeitende,

ge nicht abbilden, weil der Datensatz lediglich einen nationalen Sozialraum abbildet. Wohl aber verdeutlichen unsere Daten die Verhältnisse der Aneignung von un- oder unterbezahlter Arbeit, des ungleichen Naturverbrauchs und der Auslagerung bzw. Abwälzung von Lasten durch die produktiven und konsumtiven Kerne der hiesigen Gesellschaft auf die zum großen Teil von Frauen und Migrant:innen bevölkerten inneren Peripherien. Typische Tätigkeiten in diesen peripheren Räumen sind unsichere, ungeschützte, unterbezahlte, gering qualifizierte und sozial abgewertete »reproduktive« Dienstleistungen (z. B. Altenpflege, Gebäudereinigung, Bringdienste), unbezahlte Sorgearbeit (Kindererziehung, Angehörigenpflege) oder landwirtschaftliche Hilfstätigkeiten, die oft von Wanderarbeiter:innen verrichtet werden (Spargelernte, Fleischverarbeitung). Zwischen diesen inneren Peripherien, die sich insbesondere im unteren linken Sektor des Sozialraums konzentrieren und (gezwungenermaßen) einen Teil der Kosten und Lasten des Lebens anderer auf sich nehmen (internalisieren), und denjenigen in anderen Teilen des Raums, die materielle und soziale Privilegien nutzen können, um ihnen diese Lasten aufzubürden und sich selbst von ihnen zu befreien (also sie zu externalisieren), besteht ein Herrschaftsverhältnis, und damit auch erhebliche Interessengegensätze. Soziale Akteure in den angesprochenen produktiv-konsumtiven Kernen, insbesondere im oberen rechten Drittel des Raumes, erleben diese Machtverhältnisse als ihre eigene "Freiheit" und sind dementsprechend an ihrem Fortbestehen interessiert. Sie verfügen auch über erhebliche Ressourcen, um sich für die Wahrung dieser Verhältnisse einzusetzen. Dementsprechend sind nicht nur ihre Konsum-, sondern auch ihre Beschäftigungs- und Eigentumsinteressen hierauf ausgerichtet und stehen damit in offenem Gegensatz zum gemeinsamen Überlebensinteresse der Menschheit. Im Gegensatz dazu sind an den inneren Peripherien die eigenen Beschäftigungs- und die (meist kaum bedeutsamen) Besitzinteressen mit dem allgemeinen Überlebensinteresse weitgehend vereinbar, und auch die Konsuminteressen stehen dazu nicht, oder jedenfalls weniger, im Widerspruch. In diesen Bereichen überwiegt dafür ein Interesse an Umverteilung entlang der vertikalen wie der horizontalen Raumdimension.

Das eben Beschriebene ist allerdings lediglich ein rein struktureller Interessengegensatz, der aus der rekonstruierten Sozialstruktur ablesbar ist.

selbst Teile der Lasten des Lebens anderer internalisieren – durch den Kauf von Sneakers selbst an dieser Lebensweise zu partizipieren.

Ob dieser auf beiden Seiten auch so erlebt wird, und erst recht ob er in den inneren Peripherien auch ein Bewusstsein von gemeinsamen Interessen stiftet, ist eine ganz andere Frage. Eben hiernach sieht es auf der Ebene der Mentalitäten aber nicht aus. Die Verteilung der Antworten auf die Frage, ob reiche Länder auf Wachstum verzichten müssen, zeigt zwar eine Spannungslinie quer zur ersten zwischen rechts oben und links unten (siehe Abbildung 24) – obwohl es so etwas wie einen »prekär-ökosozialen« Typus, der die Position links unten einnehmen würde, nicht gibt. Erkennbar ist aus den Daten bei dieser Frage auch, dass dieser Gegensatz eine deutliche erwerbsstrukturelle Dimension hat: Tatsächlich sind es vor allem Beschäftigte in prekarierten, zur Internalisierung von Teilen der Lasten gezwungenen Branchen, die das Wachstum, von dem sie in diese Lage gebracht wurden, kritisch sehen (Soziales/Gesundheit, Bildung, Bau). Diejenigen indes, die vom deutschen exportbasierten Wachstumsmodell und seinen Dividenden profitieren konnten (Industrie, Banken/Versicherungen, öffentliche Verwaltung), neigen dazu, an ihm festzuhalten.

Zugleich ist aber auch erkennbar, dass der soziale Abstand zwischen den mittleren Positionen derer, die diese Aussage bejahten, und derer, die sie ablehnten, deutlich kleiner bleibt als bei den Fragen nach Jobverlusten und Preissteigerungen. Anders gesagt: Diese Aussage spaltet oder polarisiert viel weniger zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen als jene beiden anderen, was darauf hinweist, dass die Menschen hier viel weniger einen sozialen Konflikt wahrnehmen. Auch die Tatsache, dass sich die zustimmenden und ablehnenden Mentalitäten nicht klar entlang dieses Gegensatzes verteilen, sondern gerade in Teilen der unteren Mitte stark wachstumsaffine Mentalitäten verbreitet sind, verweist darauf, dass Internalisierungs- und Externalisierungsfragen, wie eben die nach dem Wachstum, gesamtgesellschaftlich derzeit kaum als Konfliktdimension wahrgenommen werden. So intensiv sie in bestimmten sozialen Bewegungen, wie bspw. der Klimabewegung, diskutiert werden mögen: sie bilden in der Gesamtbevölkerung keine klaren Gegensätze, an ihnen polarisiert sich nichts, weil sie auch in der breiten öffentlichen Debatte keine oder nur eine untergeordnete Rolle spielen. Zugleich fehlen auch gemeinsame Identifikationspunkte für Mentalitäten unten links, die einen klaren Gegenpol zum Festhalten der *liberal-wachstumsoptimistischen* Eliten am *business as usual* bilden könnten. Als Partei fand zwar die (zum Befragungszeitpunkt noch nicht gespaltene) Linke ihren sozioökonomischen Wähler:innenschwerpunkt links unten am Pol der inneren Peripherien, blieb aber wegen des Fehlens anschlussfähiger, sozial benach-

Mentalitäten im Raum der sozialen Positionen

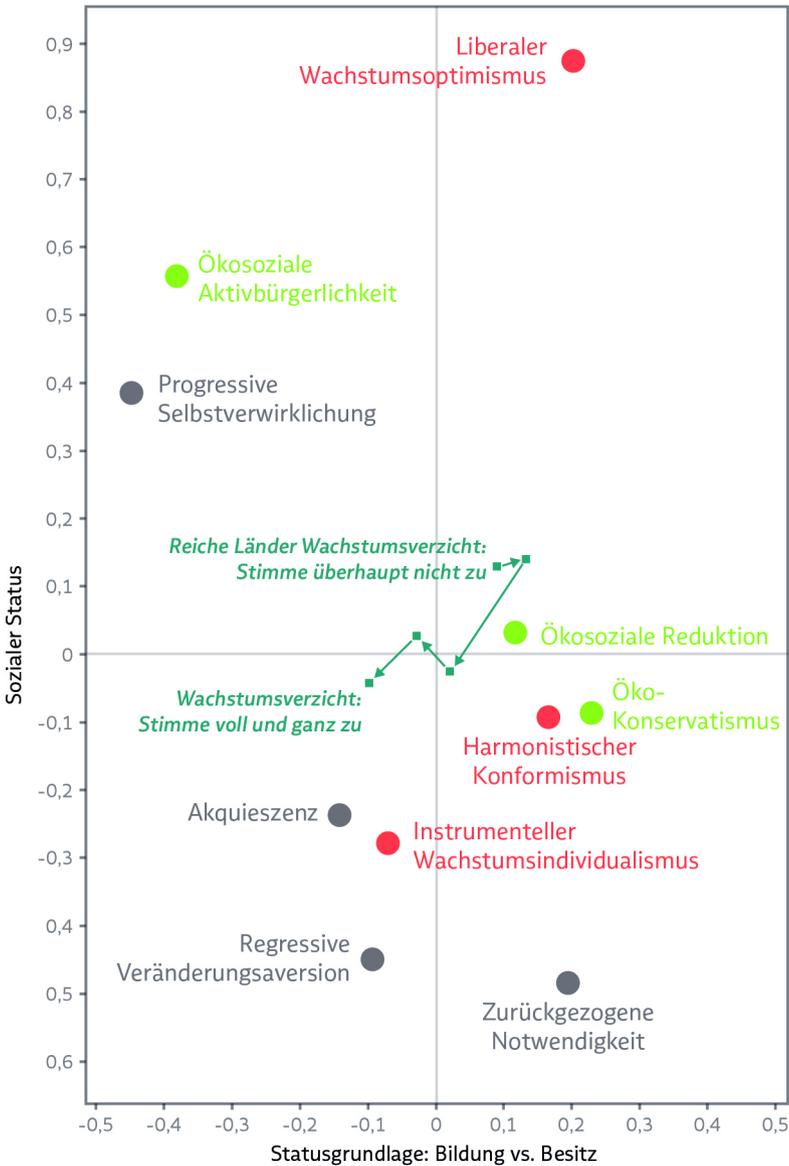


Abbildung 24: Latente Konfliktdimension Externalisierung – Internalisierung: Verteilung der Antworten zum Statement »Um den Klimawandel zu bewältigen, müssen die reichen Länder auf weiteres Wirtschaftswachstum verzichten«

Quelle: eigene Darstellung

barter Mentalitäten und der Blockierung entsprechender Bewusstseinsbildungsprozesse damit relativ isoliert und elektoral schwach.¹⁰

Das Fehlen verbindender, z. B. »prekär-ökosozialer« Mentalitäten mag auch damit zu tun haben, dass von *Prekarität*, verstanden als Erfahrung einer dauerhaft unsicheren Existenz mit ständig gefährdeten Perspektiven, in der man die von der Absicherung anderer bedingten Unsicherheiten internalisiert, heute deutlich andere soziale Gruppen betroffen sind als noch vor zehn oder 15 Jahren. Heute sind mit solcher Prekarität eher gering qualifizierte produktionsnahe und kommerzielle Dienstleistungen verbunden, also Aufgaben und Tätigkeiten, die in der Regel keine spezielle Ausbildung oder Qualifikation erfordern, wie beispielsweise Verpacken, Kassieren, Gebäude Reinigen, Servieren, Ernten usw. Vor zehn bis 15 Jahren, als der Begriff sozialwissenschaftlich am intensivsten diskutiert wurde (Castel u. a. 2009; Dörre u. a. 2022), war sie noch stärker verbunden gewesen mit interpersonalen, reproduktiven und qualifiziert-kulturellen Tätigkeiten, zu denen beispielsweise Pflegedienste, Haushaltsführung, Kinderbetreuung, künstlerische Tätigkeiten usw. zählen. Dies ist einerseits Ausdruck demografischer Veränderungen (schwache Jahrgänge, Arbeitskräftemangel, weiter steigender Akademisierungsgrad junger Jahrgänge) und des politisch geförderten Ausbaus bestimmter Bereiche (Kitas). Andererseits ist die veränderte Prekarität zurückzuführen auf die gleichzeitige Fortsetzung von Prozessen wie Auslagerung, Outsourcing (Verlagerung oder Vergabe ins Ausland, Arbeitskräftemigration), technischer Rationalisierung (Just-in-Time, Jobverluste und Dequalifizierung durch Digitalisierung und Robotisierung) und der dadurch ermöglichten Verlängerung und Flexibilisierung von Wertschöpfungsketten und -netzwerken. Die Folge ist, dass Prekarität als subjektive Erfahrung heute nicht mehr in gleichem Maße als identitätsstiftende, gemeinsame Erfahrung der inneren Peripherien unten links fungieren kann, wie es sich in früheren Analysen noch ansatzweise erkennen ließ (Everberg 2020b), sondern fast senkrecht nach unten hin zunimmt. Standing (2011) brachte dies bereits mit der Gefahr in Verbindung, dass die kollektive Erfahrung von Prekarität recht schnell in Unterstützung

¹⁰ Zu einem ähnlichen Befund kommt Westheuser (2021: 128), der eine Leerstelle im politischen Raum ausmacht, wo auf der Achse »Eigentum-Umverteilung« zwischen oben rechts und unten links der klar auf der Seite von »Eigentum« positionierten FDP am anderen Ende keine Partei gegenübersteht, während die entgegengesetzte Diagonale (Universalismus-Partikularismus) von Grünen und AfD an beiden Enden besetzt ist.

autoritär-nationalistischer Bewegungen und Parteien münden könne. Auch dies zeichnet sich in unseren Analysen bereits ab, denn wie oben besprochen liegt die mittlere sozio-strukturelle Position der AfD-Wähler:innen unten in der Mitte des Sozialraumes (Abbildung 18). Das deutet stark darauf hin, dass die Rechtspartei auch Stimmen von Menschen, die im Sozialraum unten links positioniert sind, gewinnen konnte. Ein Grund dafür mag sein, dass sie durch ihre stark auf Social Media zentrierte Kommunikationsstrategie Menschen in den extrem fragmentierten, oft von starker Isolation der einzelnen Arbeitenden, wenig Berührungspunkten und Austauschmöglichkeiten, hohen sprachlichen und kulturellen Verständigungshürden, Stress und hohem Konformitätsdruck geprägten Lagen der inneren Peripherien mit ihren Botschaften effektiver erreichen konnte als etwa gewerkschaftliche Organisationsstrategien, die in ganz anderem Maße auf gemeinsame Bezugspunkte, geteilte Räume, Verständigungsmöglichkeiten und praktische Erfahrungen von Gemeinsamkeit angewiesen sind. So bleibt der Schluss: Der Externalisierungskonflikt war zum Zeitpunkt der Befragung kaum mehr als eine latente Spannung, eine in strukturellen Interessengegensätzen angelegte, aber jenseits kleiner Bewusstseinsavantgarden letztlich nur theoretische Möglichkeit.

8. Zusammenfassung und Interpretation der Befunde

8.1 Die Kernbefunde

Weltweit und seit Jahrhunderten kämpfen Menschen für ihr Recht auf Land, Luft, Wasser und Freiheit – und gegen die Zerstörung der mit ihrem konkreten Territorium verbundenen Lebensgrundlagen und Lebensweisen durch die expansive Ausdehnung der kapitalistischen Moderne. Diese Kämpfe für Umweltgerechtigkeit, oft durch Frauen angeführt und am stärksten im globalen Süden, sind aus globaler Perspektive auch als antisystemische Klassenkämpfe einer im Entstehen begriffenen ökologischen Klasse, als »environmentalism of the poor«, gedeutet worden (Martínez-Alier 2024: 14–17). Aber wie sieht dies innerhalb der kapitalistischen Zentren aus, wo große Teile der Bevölkerungen von der »imperialen Lebensweise«, gegen die sich diese Kämpfe richten, Vorteile haben? Wer setzt sich in Deutschland für eine sozial-ökologische Transformation ein, wer dagegen, welche Spannungs- und vielleicht auch Spaltungslinien zeigen sich? Und in welchem Verhältnis stehen die hierzulande ausgetragenen Konflikte um das Thema zu jenen anderswo geführten Kämpfen um Gerechtigkeit?

Diesen Fragen haben wir uns in diesem Buch aus der Sicht der sozial-ökologischen Mentalitätsforschung genähert. Mit der Analyse von *Mentalitäten* haben wir dabei zum einen den Blick auf die umfassenden Muster von durch Erfahrung verinnerlichten, sozial typischen Einstellungen und Haltungen zu sozial-ökologischen Fragen gerichtet, aus denen heraus die Positionierungen verschiedener Bevölkerungsteile zu einzelnen Themen erst angemessen in ihrem praktisch vermittelten Sinnzusammenhang zu verstehen sind. Durch das Aufzeigen der Zusammenhänge zwischen Konflikten auf der Ebene dieser Mentalitäten und strukturellen Interessengegensätzen auf der Ebene der Sozialstruktur, hier konzipiert als sozialer Raum in der

Tradition Pierre Bourdieus (siehe Kapitel 6), wollten wir der These nachgehen, dass die Gesamtheit der Auseinandersetzungen um Transformationsfragen als Ausdruck eines *neuen sozial-ökologischen Klassenkonflikts* gedeutet werden kann. Damit verband sich nicht die Erwartung, dass sich hier zwei oder mehr »Klassen« als klar voneinander geschiedene, einheitliche oder gar als kollektive Akteure auftretende Großgruppen gegenüberstehen würden. Es ging uns auch nicht darum, Mentalitätsunterschiede reduktionistisch als bloßen Ausdruck sozialer Klassengegensätze darzustellen. Vielmehr sollte der Begriff des Klassenkonflikts darauf hinweisen, dass es sich um einen *gesellschaftlichen*, in der inneren Logik moderner Vergesellschaftung und der in sie eingebauten Steigerungszwänge (siehe Kapitel 2.3) angelegten Konflikt handelt. Mit der Transformation stehen diese Steigerungszwänge auf dem Prüfstand: der Zwang zum Wachstum, zur immer weiteren Anhäufung von Kapital, zur ständigen Beschleunigung und Reichweitenerhöhung gesellschaftlicher Prozesse und zur immer umfassenderen Indienstnahme von Natur und menschlicher Tätigkeit für all das. Je nach sozialer Position, in die sie die Auswirkungen dieser Prozesse gebracht haben, haben unterschiedliche Teile der Bevölkerung ganz unterschiedliche Interessen und somit Einstellungen im Hinblick darauf, welche Richtung die Transformation nehmen soll. In diesem Sinn haben Mentalitäten einen Klassencharakter, ohne aber direkt als »Klassenmentalitäten« oder Formen von Klassenbewusstsein verstanden werden zu können.

Wie wir aus der Mentalitätenperspektive zeigen konnten, lässt sich aus dem Bild verbaler Besorgtheit bei eng limitierter Veränderungsbereitschaft, das unsere Befragungsdaten wie die vieler anderer aktueller Umfragen auch auf den ersten Blick darbieten (siehe Kapitel 2.1 und 4), keineswegs auf eine irgendwie einheitliche Gefühlslage »der Deutschen« schließen. Vielmehr steht dahinter eine spannungs- und konfliktreiche Konstellation unterschiedlicher und gegensätzlicher sozial spezifischer Mentalitäten, die sich über zentrale Fragen der Transformation keineswegs einig sind, sondern entlang mehrerer Konfliktachsen oder -dimensionen darum streiten. So wenig es gängige Polarisierungsthesen (Merkel/Zürn 2019; Merkel 2021; Wilde u. a. 2019; Herold u. a. 2023) bestätigt, so wenig stützt das so gewonnene Bild aber auch die etwa von Mau u. a. (2023) dagegen gehaltene vorsichtig optimistische Deutung, dass sich die Bevölkerung im Grunde in ihrer überwiegenden Mehrheit über die Grundsatzfragen von ökologischer Krise und Transformationsnotwendigkeit einig sei und das Bild der Spal-

tung lediglich von interessierten »Polarisierungsunternehmern« gezeichnet werde.

Wie unsere Analysen aufzeigen, wird der sozial-ökologische Klassenkonflikt vielmehr im Rahmen einer Konstellation ausgetragen, die sich als *Dreiecksbeziehung* zwischen drei großen Spektren sozial-ökologischer Mentalitäten innerhalb der Bevölkerung beschreiben lässt (siehe Kapitel 5). Die drei Spektren begegnen dem Thema Transformation und den damit verbundenen Fragen vor ihren je typischen kollektiven Erfahrungshintergründen mit unterschiedlichen Vorstellungen, Ansprüchen und Erwartungen. Sie verstehen Unterschiedliches, ja Gegensätzliches unter dem Transformationsbegriff, setzen stark unterschiedliche Prioritäten und können über unterschiedliche Aspekte in je unterschiedlicher Konfiguration miteinander in Konflikt geraten. Sie lassen sich in ihren gemeinsamen Haltungen und ihrer sozialstrukturellen Verortung grob vereinfacht folgendermaßen charakterisieren:

- Die Mentalitäten des *ökosozialen Spektrums* hängen einem emphatisch-bejahenden Verständnis von Transformation als einem bewusst gewollten und unterstützten Projekt an. Sie sehen darin eine wünschenswerte Veränderung hin zu mehr Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit, die als Herausforderung und kollektive Aufgabe aktiv zu gestalten ist, soziale und ökologische Aspekte miteinander integrieren muss und darüber aber auch Zugewinne an demokratischer Partizipation und (nicht eng materiell verstandener) Lebensqualität für breite Mehrheiten verspricht. Typisch sind diese Mentalitäten vor allem für die von hoher Bildung, Wissens- und Beziehungsarbeit im öffentlichen Sektor und großstädtischen Lebenslagen gekennzeichneten Positionen des oberen linken Sozialraums. Die hohen (selbst erworbenen wie familiär ererbten) Bildungsressourcen machen es einfacher, sich wissenschaftliches Wissen über die Ursachen und Lösungen sozialer und ökologischer Krisen zu erschließen, und durch die vergleichsweise geringere Abhängigkeit vom Erhalt materiellen Eigentums erscheint es in diesen Lagen auch weniger bedrohlich, wenn im Zuge der Transformation Wohlstandsverluste oder zumindest Veränderungen der Lebensweise anstehen. Allerdings kommen ökosoziale Mentalitäten keineswegs nur in diesen Positionen vor, sondern streuen, gerade in Form des *ökosozial-reduktiven* Mentalitätstyps, in moderaterer Form durch den ganzen sozialen Raum. Die oft gehör-

ten Unterstellungen, städtisch-bildungsnahen, ökologisch orientierten Gruppen mangle es an sozialer Sensibilität und sie neigten zu Moralisierung und »scheinheiliger« ökologischer Selbstdarstellung, würden aber selbst gar nicht nachhaltiger leben, erweisen sich dem gesamten (parteipolitisch oft grün orientierten) Spektrum gegenüber als überzogen. Doch sind sozial selektive Wahrnehmungen und Spannungen zwischen Nachhaltigkeits-, Gerechtigkeits- und eigenen Selbstverwirklichungsansprüchen für zumindest einen der drei Typen (*Progressive Selbstverwirklichung*) nicht von der Hand zu weisen.

- Dem gegenüber stehen, schwerpunktmäßig in den von materiellem Wohlstand und starker Erwerbsintegration in leitenden, technischen und organisatorischen Tätigkeiten in der Privatwirtschaft gekennzeichneten Lagen der rechten Hälfte des Raums, die Mentalitäten des *konservativ-steigerungsorientierten Spektrums*. Dessen gemeinsame Orientierungen entsprechen am ehesten dem aus Umfragen immer wieder abgeleiteten Bild der inneren Zerrissenheit: Im Grundsatz werden die Sorgen um Umwelt- und Klimakrisen geteilt und Veränderungsbedarfe anerkannt, gleichzeitig aber wird der Bewahrung des eigenen materiellen Wohlstandes und der gewohnten Lebensweise klare Priorität eingeräumt. Da der soziale Status auf materiellem Eigentum wie Wohneigentum, Autos, Land oder einem hohem Erwerbseinkommen beruht und all dies als durch langjährige eigene Arbeit hart erarbeitetes eigenes Anrecht gesehen und verteidigt wird, gibt es für Menschen in diesen Lagen subjektiv sehr viel mehr zu verlieren. Sie sehen nur dann Möglichkeiten, sich anzupassen, Veränderung mitzugestalten und dabei für sich selbst nicht als ›Verlierer‹ dazustehen, wenn diese Veränderung in den gewohnten Bahnen der Erreichung gesellschaftlicher Ziele durch harte Arbeit und wirtschaftlichen Erfolg sowie des technologischen Fortschritts als Problemlöser erfolgt. Je deutlicher die vorgeschlagenen oder notwendigen Veränderungen ein marktzentriertes und wachstumsabhängiges Sozialmodell infrage stellen und Zweifel an marktlichen und technikzentrierten Lösungsstrategien aufwerfen, desto schneller lässt hier die Veränderungs Offenheit nach. »Transformation« wird demnach eher als technokratisch gesteuerte Neujustierung vor allem wirtschaftlicher Strukturen und Prozesse befürwortet, in ihren tiefgreifenderen und umfassender gesellschaftlichen Dimensionen aber abgelehnt.
- Das *defensiv-reaktive Spektrum* schließlich verdichtet sich eher (aber keineswegs ausschließlich) in den benachteiligten, von unsicherer, wenig

qualifizierter und schlecht bezahlter Arbeit geprägten unteren Lagen des Sozialraums. Dem Spektrum lassen sich drei Mentalitätstypen zuordnen, denen Klimapolitik, ökosoziale Anliegen und gesellschaftlicher Wandel überhaupt in erster Linie als Bedrohung ihrer ohnehin prekären Lebenssituationen erscheinen und die diese Situationen teils mit zunehmend wütender Abwehr gegen »die da oben«, teils aber auch mit resigniertem Rückzug ins Privatleben verarbeiten. Angesichts geringer Ressourcen und ohnehin hohen alltäglichen Drucks auf die brüchigen eigenen Lebensarrangements beherrscht oft die Bewältigung des eigenen Lebens das Denken und die Weltsicht. Transformation erscheint dann als ein weiterer Punkt in einer langen Liste von Zumutungen, die aus der eigenen Position heraus nicht gestaltet, sondern nur passiv hingenommen und irgendwie bewältigt werden können, wodurch sich Frust und Abwehr gegenüber allem Gesellschaftlichen weiter vertiefen.

Hierzu lässt sich nicht oft genug betonen, dass die Übergänge zwischen den Spektren fließend sind. Die soziale Lage legt Menschen aus unserer Sicht *nicht* auf eine bestimmte Mentalität fest, sie macht nur bestimmte Arten von Erfahrungen *wahrscheinlicher*, die es ihrerseits wahrscheinlicher machen, dass Menschen bestimmte Weltbilder und Grundhaltungen entwickeln.

Dennoch: Die Verortung dieser drei Spektren im sozialen Raum und die Betrachtung ihrer wechselseitigen Beziehungen und der Entsprechungen zwischen Mentalitäts- und Interessengegensätzen machen einen sozial-ökologischen Klassenkonflikt sichtbar, der entlang von *vier Konfliktdimensionen* verläuft:

1. **Der Abstraktionskonflikt:** Die erste Dimension verläuft entlang der vertikalen »Machtachse« des sozialen Raums zwischen oben und unten. In struktureller Hinsicht beschreibt diese die Ungleichheit in der Verteilung von Reichtum, Macht und gesellschaftlichem Einfluss. Auf der Mentalitätsebene wahrgenommen, thematisiert und zum Konfliktgegenstand gemacht, werden hier aber weniger Fragen der Reichtumsverteilung oder der Kontrolle über Produktivvermögen (die unseren Befunden nach, wie auch jüngst von Mau u. a. festgestellt, derzeit kaum konflikthaft aufgeladen sind) verhandelt, als vielmehr das Verhältnis zu Gesellschaft als abstraktem Zusammenhang überhaupt. Das heißt, auf der Mentalitätsebene macht sich diese »oben-unten«-Ungleichheit eher am Gegensatz von Misstrauen und Vertrauen, Entfremdung von und Identifikation mit gesellschaftlichen Institutionen und Prozessen,

Abwehr und Bejahung von »Fortschritt«, gefühlter Machtlosigkeit und Selbstwirksamkeitsüberzeugungen fest. Es verläuft ein regelrechter Riss zwischen den konkreten lebensweltlichen Erfahrungen derjenigen, die an abhängiger und untergeordneter Stelle in die gesellschaftlichen Steigerungsprozesse eingebunden sind auf der einen Seite, und dem wachstums- oder fortschrittsoptimistischen Bewusstsein der an aktiver und privilegierter Stelle Eingebundenen auf der anderen. Dieser Riss trennt die »oberen«, besser situierten Teile der *konservativ-steigerungsorientierten* und *ökosozialen* Spektren nicht nur vom *defensiv-reaktiven Spektrum*, sondern auch von den weiteren, eher in der »unteren Mitte« verbreiteten Mentalitätstypen des *konservativ-steigerungsorientierten* Spektrums. Der Unmut, der sich unten im Raum artikuliert, macht sich aber eben nicht an einer als ungerecht empfundenen Reichumsverteilung fest, sondern vielmehr an der empfundenen eigenen Machtlosigkeit gegenüber dem unverstandenen und als bedrohlich wahrgenommenen gesellschaftlichen Geschehen. Was sich hier anzudeuten scheint, ist eine Abkehr größerer Teile der Bevölkerung *von der Gesellschaft insgesamt*. Dies ist als »Veränderungsmüdigkeit« eher zu schwach beschrieben: Es ist keine bloße Müdigkeit, sondern teils tiefe Erschöpfung, teils wütende Enttäuschung und Frustration, mitunter auch selbstgerechte Gekränktheit (Amlinger/Nachtwey 2022) angesichts der eigenen Ohnmacht gegenüber übermächtigen, als regelrecht erdrückend empfundenen, aber wegen ihrer Abstraktheit kaum greifbaren und noch weniger verstehbaren Vergesellschaftungsprozessen. Im Gegensatz dazu erscheinen dieselben Veränderungs- und Steigerungsprozesse den Mentalitätstypen des oberen sozialen Raums als durch eigenes Handeln gestaltbar und – zumindest in einigen zentralen Aspekten – als für alle wünschenswert. Der damit verbundene Strukturkonflikt lässt sich folglich als einer *um die Mittel abstrakter Vergesellschaftung* begreifen: Akteure in höheren sozialen Positionen verfügen in unterschiedlichem Maß und unterschiedlicher Zusammensetzung über die Mittel (Bildung und Wissen auf der einen, wirtschaftliches Kapital auf der anderen Seite) zur Gestaltung und Beeinflussung gesellschaftlicher Prozesse, wirken aktiv an diesen mit, und nehmen ihre Fortsetzung und Intensivierung (wissenschaftlicher und technischer Fortschritt, gesellschaftliche Öffnung, Wirtschaftswachstum) als Realisierung eigener Potenziale sowie als Weg zur Lösung gesellschaftlicher Probleme wahr. Unten dagegen fehlen diese Mittel und die Menschen sehen sich den Anforderungen und Auswirkungen

der Prozesse passiv ausgesetzt. Parteipolitisch übersetzt sich dies in einen Gegensatz zwischen AfD-Wählenden mit niedrigem und FDP- sowie Grünen-Anhänger:innen mit hohem sozialen Status, der jedoch nur gegenüber letzterer Partei als Konflikt wahrgenommen und politisch thematisiert wird.

2. **Der Lebensweisekonflikt:** Quer dazu, entlang der horizontalen Raumachse, verläuft in struktureller Hinsicht der Verteilungskonflikt zwischen Interessen am Öffentlich-Allgemeinen einerseits (links im Raum) und am Privat-Partikularen (rechts) andererseits. Er markiert eine Bruchlinie, die mit den unterschiedlichen Grundlagen und der unterschiedlichen Art und Weise der Einbindung in Vergesellschaftungsprozesse zusammenhängt. Dem Gegensatz zwischen *ökosozialem* und *konservativ-steigerungsorientiertem* Spektrum, bzw. zwischen transformativen Mentalitäten und solchen, die die Bewahrung gewohnter Lebensweisen und Normalitäten ins Zentrum stellen, entspricht in den mittleren und höheren sozialen Positionen der Gegensatz zwischen hoch gebildeten, kulturell einflussreichen Gruppen und den wirtschaftlich Mächtigen sowie Haushalten, deren sozialer Status auf vorrangig materiellem Wohlstand basiert. In den unteren Positionen des Sozialraums korrespondieren damit analoge Formen der *abhängigen* Einbindung, über abgewertete Sorgearbeit, soziale Sicherungen und öffentliche Infrastruktur einerseits und untergeordnete manuelle Tätigkeiten in der Privatwirtschaft andererseits. Die Positionen des linken Raums begründen damit strukturelle Interessen am Öffentlich-Allgemeinen, die sich in ökosozialen Forderungen nach Ausbau sozialer Infrastrukturen und stärkerer politischer Regulierung ausdrücken, die des rechten Raums dagegen privat-partikulare Interessen am Schutz privaten Eigentums sowie an Arbeitsplatzert halt, die auf Forderungen nach marktlichen Lösungen, Wachstumsförderung und »Entlastung« für Wirtschaft und Steuerzahler hinauslaufen. Auffällig an dieser Konfliktdimension ist, dass sie weder in den Medien, in der Politik noch unter unseren Befragten selbst als Konkurrenz zwischen öffentlichen und privaten Interessen oder als Verteilungskonflikt wahrgenommen wird. Vielmehr wird sie als Ausdruck angeblicher »kultureller« Konflikte zum Beispiel zwischen Stadt und Land, Jung und Alt oder Männern und Frauen thematisiert und an symbolisch aufgeladenen, »triggernden« Fragen wie geschlechtergerechter Sprache, Ernährung oder dem Status des Autos verhandelt. Indem hier im Kern um die Legitimität ethisch-moralischer Kriterien

einerseits oder praktischer Gewohnheit und Konvention andererseits als Richtlinien des persönlichen Handelns gestritten wird, wird implizit und verdeckt auch die Spannung zwischen privater Handlungsautonomie des *Bourgeois* und öffentlicher Verantwortung des *Citoyen* verhandelt. Politisch korrespondiert dieser *Lebensweiskonflikt* mit einer Entgegensetzung zwischen Grünen und Linkspartei auf Seiten der Umverteilung zu Gemeingütern einerseits und FDP und Union auf Seiten der Verteidigung von Eigentumsinteressen andererseits.

3. **Der Veränderungskonflikt:** Die dritte Konfliktdimension, der Streit um Notwendigkeit, Reichweite und Kosten von Transformation, steht derzeit in der öffentlichen Wahrnehmung und politischen Debatte, aber auch in den verbreiteten soziologischen Deutungen des Konflikts sehr stark im Zentrum. Sie verläuft im Sozialraum entlang einer Diagonalen von links oben nach rechts unten und setzt vor allem die bildungsaffinen Mentalitätstypen des *ökosozialen* Spektrums in einen Gegensatz zu den Mentalitäten im Schnittbereich der *defensiv-reaktiven* und *konservativ-steigerungsorientierten* Spektren. Das entsprechende Narrativ erzählt den Konflikt in erster Linie als Geschichte einer breiten Mehrheit lohnabhängiger Mittel- und Unterschichten, die die Notwendigkeit weitreichenden Wandels größtenteils erkannt hätten, mittrügen und zu ihrem eigenen Beitrag bereit seien. Dabei würden sie aber von materiell privilegierten städtischen Bildungseliten, die ihre alltäglichen Sorgen ums wirtschaftliche Überleben nicht verstünden, aus ideologischem Eifer heraus mit ständig neuen Forderungen nach sofortigem radikalem Wandel, Verboten gewohnter Praktiken usw. überfordert (siehe z. B. Huber 2022; etwas zurückhaltender Merkel 2021). Vordergründig geht es hier um die Verteilung der Kosten und Lasten der Transformation, doch prallen gemäß dieser These im Bewusstsein der Akteure zwei grundlegendere Orientierungen im Hinblick auf sozial-ökologischen Wandel aufeinander: Auf der einen Seite eine abstrakte Orientierung am langfristigen Überlebensinteresse, die sich aus der wissenschaftlichen Klimaforschung ableitet, und somit an einschneidenden politischen Maßnahmen, die auf der Grundlage eigenen akademischen Wissens als »wissenschaftlich notwendig« beurteilt werden – auf der anderen Seite der Wunsch nach einem Festhalten am bisher Gewohnten, der sich aus der konkreten Angewiesenheit auf einen bestimmten Arbeitsplatz oder auf konstante Benzinpreise als Voraussetzung zur Sicherung des eigenen Lebensunterhalts ergibt und diese aus dem eigenen direkten Erfahrungswissen

heraus ins Zentrum stellt. Dass Ersteres aus letzterer Sicht als Bedrohung erscheint, kann kaum verwundern. Allerdings stellen nicht nur Medien und Politik, sondern auch soziologische Deutungen die tatsächlichen – zu großen Teilen umverteilungsfreundlichen und auch zur Hinnahme von Einschränkungen im eigenen Leben bereiten – Haltungen des ökosozialen Spektrums in großen Teilen einseitig, verzerrt oder schlicht falsch dar. Immer wieder werden aus den Orientierungen der »grünen urbanen Bildungseliten« Vorwürfe von sozialer Unsensibilität und doppelten Standards abgeleitet. Dass dieser Gegensatz in einer derartigen Schärfe wahrgenommen und ausgetragen wird, hat unserer Vermutung nach weniger mit der besonderen Stärke der damit verbundenen Interessengegensätze zu tun. Tatsächlich würde gerade die hohe Reflexivität der ökosozialen Mentalitäten eine Verständigung durchaus begünstigen, und aus dieser Richtung vorgebrachte politische Konzepte beziehen die genannten Interessen anderer oft explizit ein. Vielmehr scheint uns die Wahrnehmung einer Polarisierung entlang *dieser* Konfliktdimension tatsächlich nur erklärbar durch intensive und gezielte Bemühungen politischer und medialer »Polarisierungsunternehmer« (Mau u. a. 2023), z. B. aus den Reihen rechts-, liberal- und linkskonservativer Oppositionspolitiker:innen. Denn durch diese Wahrnehmung wird von den eigentlich entscheidenden Widerständen gegen transformative Politik, namentlich der vehementen Verteidigung wirtschaftlicher Macht und privater Eigentumsinteressen der besitzenden Fraktionen rechts oben im Raum gegen verbindliche Regeln, Sozialbindung und eine angemessene Beteiligung großer Vermögen an den Kosten, erfolgreich abgelenkt. Parteipolitisch rückt so immer wieder eine Frontstellung zwischen den Grünen einerseits und Unions- und AfD-Anhänger:innenschaften andererseits in den Vordergrund, die aus unserer Sicht zur Annäherung zwischen den *konservativ-steigerungsorientierten* und *defensiv-reaktiven* Mentalitätsspektren führt und damit erhebliche demokratiepolitische Risiken birgt.

4. **Der Externalisierungskonflikt:** Dementsprechend erweist sich die quer dazu entlang der Diagonale zwischen links unten und rechts oben verlaufende vierte Konfliktdimension derzeit als kaum politisiert. Es handelt sich um den Konflikt zwischen Externalisierung und Internalisierung. Die entsprechende Alternativerzählung beschreibt den Konflikt um die Transformation als Gegensatz zwischen Zentren und Peripherien oder zwischen einem relativen *Innen* und *Außen*, deren konflikthafter

Gegensatz aus der inneren Dynamik einer Gesellschaft hervorgeht, die ständig expandieren, sich mehr Arbeit und mehr Naturressourcen aneignen muss, um sich zu stabilisieren. Dieser Erzählung zufolge ist es der Zwang zum Wachstum, der seine menschlichen wie natürlichen Voraussetzungen zunehmend untergräbt und dadurch soziale und ökologische Krisen gleichermaßen erzeugt. Entlang dieser Konflikt-dimension versuchen soziale Bewegungen und kritische Intellektuelle seit langem, die Interessendominanz der produktiven und konsumtiven *Zentren* des deutschen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells infrage zu stellen und ihnen die Interessen der inneren Peripherien des deutschen Wirtschaftsmodells entgegenzusetzen, an denen Menschen in un- und unterbezahlter Sorge- und Dienstleistungsarbeit, als landwirtschaftliche Saisonkräfte oder in anderen entwerteten und an den Rand gedrängten Situationen die Lasten der Lebensweise der materiell Privilegierten internalisieren. Unsere Befunde legen nahe, dass diese Versuche einer stärkeren Betonung der ungerechten Verteilung der Kosten und Lasten des bestehenden Zustands und einer politischen Thematisierung des Zusammenhangs zwischen gesellschaftlichen Wachstumszwängen, globaler sozialer Ungleichheit und Naturzerstörung jenseits kleiner aktivistischer Kreise kaum verfangen. Dies lässt sich teils auf ihre aktive Dethematisierung durch die Fixierung der öffentlichen Debatte auf den Veränderungskonflikt zurückführen, teils aber auch auf die starke Fragmentierung der prekären sozialen Lagen und die große sprachliche und kulturelle Diversität im linken unteren Quadranten des Raums, die die Herausbildung eines Gemeinsamkeitsbewusstseins und verbindender »prekär-ökosozialer« Mentalitäten stark erschweren. Folglich steht in dieser Dimension politisch zwar mit der FDP eine Partei deutlich am Pol der »Zentren«, auf der Seite der »Peripherien« aber gelingt es der Linken angesichts ihrer eigenen Schwäche und des Fehlens sozial benachbarter anschlussfähiger Mentalitäten nicht, gemeinsame Interessen stärker zu politisieren.

8.2 Politische Schlussfolgerungen

Die sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft, das zeigen unsere Analysen genauso wie die politischen Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre, droht zu scheitern. Und zwar nicht, weil sie technisch oder

wirtschaftlich nicht möglich wäre (IPCC 2023), sondern an den sozialen Widerständen, die die Forderung nach ihr und die in ihrem Namen verfolgten politischen Maßnahmen hervorrufen. Diese Widerstände sind Ausdruck des sozial-ökologischen Klassenkonflikts in seinen multiplen Dimensionen. Widerstand gegen sozial-ökologische Transformation ist nicht nur in der Macht fossiler Industrien und im Interesse besitzender Bevölkerungsteile am Erhalt und der Verteidigung privaten Eigentums gegen Besteuerung und staatliche Auflagen begründet, sondern auch in der überforderten Abwehr sozial Benachteiligter, die transformative Maßnahmen und Politiken als wirtschaftliche Bedrohung und als eine weitere Runde von Zwängen und Zumutungen durch »die da oben« wahrnehmen. Diese Motivlagen münden zurzeit in eine Annäherung der *konservativ-steigerungsorientierten* und *defensiv-reaktiven* Mentalitätsspektren in einer gemeinsamen Frontstellung gegen eine Klima- und Transformationspolitik, die als sozial unausgewogen, übereilt und ideologiegetrieben wahrgenommen wird. Diese Wahrnehmung ist teils das Ergebnis gezielter politischer Strategien, teils aber auch die Folge einer technokratischen, zu wenig dialogischen, zu stark an fragwürdigen Wachstumsversprechen und nicht ausreichend an den Bedürfnissen sozial Benachteiligter orientierten Herangehensweise der Verfechter:innen dieser Politik.

Was also lässt sich der Überbetonung des vordergründigen *Veränderungskonflikts* um die »Kosten der Transformation« entgegensetzen – nicht zuletzt auch aus dem demokratiepolitischen Interesse heraus, die Bildung eines stabilen Bündnisses zwischen den Besitzinteressen des rechten Raums und dem bislang vorwiegend in Teilen des unteren Raums artikulierten radikalen anti-gesellschaftlichen Affekt abzuwenden? Dazu stellen wir abschließend fünf Vorschläge für transformative Politikansätze vor, die sich einerseits aus unseren Analysen ableiten, andererseits auch anknüpfen an multidisziplinäre Forschungen zu den Voraussetzungen und Formen einer nachhaltigen und sozial-ökologischen Gesellschaft (Fritz/Lee 2023; Schmelzer u. a. 2022): Infrastrukturpolitik, Umverteilung, Suffizienz, Internalisierung und demokratische Partizipation.

Sie alle kreisen um eine zentrale Einsicht: Politische und zivilgesellschaftliche Akteure, die auch in der aktuellen Situation noch an der Einsicht des Weltklimarats festhalten, dass »rasche und weitreichende Umstellungen in allen Sektoren und Systemen notwendig sind, um tiefgreifende und nachhaltige Emissionssenkungen zu erreichen und eine lebenswerte und nachhaltige Zukunft für alle zu sichern« (IPCC 2023: 28), sollten auch dessen

Hinweis ernst nehmen, dass inklusive und partizipative, an Gleichheit, Gerechtigkeit und Umverteilung orientierte Politikansätze wichtig sind, um diese Umstellungen in der nötigen Geschwindigkeit und Tiefe gesellschaftlich zustimmungsfähig zu machen. Entscheidend ist also, den Begriff der sozial-ökologischen Transformation ernst zu nehmen und diese nicht auf ihre ökologischen Aspekte engzuführen: Es geht nicht um ein technologisches Modernisierungsprogramm für die Industrie, sondern um einen umfassenden Wandel hin zu einer nicht nur ökologisch nachhaltigeren, sondern auch sozial gerechteren, inklusiveren und demokratischeren Gesellschaft.

8.2.1 Infrastrukturpolitik

Öffentliche und am Gemeinwohl orientierte, partizipativ organisierte Formen der Bedürfnisdeckung sind generell nachhaltiger und inklusiver als private, deshalb ist der Ausbau von allgemein zugänglichen öffentlichen Infrastrukturen zentral für eine sozial-ökologische Transformation. Mobilität, Bau, Wärme, Energieversorgung, Stadtplanung, Ernährung, öffentliche Infrastruktur – in Bezug auf alle Bereiche, die das Alltagsleben der Menschen betreffen, besteht wissenschaftlich weitgehender Konsens darüber, was sich ändern muss und wie. Gezielte und langfristig gedachte Investitionen in soziale Infrastruktur, z. B. in den öffentlichen Personennahverkehr, in Schulen, Kitas und Sozialwohnungen, das Gesundheitswesen, aber auch in die gemeinwohlorientierte und lokale, selbstverwaltete Formen stärkende Reorganisation von Bereichen wie der Energieversorgung, können nicht nur das Leben marginalisierter, zur Internalisierung gezwungener Gruppen absichern und lebenswerter machen, sondern auch Möglichkeiten und Alternativen eines ressourcenschonenden Alltags für alle schaffen, die Voraussetzung für die Legitimität notwendiger Einschränkungen bei ökologisch und sozial schädlichen Praktiken sind.

Ein knapper Katalog übergreifender Anforderungen lässt sich zum Beispiel dem jüngsten Bericht des Österreichischen Klimarats (APCC) über Strukturen für ein klimafreundliches Leben entnehmen: Bestehende materielle und institutionelle Infrastrukturen, die klimafreundliches Leben erschweren oder sogar unmöglich machen, müssen zu solchen umgebaut werden, die es erleichtern und zur Standardoption machen. Es geht also nicht um Moral und Appelle an individuelles Verhalten, sondern um politische Weichenstellungen und Regeln, die demokratisch beschlossen,

transparent und für alle gleichermaßen verbindlich sein müssen. Es geht weiterhin um die Schaffung angemessener materieller Voraussetzungen, um allen gleiche Teilhabe innerhalb dieser Strukturen zu ermöglichen. Ferner sind öffentliche und an Gemeinwohlkriterien orientierte, partizipativ organisierte Formen der Bedürfnisbefriedigung generell nachhaltiger und inklusiver als private, und neben Effizienzsteigerung müssen auch Kriterien von Suffizienz, also Maßstäbe für ein *Genug* und für sinnvolle Reduktionen der Güter- und Leistungsproduktion, in der Strukturgestaltung eine Rolle spielen (Görg u. a. 2023).

Statt hier Vorschläge für einzelne Felder zu diskutieren, scheint es für unseren Zusammenhang wichtiger zu fragen, was diese übergreifenden Prinzipien vor dem Hintergrund unserer Befunde für die gesellschaftliche Aushandlung der Transformation bedeuten. Dabei geht es weniger um Anknüpfungspunkte oder »selling points« für transformative Politik gegenüber unterschiedlichen Bevölkerungsteilen als darum, wie politische Akteure, die an transformativen Zielsetzungen festhalten, sich im hier dargestellten Terrain der Auseinandersetzung sinnvoll positionieren können. Transformative Akteure sollten sich angesichts unserer Analyse bemühen, strategisch so zu agieren, dass das Eintreten für Transformation und das eigene Grundverständnis derselben geeignet sind, die bestehenden Frontstellungen nicht selbst noch aktiv mit zu verhärten. Stattdessen sollten die verhandelten Fragen anders und so thematisiert werden, dass der Vorstellungshorizont hinsichtlich möglicher Veränderung sich öffnet statt schließt, und darüber auch neue Mehrheiten für sozial-ökologischen Wandel möglich werden können.

Ein Knackpunkt ergibt sich aus der wissenschaftlich betonten Bedeutung von Strukturen und allgemeingültigen Regeln anstelle individuellen Verhaltens als zentralem Gegenstand transformativer Bemühungen: Aktiv betriebene Moralisierung ist in jedem Fall schädlich, weil sie vor allem zu Gegenreaktionen führt. Dagegen ist der Fokus nicht nur in der politischen Debatte, sondern auch in der nachhaltigkeitsorientierten Forschung und Bildungsarbeit weg von der Verantwortung des Individuums (die durch den Carbon Footprint durch transnationale Ölonternehmen als Ablenkung von struktureller Verantwortung diskursiv gestärkt wurde, siehe Schendler 2021) und hin zu den gesellschaftlichen Voraussetzungen nachhaltigen Handelns zu verschieben (Anregungen z. B. in Konzeptwerk Neue Ökonomie 2020; Kierot u. a. 2023). Das ist nicht nur anschlussfähiger für die Weltwahrnehmungen weniger selbstwirksamkeitsgewohnter Gruppen, sondern

auch deshalb besonders wichtig, weil das *ökosoziale* Spektrum schon aus sozialstrukturellen Gründen dem regelmäßigen Vorwurf des »Moralismus« kaum entgehen kann. Denn der oben umrissene wissenschaftliche Konsens entspricht in vielem den Überzeugungen und Forderungen des *ökosozialen* Spektrums – und das weder zufällig noch wegen einer »linksgrünen« Durchsetztheit der Wissenschaft, sondern umgekehrt weil die Lagen, für die diese Mentalitäten typisch sind, sozialstrukturell die wissenschaftsnächsten sind, weil also der Abstand zwischen den Logiken wissenschaftlicher Wissenserzeugung und der eigenen Lebensführung hier wegen eigener akademischer Bildung und entsprechenden Umfeldern am geringsten, die Orientierung daran mithin subjektiv am einfachsten und bruchlosesten möglich ist. Zudem kann den hauptsächlichen Träger:innengruppen des ökosozialen Spektrums mit ihren Positionen im linken Teil des sozialen Raums mit ihrem strukturbedingten Interesse am Öffentlich-Allgemeinen (s.o., Kapitel 7.2.) stets vorgehalten werden, ihre Forderungen seien letztlich nur an Eigeninteressen orientiert und damit nicht grundsätzlich legitimer als die organisierten Eigeninteressen anderer Gruppen. Auf diese Weise in einem gewissen Maß die »objektive Avantgarde« verallgemeinerungsfähiger Lebensweisen zu sein, muss aus sozialstrukturell entfernter Warte praktisch zwangsläufig als arrogant, anmaßend, besserwisserisch oder gar als Ausdruck einer Instrumentalisierung der Wissenschaft für Einzelinteressen wahrgenommen werden. Diese kaum vermeidbare Voreingenommenheit nicht noch zu verstärken – und damit die derzeit wahrnehmungsbestimmende Konfliktdimension um die Kosten der Transformation auch noch aktiv mit in den Vordergrund zu rücken – verlangt eine sehr klare Betonung dieser struktur- statt verhaltensorientierten Perspektive, eine Überwindung oder bewusste Vernachlässigung der individualistischen Perspektive in der Kommunikation und eine sehr glaubhaft vermittelte Bereitschaft, die geforderten Regeln auch für sich selbst zu akzeptieren.

Letztlich wäre eine Stärkung der öffentlichen, für alle nutzbaren Infrastruktur kein sonderlich radikaler Transformationsschritt, an den sich berechnete Ängste vor den Risiken des Neuen heften könnten. Denn zunächst einmal ginge es im Wesentlichen ja um wenig mehr als eine Rückkehr zu jener Priorität, die öffentlich-gemeinschaftliche Güter vor dem Übergang zum flexiblen Kapitalismus und der Hegemonie neoliberaler Privatisierungspolitik seit den 1980er Jahren bereits genossen – auf einem deutlich geringeren gesellschaftlichen Wohlstandsniveau. Form, Umfang, Organisationsprinzipien und Geltungsbereich dieser, für die sozial und

ökologisch nachhaltige Deckung gesellschaftlicher Grundbedürfnisse unerlässlichen, »Ökonomie des Alltagslebens« (Foundational Economy Collective 2019) müssten sich zwar angesichts der seither eingetretenen gesellschaftlichen Veränderungen in vielerlei Hinsicht neu bestimmen – aber etwas völlig Neues wäre es nicht. Zudem gibt es zum Beispiel in Wien sehr gut funktionierende Vorbilder dafür, dass eine solche Infrastrukturpolitik bei entsprechendem politischem Willen auch auf zeitgemäße Art und Weise sehr gut funktionieren kann (Barlow u. a. 2022: 200 ff.). Abgesehen davon, dass davon auch Teile der privaten Wirtschaft profitieren würden (z. B. durch ein intaktes Schienennetz und gute Bildungseinrichtungen), kann eine solche politische Strategie also durchaus breit anschlussfähig und für weite Bevölkerungsteile vermittelbar sein. Strittig sind hier eher die Fragen, welche gesellschaftlichen und sozialen Infrastrukturen insgesamt unter das fallen sollen, was in der Debatte als Fundamentalökonomie, bedingungsloses Grundauskommen oder *Universal Basic Services* (Büchs 2021; Coote/Percy 2020; Foundational Economy Collective 2019; Gough 2019) beschrieben wird (von Gesundheit, Bildung und Kultur über Energieversorgung, Internetzugang und Nahverkehr bis hin zu Wohnraum), ob diese grundsätzlich kostenfrei allen zur Verfügung gestellt werden sollen und wie sie zu finanzieren sind. Hier greift der zweite Politikansatz.

8.2.2 Umverteilung

Eng damit verbunden ist die Frage von Umverteilung, und zwar nicht nur im klassischen Verständnis von oben nach unten, sondern auch von privater in öffentlich-gemeinwohlverpflichtete Verfügung. Umverteilung ist kein Extra oder Nebenschauplatz sozial-ökologischer Transformation, sondern ihr Dreh- und Angelpunkt, mit ihr steht und fällt sie. Ohne Umverteilung, aber auch ohne Obergrenzen für hohe Verbräuche, keine Transformation. Diese Feststellung markiert ein notwendiges Geraderücken der Frage nach der derzeit oft völlig falsch gestellten Verteilung von Transformationskosten: Für die Bewältigung von Krisen muss dort aufgekommen werden, wo sie verursacht wurden und wo von ihnen profitiert wird – nämlich zuallererst bei den Vermögens- und »Verschmutzereliten« (Neckel 2023b; Adua 2022) und den materiell privilegierten Teilen der Bevölkerung, die überproportional für Emissionen und die Externalisierung von Lasten verantwortlich sind (Chancel 2022; Wiedmann u. a. 2020). Die Schaffung der Voraussetzungen glei-

cher Partizipation innerhalb der Strukturen verlangt Umverteilung von oben nach unten. Einerseits müssen große und in den letzten Jahren immer weiter angewachsene Vermögen angemessen für die Kosten der Bewältigung der Probleme aufgewendet werden, durch deren Erzeugung sie erst angehäuft werden konnten, etwa durch Vermögens- und höhere Erbschaftssteuern (Chancel u. a. 2023: 99 ff.), aber auch durch sozial-ökologische Besteuerung von Unternehmen und Einkommen mit dem Ziel, sozial gerecht hohe Verbräuche einzuschränken (Konzeptwerk Neue Ökonomie 2023; Schmelzer u. a. 2022). Und wie Thomas Piketty und andere angemerkt haben, ist die Begrenzung der größten Vermögen einer der effektivsten Hebel zur Senkung von Emissionen – nicht nur wegen des Konsums, sondern auch aufgrund der Investitionsmacht (Piketty 2022, 2019; Wiedmann u. a. 2020). Neben der reinen Vermögens- geht es folglich auch um eine Machtumverteilung, zu der auch die von Dörre u. a. (2024) eingeforderte Debatte um die Demokratisierung von Investitions- und Produktionsentscheidungen beitragen könnte. So oder so: wie unsere Befunde zeigen, verlangt schon die Herstellung von Transformationsbereitschaft in größeren Teilen der Bevölkerung, dass »oben angefangen« wird und die ökologisch ganz besonders schädlichen Praktiken der Privilegiertesten entschieden beschränkt werden, bevor auch in der Breite die Hinnahme von Einschränkungen erwartet werden kann. Hierzu können sehr hohe Steuern auf Luxuskonsum, allgemeine gültige Einschränkungen besonders schädlicher Praktiken (Privatjets, Bau und Verkauf von Yachten) oder auch Obergrenzen auf Einkommen, Vermögen und Ressourcenverbrauch beitragen. All dies wird in der wissenschaftlichen Literatur bereits seit längerem diskutiert und war auch schon zu verschiedenen Zeitpunkten in mehreren Ländern implementiert (Buch-Hansen/Koch 2019; François u. a. 2023; Fuchs u. a. 2021).

Gleichzeitig setzt die Förderung gemeinwohlorientierter und öffentlicher, damit demokratischerer und ökologisch nachhaltigerer Formen der Leistungserbringung Umverteilung im hier skizzierten sozialen Raum von rechts nach links, oder von privat zu öffentlich, voraus. Eine Politik öffentlicher, gemeinschaftlicher Güter – was nicht dasselbe ist wie staatliche Leistungen –, der Förderung von Praktiken des *Commoning*¹ und der an Bedürfnisdeckung statt Profit orientierten »Ökonomie des Alltagslebens« (*Foundational Economy*) muss den (Wieder-)Aufbau von Strukturen gewähr-

¹ Also die selbstorganisierte und bedürfnisorientierte Nutzung, Verwaltung und Pflege von Gemeingütern.

leisten, die es allen erlauben, ihre Bedürfnisse auf ökologisch und sozial verträgliche Art und in einem gemeinsam gestaltbaren Rahmen zu decken (Foundational Economy Collective 2019; Helfrich/Bollier 2019; Ostrom 1999; Federici 2019). Ziel einer solchen horizontalen Umverteilung ist also nicht die bloße Versorgung von Menschen durch Sozialleistungen, sondern die Schaffung und der demokratisch-partizipatorisch organisierte Betrieb von Infrastrukturen, die einerseits Beschäftigung unter guten und gemeinsam selbstbestimmt gestalteten Bedingungen ermöglichen und andererseits die Voraussetzungen eines guten Lebens in gemeinsamem, *öffentlichem Wohlstand* (Vogel 2020) mit dem freien und bedürfnisgerechten Zugriff auf die so erbrachten Leistungen als neue, klimafreundliche Standardoption schaffen. Das überfällige Zurückdrehen der jahrzehntelangen Politik von privatem Reichtum und öffentlicher Armut muss dabei allerdings auch beinhalten, etwa Eigenheimbesitz oder Automobilität erst dort und dann zu belasten oder einzuschränken, wenn diese öffentlich-gemeinwohlorientierten Alternativen bestehen. Auch dies bringt aber, das ist klar zu sagen, Anforderungen und Einschränkungen für Vermögende mit sich. Nicht zuletzt, weil deren verinnerlichte Ansprüche und Erwartungen durch solche Alternativen zunächst einmal kaum bedient werden können. In der Summe läuft eine solche Umverteilungs- und Infrastrukturpolitik auf *mehr* Möglichkeiten für viele, *andere* Möglichkeiten für einige und *weniger* Möglichkeiten für wenige hinaus.

Es erübrigt sich angesichts unserer Befunde fast zu sagen, dass sich die Eigentumsinteressen, die einer solchen Umverteilungs- und Infrastrukturpolitik rechts und oben im Sozialraum entgegenstehen, argumentativ nur schwer bearbeiten lassen werden, und dass aus dieser Richtung mit massiven Widerständen und Kampagnen gegen jede einzelne transformative Politikmaßnahme zu rechnen ist, die die gegebene Verteilungsstruktur infrage stellt. Das wird unweigerlich wohl durchdachtes strategisches Agieren und kluge Kommunikation verlangen. Dabei sollte von Anfang an in aller Klarheit gesagt werden: Die beispiellose gesellschaftliche Aufgabe der sozial-ökologischen Transformation wird nicht im Ansatz zu bewältigen sein, ohne die materiell reichen und wohlhabenden Teile der Bevölkerung verstärkt zur Verantwortung zu ziehen – »Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.« (GG, Art. 14, Abs. 2) – und aktiv auf die Verringerung sozialer Ungleichheit hinarbeiten. Mehrheiten für diese Veränderungen zu organisieren, wird aber realistischerweise alles andere als einfach und wahrscheinlich nicht ohne Konfrontationen zu erreichen sein.

Unsere Befunde weisen aber auf, dass bei einer Reihe von Mentalitätstypen besonders im unteren sozialen Raum durchaus Anknüpfungspunkte für solche Politik bestehen, die allerdings mit großem Einsatz bearbeitet und in einer aktiven Politisierungsstrategie angesprochen werden müssten.

8.2.3 Suffizienz

Technokratische Konzepte sozial-ökologischer Transformation, die auf einem ›Mehr vom selben‹ technologischer Lösungen, marktlicher Steuerungsinstrumente oder wissenschaftlich-pädagogischer Aufklärung beruhen, führen in eine Sackgasse. Denn großtechnologische und marktbasiertere Lösungen treiben genau die abstrakte, von menschlichen Bedürfnissen und der Begrenztheit natürlicher Überlebensvoraussetzungen abgelöste, eigenlogische Steigerungsdynamik noch weiter voran, die die Krisen von Überforderung, Überlastung, Entfremdung und ökologischer Zerstörung verursacht hat. Lösungen von oben vorge setzt zu bekommen und sich diesen anpassen zu sollen, setzt Erfahrungen von Überforderung, Entmächtigung und der Enteignung und Entwertung eigenen Wissens fort und vertieft sie weiter, statt ihnen etwas entgegensetzen. Dadurch werden Widerstände und Konfliktpotenziale zusätzlich verschärft. Demgegenüber muss eine sozial-ökologische Transformation, die in der Lage sein soll, den vertikalen Abstraktionskonflikt zu bearbeiten und zu entschärfen, statt ihn weiter zu vertiefen, Elemente beinhalten, die sie nicht als Fortsetzung der überfordernden und entfremdenden Steigerungsdynamik, sondern als Chance zur Rück- oder Neugewinnung von sozial-ökologischer Autonomie über die Umstände und Vollzüge des eigenen Lebens erscheinen lassen. Hierzu gehören aus unserer Sicht die Prinzipien von Suffizienz, Internalisierung und demokratischer Partizipation.

Entscheidend im Hinblick auf die Verständigung über den Graben der Entfremdung hinweg scheint uns in dieser Hinsicht der Verweis auf das Prinzip der *Suffizienz*, verstanden als doppeltes Prinzip des Genug: als Reduktion von Produktion und Konsum auf ein Niveau, das einerseits die Deckung von materiellen und sozialen Bedürfnissen ermöglicht und andererseits ökologische Grenzen nicht überschreitet (Lage 2022; Sachs 2023; Winterfeld 2011; Schneidewind/Zahrnt 2013). Suffizienzüberlegungen stehen auch z. B. hinter dem breit diskutierten und etwa in Amsterdam zur Leitlinie der Stadtpolitik gemachten »Doughnut-Modell« der Wirtschaft

(Raworth 2017) sowie hinter den Konzepten von »consumption corridors« bzw. »productions corridors« (Di Giulio/Fuchs 2014; Bärnthaler/Gough 2023). Das Suffizienz-Prinzip zielt darauf, die Logik der abstrakten Steigerung eben nicht ein weiteres Mal auf anderer Ebene und mit anderen Mitteln weiter zu verfolgen, sondern setzt ihr eine andere Logik, eine die nur konkret zu bestimmenden Nötigen und Angemessenen, entgegen. Dies müssen durchaus keine abgehobenen Gedankenspiele sein: Interessanterweise zeigen Untersuchungen der klimapolitischen Forderungen, die von zufällig ausgewählten Bürger:innenräten in verschiedenen Ländern entwickelt worden sind, dass diese nicht selten deutlich stärker auf Suffizienz und eine Stärkung öffentlicher Infrastrukturen abzielen als die Programme grüner Parteien und vieler Nichtregierungsorganisationen. So enthalten ihre Empfehlungen beispielsweise regelmäßig Punkte wie Verbote schädlicher Produkte, Einschränkungen des Flugverkehrs durch Vielfliegerabgaben, allgemeine Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit auf eine Viertage-Woche, verlängerte Garantiezeiten für Geräte, um geplante Obsoleszenz zu überwinden, Einschränkungen der industriellen Massentierhaltung oder Werbeverbote für klimaschädliche Produkte (Gough 2023; Lage u. a. 2023; Lee/Koch 2023).

Der in Suffizienzforderungen enthaltene Bruch auch mit den eigenen verinnerlichten Steigerungs- und Fortschrittsorientierungen stellt ökosoziale politisch-gesellschaftliche Akteure selbst vor große Herausforderungen. Er könnte aber entlang gemeinsamer Erfahrungen und Interessen auch verbindende Perspektiven öffnen. Suffizienz, der Gedanke eines verträglichen und wünschenswerten *Genug*, findet zwar die größte vordergründige Unterstützung bei den ökosozialen Mentalitäten, zeigt dabei aber zugleich deren Zerrissenheit und innere Widersprüche auf. Denn die drei ökosozialen Typen stimmen zwar in ihrer starken Bejahung eines politisch motivierten, an abstrakten ökologischen Prinzipien orientierten Verständnisses von Suffizienz überein, unterscheiden sich aber stark in dem Maße, in dem sie auch in ihrer Alltagsethik Maßstäbe eines *Genug* verinnerlicht haben. Nur beim im Schnitt weniger hoch gebildeten Typus *ökosoziale Reduktion* gehen politisch-ökologische Überzeugungen auch mit einer alltagspraktisch gelebten Selbstbeschränkung einher, während letztere den beiden anderen, stark in bildungsaffinen und städtischen Sozialumgebungen verankerten Typen eher fehlt. Bei der *Progressiven Selbstverwirklichung* stehen die (weniger ausgeprägten) ökologischen Glaubenssätze in so starkem Gegensatz zu den namensgebenden, mentalitätsbestimmenden Zügen, dass von einer ernst-

haften Orientierung an Suffizienz nicht die Rede sein kann, eher werden hier Minimalismus und demonstrativer Verzicht ihrerseits zu einer weiteren Selbstverwirklichungsmode. Beim *ökosozial-aktivbürgerlichen* Typ dagegen lässt sich tendenziell eine durch Wissen und Reflexion angeleitete bewusste Kultivierung der eigenen Alltagsethik im Sinne von Infragestellung eigener Wünsche und aktiver Selbstbeschränkung beobachten.

Als eine alltägliche, in langer Erfahrung mit begrenzten Möglichkeiten zur Selbstverständlichkeit gewordene Gewohnheit des Mit-Wenig-Auskommens sind Haltungen der Suffizienz aber auch in großen Teilen des unteren Sozialraums verbreitet, wo sie eine Ressource zur Bewältigung überbordender gesellschaftlicher Anforderungen darstellen, so bei den Mentalitäten der *zurückgezogenen Notwendigkeit* sowie mit Einschränkungen auch beim *Öko-Konservatismus* und beim *instrumentellen Wachstumsindividualismus* (hier allerdings verbunden mit radikaler Ablehnung politisch artikulierter Suffizienzgedanken). Indem sie eine vage, eher vopolitische Ablehnung von Konsumismus und Selbstdarstellung bewirkt, kann diese Grundorientierung allerdings für konservative Maßhalteappelle ebenso in Dienst genommen werden wie für die regressive Abwehr gegen eine als moralisch verdorben wahrgenommenen Gesellschaft. In Teilen kann sie aber eben auch Ansprechbarkeit für Vorschläge eines neu bestimmten Verständnisses von Wohlstand im Sinne eines ressourcenleichten und genügsamen, weniger überfordernden und allen gleichermaßen zugänglichen Lebens mit sich bringen. Letzteres liegt gerade für diejenigen am nächsten, die sorgend, pflegend, erziehend oder in prekären Dienstleistungsbereichen tätig sind und deren Arbeit darin besteht, die Kosten und Lasten des Lebens anderer in Teilen auf sich zu nehmen. Sie teilen das Interesse am Allgemeinen wie auch an horizontaler und vertikaler Umverteilung – aber nicht aus abstrakten Einsichten und Überzeugungen heraus, sondern aus jener alltäglichen Erfahrung des erzwungenen Internalisierens.

8.2.4 Internalisierung

Aus dieser Erfahrung heraus begründet sich ein Interesse an einer gesamtgesellschaftlichen *Politik der Internalisierung*, verstanden als ein weitreichender Umbau der Strukturen der vorherrschenden Lebensweise, sozialen Arbeitsteilung und der Macht- und Herrschaftsverhältnisse hin zur Rücknahme und Einschränkung der Möglichkeiten, Lasten auf andere abzuwälzen.

In innergesellschaftlicher wie auch in globaler Perspektive ginge es einer solchen Politik um den Ausgleich zwischen Peripherien und scheinbar entbeteten Zentren technologischer, wirtschaftlicher und politisch-administrativer Macht, sowie um die Aufwertung der bisher systematisch abgewerteten Tätigkeiten der Sorge für Menschen und Natur und der Aufrechterhaltung der als selbstverständlich hingenommenen Voraussetzungen des Alltagslebens. Erst hier hätte sich Suffizienz ernsthaft als *gesellschaftliches* Prinzip zu bewähren, als Prinzip einer nicht mehr wachstumsabhängigen Gesellschaft, weil es nicht mehr um Verteilung eines materiellen *Mehr* gehen könnte, sondern (hierzulande) um eine gerechte Umorganisation des sozialen Lebens gehen muss, die im Ergebnis auf geringere Bedarfe an Material, Energie und menschlicher Arbeit hinausläuft.

Nur so lässt sich aus unserer Sicht auch der grassierenden politischen Entfremdung und den sich radikalisierenden anti-gesellschaftlichen Bewegungen ernsthaft etwas entgegensetzen: Eine demokratische Gesellschaft bleiben zu können setzt voraus, die wirtschaftlichen und technischen Macht- und Kontrollmechanismen, die ständige Steigerung ermöglichen und erzwingen, abzuwickeln, statt sie weiter auszubauen, um sozial-ökologische Autonomie und Gestaltungsmacht über die eigenen Lebensverhältnisse zurückzugewinnen. Das meint nicht eine Zerschlagung oder Abschaffung von »Gesellschaft«, von abstrakt-unpersönlichen Institutionen, Rechts- und Regelsystemen als solchen, sondern die erneute Begründung, ja die aktive, bewusste und unter Einbeziehung aller ausgehandelte »Stiftung« von Prozessen des Sich-Vergesellschaftens, die so angelegt sind, dass sie ohne die verselbständigten Steigerungszwänge moderner kapitalistischer Vergesellschaftung auskommen. Statt erzwungener, entfremdeter, abstrakter Vergesellschaftung ginge es um gesellschaftliche Autonomie – eine Form der Vergesellschaftung, die auch das Setzen von kollektiven Grenzen beinhaltet (Brand et al. 2022; Kallis 2019).

Konkrete Politikvorschläge, das muss allerdings anerkannt werden, stehen hier derzeit kaum im Raum. In diese Richtung weisen zwar in jüngster Zeit die Auseinandersetzungen um Lieferkettengesetze in Deutschland und auf EU-Ebene, von einer breiteren Politisierung dieser Frage kann aber kaum die Rede sein. Damit die notwendigen Aushandlungen über die ungleichen gesellschaftlichen Innen-Außen-Verhältnisse denkbar werden können, müssten sich wohl zunächst neue Allianzen im linken und unteren Sozialraum herausbilden, die den Externalisierungskonflikt erneut politisieren könnten. Hiernach sah es zum Befragungszeitpunkt nicht aus, denn

die inneren Peripherien sind heterogen, fragmentiert, prekariert und von vielfältigen beruflichen, betrieblichen, sektoralen, geschlechtlichen, sprachlichen etc. Segmentierungen durchzogen. Daher ist es auch kaum verwunderlich, dass, wie oben festgestellt, verbindende, z. B. »prekär-ökosoziale« Mentalitäten, die hierfür zu Kristallisationspunkten werden könnten, nicht erkennbar waren. Dies sollte jedoch nicht zu dem Schluss Anlass geben, dass ein solches Transformationsverständnis grundsätzlich keine Unterstützung fände, sondern zu der Frage, ob und wie es möglich ist, hier die Voraussetzungen für Verständigungs- und Bewusstseinsbildungsprozesse zu verbessern, aus denen heraus entsprechende Selbst- und Weltdeutungen an Bedeutung gewinnen könnten. Dabei geht es nicht um pädagogische Aufklärungskampagnen, sondern um politische Initiativen zur konkreten Veränderung und Verbesserung der Lebenssituationen von Menschen in diesen Bereichen.

8.2.5 Demokratische Partizipation

Um eine demokratische Verständigung über die oben vorgeschlagenen oder auch andere Politikmaßnahmen zu ermöglichen, muss die gesellschaftliche Debatte darüber sich von gewohnten Argumentationsmustern und Denkweisen emanzipieren, die vor allem den unter sozial privilegierten Gruppen verbreiteten Mentalitäten entsprechen. Entscheidend ist dabei die Art der Auseinandersetzung mit den zunehmend gesellschaftlich entfremdeten, durch steigende Komplexität und zunehmende Anforderungen überforderten und frustrierten Bevölkerungsteilen. Gerade auf diejenigen, die Überforderung und Entfremdung möglicherweise teilen sowie Politik, Wissenschaft und Technologie wegen ihres ›fernen‹, kognitiv unzugänglichen und ihnen gegenüber scheinbar indifferenten Charakters skeptisch betrachten, aber dennoch *nicht* auf wütende Abwehr, Ressentiment und Unterstützung extrem rechter Politik verfallen, muss aktiv zugegangen werden. Es muss greifbar werden, dass sozial-ökologische Transformation auch ihr Anliegen sein kann oder sollte. Hieran hapert es unserer Analyse zufolge derzeit erheblich, weil die sozial primär im oberen linken Teil des Raums verorteten Träger:innen pro-transformativer Mentalitäten oft selbst stark in abstrakte Vergesellschaftungsprozesse eingebunden und in ihren Denk- und Empfindungsweisen von der Selbstverständlichkeit dieser Einbindung, konkret des alltäglichen Umgangs mit komplexem wissenschaftlichem Wissen und den

damit verknüpften großen Mobilitäts- und Erfahrungsmöglichkeiten, geprägt sind. Die soziale und erfahrungsmäßige Nähe zur Erzeugung abstrakten Wissens und technologischer Verfahren und die unhinterfragte Selbstwahrnehmung als gesellschaftlich handlungsfähiger Akteur legen es gerade in diesen sozialen Lagen nahe, Transformation als Unterfangen zu verstehen, das sich rational an der Einsicht in objektive Notwendigkeiten ausrichtet und planvoll durch den Einsatz technischer Mittel und/oder pädagogischer Interventionen ins Werk setzen lässt. Genau hier aber liegt die Gefahr, denn ein solches Verständnis, die Lösungen eigentlich schon zu kennen und die Leute dabei nur »mitnehmen« zu müssen, bedingt, dass die davon motivierten Initiativen von diesen als weitere Ent- statt als Ermächtigung erlebt werden.

Transformation kann nur gelingen, wenn sie diese Falle der Technokratie vermeidet. Das aber verlangt, dass der angestrebte sozial-ökologische Wandel nicht als Fortsetzung von oben verfügter Steuerungs-, Kontroll- und Effizienzsteigerungsprogramme wahrgenommen wird (Tullius/Wolf 2022), sondern als Bruch damit, als Chance zur Öffnung alternativer Pfade. Hierzu müssen Veränderungsprozesse umfassend partizipativ, gestaltbar und an lokale Bedürfnisse anpassbar organisiert werden und auf allen Ebenen die Möglichkeit bestehen, alternative Sichtweisen, Kritik und Gegenvorschläge einzubringen und damit auch Gehör zu finden. Partizipation zu ermöglichen ist etwas grundlegend anderes als um »Akzeptanz« zu werben: Wer von Akzeptanz spricht, weiß eigentlich schon vorher, was richtig und ergo zu akzeptieren ist, und Beteiligungsprozesse werden dann nicht zu Unrecht als bloße Fassade erlebt. Tatsächlich muss ernsthaft zur Disposition stehen, was aus Sicht von Politik und Verwaltung allzu oft als wünschenswert oder gar alternativlos erscheint. Ein gutes Beispiel dafür, dass dies bei guter Organisation nicht zu Lähmung und Blockade politischer Prozesse führen muss, sondern umgekehrt die Politik unter verstärkten Transformationsdruck setzen kann, zeigen die Erfahrungen mit Bürger:innenräten, die in den letzten Jahren in vielen europäischen Ländern zu verschiedenen Themen eingesetzt wurden (Lage u. a. 2023).

Es muss allerdings auch substantiell und in allen relevanten Bereichen etwas demokratisch zu entscheiden geben. Dörre u. a. (2024) weisen zu Recht darauf hin, dass soziale und ökologische Transformationsziele mit guten Gründen als utopisch und unrealistisch betrachtet werden, solange ein für Emissionen wie Wohlstandsverteilung gleichermaßen zentraler Bereich gesellschaftlicher Aktivität und ein zentraler Lebensbereich der

großen Mehrheit – nämlich Wirtschaft und Arbeit – nicht demokratisch organisiert ist. Die Erfahrung, von der Mitwirkung an einem grundsätzlich als schädlich erkannten Geschehen abhängig zu sein, auf die dafür maßgeblichen Entscheidungen aber keinerlei Einfluss zu haben, kann tatsächlich einigen Zynismus bewirken, der sich an manchen der oben unterschiedenen Mentalitätstypen auch beobachten lässt. Nicht nur deshalb muss die Demokratisierung der Wirtschaft und insbesondere von Investitions- und Produktentscheidungen als notwendige Voraussetzung einer gelingenden Transformation gelten – allerdings nur als notwendige, nicht als hinreichende Voraussetzung, denn allein die Tatsache, dass Belegschaften an solchen Entscheidungen substantiell beteiligt wären, würde für sich genommen noch keineswegs garantieren, dass diese stärker im Sinne langfristiger und nachhaltigkeitsorientierter Kriterien entscheiden würden statt nach kurzfristigen Lohn- und Beschäftigungsinteressen. Auch diese Demokratisierung wäre also nur ein Baustein, der ohne grundsätzliche Veränderungen der Rahmenbedingungen, unter denen (auch demokratisiertes) Wirtschaften stattfindet, und der gesellschaftlichen Wert- und Bewertungsordnung, die auch die Orientierungen Beschäftigter prägt, allenfalls begrenzt transformative Wirkung entfalten könnte.

Infrastrukturpolitik, Umverteilung, Suffizienz, Internalisierung und Demokratische Partizipation – entlang dieser Felder haben wir versucht zu skizzieren, wie die Konturen einer politischen Strategie aussehen könnten, die an transformativen Zielen festhält und dabei den neuen sozial-ökologischen Klassenkonflikt ernst nimmt. Wir wissen um das Risiko, mit unseren Überlegungen angesichts von Haushaltskrisen und schwindender Unterstützung für Klimapolitik politisch naiv zu wirken. Es kann angesichts einer akuten Krisensituation aber nicht darum gehen, pragmatisch zu sein, sondern gerade diese Situation verlangt nach einem grundlegenden gesellschaftlichen Pfadwechsel. So schlecht es um die politische *Durchsetzbarkeit* einer Transformation nach diesen Maßgaben derzeit bestellt sein mag: *umsetzbar* wäre sie, und unsere Forschung mag einige Hinweise darauf ergeben haben, auf welchen Wegen sie auch mehrheitsfähig werden könnte.

9. Nachbetrachtung: Jüngere Entwicklungen und Ausblick

9.1 Mentalitäten in der Krise

Unsere Daten wurden im Herbst und Winter 2021/22 erhoben, im selben Zeitraum, in dem auch die Bundestagswahl stattfand und sich die »Ampelkoalition« aus SPD, Grünen und FDP als Bundesregierung konstituierte. Seither hat sich gesellschaftlich und politisch sehr viel ereignet: Krieg gegen die Ukraine, Gewalteskalation im Nahen Osten, Energiepreiskrise und Streit um das Heizungsgesetz, um das Verbrenner-Aus und andere klimapolitische Vorhaben, Aufregung um »Klimakleber«, erneute Debatten um Migration, der offene Streit um Prioritäten zwischen Klimapolitik und »schwarzer Null« infolge des Verfassungsgerichtsurteils zur Illegalität von Schattenhaushalten, Bäuer:innenproteste und Streiks im Verkehrsbereich – all das wird an der in diesem Buch beschriebenen Mentalitätenlandschaft nicht spurlos vorübergegangen sein.

Denn auch wenn Mentalitäten aufgrund ihrer Verankerung in lebensgeschichtlich erworbenen, regelrecht zur körperlichen Haltung verinnerlichten Wahrnehmungs- und Empfindungsschemata wurzeln und sich auf individueller Ebene nicht von heute auf morgen ändern, so spielen Politik und politischer Diskurs auch aus unserer Sicht eine entscheidende Rolle dafür, auf welche Weise diese verinnerlichten Schemata aufgegriffen, angesprochen, zur relevanten und gemeinschaftsstiftenden Selbstzuschreibung gemacht werden, und welche kollektiven Selbst- und Weltdeutungen sich an diesen »Angeboten« bilden. Wir stimmen Mau u. a. (2023: 23) zu, dass Konflikte durch die Art und Weise der medialen und politischen Thematisierung relevanter Fragen »entfacht, getriggert und angespitzt« werden – und möchten dem hinzufügen, dass das gleiche auch für Konsens gilt: auch dieser wird diskursiv vorbereitet, stabilisiert und abgesichert. Gerade in dieser Hinsicht

aber erscheint uns die Entwicklung seit der Erhebung unserer Daten äußerst bedenklich, denn wir beobachten an unterschiedlichen Stellen politische Tendenzen, die an der dauerhaften Stabilität der in der Forschung (siehe Kapitel 2) vielfach festgestellten weit verbreiteten ökologischen Besorgtheit und grundsätzlichen Anerkennung von Transformationsnotwendigkeiten zweifeln lassen (vgl. zuletzt dazu Abou-Chadi u. a. 2024).

Wie genau sich das in vielerlei Hinsicht krisenhafte Geschehen auf die dargestellte Konstellation ausgewirkt hat, werden erst neue Befragungsdaten zeigen können. Einige der politischen Verschiebungen, die seit unserer Befragung stattgefunden haben, lassen sich jedoch bereits in den hier nachgezeichneten Konstellation der Mentalitäten im Winter 2021/22 erkennen: Unter der Oberfläche breiter Zustimmung zu abstrakten Bekenntnissen der Sorge und klimapolitischen Handlungsbereitschaft war bereits, vor allem im *konservativ-steigerungsorientierten* Spektrum, eine Tendenz zur Priorisierung des Erhalts der gegebenen Lebensweise gegenüber der als notwendig eingesehenen Transformation abzulesen. Hohe Unterstützung für die Grünen konzentrierte sich deutlich im *ökosozialen* Spektrum, das aber klar eine Minderheit darstellte, intern fragmentiert und sozialstrukturell relativ deutlich von den anderen Spektren und vom breiten gesellschaftlichen Mainstream der materiellen Wohlstandsmitte abgesetzt war. Das *defensiv-reaktive* Spektrum indes erscheint in unseren Daten als Hauptbasis der AfD mit ihrem Wähler:innenschwerpunkt im mittleren unteren Sozialraum. Die Partei hatte aber zu früheren Zeitpunkten bereits größere Strahlkraft deutlich weiter nach oben im rechten Raum bewiesen (Buchmayr 2023; Lux 2022; Eversberg 2018) – und die Analyse der Mentalitäten weist auf, welche Ansprechbarkeiten gerade bei den *öko-konservativen* und *harmonistisch-konformistischen* Typen es sind, die ihr im Zuge ihres starken Aufschwungs in den Umfragen seit Ende 2022 mit großer Wahrscheinlichkeit erneut bis weit ins *konservativ-steigerungsorientierte* Spektrum hinein starken Zulauf verschafften.

Vor diesem Hintergrund nimmt es im Nachhinein nicht wunder, dass die von der Ampel in ihrem Koalitionsvertrag als gemeinsame Zukunftsvision präsentierte »sozial-ökologische Marktwirtschaft« sich als bloße rhetorische Konstruktion erwies, der eine Basis nicht nur im politischen Willen der beteiligten Parteien, sondern auch in den Mentalitäten ihrer möglichen sozialen Träger:innengruppen schlicht fehlte. Statt eine Dynamik der Annäherung, der Stiftung von Gemeinsamkeit zwischen ihren jeweiligen Unterstützer:innengruppen durch mögliche einende und identitätsstiftende Projekte ökologischer Modernisierung zu erzeugen, wurde das Verhältnis der

Parteien unter dem Druck von Krieg und Energiekrise in kürzester Zeit zunehmend konträr, ja feindlich. Klimapolitische Zielsetzungen wurden von der übergeordneten Gesamtverantwortung für das Überlebensinteresse aller zum klientelorientierten Spezialanliegen der Grünen umgedeutet und gegen konkurrierende Ziele der anderen Parteien aufgerechnet. Gerade die FDP gab jede mögliche anfängliche Orientierung auf Verständigung über gemeinsame Anliegen auf und verlegte sich auf die Bedienung der nun zunehmend vehementer formulierten Eigentumsinteressen ihrer Basis im rechten sozialen Raum, im Konflikt mit den anderen Regierungsparteien und in schrittweiser Annäherung an die oppositionelle CDU/CSU. Auch in der Bevölkerung wuchs der Unmut über die Ampelregierung – eine Studie zur Halbzeitbilanz legt offen, dass zu diesem Zeitpunkt nur mehr ein Viertel der Bevölkerung zufrieden mit der Politik der Ampel waren, während sich »mehr als sechs von zehn der Befragten [...] »eher oder sehr« unzufrieden mit der Performanz der Regierungsparteien« zeigten (Vehrkamp 2023).

Seit Beginn des Kriegs in der Ukraine und der dadurch ausgelösten Energiekrise, später noch verschärft durch den Streit um das Gebäudeenergiegesetz und die Proteste der Landwirt:innen, verlagerte sich der Fokus der Aufmerksamkeit noch stärker als zuvor auf die Frage der Verteilung von Transformationskosten und auf die plakative Entgegensetzung zwischen »einfachen Leuten« und angeblich sozial unsensiblen Grünen. Gerade in der Auseinandersetzung um das »Heizungsgesetz« ging es aber tatsächlich kaum um die Sorgen der immer wieder rhetorisch bemühten sozial Benachteiligten, sondern um die Eigentumsinteressen von zum großen Teil wohlhabenden Mittelschichten, die sich den Einbau neuer Heizungen nun bis zu 70 Prozent durch den Staat fördern lassen können (Kreuzfeld 2023). Eigentumsinteressen mit einer anti-gesellschaftlichen, gegen »die Eliten« gerichteten Wut zu vermischen, wie es die Union beim Heizungsgesetz und bei den Bauernprotesten zeitweise praktiziert hat, mag als politische Strategie kurzfristige Erfolge in den Umfragen bringen – mit Blick auf die Konstellation der Mentalitäten und ihre möglichen Verschiebungen erscheint es, gerade zusammen mit der gleichzeitig mit sehr ähnlicher Stoßrichtung stark in den Vordergrund gerückten Migrationsdebatte, aus unserer Sicht als politisch unverantwortliches Spiel mit dem Feuer. Denn diese Erzeugung von Frontstellungen mag wahltaktisch und auf kurze Frist dazu beigetragen haben, die *öko-konservativen* und *harmonistisch-konformistischen* Mentalitätstypen stärker anzusprechen und zu mobilisieren. Der Nebeneffekt aber war mit großer Wahrscheinlichkeit ein aktiver Beitrag zur

Normalisierung und zum politischen *Mainstreaming* der AfD. Denn für diese beiden Mentalitätstypen liegt mit Blick auf die heutige Lage die Vermutung nahe, dass ihre oben herausgearbeiteten unterschweligen Nähen zum antigesellschaftlichen Ressentiment von der krisenhaften gesellschaftlichen Situation, noch stärker aber von ebendiesem politischen Umgang mit ihr, bedient und bestätigt wurden – was ihre Annäherung ans *defensiv-reaktive* Spektrum und die AfD eher befördert als gebremst haben dürfte (siehe auch Lucke 2023; für einen ähnlichen empirischen Befund SINUS 2023).

Belege für dieses *Mainstreaming* liefert etwa die Demonstration von Gegner:innen des Gebäudeenergiegesetzes in Erding am 10. Juni 2023, auf der sich die vehemente Verteidigung der Interessen von Eigenheimbesitzenden im Publikum mit wütenden Tiraden gegen Berliner »Volksverräter« und insbesondere die auf vielen Plakaten und Schildern zum zentralen Hassobjekt gemachten Grünen, aber auch die Medien und die Coronapolitik, kurz: gegen »die da oben« und »die Gesellschaft« überhaupt verband. Von der Bühne bediente dies auch Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, indem er neben der Kritik an einer behaupteten »Heizungs-Ideologie« (die sich dem Vokabular des Lebensweisekonflikts zuordnen lässt) auch pauschale Anwürfe gegen »Berliner Chaoten«, die den »Arsch offen« hätten und von denen sich die »normale Bevölkerung« die »Demokratie zurückholen« müsse, erhob. Ministerpräsident Markus Söder, der ebenfalls dort sprach, vermied die Vermischung von Eigentumsinteressen entlang des Lebensweisekonflikts mit der Anti-Eliten-Rhetorik entlang des Abstraktionskonflikts – und wurde dafür ausgebuht (Wengert/Schmitt 2023; Wengert u. a. 2023). Als parlamentarischen Ausdruck dieser Normalisierung beschloss der Thüringer Landtag im September 2023 auf Antrag der CDU und mit den Stimmen von FDP und AfD eine Senkung der Grunderwerbssteuer (MDR Thüringen 2023) – ein Anliegen von an Eigentum interessierten Bevölkerungsteilen, das die Konservativen im horizontalen Lebensweisekonflikt verfolgten und für dessen Durchsetzung sie in Kauf nahmen, mit einer Partei zu kooperieren, die (gerade in Thüringen) aus ihrer kämpferischen Haltung gegen die bestehenden gesellschaftlichen Institutionen insgesamt keinen Hehl macht. Solche Annäherungen und Kooperationen sind es, die von der Dominanz des Veränderungskonflikts im gesellschaftlichen Diskurs und Bewusstsein auf die Dauer gefördert werden.

Ähnliches gilt für den politischen Umgang mit Klimaprotesten: Auch wenn es deutliche Hinweise gibt, dass die Klimabewegung in der Zeit seit unserer Befragung insgesamt deutlich an Unterstützung verloren hat (More

in Common 2023), lässt sich auch im lautstarken Verdammnis der *Letzten Generation* durch Politiker:innen der vor allem das *konservativ-steigerungsorientierte* Spektrum vertretenden Parteien in den letzten Monaten ein Zugehen auf das *defensiv-reaktive* Mentalitätsspektrum und ein Versuchen des Konkurrerens mit der AfD auf deren Terrain erkennen. Auch hier spielte eine entscheidende Rolle, dass die Anliegen der Klimabewegung zunehmend als Partikularinteressen einer kleinen Gruppe gesehen werden: Während 2021 noch 68 Prozent der Befragten angaben, die Klimabewegung grundsätzlich zu unterstützen und deutliche Mehrheiten meinten, die Klimabewegung habe das Gemeinwohl im Blick, halbierte sich die Zustimmung bis 2023 auf 34 Prozent. Auch in progressiven Milieus, die die Bewegung bisher weitgehend unterstützt hatten, verringerte sich die Zustimmung, und insgesamt sah nur noch eine Minderheit die Klimabewegung für das Gemeinwohl eintreten (More in Common 2023). Nach den israelkritischen Äußerungen von Greta Thunberg im November 2023 äußerten sogar zwei Drittel der Deutschen, dass sie »Fridays for Future« für gescheitert hielten (Kluge/Paulus 2023).

Damit zusammenhängend deutet angesichts der jüngsten Entwicklungen auch nichts auf eine stärkere Politisierung des Externalisierungskonflikts zwischen produktiv-konsumtiven Kernen und inneren Peripherien hin. Die Bewegung *Fridays for Future*, die vor wenigen Jahren noch offensiv auf den Zusammenhang von Klimakrise und globalen Ungleichheiten hingewiesen und ein umfassendes Verständnis von Klimagerechtigkeit vertreten hatte, ist erheblich geschwächt und diskreditiert. Die zuletzt im Zentrum der Aufmerksamkeit stehende *Letzte Generation* indes zog nicht nur mit ihren Aktionsformen breiten Unmut auf sich, sondern trägt mit ihrer vollkommen abstrakten, zentral auf das gemeinsame Überlebensinteresse aller abstellenden Argumentation (siehe auch Rucht 2023) auch zur Dethematisierung von Externalisierungsbeziehungen bei. Hinzu kommt der politische Bedeutungsverlust der Partei *Die Linke*, deren Wähler:innenschaft unseren Daten nach ihren Schwerpunkt im linken unteren Raum hatte, aber nicht aus geteilten Mentalitäten und Weltansichten heraus von relevanten Bevölkerungsgruppen in diesem Bereich des Raums getragen wurde. Vielmehr erschien sie zerrissen zwischen Teilklientelen mit sehr unterschiedlicher mentaler Prägung. Nach der inzwischen vollzogenen Spaltung und dem Weggang der auf vermutete Interessen von Wähler:innen in der unteren Mitte fixierten Gruppe um Sahra Wagenknecht wird sich die verbliebene Mehrheitspartei – so sie sich halten kann – wahrschein-

lich mit einem Wähler:innenschwerpunkt ein Stück weiter oben im Raum konsolidieren. All das verweist auf das Fehlen einer sozialen Basis für eine wirksame Politisierung des Externalisierungskonflikts, die auch von betroffenen Gruppen mit einem direkten eigenen Interesse statt vor allem von abstrakten Überzeugungen und Solidaritäten getragen wäre.

Zusammengenommen läuft all das im gegenwärtigen politischen Klima auf einen rasanten Entzug der Unterstützung für jegliche mit irgendwelchen zusätzlichen Kosten für Wirtschaft und Privathaushalte verbundenen, ökologischen (geschweige denn sozialen) Transformationsschritte hinaus. Selbst die stark an Wirtschaftsinteressen ausgerichtete ökologische Investitionspolitik des Wirtschaftsministeriums ist durch das Verfassungsgerichtsurteil zum Klima- und Transformationsfonds zur Disposition gestellt worden und wird der unbedingten Priorisierung der Schuldenbremse durch Union und FDP untergeordnet. Darüber deutet sich eine Neukonfiguration des politischen Koordinatensystems an, in der sich die Mitte des parlamentarisch repräsentierten Spektrums deutlich nach rechts verschiebt und jene Parteien, die an der Notwendigkeit eines weitreichenden Umbaus jedenfalls rhetorisch festhalten, nur noch eine Minderheit in der Bevölkerung repräsentieren. So überraschend die Geschwindigkeit dieses politischen Gezeitenwechsels scheinen mag: Es vollzieht sich damit eine Möglichkeit, die unsere Daten als schon zum Zeitpunkt der letzten Wahl im Stimmungsbild der Bevölkerung angelegt aufweisen und die als Trend auch im Zusammenhang mit der Bundestagswahl bereits diagnostiziert wurde (Decker 2022; Ruhose 2020). In dieselbe Richtung weisen auch die Ergebnisse der Mitte-Studie 2022/23, die unter anderem einen starken Anstieg des Anteils an Personen mit manifest rechtsextremem Weltbild auf über acht Prozent aufweisen. In den Jahren zuvor hatte dieser nur bei um die zwei Prozent gelegen (Zick/Mokros 2023: 71).

9.2 Wiederholen sich historische Fehler?

Für manche mag diese pessimistische Einschätzung der aktuellen Situation und der Perspektiven transformativer Politik in der näheren Zukunft Parallelen zur Spätphase der Weimarer Republik nahelegen. Tatsächlich werden ja in letzter Zeit häufiger Vergleiche zu der Zeit um 1930 gezogen, um auf eine Dynamik von wirtschaftlich-sozialer Krise und autoritär-antidemokratischen Gegenreaktionen hinzuweisen, die sich heute in ähnlicher Form

wiederholen könnte (Lucke 2018; Wirsching u. a. 2018; für eine typische Kritik Richter 2023). Der Bericht der Journalist:innen des Recherchenetzwerks Correctiv zu einem Geheimtreffen von Neo-Nazis mit Politiker:innen der AfD und der Werteunion befeuern gesellschaftliche Ängste, dass sich die Vergangenheit wiederholen könnte. Und gerade angesichts der Gefahren von multiplen sich überlappenden Krisen, politisch gesteuerten Polarisierungstendenzen und Inflation sind diverse Bücher veröffentlicht worden, die sich mit dem Jahr 1923 beschäftigen und auch in Bezug auf mögliche Parallelen zur Gegenwart diskutiert wurden (Bommarius 2022; Jones 2022; Longerich 2022; Ullrich 2023). Solche Vergleiche sind angesichts der sehr großen Unterschiede in den gesellschaftlich-politischen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen zwischen damals und heute nach wie vor mit großer Vorsicht zu betrachten – Geschichte wiederholt sich nicht, die Unterschiede überwiegen die Gemeinsamkeiten, und die Herausforderungen und Gefahren sind heute anders gelagert. Trotzdem wollen wir dies als Ausgangspunkt nehmen, um im Folgenden als eine Nachbetrachtung die hier vorgestellte Analyse des sozial-ökologischen Klassenkonflikts in größere historische Entwicklungen einzuordnen.

Um den Geltungsbereich dieser Parallelen genauer eingrenzen zu können, scheint es uns angemessen, auf einen in der Auseinandersetzung mit der damaligen Entwicklung entstandenen Klassiker der Analyse gesellschaftlicher Transformationen zu verweisen, nämlich das Buch *The Great Transformation* des ungarisch-österreichischen Wirtschaftsanthropologen Karl Polanyi (1978[1944]). Polanyis Deutung der Ereignisse, die in den Nationalsozialismus und den zweiten Weltkrieg mündeten, scheint auch aus heutiger Sicht hellichtig, und zwar weil er den Blick auf die Rolle abstrakter Vergesellschaftungsprozesse in der Entstehung der Krisensituation richtete, die dem vorausging. Für Polanyi war die Weltwirtschaftskrise um 1930 Ausdruck der Tatsache, dass der jahrhundertelange Prozess der Verselbständigung der Wirtschaft gegenüber den sozialen Beziehungen, deren Teil sie zu allen anderen Zeiten gewesen war, und der damit einhergehenden »Transformation der natürlichen und menschlichen Substanz der Gesellschaft in Waren« (Polanyi 1978: 70), an seine Grenzen gestoßen war und seine eigenen Voraussetzungen zerstört hatte. Die aus dieser Transformation hervorgegangene »Marktgesellschaft« mutete den Menschen aus Polanyis Sicht derart viel an Leistungs- und Anpassungsanforderungen zu, dass dies nicht nur zu verschärften sozialen Krisen führte, sondern als Kehrseite der Vermarktlichung auch eine »Gegenbewegung« zum Schutz der Gesellschaft

vor deren Folgen auslöste (Block 2008; Dale 2012, 2008). Während der linke Flügel dieser Gegenbewegung, die industrielle Arbeiter:innenschaft, das Marktsystem infrage stellte und seine Abschaffung anstrebte, wurde ihr rechter Flügel, die durch Inflation und Konkurrenzdruck gebeutelte Bauernschaft, nach Polanyis Analyse im Faschismus zunächst für die Verteidigung des Marktes gegen diese linke Bedrohung in Dienst genommen (Silver/Arrighi 2003), was in die Katastrophe des zweiten Weltkriegs führte. Aus dieser Analyse sagte Polanyi – noch während des Krieges – voraus, dass dauerhaft friedliche und sozial wie ökologisch tragfähige Verhältnisse nur durch ein bewusstes, gesellschaftlich vereinbartes und breit getragenes Zurückdrängen der abstrakten Marktvergesellschaftung und die politisch durchgesetzte Wiedereinbettung der Wirtschaft in gesellschaftliche Zusammenhänge zu erreichen sein würden. Das von Polanyi entwickelte Verständnis der in kapitalistische Entwicklung eingeschriebenen Vermarktlichungstendenzen, die Kritik an der Kommodifizierung der »fiktiven Waren« Arbeit, Land (Natur) und Geld sowie die Analyse der dadurch ausgelösten Gegenbewegungen wurden seitdem produktiv weiterentwickelt, auf die ökologische Krise bezogen und auch auf die historischen Entwicklungen der Jahrzehnte nach dem zweiten Weltkrieg angewandt (Brand u. a. 2020; Burawoy 2003; Dale 2016, 2021; Fraser 2017).

In der Nachkriegszeit wurden Einschränkungen der Marktgesellschaft im Kontext des »embedded liberalism« und des organisiert-kapitalistischen oder »Fordistischen« Wachstumsregimes durch den Aufbau wohlfahrtsstaatlicher Institutionen und sozialpartnerschaftlicher Aushandlungssysteme, den Ausbau öffentlicher Infrastrukturen, feste internationale Wechselkurse und eine Reihe weiterer institutioneller Vorkehrungen zumindest für die Ware Arbeitskraft in Westdeutschland und anderen Staaten der kapitalistischen Zentren auch umgesetzt (siehe z. B. Aglietta 2000; Castel 2000; Ruggie 1982; Schmelzer 2010; Eversberg 2014a). Wie sich im Rückblick zeigt, war das Ergebnis aber nicht eine dauerhaft sozial und ökologisch nachhaltige Gesellschaft, sondern der Beginn einer weltgeschichtlich beispiellosen Phase eines – nunmehr auf neuen Grundlagen stattfindenden – Wachstums der Warenwirtschaft, die in der Wissenschaft auch als die *Große Beschleunigung* (Görg u. a. 2020; Steffen u. a. 2015a) beschrieben wird. Sozial befriedend wirkte in ihr über lange Zeit aber gerade nicht die Überwindung oder Stillstellung des Steigerungs- und Expansionszwangs, sondern die geschaffenen sozialen Ausgleichsmechanismen der entstehenden imperialen Lebensweise (Brand/Wissen 2017) ermöglichten gerade die Durchdringung

immer weiterer Lebensbereiche, Tätigkeitsfelder und Weltgegenden durch die abstrakte Waren- und Marktlogik und die immer weitere Ausdehnung des Zugriffs der staatlichen Steuerungsmechanismen, die diese unter dem Primat des Wachstumsparadigmas abzusichern und durchzusetzen halfen (Escobar 1995; Mitchell 2011; Schmelzer 2016). Dies allerdings ging durchweg auf Kosten des Erhalts der natürlichen Grundlagen menschlichen Lebens, nicht nur durch den seit dem zweiten Weltkrieg beschleunigt ansteigenden CO₂-Ausstoß eines durch fossile Energien angetriebenen Wachstumsmodells, sondern auch durch die anderen ökologischen Krisentendenzen wie das sechste Massenaussterben von Arten, Chemikalieneintrag in ungekanntem und hinsichtlich seiner Folgen unberechenbarem Ausmaß oder die Versäuerung von Böden (McNeill 2003; Steffen u. a. 2015b; Uekötter 2020). Es ging ebenso auf Kosten derer, deren unentgeltliche und unterbezahlte Haus-, Erziehungs-, Beziehungs- und Pflegearbeit als Voraussetzung der steigenden Leistungsfähigkeit der nationalen Wirtschaft und ihrer Versorgung mit neuen Arbeitskräften unabdingbar war, und von Menschen in den wirtschaftlich abhängigen Ländern in anderen Teilen der Welt, aus denen diese Wirtschaft ihre billigen Ressourcen und Vorleistungen bezog (Aulenbacher 2007; Hester/Srnicek 2023; Janssens 1998; Saave 2022; Wagner 2022; Wissen 2022).

Nach dem Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton Woods 1971 und den Ölkrisen der frühen 1970er Jahre, die die Grenzen des westlichen Modells des »embedded liberalism« und der Umverteilung von Wachstumsgewinnen zwecks weiteren Wachstums aufgezeigt hatte, schlug das Pendel der Polanyischen »Doppelbewegung« zwischen Vermarktlichung und Schutz der Gesellschaft vollends zurück. Hatten sich die politisch durchgesetzten Einschränkungen der Warenförmigkeit der Arbeitskraft zunächst noch als auch für die Wirtschaft profitables Wachstumsrezept erwiesen, weil der Konsum der besser abgesicherten und bezahlten Arbeitskräfte den Absatz größerer Produktmengen ermöglichte, so war diese »Win-Win-Situation« in den 1970er Jahren aufgebraucht, und das weitere Steigen der Unternehmensgewinne schien nur durch eine erneute Welle von Vermarktlichungspolitik (heute meist als »Neoliberalismus« diskutiert) möglich zu sein (Ahrens u. a. 2015; Biebricher 2021; Brown 2015; Slobodian 2018). Weitere Steigerungen des wirtschaftlichen Outputs waren nun nur noch auf dem Wege der Produktdifferenzierung, des schnellen Reagierens auf Veränderungen von (Produkt-)Nachfrage und (Vorleistungs-)Angebot und der Erschließung zusätzlicher Märkte zu erreichen, und dies bedingte

nicht nur die Herausbildung einer zunehmend stärker integrierten globalen Marktwirtschaft, sondern auch einen Zwang zur »Flexibilisierung« und Ent-Standardisierung – also erneute Vermarktlichung – der Nutzung von Arbeitskraft hierzulande, kurz: die Entstehung jenes flexibel-kapitalistischen Wachstumsregimes, das wir in Kapitel 2.3 umrissen haben (siehe auch Eversberg 2014a, 2021a). Im flexiblen Kapitalismus wurden Arbeitsverhältnisse insgesamt unsteter und unsicherer, erfassten aber zugleich (im Gegensatz zum »male breadwinner model« der Nachkriegszeit) einen immer größeren Anteil der Bevölkerung – auch Frauen waren in steigendem Maße in den Arbeitsmarkt integriert, trugen aber weiterhin den Großteil der Verantwortung für Kindererziehung und häusliche Arbeit – und zunehmend auch unterbezahlte, zu schlechten Bedingungen arbeitende migrantische Arbeitskräfte (Janssens 1998; Lutz 2011; Sachse 2002). Sorge-, Gesundheits- und Erziehungstätigkeiten wurden nun zwar zunehmend als Erwerbsarbeit formalisiert, ausgebaut und unter Qualifikationsanforderungen gestellt, standen durch ihre notwendigerweise öffentliche Finanzierung aber stets unter dem Druck, nicht »zu teuer« sein zu dürfen – ein Druck, der sich wegen der im Vergleich zu industrieller Produktionsarbeit geringen Rationalisierbarkeit zwischenmenschlicher Arbeit und der damit tendenziell steigenden relativen Kosten zunehmend erhöhte (Dowling 2022; Fraser 2016; Tronto 2013; Winker 2015). Als »zu teuer« galten nun immer öfter auch öffentliche Infrastrukturen wie Buslinien oder Schwimmbäder, die sich die Gesellschaft zu einem Zeitpunkt, als sie noch nicht annähernd so reich war, ohne weiteres hatte leisten können, doch die durch private Alternativen (Privatauto, eigener Pool) zu ersetzen nun nicht nur für das Wachstum der Wirtschaft vorteilhafter schien, sondern auch den Wünschen vieler in den besitzenden Bevölkerungsteilen nach Privatheit und Ungestörtheit vor anderen entgegenkam (Gardner/Abraham 2007; Kent 2014; Mattioli u. a. 2020; Meyersohn 2023). Für die, die sich das nicht leisten konnten, führte es, wie auch etwa das Verschwinden des Einzelhandels aus ländlichen Räumen infolge der Automobilisierung der Infrastruktur, zu einer Verarmung des Lebens. Stress, Anforderungen und Frustration stiegen aber auch außerhalb der direkt marktförmigen Beziehungen, in Form zunehmender Komplexität des Alltagslebens durch steigende Konsum- und Selbstverwirklichungsanforderungen, entstandardisierte und damit schwieriger zu navigierende Lebensläufe, stärkere Verregelung und Verplanung des Alltags schon von Schulkindern, eine immer unübersichtlichere und schwerer zu verfolgende Medien- und Informationslandschaft, Anpassungszwänge an immer neue

digitale Technologien, usw. (Fuchs u. a. 2018; Nassehi 2021; Rosa 2012). Die Belastung und Vernutzung menschlicher körperlicher und psychischer Substanz stiegen durch diese abstrakten Vergesellschaftungsprozesse langfristig wieder an. Die Folge ist eine Krise der sozialen Reproduktion (Dowling 2022; Bhattacharya 2017; trouble everyday collective 2014), die zur eskalierenden ökologischen Krise durch die Folgen der flächendeckenden Nutzbarmachung von Natur als Waren – global ungebremst weiter steigende CO₂-Emissionen, Zerstörung von Ökosystemen, Biodiversitätsverlust etc. – hinzukam.

All das – und noch einiges weitere, für dessen Aufführung hier der Platz fehlt – kommt zusammen in der gegenwärtigen Situation multipler Krisen – oder, wie es seit einigen Jahren heißt, der Polykrise (Lawrence u. a. 2024). Und eben im Blick hierauf ist Polanyis Diagnose der Zerstörung gesellschaftlicher Zusammenhänge, des sozialen Zusammenhalts und der ökologischen Lebensgrundlagen durch abstrakt-expansive Vergesellschaftungsprozesse mehr als aktuell, auch wenn sich diese Prozesse durchaus nicht mehr wie bei Polanyi auf den Markt engführen lassen. Die Struktur des oben analysierten sozialen Raums und die Konstellation der in ihm verorteten Mentalitäten in ihrer heutigen Gestalt lassen sich verstehen als Produkt der hier nur äußerst knapp angerissenen historischen Prozesse der vergangenen Jahrzehnte: Der vertikale *Abstraktionskonflikt* beschreibt den Gegensatz zwischen denen, für die sich all das als Raum neuer Möglichkeiten und Selbstverwirklichungs-, Weltreichweite- und Gewinnchancen darstellt, weil sie über die Mittel verfügen, diese aktiv wahrzunehmen und zu nutzen, und denjenigen, denen dieselbe flexibilisierte, globalisierte, digitalisierte Realität in erster Linie als steigender Druck, zunehmender Anpassungszwang und immer neue anstrengende und verunsichernde Anforderungen gegenübertritt. Im horizontalen *Lebensweisekonflikt* dagegen tritt die Entgegensetzung hervor zwischen einerseits den in der erneut »entbetteten« privaten Wirtschaft Tätigen, die sich gemäß der vorherrschenden bundesrepublikanischen Weltsicht als die »hart arbeitenden Produzenten unseres Wohlstands« sehen, und andererseits denjenigen, welche die von dieser Wirtschaft vorausgesetzten und vorrangig nur als Kostenfaktoren betrachten Leistungen erbringen: die notwendig öffentlich oder gemeinnützig organisierten Pflege-, Sorge- und sonstigen Dienstleistungstätigkeiten, die zwar im Ausnahmezustand von Balkonen beklatscht werden, deren Systemrelevanz aber schnell aus dem Blick gerät, sobald der gesellschaftliche Normalbetrieb wieder anläuft.

In genau diesem Zusammenhang nun scheint es angebracht, an den Begründer der soziologischen Mentalitätsforschung, Theodor Geiger, und sein 1932 erschienenes Buch *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes* (Geiger 1972 [1932]) zu erinnern, in dem er auch die sozialstrukturellen und mentalen Voraussetzungen des damaligen Aufstiegs der NSDAP untersuchte. In seiner gerade heute wieder lesenswerten Analyse stellte Geiger fest, dass der Nationalsozialismus ungeachtet seines Pathos von der »Einheit des Volkes« durchaus nicht von idealistischen Allgemeinheits-, sondern von den wirtschaftlichen Partikularinteressen bestimmter Gruppen, namentlich von Teilen des alten »Besitzmittelstandes« getragen wurde, die ein Bündnis mit Teilen der Unterklassen und der absteigenden Bauernschaft eingingen. Deren Motive nun waren alles andere als auf eine idealisierte Vorstellung der Nation gerichtet, sondern in allererster Linie anti-gesellschaftlich, ganz besonders anti-staatlich, und an engen ökonomischen Eigeninteressen orientiert:

»Gerade die staatspositiv denkenden Bevölkerungsgruppen, darunter auch die Beamten – müßten durch den Zulauf bestimmter Teile der Landbevölkerung mißtrauisch werden. Nicht ein dem Volksganzen auf Gedeih und Verderb verhaftetes Bauerntum scharf sich da in gerechter nationaler Empörung um Symbole des Deutschtums. Der steuerstreichende, den Racker Staat verfluchende Landwirt im Norden und Osten nimmt die Totenkopf- oder Hakenkreuzfahne und es tut hier wenig zur Sache, wie viel objektiven Grund und subjektive Erklärung sein Zorn hat. Wichtig ist jetzt allein: gegen den bestehenden Staat, nicht für ein neues Deutschland ist er entflammt. Nicht Dasein und Heiligkeit der Nation liegen ihm am Herzen, sondern die geschlossene autarke Volkswirtschaft, in der die Stadt sein Brot für jeden Preis essen muß.«

Geiger 1972 [1932]: 117

Eben diese wütende Abwehr gegen die abstrakte Gesellschaft in Form (sozial-)staatlicher Regelungen, Steuern und Vorschriften scheint heute in modernisierter und gewissermaßen pluralisierter Form große Teile der Wähler:innenschaft der AfD zu motivieren. Und die Partei selbst hat ja, anders als damals die NSDAP, nie ein über wirtschaftlichen Kollektivegoismus hinausgehendes Positivbild der Nation auch nur zu propagieren versucht. Vielmehr erzielte und erzielt sie ihre größten Erfolge gerade da, wo sie am meisten auf Ressentiment und Wut gegen »das System« setzt. Die radikale antigesellschaftliche Regung ist aber, wie unsere Analysen zeigen, heute eben nicht nur mehr Sache eng umgrenzter absteigender und an den Rand gedrängter Berufsgruppen, sondern greift um sich in einem breiten, ausdifferenzierten Feld von Menschen, die wirtschaftlich und kulturell-lebensweltlich, gefühlt oder real ins Hintertreffen geraten sind. Und sie

breitet sich weiter aus, weil und in dem Maße wie sie nicht nur von Markt und Kapitalismus, sondern von immer komplexeren, undurchschaubaren gesellschaftlichen Prozessen und aus ihnen folgenden Anforderungen an die Einzelnen sowie immer neuen entmächtigenden technokratischen Zumutungen aktiv weiter vertieft wird. Dies ist die heutige Entsprechung des rechten Flügels der von Polanyi beschriebenen »Gegenbewegung«. Der historische Fehler der Weimarer Konservativen, den von dieser Motivation gestützten Kräften zur Macht zu verhelfen, in dem irrigen Glauben, sie kontrollieren zu können, muss sich nicht zwangsläufig wiederholen – einiges deutet aber darauf hin, dass sich etwas nicht nur vordergründig politisch, sondern auch auf den Ebenen von Mentalitäten und sozioökonomischer Struktur in mancher Hinsicht Ähnliches erneut ereignen könnte.

Abbildungen

Abbildung 1	Mehrheiten äußern Sorgen um die Natur und stimmen weitreichenden Maßnahmen auf abstrakter Ebene zu.	81
Abbildung 2	Maßnahmen mit potentiellen Auswirkungen auf das eigene Leben werden deutlich kritischer bewertet, Veränderung insgesamt eher skeptisch gesehen, Vertrauen in gesellschaftliche Instanzen wie Wissenschaft und Medien ist teils erodiert.	83
Abbildung 3	Bei den Befragten lässt sich ein relativ großer Technologieoptimismus feststellen.	84
Abbildung 4	Sozial-ökologische Mentalitäten – zehn Typen, drei Spektren	91
Abbildung 5	soziodemografische Merkmale des Typs ›progressive Selbstverwirklichung‹	93
Abbildung 6	soziodemografische Merkmale des Typs ›ökosoziale Aktivbürgerlichkeit‹	95
Abbildung 7	soziodemografische Merkmale des Typs ›ökosoziale Reduktion‹	97
Abbildung 8	soziodemografische Merkmale des Typs ›liberaler Wachstumsoptimismus‹	98
Abbildung 9	soziodemografische Merkmale des Typs ›Öko-Konservatismus‹	100
Abbildung 10	soziodemografische Merkmale des Typs ›harmonistischer Konformismus‹	102
Abbildung 11	soziodemografische Merkmale des Typs ›instrumenteller Wachstumsindividualismus‹	105
Abbildung 12	soziodemografische Merkmale des Typs ›regressive Veränderungsaversion‹	107
Abbildung 13	soziodemografische Merkmale des Typs ›zurückgezogene Notwendigkeit‹	109
Abbildung 14	soziodemografische Merkmale des Typs ›Akquieszenz‹	112
Abbildung 15	Der soziale Raum – Verteilung der aktiven Kategorien.	117
Abbildung 16	Verortung der zehn Mentalitätstypen im sozialen Raum der deutschen Gesellschaft (Mittelpunkte, Projektion als deskriptive Variable in den mittels einer multiplen Korrespondenzanalyse konstruierten Raum)	119

Abbildung 17	Verortung der drei übergeordneten Spektren sozial-ökologischer Mentalitäten im sozialen Raum	121
Abbildung 18	Mittlere Verortungen der Anhänger:innen verschiedener Parteien und der Mitglieder von Gewerkschaften und Umweltverbänden im sozialen Raum, im Verhältnis zu den Mentalitätstypen	126
Abbildung 19	Konfliktdimensionen um Transformation	129
Abbildung 20	Vertikaler Konflikt um abstrakte Vergesellschaftung.	133
Abbildung 21	Konfliktdimension partikulare Besitzinteressen vs. Interesse am Allgemeinen	141
Abbildung 22	Haltung zu und Aktivität in der Klimabewegung, Verteilung der Mittelpunkte der Antwortoptionen im Raum	144
Abbildung 23	Konfliktdimension um die Kosten und Lasten der Transformation. . .	150
Abbildung 24	Latente Konfliktdimension Externalisierung – Internalisierung: Verteilung der Antworten zum Statement »Um den Klimawandel zu bewältigen, müssen die reichen Länder auf weiteres Wirtschaftswachstum verzichten«	157

Literatur

- Abou-Chadi, Tarik / Jansen, Jannik / Kollberg, Markus / Redeker, Nils (2024): Uncovering European Voters' Climate Preferences. Policy Brief des Hertie School Jacques Delors Center. Berlin: Hertie School Jacques Delors Center.
- Adorno, Theodor W. (1973): *Studien zum autoritären Charakter*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Adorno, Theodor W. (1972): Gesellschaft. In: Tiedemann, Rolf (Hg.), *Theodor W. Adorno Soziologische Schriften I*, Frankfurt/Main: Suhrkamp, 9–19.
- Adua, Lazarus (2022): Super polluters and carbon emissions: Spotlighting how higher-income and wealthier households disproportionately despoil our atmospheric commons. In: *Energy Policy* 162, 112768.
- Aglietta, Michel (2000): *A theory of capitalist regulation: the US experience*. London: Verso.
- Ahrens, Ralf / Böick, Marcus / vom Lehn, Marcel (2015): Vermarktlichung. Zeithistorische Perspektiven auf ein umkämpftes Feld. In: *Zeithistorische Forschung* 3/2015.
- Akbulut, Bengi (2023): Critical engagements with »Climate Change as Class War«—concepts of class. In: *Studies in Political Economy* 104/3, 174–180.
- Alldinger, Peter Eddie (2014): Addressing Environmental Justice Concerns in Developing Countries: Mining in Nigeria, Uganda and Ghana. In: *Georgetown International Environmental Law Review* 26/4, 345–388.
- Altvater, Elmar (2006): *Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Amlinger, Carolin / Nachtwey, Oliver (2022): *Gekränkte Freiheit: Aspekte des libertären Autoritarismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Anders, Günther (1956): *Die Antiquiertheit des Menschen. Über die Seele im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution*. München: C.H. Beck.
- Andre, Peter / Boneva, Teodora / Chopra, Felix / Falk, Armin (2024): Globally representative evidence on the actual and perceived support for climate action. In: *Nature Climate Change* 14/3, 253–259.
- Arendt, Rosalie / Gralke, Tobias / Vollmer, Lisa (2023): Bezahlbar und klimagerecht wohnen? Antworten sozial-ökologischer Bewegungsakteur*innen auf institutionalisierte Zielkonflikte in der Wohnraumversorgung. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 53/210, 117–135.

- Atkinson, Will (2021): The social space and misrecognition in 21st century France. In: *The Sociological Review* 69/5, 990–1012.
- Atkinson, Will / Schmitz, Andreas (2022): The German social space and its homologies: National variation on a basic structure. In: *Current Sociology* 72/1, 168–191.
- Aulenbacher, Brigitte (2007): Vom fordistischen Wohlfahrts- zum neoliberalen Wettbewerbsstaat: Bewegungen im gesellschaftlichen Gefüge und in den Verhältnissen von Klasse, Geschlecht und Ethnie. In: Klinger, Cornelia/Knapp, Gudrun-Aexli/Sauer, Birgit (Hg.), *Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Ethnizität*, Frankfurt/Main: Campus, 42–55.
- Aulenbacher, Brigitte / Riegraf, Birgit / Völker, Susanne (2014): *Feministische Kapitalismuskritik*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Barlow, Nathan / Regen, Livia / Cadiou, Noémie / Chertkovskaya, Ekaterina / Hollweg, Max / Plank, Christina / Schulken, Merle / Wolf, Verena (Hg.) (2022): *Degrowth & strategy: how to bring about social-ecological transformation*. London: Mayfly Books.
- Bärnthaler, Richard / Gough, Ian (2023): Provisioning for sufficiency: envisaging production corridors. In: *Sustainability: Science, Practice and Policy* 19/1, 1–17.
- Bauriedl, Sybille / Held, Martin / Kropp, Cordula (2021): Grosse Transformation zur Nachhaltigkeit – konzeptionelle Grundlagen und Herausforderungen. In: Hofmeister, Sabine (Hg.), *Nachhaltige Raumentwicklung für die große Transformation – Herausforderungen, Barrieren und Perspektiven für Raumwissenschaften und Raumplanung*, Hannover: ARL, 22–44.
- Bennett, Tony / Savage, Mike / Silva, Elizabeth / Warde, Alan / Gayo-Cal, Modesto / Wright, David (2009): *Culture, class, distinction*. London: Routledge.
- Beramendi, Pablo / Häusermann, Silja / Kitschelt, Herbert / Kriesi, Hanspeter (Hg.) (2015): *The Politics of Advanced Capitalism*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Best, Volker / Decker, Frank / Fischer, Sandra / Küppers, Anne (2023): *Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft. Studie der FES*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Betsch, Cornelia / Shamsrizi, Parichehr / Geiger, Mattis / Korn, Lars / Eitze, Sarah / Jenny, Mirjam / Sievert, Elisabeth / Lehrer, Lena (2023): *Ergebnisse aus der Planetary Health Action Survey – PACE, Welle 19, Erhebung KW 47/2023 (Foliensatz)*. Erfurt: Universität Erfurt.
- Bhattacharya, Tithi (Hg.) (2017): *Social Reproduction Theory: Remapping Class, Recentring Oppression*. London: Pluto Press.
- Biebricher, Thomas (2021): *Die politische Theorie des Neoliberalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Biesecker, Adelheid / Hofmeister, Sabine (2006): *Die Neuerfindung des Ökonomischen: Ein (re) produktionstheoretischer Beitrag zur Sozial-ökologischen Forschung*. München: oekom.
- Biesecker, Adelheid / Wichterich, Christa / Winterfeld, Uta v. (2012): *Feministische Perspektiven zum Themenbereich Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität*. Hintergrundpapier der RLS. Berlin: Rosa-Luxemburg Stiftung.
- Biesecker, Adelheid / Winterfeld, Uta von (2014): *Extern? Weshalb und inwiefern moderne Gesellschaften Externalisierung brauchen*. Working Paper No. 2/2014 der DFG – Kol-

- legforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften. Jena: Friedrich-Schiller-Universität.
- Biskamp, Floris (2020): Kein Kommunitarismus, nirgends. Eine Retraditionalisierung wird die Sozialdemokratie nicht retten. Replik auf Carsten Nickel. In: *Leviathan* 48/1, 70–89.
- Bittlingmayer, Uwe H. (2002): Transformation der Notwendigkeit. Prekarierte Habitusformen als Kehrseite der »Wissensgesellschaft«. In: Bittlingmayer, Uwe H. / Eickelpasch, Rolf / Kastner, Jens / Rademacher, Claudia (Hg.), *Theorie als Kampf? Zur politischen Soziologie Pierre Bourdieus*, Opladen: Leske + Budrich, 225–253.
- Blasius, Jörg / Baur, Nina (2019): Multivariate Datenstrukturen. In: Baur, Nina / Blasius, Jörg (Hg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*, Wiesbaden: Springer VS, 1379–1400.
- Blasius, Jörg / Lebaron, Frédéric / Le Roux, Brigitte / Schmitz, Andreas (Hg.) (2019): *Empirical Investigations of Social Space*. Cham: Springer International Publishing.
- Block, Fred (2008): Polanyi's Double Movement and the Reconstruction of Critical Theory. In: *Revue Interventions économiques* 38/2008, 1–18.
- Blühdorn, Ingolfur (2024): Unhaltbarkeit: Auf dem Weg in eine andere Moderne. Berlin: Suhrkamp.
- Blühdorn, Ingolfur (2021): Liberation and limitation: Emancipatory politics, socio-ecological transformation and the grammar of the autocratic-authoritarian turn. In: *European Journal of Social Theory* 25/1, 26–52.
- Blühdorn, Ingolfur / Butzlaff, Felix / Deflorian, Michael / Hausknost, Daniel / Mock, Mirijam (2020): *Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit. Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet*. Bielefeld: transcript.
- BMUV / UBA (Hg.) (2023): Umweltbewusstsein in Deutschland 2022. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Studie des UBA. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.
- Boltanski, Luc / Chiapello, Ève (2006): *Der neue Geist des Kapitalismus*. Konstanz: UVK.
- Bommarius, Christian (2022): Im Rausch des Aufruhrs: Deutschland 1923: Das turbulente Jahr der Weimarer Republik. München: dtv Verlag
- Bothfeld, Silke (2023): Sicher und klimafest: Der deutsche Sozialstaat vor einer doppelten Herausforderung. In Legrand, Jupp/Linden, Benedikt/Arlt, Hans-Jürgen (Hg.), *Transformation und Emanzipation: Perspektiven für Arbeit und Demokratie*, Wiesbaden: Springer VS, 125–137.
- Bourdieu, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede: Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Brand, Ulrich / Görg, Christoph / Wissen, Markus (2020): Overcoming neoliberal globalization: social-ecological transformation from a Polanyian perspective and beyond. In: *Globalizations* 17/1, 161–176.
- Brand, Ulrich / Muraca, Barbara / Pineault, Éric / Sahakian, Marlyne / Schaffartzik, Anke / Novy, Andreas / Streissler, Christoph / Haberl, Helmut / Asara, Viviana / Dietz, Kristina / Lang, Miriam / Kothari, Ashish / Smith, Tone / Spash, Clive / Brad, Alina / Pichler, Melanie / Plank, Christina / Velegrakis, Giorgos / Jahn, Thomas / Carter, An-

- gela / Huan, Qingzhi / Kallis, Giorgos / Martínez Alier, Joan / Riva, Gabriel / Satgar, Vishwas / Teran Mantovani, Emiliano / Williams, Michelle / Wissen, Markus / Görg, Christoph (2021): From planetary to societal boundaries: an argument for collectively defined self-limitation. In: *Sustainability: Science, Practice and Policy* 17/1, 265–292.
- Brand, Ulrich / Wissen, Markus (2024): Kapitalismus am Limit: Öko-imperiale Spannungen, umkämpfte Krisenpolitik und solidarische Perspektiven. München: oekom.
- Brand, Ulrich / Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus. München: oekom.
- Breuer, Stefan (1992): Die Gesellschaft des Verschwindens: von der Selbstzerstörung der technischen Zivilisation. Hamburg: Junius.
- Bröckling, Ulrich (2019): Dialektik der Modernisierung: Rezension zu »Das Ende der Illusionen« von Andreas Reckwitz. <https://www.sozio.polis.de/dialektik-der-modernisierung.html> (letzter Zugriff am 19.03.2024).
- Brown, Wendy (2015): *Undoing the Demos: Neoliberalism's Stealth Revolution*. New York: The Mit Press.
- Buch-Hansen, Hubert / Koch, Max (2019): Degrowth through income and wealth caps? In: *Ecological Economics* 160, 264–271.
- Buchmayr, Florian (2023): Die Milieukoalition des Rechtspopulismus. Kombinationen politischer Einstellungen innerhalb des potenziellen Elektors der AfD. In: *Berliner Journal für Soziologie* 33/4, 423–451.
- Büchs, Milena (2021): Sustainable welfare: How do universal basic income and universal basic services compare? In: *Ecological Economics* 189, 107152.
- Bullard, Robert D. (1990): *Dumping in Dixie: Race, Class, and Environmental quality*. Boulder: Westview Press.
- Burawoy, Michael (2003): For a Sociological Marxism: The Complementary Convergence of Antonio Gramsci and Karl Polanyi. In: *Politics & Society* 31/2, 193–261.
- Busse, Tanja / Grefe, Christiane (2024): Die aufgestaute Wut: Landwirte in der Zerreißprobe | Blätter für deutsche und internationale Politik. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 02/2024, 17–20.
- Butterwegge, Christoph (2020): *Ungleichheit in der Klassengesellschaft*. Köln: PapyRossa.
- Butterwegge, Christoph (2018): *Krise und Zukunft des Sozialstaates*. 6., aktualisierte Aufl. Wiesbaden: Springer VS.
- Carpenter, Michael J. / Perrier, Benjamin (2023): Yellow Vests: Anti-austerity, pro-democracy, and popular (not populist). In: *Frontiers in Political Science* 5, 1–16.
- Castel, Robert (2000): *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*. Konstanz: UVK.
- Castel, Robert / Dörre, Klaus / Bescherer, Peter (Hg.) (2009): *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung: Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt am Main: Campus.
- Chancel, Lucas (2022): Global carbon inequality over 1990–2019. In: *Nature Sustainability* 5/11, 931–938.
- Chancel, Lucas / Bothe, Philipp / Voituriez, Tancrede (2023): *Climate Inequality Report 2023. Fair taxes for a sustainable future in the global South*. Paris: World Inequality Lab.

- Club of Rome (2022): *Earth for All: Ein Survivalguide für unseren Planeten. Der neue Bericht an den Club of Rome, 50 Jahre nach»Die Grenzen des Wachstums«*. München: oekom.
- Cooper, Melinda (2019): *Family Values: Between Neoliberalism and the New Social Conservatism*. New York: Zone Books.
- Coote, Anna / Percy, Andrew (2020): *The Case for Universal Basic Services*. Cambridge, Medford: Polity.
- Daggett, Cara New (2019): *The Birth of Energy: Fossil Fuels, Thermodynamics, and the Politics of Work*. Durham: Duke University Press.
- Dale, Dr Gareth (2016): *Reconstructing Karl Polanyi: Excavation and Critique*. London: Pluto.
- Dale, Gareth (2021): Karl Polanyi, the New Deal and the Green New Deal. In: *Environmental Values* 30/5, 593–612.
- Dale, Gareth (2017): Seventeenth-century origins of the growth paradigm. In: Borowy, Iris / Schmelzer, Matthias (Hg.), *History of the future of economic growth: historical roots of current debates on sustainable degrowth*, Routledge studies in ecological economics, London: Routledge, 27–51.
- Dale, Gareth (2012): Double movements and pendular forces: Polyanian perspectives on the neoliberal age. In: *Current Sociology* 60/1, 3–27.
- Dale, Gareth (2008): Karl Polanyi's The Great Transformation: perverse effects, protectionism and Gemeinschaft. In: *Economy and Society* 37/4, 495–524.
- Dechezlepretre, Antoine / Fabre, Adrien / Kruse, Tobias / Planterose, Bluebery / Chico, Ana Sanchez / Stantcheva, Stefanie (2023): *Fighting Climate Change: International Attitudes Toward Climate Policies*. Working Paper No. 30265 des National Bureau of Economic Research Paper Series. Cambridge: National Bureau of Economic Research.
- Decker, Frank (2022): *Die Parteienlandschaft in Deutschland*. <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/505986/die-parteienlandschaft-in-deutschland/> (letzter Zugriff am 19.03.2024).
- Decker, Oliver / Kiess, Johannes / Brähler, Elmar (2022): *Anti-Semitic Attitudes in Germany. Their Prevalance and Causes*. In: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hg.), *The Dynamics of Right-Wing Extremism within German Society*, London: Routledge, 127–153.
- Der Spiegel (2023): *E-Fuels: Mehrheit in Deutschland hofft laut SPIEGEL-Umfrage auf Zukunft mit Verbrennungsmotor*. Spiegel Online vom 23.03.2023. <https://www.spiegel.de/auto/e-fuels-mehrheit-in-deutschland-hofft-laut-spiegel-umfrage-auf-zukunft-mit-verbrennungsmotor-a-315b3-f23-d198-4775-a421-bde12b484497> (letzter Zugriff am 19.03.2024).
- Di Giulio, Antonietta / Fuchs, Doris (2014): *Sustainable Consumption Corridors: Concept, Objections, and Responses*. In: *GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society* 23/3, 184–192.
- Dorninger, Christian / Hornborg, Alf / Abson, David J. / von Wehrden, Henrik / Schaffartzik, Anke / Giljum, Stefan / Engler, John-Oliver / Feller, Robert L. / Hubacek, Klaus

- / Wieland, Hanspeter (2021): Global patterns of ecologically unequal exchange: Implications for sustainability in the 21st century. In: *Ecological Economics* 179, 106824.
- Dörre, Klaus (2023): Transformationskonflikte: Der ökologische Wohlfahrtsstaat als nachhaltige Vision <https://difis.org/blog/?blog=57> (letzter Zugriff am 19.03.2024).
- Dörre, Klaus (2021): Die Utopie des Sozialismus: Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution. Berlin: Matthes & Seitz.
- Dörre, Klaus (2020): Gesellschaft in der Zangenkrise. Vom Klassen- zum sozial-ökologischen Transformationskonflikt. In: Dörre, Klaus, Holzschuh, Madeleine, Köster, Jakob, Sittel, Johanna (Hg.), *Abschied von Kohle und Auto? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität*, Frankfurt/Main: Campus, 23–70.
- Dörre, Klaus (2019): Risiko Kapitalismus. Landnahme, Zangenkrise, Nachhaltigkeitsrevolution. In: Dörre, Klaus, Rosa, Hartmut, Becker, Karina, Bose, Sophie, Seyd, Benjamin (Hg.), *Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften*, Sonderband des Berliner Journals für Soziologie Sonderband, Wiesbaden: Springer VS, 3–33.
- Dörre, Klaus (2009): Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus. In: Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut (Hg.), *Soziologie, Kapitalismus, Kritik. Eine Debatte*, Frankfurt/Main: Suhrkamp, 21–86.
- Dörre, Klaus (im Erscheinen): Die demobilisierte Klassengesellschaft – Begriffe, Theorie, Analysen, Politik. Projekt Klassenanalyse Jena. Frankfurt/Main: Campus.
- Dörre, Klaus / Holzschuh, Madeleine / Köster, Jakob / Sittel, Johanna (2020): *Abschied von Kohle und Auto? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität*. Frankfurt/Main: Campus.
- Dörre, Klaus / Kraemer, Klaus / Speidel, Frederic (2022): Prekarität: Ursachen, soziale Folgen und politische Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse. Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration. Wiesbaden: Springer VS.
- Dörre, Klaus / Lessenich, Stephan / Rosa, Hartmut (2009): *Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Dörre, Klaus / Liebig, Steffen / Lucht, Kim / Sittel, Johanna (2024): Klasse gegen Klima? Transformationskonflikte in der Autoindustrie. In: *Berliner Journal für Soziologie* 34/2, 9–46.
- Dowling, Emma (2022): *The Care Crisis: What Caused It and How Can We End It?* London: Verso.
- Driscoll, Daniel (2023): Populism and Carbon Tax Justice: The Yellow Vest Movement in France. In: *Social Problems* 70/1, 143–163.
- Eichenauer, Eva (2018): Energiekonflikte – Proteste gegen Windkraftanlagen als Spiegel demokratischer Defizite. In: Radtke, Jörg, Kersting, Norbert (Hg.), *Energiewende: Politikwissenschaftliche Perspektiven*, Wiesbaden: Springer VS, 315–341.
- Endt, Christian (2024): Ja zum Klimaschutz, nein zu den Kosten: Klimaschutz durch großzügiges Geld verteilen kann sich der Staat nicht mehr leisten. Doch die Alternativen sind ziemlich unbeliebt, zeigen exklusive Daten. ZEIT Online, 25.01.2024. <https://www.zeit.de/wissen/umwelt/2024-01/klimapolitik-subventionen-verbote-studie> (letzter Zugriff am 19.03.2024).

- Engels, Anita / Marotzke, Jochem / Gresse, Eduardo / López-Rivera, Andrés / Pagnone, Anna / Wilkens, Jan (2023): Hamburg Climate Futures Outlook 2023: The plausibility of a 1.5° C limit to global warming-Social drivers and physical processes. Hamburg: Universität Hamburg.
- Enriquez, Juan / Goldberg, Ray A. (2000): Transforming Life, Transforming Business: The Life-Science Revolution. In: *Harvard Business Review* 78, 94–104.
- Escobar, Arturo (1995): Encountering development: The making and unmaking of the Third World. Princeton: Princeton University Press.
- Eversberg, Dennis (2021a): From democracy at others' expense to externalization at democracy's expense: Property-based personhood and citizenship struggles in organized and flexible capitalism. In: *Anthropological Theory* 21/3, 315–340.
- Eversberg, Dennis (2021b): The Social Specificity of Societal Nature Relations in a Flexible Capitalist Society. In: *Environmental Values* 30/3, 319–343.
- Eversberg, Dennis (2020a): Bioökonomie als Einsatz polarisierter sozialer Konflikte? Zur Verteilung sozial-ökologischer Mentalitäten in der deutschen Bevölkerung 2018 und ihren Unterstützungs- und Widerstandspotentialen gegenüber Bioökonomie als gesellschaftlichem Wandel. Working Paper No. 1 der BMBF-Nachwuchsgruppe »flumen«. Jena: Friedrich-Schiller-Universität.
- Eversberg, Dennis (2020b): Who can challenge the imperial mode of living? The terrain of struggles for social-ecological transformation in the German population. In: *Innovation: The European Journal of Social Science Research* 33/2, 233–256.
- Eversberg, Dennis (2018): Innerimperiale Kämpfe. Drei Thesen zum Verhältnis zwischen autoritärem Nationalismus und imperialer Lebensweise. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 48/190, 43–54.
- Eversberg, Dennis (2014a): Die Erzeugung kapitalistischer Realitätsprobleme: Wachstumsregimes und ihre subjektiven Grenzen. In: *WSI-Mitteilungen* 67/7, 528–535.
- Eversberg, Dennis (2014b): Dividuell aktiviert: wie Arbeitsmarktpolitik Subjektivitäten produziert. Frankfurt/Main: Campus.
- Eversberg, Dennis / Fritz, Martin / Holz, Jana / Koch, Philip / Pungas, Lilian / Schmelzer, Matthias (2021): Mentalities matter: Sozial-ökologische Mentalitäten und ihre Bedeutung in post-fossilen Transformationen. Working Paper No. 5 der BMBF-Nachwuchsgruppe »flumen«. Jena: Friedrich-Schiller-Universität.
- Eversberg, Dennis / Holz, Jana / Pungas, Lilian (2023): The bioeconomy and its untenable growth promises: reality checks from research. In: *Sustainability Science* 18, 569–582.
- Eversberg, Dennis / Koch, Philip / Holz, Jana / Pungas, Lilian / Stein, Anne (2022): Social relationships with nature: elements of a framework for socio-ecological structure analysis. In: *Innovation: The European Journal of Social Science Research* 35/3, 389–419.
- Expertenrat für Klimafragen (2023): Stellungnahme zum Entwurf des Klimaschutzprogramms 2023. Berlin: Expertenrat für Klimafragen.
- Federici, Silvia (2019): Re-enchanting the world: Feminism and the Politics of the Commons. Binghamton: PM Press.
- Federici, Silvia (2004): Caliban and the Witch: Women, the Body and Primitive Accumulation. New York: Autonomedia.

- Flemmen, Magne (2014): The Politics of the Service Class. In: *European Societies* 16/4, 543–569.
- Flemmen, Magne (2013): Putting Bourdieu to work for class analysis: reflections on some recent contributions. In: *The British Journal of Sociology* 64/2, 325–343.
- Flemmen, Magne / Jarness, Vegard / Rosenlund, Lennart (2017): Social space and cultural class divisions: the forms of capital and contemporary lifestyle differentiation. In: *The British Journal of Sociology* 69/1, 124–153.
- Flemmen, Magne Paalgard / Jarness, Vegard / Rosenlund, Lennart (2022): Intersections of class, lifestyle and politics. New observations from Norway. In: *Berliner Journal für Soziologie* 32/2, 243–277.
- Foundational Economy Collective (2019): Die Ökonomie des Alltagslebens: Für eine neue Infrastrukturpolitik. Suhrkamp: Berlin.
- François, Martin / Mertens de Wilmars, Sybille / Maréchal, Kevin (2023): Unlocking the potential of income and wealth caps in post-growth transformation: A framework for improving policy design. In: *Ecological Economics* 208, 1–15.
- Franz, Christian / Fratzscher, Marcel / Kritikos, Alexander (2019): Grüne und AfD als neue Gegenpole der gesellschaftlichen Spaltung in Deutschland. In: *DIW-Wochenbericht* 86/34, 591–602.
- Fraser, Nancy (2022): *Cannibal Capitalism: How our System is Devouring Democracy, Care, and the Planet and What We Can Do About It*. London: Verso.
- Fraser, Nancy (2017): A Triple Movement? Parsing the Politics of Crisis after Polanyi. In: Burchardt, Marian, Kirn, Gal (Hg.), *Beyond Neoliberalism: Social Analysis after 1989*, Cham: Springer International Publishing, 29–42.
- Fraser, Nancy (2016): Contradictions of Capital and Care. In: *New Left Review* 100, 99–117.
- Fraser, Nancy / Honneth, Axel (2003): Umverteilung oder Anerkennung? eine politisch-philosophische Kontroverse. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Friedrich, Sebastian (2017): Das falsche Wir. Rezension zu Stephan Lessenich: »Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis«. <https://kritisch-lesen.de/rezension/das-falsche-wir> (letzter Zugriff am 19.03.2024).
- Frings, Lena (2022): Bruno Latour: Ökos aller Länder. In: ZEIT Online vom 27.12.2022. <https://www.zeit.de/kultur/2022-12/bruno-latour-nikolaj-schultz-oekologische-klasse> (letzter Zugriff am 19.03.2024).
- Fritz, Martin / Lee, Jayeon (2023): Introduction to the special issue: Tackling inequality and providing sustainable welfare through eco-social policies. In: *European Journal of Social Security* 25/4, 315–327.
- Fuchs, Doris / Sahakian, Marlyne / Gumbert, Tobias / Giulio, Antonietta Di (2021): *Consumption Corridors: Living a Good Life Within Sustainable Limits*. London, New York: Routledge.
- Fuchs, Thomas / Iwer, Lukas / Micali, Stefano (2018): *Das überforderte Subjekt: Zeitdiagnosen einer beschleunigten Gesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.
- Gagné, Jérémié / Krause, Laura-Kristine (2021): Einend oder spaltend? Klimaschutz und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland. Studie von More in Common e.V. Berlin: More in Common e.V.

- Gardner, Benjamin / Abraham, Charles (2007): What drives car use? A grounded theory analysis of commuters' reasons for driving. In: *Transportation Research Part F: Traffic Psychology and Behaviour* 10/3, 187–200.
- Geiger, Sonja / Holzhauser, Brigitte (2020): Weiterentwicklung einer Skala zur Messung von zentralen Kenngrößen des Umweltbewusstseins. Bericht Nr. 25/2020 des UBA. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.
- Geiger, Theodor (1972): Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziologische Gegenwartsfragen. Darmstadt: Wiss. Buchges.
- Ghosh, Amitav (2021): *The Nutmeg's Curse: Parables for a Planet in Crisis*. Chicago: Chicago University Press.
- Görg, Christoph (2004): Postfordistische Transformation der Naturverhältnisse. In: Beerhorst, Joachim / Demirovic, Alex / Guggemos, Michael (Hg.), *Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel*, Frankfurt/Main: Suhrkamp, 199–226.
- Görg, Christoph / Madner, Verena / Muhar, Andreas / Novy, Andreas / Posch, Alfred / Steininger, Karl W. / Aigner, Ernest (Hg.) (2023): *APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben*. Wiesbaden: Springer VS.
- Görg, Christoph / Plank, Christina / Wiedenhofer, Dominik / Mayer, Andreas / Pichler, Melanie / Schaffartzik, Anke / Krausmann, Fridolin (2020): Scrutinizing the Great Acceleration: The Anthropocene and its analytic challenges for social-ecological transformations. In: *The Anthropocene Review* 7/1, 42–61.
- Gough, Ian (2023): Sufficiency as a Value Standard: From Preferences to Needs. In: *Ethics, Policy & Environment*, 1–22.
- Gough, Ian (2019): Universal Basic Services: A Theoretical and Moral Framework. In: *The Political Quarterly* 90/3, 534–542.
- Graeber, David (2016): *Bürokratie: Die Utopie der Regeln*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Graeber, David (2012): *Schulden*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Graeber, David / Wengrow, David (2021): *The Dawn of Everything: A New History of Humanity*. London: Penguin.
- Graf, Jakob / Liebig, Steffen / Lucht, Kim / Rackwitz, Hans / Wissen, Markus (2023): Editorial: Sozial-ökologische Transformationskonflikte und linke Strategien. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 53/210, 4–12.
- Guterres, Antonio (2022): Secretary-General's remarks to High-Level opening of COP27. <https://www.un.org/sg/en/content/sg/speeches/2022-11-07/secretary-generals-remarks-high-level-opening-of-cop27> (letzter Zugriff am 19.03.2024).
- Hadler, Markus (2003): Ist der Klassenkonflikt überholt? Die Wahrnehmung von vertikalen Konflikten im internationalen Vergleich. In: *Soziale Welt* 54/2, 175–200.
- Haffert, Lukas (2022): *Stadt, Land, Frust: eine politische Vermessung*. München: C.H.Beck.
- Hagemayer, Lukas / Faus, Rainer / Bernhard, Lukas (2024): Vertrauensfrage Klimaschutz. Mehrheiten für eine ambitionierte Klimapolitik gewinnen. Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Hall, Peter A. (2022): Growth Regimes. In: *Business History Review*, 1–25.
- Harvey, David (2007): *A Brief History of Neoliberalism*. Oxford: Oxford University Press.

- Haubner, Tine (2019): Das soziale Band neu knüpfen? In: Dörre, Klaus, Rosa, Hartmut, Becker, Karina, Bose, Sophie, Seyd, Benjamin (Hg.), *Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften*, Sonderband des Berliner Journals für Soziologie, Wiesbaden: Springer VS, 197–209.
- Heffron, Raphael J. / McCauley, Darren (2018): What is the ›Just Transition?‹ In: *Geoforum* 88, 74–77.
- Helfrich, Silke / Bollier, David (2019): *Frei, fair und lebendig – die Macht der Commons*. Bielefeld: transcript.
- Henning, Christoph (2020): *Theorien der Entfremdung zur Einführung*. 2., erweiterte Auflage. Hamburg: Junius.
- Herold, Maik / Joachim, Janine / Otteni, Cyrill / Vorländer, Hans (2023): Polarisierung in Deutschland und Europa. Eine Studie zu gesellschaftlichen Spaltungstendenzen in zehn europäischen Ländern. MIDEM-Studie 2023/2. Dresden: Mercator Forum Migration und Demokratie.
- Hester, Helen / Srnicek, Nick (2023): *After Work: A History of the Home and the Fight for Free Time*. London: Verso.
- Hickel, Jason (2020): *Less is More: How Degrowth Will Save the World*. London: William Heinemann.
- Hickel, Jason / Kallis, Giorgos / Jackson, Tim / O'Neill, Daniel W. / Schor, Juliet B. / Steinberger, Julia K. / Victor, Peter A. / Ürge-Vorsatz, Diana (2022): Degrowth can work — here's how science can help. In: *Nature* 612, 400–403.
- Hjellbrekke, Johannes (2019): *Multiple correspondence analysis for the social sciences*. London: Routledge.
- Horkheimer, Max / Adorno, Theodor W. (1947): *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*. Amsterdam: Querido-Verlag.
- Hradil, Stefan (1987): *Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft: von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus*. Opladen: Leske-Budrich.
- Huber, Joseph (2011): Ökologische Modernisierung und Umweltinnovation. In: Groß, Matthias (Hg.), *Handbuch Umweltsoziologie*. Wiesbaden: Springer VS, 279–302.
- Huber, Matthew T. (2022): *Climate change as class war: building socialism on a warming planet*. London: Verso.
- IPCC (2023): *Summary for Policymakers. Climate Change 2023: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. Genf: Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC).
- Jaeggi, Rahel (2005): *Entfremdung: zur Aktualität eines sozialphilosophischen Problems*. Frankfurt/Main: Campus.
- Jänicke, Martin (2008): *Megatrend Umweltinnovation: zur ökologischen Modernisierung von Wirtschaft und Staat*. München: oekom.
- Janssens, Angelique (Hg.) (1998): *The Rise and Decline of the Male Breadwinner Family? Studies in Gendered Patterns of Labour Division and Household Organisation*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Jarness, Vegard / Flemmen, Magne Paalgard / Rosenlund, Lennart (2019): From Class Politics to Classed Politics. In: *Sociology* 53/5, 879–899.
- Jochum, Georg (2022): Jenseits der Expansionsgesellschaft. Nachhaltiges Dasein und Arbeiten im Netz des Lebens. oekom.
- Jochum, Georg (2020): Am Ende der Expansionsgesellschaft? Die Corona-Krise als Menetekel für Grenzen der kolonialen Landnahme der Netze des Lebens. In: *Soziologie und Nachhaltigkeit* Sonderband 2, 21–34.
- Jochum, Georg (2017): »Plus Ultra« oder die Erfindung der Moderne: zur neuzeitlichen Entgrenzung der okzidentalischen Welt. Bielefeld: transcript.
- Jones, Mark (2022): *1923: Ein deutsches Trauma*. Berlin: Propyläen Verlag.
- Jorgenson, Andrew K. (2012): The sociology of ecologically unequal exchange and carbon dioxide emissions, 1960–2005. In: *Social Science Research* 41/2, 242–252.
- Kaiser, Julia (2023): Rückkehr der Konversionsbewegung? Potenziale und Grenzen der Konversionsbestrebungen sozial-ökologischer Bündnisse rund um Autozuliefererwerke. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 53/210, 35–53.
- Kallis, Giorgos (2019): Limits: Why Malthus Was Wrong and Why Environmentalists Should Care. Stanford: Stanford University Press.
- Kent, Jennifer L. (2014): Driving to save time or saving time to drive? The enduring appeal of the private car. In: *Transportation Research Part A: Policy and Practice* 65, 103–115.
- Kierot, Lara / Brand, Ulrich / Lange, Dirk (Hg.) (2023): Solidarität in Zeiten multipler Krisen: Imperiale Lebensweise und Politische Bildung. Wiesbaden: Springer VS.
- Klein, Naomi (2014): *This Changes Everything: Capitalism vs. the Climate*. London: Penguin.
- Kleinhückelkotten, Silke / Neitzke, H.-Peter / Moser, Stephanie (2016): Repräsentative Erhebung von Pro-Kopf-Verbräuchen natürlicher Ressourcen in Deutschland (nach Bevölkerungsgruppen). Bericht Nr. 39/2016 des UBA. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.
- Klepp, Silja / Hein, Jonas (Hg.) (2023): Umweltgerechtigkeit und sozialökologische Transformation: Konflikte um Nachhaltigkeit im deutschsprachigen Raum. Bielefeld: transcript.
- Kluge, Fabian / Paulus, Christof (2023): Klimaschützer verlieren Rückhalt. In: *Coburger Tageblatt*, 19.11.2023, S. 17.
- Koch, Max / Buchs, Milena / Lee (2023): Towards a New Generation of Social Policy: Commonalities between Sustainable Welfare and the IPCC. In: *Politiche Sociali* 1/2023, 27–42.
- Konzeptwerk Neue Ökonomie (2023): Bausteine für Klimagerechtigkeit: 8 Maßnahmen für eine solidarische Zukunft. München: oekom.
- Konzeptwerk Neue Ökonomie (Hg.) (2020): *Bildung, Macht, Zukunft: Lernen für die sozial-ökologische Transformation?* Frankfurt/Main: Wochenschau Verlag.
- Krause, Laura-Kristine / Gagné, Jérémie (2023): Zukunft, Demokratie, Miteinander: Was die deutsche Gesellschaft nach einem Jahr Preiskrise umtreibt. https://www.moreincommon.com/media/3zblrdql/more_in_common_studie_preiskrise_zusammenhalt.pdf (letzter Zugriff am 19.03.2024).

- Krause, Thomas / Jetzkowitz, Jens (2023): Sozial erwünschtes Bewusstsein für biologische Vielfalt? Ein neuer Zugang zu einem bekannten Problem mit normativ aufgeladenen Befragungsthemen. In: *Soziale Welt* 74/2, 245–272.
- Kreuzfeld, Malte (2023): Heizen klimaneutral: Die befeuerte Angst | Blätter für deutsche und internationale Politik. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 04/2023, 13–16.
- Kumar, Ashok (2021): *Monopsony Capitalism: Power and Production in the Twilight of the Sweatshop Age*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Lage, Jonas (2022): Sufficiency and transformation—A semi-systematic literature review of notions of social change in different concepts of sufficiency. In: *Frontiers in Sustainability* 3, 1–21.
- Lage, Jonas / Thema, Johannes / Zell-Ziegler, Carina / Best, Benjamin / Cordroch, Luisa / Wiese, Frauke (2023): Citizens call for sufficiency and regulation — A comparison of European citizen assemblies and National Energy and Climate Plans. In: *Energy Research & Social Science* 104, 1–14.
- Lamb, William F. / Mattioli, Giulio / Levi, Sebastian / Roberts, J. Timmons / Capstick, Stuart / Creutzig, Felix / Minx, Jan C. / Müller-Hansen, Finn / Culhane, Trevor / Steinberger, Julia K. (2020): Discourses of climate delay. In: *Global Sustainability* 3, 1–5.
- Lamberty, Pia / Rees, Jonas H. (2021): Gefährliche Mythen: Verschwörungserzählungen als Bedrohungen für die Mitte der Gesellschaft. In: Zick, Andreas / Küpper, Beate (Hg.), *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/2021*. Bonn: Dietz, 283–299.
- Latour, Bruno / Schultz, Nikolaj (2022): *Zur Entstehung einer ökologischen Klasse: ein Memorandum*. Berlin: Suhrkamp.
- Lawrence, Michael / Homer-Dixon, Thomas / Janzwood, Scott / Rockstöm, Johan / Renn, Ortwin / Donges, Jonathan F. (2024): Global Polycrisis: The Causal Mechanisms of Crisis Entanglement. In: *Global Sustainability* 7, 1–36.
- Lee, Jayeon / Koch, Max (2023): The role of work and social protection systems in social-ecological transformations: Insights from deliberative citizen forums in Sweden. In: *European Journal of Social Security* 25/4, 408–425.
- Lehmann, Rosa (2019): *Der Konflikt um Windenergie in Mexiko: Partizipation, Diskurse und die ungleiche Gestaltung der Naturverhältnisse im Isthmus von Tehuantepec*. Wiesbaden: Springer VS.
- Lenton, Timothy M. / Xu, Chi / Abrams, Jesse F. / Ghadiali, Ashish / Loriani, Sina / Sakshewski, Boris / Zimm, Caroline / Ebi, Kristie L. / Dunn, Robert R. / Svenning, Jens-Christian / Scheffer, Marten (2023): Quantifying the human cost of global warming. In: *Nature Sustainability* 6, 1237–1247.
- Lessenich, Stephan (2022): *Nicht mehr normal: Gesellschaft am Rande des Nervenzusammenbruchs*. München: Hanser.
- Lessenich, Stephan (2020): Doppelmoral hält besser: Die Politik mit der Solidarität in der Externalisierungsgesellschaft. In: *Berliner Journal für Soziologie* 30/1, 113–130.
- Lessenich, Stephan (2016): *Neben uns die Sintflut: Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*. München: Hanser.

- Lessenich, Stephan (2008): *Die Neuerfindung des Sozialen*. Bielefeld: transcript.
- Levien, Michael (2022): White Energy Workers of the North, Unite? A Review of Huber's Climate Change as Class War. <https://www.historicalmaterialism.org/book-review/white-energy-workers-north-unite-review-hubers-climate-change-class-war> (Letzter Zugriff am 19.03.2024).
- Longerich, Peter (2022): Außer Kontrolle: Deutschland 1923. Hyperinflation, Staatskrise, Hitler-Putsch. Wien: Molden Verlag.
- Lorey, Isabell (2022): Subjektivierung und (Selbst)Regierung. In: *Feministische Studien* 40/2, 229–231.
- Lucke, Albrecht von (2023): Die Wutbürger-Republik oder: Alle spielen für die AfD. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 7/2023, 5–8.
- Lucke, Albrecht von (2018): Nächste Ausfahrt Weimar? Die Republik nach Chemnitz. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 10/2018, 5–8.
- Lutz, Burkart (1984): Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts. Frankfurt/Main: Campus.
- Lutz, Helma (2011): *The New Maids: Transnational Women and the Care Economy*. London: Zed Books.
- Lux, Thomas (2022): Die AfD-Wahlabsicht aus ungleichheitssoziologischer Perspektive. In: *Soziale Welt* 73/1, 67–104.
- Malm, Andreas (2016): *Fossil Capital: The Rise of Steam Power and the Roots of Global Warming*. London: Verso.
- Martínez-Alier, Joan (2024): Land, Water, Air and Freedom: The making of world movements for Environmental Justice. Cheltenham: Edward Elgar.
- Martínez-Alier, Joan / Temper, Leah / Bene, Daniela Del / Scheidel, Arnim (2016): Is there a global environmental justice movement? In: *The Journal of Peasant Studies* 43/3, 731–755.
- Marx, Karl / Engels, Friedrich (1973): *Die Deutsche Ideologie*. In: Karl Marx, Friedrich Engels Werke, Berlin: Dietz, 9–530.
- Mattioli, Giulio / Roberts, Cameron / Steinberger, Julia K. / Brown, Andrew (2020): The political economy of car dependence: A systems of provision approach. In: *Energy Research & Social Science* 66, 1–18.
- Mau, Steffen / Lux, Thomas / Westheuser, Linus (2023): Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft: Warum Gendersternchen und Lastenfahrräder so viele Menschen triggern. Berlin: Suhrkamp.
- McNeill, John R. (2003): *Blue Planet: Die Geschichte der Umwelt im 20. Jahrhundert*. Frankfurt/Main: Campus.
- MDR Thüringen (2023): CDU, AfD und FDP beschließen Senkung der Grunderwerbsteuer in Thüringen. <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/grunderwerbsteuer-landtag-cdu-afd-fdp-102.html> (letzter Zugriff am 19.03.2024).
- Meade, Philip (2020): Reaktionen auf Schüler*innenrebellion: Adulthood im Diskurs um Greta Thunberg und die »Fridays for Future«-Bewegung. In: Budde, Rebecca / Markowska-Manista, Urszula (Hg.), *Childhood and Children's Rights between Re-*

- search and Activism: Honouring the Work of Manfred Liebel, Wiesbaden: Springer VS, 85–119.
- Mehleb, Rimel I. / Kallis, Giorgos / Zografos, Christos (2021): A discourse analysis of yellow-vest resistance against carbon taxes. In: *Environmental Innovation and Societal Transitions* 40, 382–394.
- Merchant, Carolyn (1987): *Der Tod der Natur: Ökologie, Frauen und neuzeitliche Naturwissenschaft*. München: C.H.C. H. Beck.
- Merchant, Carolyn (1983): *The Death of Nature: Women, Ecology, and the Scientific Revolution*. New York: Harper & Row.
- Merkel, Wolfgang (2021): Polarisierung als gesellschaftliche Signatur. Online-Supplement der WZB-Mitteilungen. <https://www.wzb.eu/de/publikationen/wzb-mitteilungen/polarisierung-und-gesellschaft/polarisierung-als-gesellschaftliche-signatur> (Letzter Zugriff am 19.03.2024).
- Merkel, Wolfgang / Zürn, Michael (2019): Kosmopolitismus, Kommunitarismus und die Demokratie. In: Nida-Rümelin, Julian / Daniels, Detlef / Wloka, Nicole (Hg.), *Internationale Gerechtigkeit und institutionelle Verantwortung*. Berlin: De Gruyter, 67–102.
- Meyersohn, Nathaniel (2023): Public pools are disappearing across America. <https://www.cnn.com/2023/07/22/business/public-pools-extreme-heat/index.html> (Letzter Zugriff am 19.03.2024).
- Mirowski, Philip (2013): *Never Let a Serious Crisis Go to Waste: How Neoliberalism Survived the Financial Meltdown*. London: Verso.
- Mitchell, Timothy (2011): *Carbon Democracy: Political Power in the Age of Oil*. London: Verso.
- Mohai, Paul / Pellow, David / Roberts, J. Timmons (2009): Environmental Justice. In: *Annual Review of Environment and Resources* 34/1, 405–430.
- Moore, Jason W. (2015): *Capitalism in the web of life: ecology and the accumulation of capital*. London: Verso.
- More in Common (2023): Wie schaut die deutsche Gesellschaft derzeit auf die Klimabewegung? <https://www.moreincommon.de/klimabewegung/> (letzter Zugriff am 19.03.2024).
- Morena, Edouard / Krause, Dunja / Stevis, Dimitris (Hg.) (2019): *Just Transitions: Social Justice in the Shift Towards a Low-Carbon World*. London: Pluto.
- Nachtwey, Oliver (2016a): *Die Abstiegs-gesellschaft: Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Nachtwey, Oliver (2016b): Gibt es einen neuen sozialen Konflikt? Einige sozialtheoretische Überlegungen. In: Bude, Heinz, Staab, Philipp (Hg.), *Kapitalismus und Ungleichheit: Die neuen Verwerfungen*. Frankfurt/Main: Campus, 239–260.
- Naselli, Adrien (2023): Conversion écologique: les classes populaires convaincues mais freinées. In: *Libération online*, 18.11.2023. https://www.liberation.fr/idees-et-debats/fin-du-monde-ou-fin-de-mois-quels-sont-les-freins-a-la-conversion-ecologique-des-classes-populaires-20231118_72LRGBQFONDVFJYJ26JU5X2JQY/ (letzter Zugriff am 19.03.2024).

- Nassehi, Armin (2021): *Unbehagen: Theorie der überforderten Gesellschaft*. München: C.H.Beck.
- Neckel, Sighard (2023a): Klimakonflikte: Chancen und Hindernisse eines sozial-ökologischen Wandels. In: *Berliner Debatte Initial* 34/3, 5–11.
- Neckel, Sighard (2023b): Zerstörerischer Reichtum. Wie eine globale Verschmutzerelite das Klima ruiniert. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 4/2023, 47–56.
- Neckel, Sighard (2020): Der Streit um die Lebensführung. In: *Mittelweg* 36 29/6, 82–100.
- Neckel, Sighard (2018): Ökologische Distinktion. Soziale Grenzziehung im Zeichen von Nachhaltigkeit. In: Neckel, Sighard/Besedovsky, Natalie/Boddenberg, Michael/Hasenfratz, Martina/Pritz, Sarah Miriam/Wiegand, Tiemo (Hg.), *Die Gesellschaft der Nachhaltigkeit. Umriss eines Forschungsprogramms*, Bielefeld: transcript, 59–76.
- Neukirch, Mario (2017): Die Dynamik des Konflikts um den Stromtrassenbau: Stabilität, Wandel oder Stagnation? Nr. 2017– 04 SOI Discussion Paper. Stuttgart: Universität Stuttgart.
- Neukirch, Mario (2016): Protests against German electricity grid extension as a new social movement? A journey into the areas of conflict. In: *Energy, Sustainability and Society* 6/1, 1–15.
- Newman, Rebecca / Noy, Ilan (2023): The global costs of extreme weather that are attributable to climate change. In: *Nature Communications* 14/6103, 1–13.
- Nutt, Harry (2022): Latour/Schultz »Zur Entstehung einer ökologischen Klasse«: Ein Manifest für die »Letzte Generation«. In: Frankfurter Rundschau online vom 08.11.2022. <https://www.fr.de/kultur/gesellschaft/latour-schultz-zur-entstehung-einer-oekologischen-klasse-ein-manifest-fuer-die-letzte-generation-91902776.html> (letzter Zugriff am 19.03.2024).
- OECD (2009): *The Bioeconomy to 2030 Designing a Policy Agenda: Designing a Policy Agenda*. Paris: OECD.
- Oesch, Daniel / Rennwald, Line (2018): Electoral competition in Europe's new tripolar political space: Class voting for the left, centre-right and radical right. In: *European Journal of Political Research* 57/4, 783–807.
- Offe, Claus (1986): Die Utopie der Null-Option. Modernität und Modernisierung als politische Gütekriterien. In: *Soziale Welt Sonderheft* 4, 97–118.
- Ostrom, Elinor (1999): *Die Verfassung der Allmende: jenseits von Staat und Markt*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Otteni, Cyrill / Weisskircher, Manès (2022): AfD gegen die Grünen? Rechtspopulismus und klimapolitische Polarisierung in Deutschland. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 35/2, 317–335.
- Otto, Ilona M. / Kim, Kyoung Mi / Dubrovsky, Nika / Lucht, Wolfgang (2019): Shift the focus from the super-poor to the super-rich. In: *Nature Climate Change* 9/2, 82–84.
- Özkaynak, Begüm / Rodriguez-Labajos, Beatriz / Erus, Burçay (2021): Understanding activist perceptions of environmental justice success in mining resistance movements. In: *The Extractive Industries and Society* 8/1, 413–422.

- Patel, Raj / Moore, Jason W. (2017): *A History of the World in Seven Cheap Things: A Guide to Capitalism, Nature, and the Future of the Planet*. Berkeley: University of California Press.
- Peukert, Detlev JK (1989): *Max Webers Diagnose der Moderne*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Pichler, Melanie / Krenmayr, Nora / Maneka, Danyal / Brand, Ulrich / Högelsberger, Heinz / Wissen, Markus (2021): Beyond the jobs-versus-environment dilemma? Contested social-ecological transformations in the automotive industry. In: *Energy Research & Social Science* 79, 102180.
- Piketty, Thomas (2022): *Eine kurze Geschichte der Gleichheit*. München: C.H.Beck.
- Piketty, Thomas (2019): The Illusion of Centrist Ecology. In: LeMonde online vom 11.06.2019. <https://www.lemonde.fr/blog/piketty/2019/06/11/the-illusion-of-centrist-ecology/> (letzter Zugriff am 19.03.2024).
- Piketty, Thomas (2014): *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. München: C.H.Beck.
- Pineault, Éric (2023): *A Social Ecology of Capital*. London: Pluto.
- Polanyi, Karl (1978): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Raworth, Kate (2017): *Doughnut Economics: Seven Ways to Think Like a 21st Century Economist*. Vermont: Chelsea Green Publishing.
- Reckwitz, Andreas (2022): Populismus ist das Resultat von Verlustwut (Interview mit Lisa Nimmervoll), In: Der Standard online vom 14.06.2022. <https://www.derstandard.at/story/2000136521581/soziologe-reckwitz-populismus-ist-das-resultat-von-verlustwut> (letzter Zugriff am 19.03.2024).
- Reckwitz, Andreas (2019): *Das Ende der Illusionen: Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Reckwitz, Andreas (2017): *Die Gesellschaft der Singularitäten: zum Strukturwandel der Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Reitz, Tilman / Jörke, Dirk (2021): The reshaping of political representation in post-growth capitalism: A paradigmatic analysis of green and right-wing populist parties. In: *Anthropological Theory* 21/3, 287–314.
- Reusswig, Fritz / Küpper, Beate (2023): Klimapolitische Einstellungen im Kontext des Krieges gegen die Ukraine. In: Zick, Andreas, Küpper, Beate, Mokros, Nico, Schröter, Franziska (Hg.), *Die distanzierte Mitte: rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*. Bonn: Dietz, 289–314.
- Reusswig, Fritz / Lass, Wiebke / Bock, Seraja (2020): Abschied vom NIMBY. Transformationen des Energiewende-Protests und populistischer Diskurs. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 33/1, 140–160.
- Rheingold-Institut (2023): Die Zuversicht der Deutschen in multiplen Krisenzeiten. https://identity-foundation.de/wp-content/uploads/2023/07/Identity_Foundation_Zuversicht_Gesamtbericht_Juli_2023.pdf (letzter Zugriff am 19.03.2024).
- Richter, Hedwig (2023): Der falsche Weimar-Reflex. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung online vom 21.6.2023. <https://zeitung.faz.net/faz/feuilleton/2023-06-21/e75a2e1d6620be9a73da6f47d280c359?GEPC=s3> (letzter Zugriff am 19.03.2024).

- Robins, Nicholas A. / Fraser, Barbara J. (2020): *Landscapes of Inequity: Environmental Justice in the Andes-Amazon Region*. Nebraska: Nebraska University Press.
- Rodríguez-Labajos, Beatriz / Özkaynak, Begüm (2017): Environmental justice through the lens of mining conflicts. In: *Geoforum* 84, 245–250.
- Rosa, Hartmut (2016a): *Beschleunigung und Entfremdung: Entwurf einer Kritischen Theorie spätmoderner Zeitlichkeit*. 5. Aufl. Berlin: Suhrkamp.
- Rosa, Hartmut (2016b): *Resonanz: Eine Soziologie der Weltbeziehung*. Berlin: Suhrkamp.
- Rosa, Hartmut (2012): *Weltbeziehungen im Zeitalter der Beschleunigung: Umriss einer neuen Gesellschaftskritik*. Originalausgabe. Berlin: Suhrkamp.
- Roux, Brigitte Le / Rouanet, Henry (2010): *Multiple correspondence analysis*. Los Angeles: SAGE.
- Rucht, Dieter (2023): Die Letzte Generation: Eine kritische Zwischenbilanz. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 36/2, 186–204.
- Rucht, Dieter (2019): Jugend auf der Straße. Fridays for Future und die Generationenfrage. In: *WZB-Mitteilungen* 165, 6–8.
- Ruggie, John Gerard (1982): International regimes, transactions, and change: embedded liberalism in the postwar economic order. In: *International Organization* 36/2, 379–415.
- Ruhose, Fedor (2020): *Die AfD vor der Bundestagswahl 2021: Wirkungen – Perspektiven – Strategien*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Saave, Anna (2022): *Einverleiben und Externalisieren: zur Innen-Außen-Beziehung der kapitalistischen Produktionsweise*. Bielefeld: transcript.
- Sachs, Wolfgang (2023): Sufficiency. In: Wallenhorst, Nathanaël / Wulf, Christoph (Hg.), *Handbook of the Anthropocene*, Cham: Springer International Publishing, 799–803.
- Sachse, Carola (2002): *Der Hausarbeitstag. Gerechtigkeit und Gleichberechtigung in Ost und West 1939–1994*. Göttingen: Wallstein Verlag.
- Salleh, Ariel (2017): *Ecofeminism as Politics: Nature, Marx, and the Postmodern*. London: Zed Books.
- Schaupp, Simon (2021): Das Ende des fossilen Klassenkompromisses: Die Gelbwestenbewegung als ökologischer Konflikt des »Hinterlands«. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 51/204, 435–453.
- Schendler, Auden (2021): Worrying About Your Carbon Footprint Is Exactly What Big Oil Wants You to Do. In: *The New York Times* online vom 31.8.2021. <https://www.nytimes.com/2021/08/31/opinion/climate-change-carbon-neutral.html> (letzter Zugriff am 19.03.2024).
- Schipperges, Michael (2020): *Umwelteinstellungen in Deutschland von 1971 bis 2019 – Zeitreihenanalyse anhand externer Datenquellen*. Bericht Nr. 103/2020 des UBA. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.
- Schmelzer, Matthias (2016): *The Hegemony of Growth. The OECD and the Making of the Economic Growth Paradigm*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Schmelzer, Matthias (2010): *Freiheit für Wechselkurse und Kapital. Die Ursprünge neoliberaler Währungspolitik und die Mont Pèlerin Society*. Marburg: Metropolis-Verlag.
- Schmelzer, Matthias / Büttner, Melissa (2024): Fossil mentalities: How fossil fuels have shaped social imaginaries. In: *Geoforum* 150, 103981.

- Schmelzer, Matthias / Vetter, Andrea / Vansintjan, Aaron (2022): *The Future is Degrowth: A Guide to a World Beyond Capitalism*. London: Verso.
- Schmitt, Thomas / Hamacher, Jörn / Pflaum, Anna / Tilsner, Rena / Wolf, Matthias (2016): Alles nur Wutbürger / Nimbies? Eine Analyse der jüngsten Konflikte zur Neuplanung von Stromtrassen in Bayern. In: *Mitteilungen der Fränkischen Geographischen Gesellschaft* 61/62, 83–98.
- Schneidewind, Uwe / Zahrnt, Angelika (2013): *Damit gutes Leben einfacher wird: Perspektiven einer Suffizienzpolitik*. München: oekom.
- Schoen, Harald / Gavras, Konstantin (2019): Eher anhaltende Polarisierung als vorübergehende Verstimmung. In: Zohlnhöfer, Reimut / Saalfeld, Thomas (Hg.), *Zwischen Stillstand, Politikwandel und Krisenmanagement: Eine Bilanz der Regierung Merkel 2013–2017*. Wiesbaden: Springer VS, 17–37.
- Schultz, Nikolaj (2024a): *Landkrank*. Berlin: Suhrkamp.
- Schultz, Nikolaj (2024b): Die ökologische Klasse besteht aus denen, die erkannt haben, dass die Geschichte ihre Gestalt gewandelt hat (Interview mit Lena Frings). In: Philosophie-Magazin online vom 28.02.2024. <https://www.philomag.de/artikel/nikolaj-schultz-landkrank-latour> (letzter Zugriff am 19.03.2024).
- Science Media Center Germany (2024): Studie findet weltweit große Unterstützung für Klimaschutz. <https://www.sciencemediacenter.de/alle-angebote/research-in-context/details/news/studie-findet-weltweit-grosse-unterstuetzung-fuer-klimaschutz/> (letzter Zugriff am 19.03.2024).
- Silver, Beverly J. / Arrighi, Giovanni (2003): Polanyi's »Double Movement«: The Belle Époque of British and U.S. Hegemony Compared. In: *Politics & Society* 31/2, 325–355.
- SINUS (2023): Studie: Populismus wird mehrheitsfähig. [//www.sinus-institut.de/media-center/presse/populismus-2023](https://www.sinus-institut.de/media-center/presse/populismus-2023) (letzter Zugriff am 19.03.2023).
- Slobodian, Quinn (2018): *Globalists: The End of Empire and the Birth of Neoliberalism*. Cambridge: Harvard University Press.
- Sommer, Bernd / Schad, Miriam (2022): Sozial-ökologische Transformationskonflikte. Konturen eines Forschungsfeldes. In: *Zeitschrift für Politik* 69, 451–468.
- Sommer, Bernd / Schad, Miriam / Kadelke, Philipp / Humpert, Franziska / Möstl, Christian (2022): *Rechtspopulismus vs. Klimaschutz? Positionen, Einstellungen, Erklärungsansätze*. München: oekom.
- Spilbury, Louise (2014): *The True Cost of Fashion: How to Shop to Change the World*. New York: Crabtree Publishing Company.
- Steffen, Will / Broadgate, Wendy / Deutsch, Lisa / Gaffney, Owen / Ludwig, Cornelia (2015a): The trajectory of the Anthropocene: The Great Acceleration. In: *The Anthropocene Review* 2/1, 81–98.
- Steffen, Will / Richardson, Katherine / Rockström, Johan / Cornell, Sarah E. / Fetzer, Ingo / Bennett, Elena M. / Biggs, Reinette / Carpenter, Stephen R. / De Vries, Wim / de Wit, Cynthia A. (2015b): Planetary boundaries: Guiding human development on a changing planet. In: *Science* 347/6223, 1259855–1 - 1259855–10.
- Stoddard, Isak / Anderson, Kevin / Capstick, Stuart / Carton, Wim / Depledge, Joanna / Facer, Keri / Gough, Clair / Hache, Frederic / Hoolohan, Claire / Hultman, Martin /

- Hällström, Niclas / Kartha, Sivan / Klinsky, Sonja / Kuchler, Magdalena / Lövbrand, Eva / Nasiritousi, Naghme / Newell, Peter / Peters, Glen P. / Sokona, Youba / Stirling, Andy / Stilwell, Matthew / Spash, Clive L. / Williams, Mariama (2021): Three Decades of Climate Mitigation: Why Haven't We Bent the Global Emissions Curve? In: *Annual Review of Environment and Resources* 46/1, 653–689.
- Streeck, Wolfgang (2018): *Gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. 3., erweiterte Auflage. Berlin: Suhrkamp.
- Streeck, Wolfgang (2014): *Buying Time: The Delayed Crisis of Democratic Capitalism*. New York: Verso.
- Suzelis, Natalie (2022): *Class Struggle Against Growth: A Review of two Guides against Extinction*. <https://spectrejournal.com/class-struggle-against-growth/> (letzter Zugriff am 19.03.2024).
- Teichler, Nils / Gerlitz, Jean-Yves / Cornesse, Carina / Dilger, Clara / Groh-Samberg, Olaf / Lengfeld, Holger / Nissen, Eric / Reinecke, Jost / Skolarski, Stephan / Traummüller, Richard / Verneuer-Emre, Lena M. (2023): *Entkoppelte Lebenswelten? Soziale Beziehungen und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland – Erster Zusammenhaltsbericht des FGZ*. Berlin, Bremen, Bielefeld, Frankfurt/Main, Göttingen, Halle, Hamburg, Hannover, Jena, Konstanz, Leipzig: Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ).
- Thadden, Elisabeth von (2018): *Die berührungslose Gesellschaft*. München: C.H.Beck.
- Ther, Philipp (2014): *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent: Eine Geschichte des neo-liberalen Europa*. Berlin: Suhrkamp.
- Tittor, Anne (2023): Postfossiler Extraktivismus? Die Vervielfältigung sozial-ökologischer Konflikte im Globalen Süden durch Dekarbonisierung. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 53/210, 77–98.
- Trentmann, Frank (2017): *Herrschaft der Dinge: Die Geschichte des Konsums vom 15. Jahrhundert bis heute*. München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Tronto, Joan C. (2013): *Caring Democracy: Markets, Equality, and Justice*. New York: NYU Press.
- trouble everyday collective (2014): *Die Krise der sozialen Reproduktion: Kritik, Perspektiven, Strategien und Utopien*. Münster: Unrast.
- Tullius, Knut / Wolf, Harald (2022): Mentalitäten in der Transformation Erste Befunde am Beispiel einer »automobilen Arbeits- und Lebensweise«. In: *AIS (Arbeits- und Industrie-soziologische Studien)* 15/1, 70–87.
- Uekötter, Frank (2020): *Im Strudel: Eine Umweltgeschichte der modernen Welt*. Frankfurt/Main.
- Ullrich, Volker (2023): *Deutschland 1923: Das Jahr am Abgrund*. München: C.H.Beck.
- Van Dyk, Silke / Kip, Markus (2023): Die Zukunft sozialer Rechte: Sozialeigentum als Vergesellschaftung von Sozialpolitik. In: *Zeitschrift für Soziologie* 52/4, 361–378.
- Vehrkamp, Robert (2023): *Halbzeitbilanz der Ampel-Regierung: Koalition setzt trotz Streits viele Versprechen um*. bertelsmann-stiftung.de. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2023/september/halbzeitbilanz-der->

- ampel-regierung-koalition-setzt-trotz-streits-viele-versprechen-um (Letzter Zugriff am 19.03.2024).
- Vester, Michael (1998): Klassengesellschaft ohne Klassen. In: Berger, Peter A. / Vester, Michael (Hg.), *Alte Ungleichheiten, Neue Spaltungen*, Wiesbaden: Springer VS, 109–147.
- Vester, Michael / Oertzen, Peter von / Geiling, Heiko / Herrmann, Thomas / Müller, Dagmar (2001): *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Vogel, Berthold (2020): Covid-19 als Weckruf? Plädoyer für eine neue Politik öffentlicher Güter. In: *WSI-Mitteilungen* 73/6, 468–471.
- Vogel, Jefim / Steinberger, Julia K. / O'Neill, Daniel W. / Lamb, William F. / Krishnakumar, Jaya (2021): Socio-economic conditions for satisfying human needs at low energy use: An international analysis of social provisioning. In: *Global Environmental Change* 69, 102287.
- von Faber, Linda / Fritz, Martin (2023): BioMentalitäten in Deutschland: Bericht über die Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungs-umfrage zu Bioökonomie und sozial-ökologischem Wandel. Working Paper No. 8 der BMBF-Nachwuchsgruppe »flumen«. Jena: Friedrich-Schiller-Universität.
- Wagner, Peter (2022): The triple problem displacement: Climate change and the politics of the Great Acceleration. In: *European Journal of Social Theory* 26/1, 24–47.
- Weber, Max (1965): *Die protestantische Ethik und der »Geist« des Kapitalismus*. München: Siebenstern-Taschenbuch-Verlag.
- Weko, Silvia (2022): Communitarians, cosmopolitans, and climate change: why identity matters for EU climate and energy policy. In: *Journal of European Public Policy* 29/7, 1072–1091.
- Welzer, Harald (2011): *Mentale Infrastrukturen: wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam*. Schriften zur Ökologie. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Wengert, Jonas / Schmitt, Christina (2023): Demo gegen Heizungsgesetz: Aiwangers Frontalangriff gegen Berlin. <https://www.br.de/nachrichten/bayern/aiwangers-scharfe-worte-gegen-geplantes-heizungsgesetz> (Letzter Zugriff am 19.03.2024).
- Wengert, Jonas / Schmitt, Christina / Bönnte, Tobias (2023): Aufgeheizte Stimmung bei Demo gegen Heizungsgesetz in Erding. <https://www.br.de/nachrichten/bayern/aufgeheizte-stimmung-bei-demo-gegen-heizungsgesetz-in-erding,Tglsrhl> (Letzter Zugriff am 19.03.2024).
- Westheuser, Linus (2021): Pre-Political Bases of a New Cleavage? Social Identities, Moral Economy, and Classed Politics in Germany. Florenz: University of Florence.
- Wiedmann, Thomas / Lenzen, Manfred / Keyßer, Lorenz T. / Steinberger, Julia K. (2020): Scientists' warning on affluence. In: *Nature Communications* 11/3107, 1–10.
- Wilde, Pieter de / Koopmans, Ruud / Merkel, Wolfgang / Strijbis, Oliver / Zürn, Michael (Hg.) (2019): *The Struggle Over Borders: Cosmopolitanism and Communitarianism*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Winker, Gabriele (2015): *Care Revolution: Schritte in eine solidarische Gesellschaft*. Bielefeld: transcript.

- Winterfeld, Uta von (2011): Vom Recht auf Suffizienz. In: Rätz, Werner / Egan-Krieger, Tanja von / Muraca, Barbara / Passadakis, Alexis / Schmelzer, Matthias / Vetter, Andrea (Hg.), *Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit, soziale Rechte, gutes Leben*, Hamburg: VSA, 57–66.
- Wirsching, Andreas / Kohler, Berthold / Wilhelm, Ulrich (2018): *Weimarer Verhältnisse? Historische Lektionen für unsere Demokratie*. Ditzingen: Reclam.
- Wissen, Markus (2022): Die systematischen Externalitäten. Über die sozial-ökologischen Kosten der kapitalistischen Produktionsweise. In: Bruschi, Valeria / Zeiler, Moritz (Hg.), *Das Klima des Kapitals: gesellschaftliche Naturverhältnisse und Ökonomiekritik*, Berlin: Dietz, 214–228.
- Wolf, Ingo / Ebersbach, Benita / Huttarsch, Jean-Henri (2023): Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Energie- und Verkehrswende 2023. Was die Menschen in Deutschland bewegt – Ergebnisse einer Panelstudie zu den Themen Energie und Verkehr. Potsdam: Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit – Helmholtz-Zentrum Potsdam (RIFS).
- Wright, Erik Olin (2009): Understanding Class. Towards an Integrated Analytical Approach. In: *New Left Review* 60, 101–116.
- Wullweber, Joscha (2004): Umkämpfte Natur: Genetische Ressourcen als Medium der Kapitalakkumulation. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 34/135, 245–261.
- Zick, Andreas / Mokros, Nico (2023): Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte. In: Zick, Andreas / Küpper, Beate / Mokros, Nico / Schröter, Franziska (Hg.), *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/2023*, Bonn: Dietz, 53–90.